Dienstag, 18. Oktober 1983 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 243 - 42. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 35,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Böll warnt vor DKP: Der Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll, selber engagiertes Mitglied der „Friedensbewegung", hält den Einfluß der DKP auf die Friedensgruppen für „zu groß". Die nichtkommunistischen Organisationen sollten sich stärker zur Wehr setzen, empfahl der Schriftsteller in einem Deutschlandfunk-Interview. (S. 1)

Jaruzelskis Kurs: Der Polnische Partei- und Staatschef Jaruzelski hat vor dem Zentralkomitee seinen Reformkurs verteidigt und sich für die nationale Verständigung eingesetzt. Auf das Verhältnis zur Kirche, die zuvor vom ZK als „Staatsfeind Nummer eins" bezeichnet worden war, ging er nicht ein.

Kissinger-Mission: Die Expertengruppe unter Leitung des früheren US-Außenministers Kissinger beendet ihre Mittelamerika-Reise. Kissinger: Die USA sollten nicht gezwungen werden, zwischen Sicherheitsinteressen und Menschenrechtserwägungen zu wählen. (S. 6)

Kämpfe in Beirut: Zwei weitere US-Soldaten sind bei Kämpfen in der Nähe des Beiruter Flughafens getötet worden. Für die US-Truppen wurde höchste Alarmstufe angeordnet.

McFarlane folgt Clark: Der bisherige Sonderbeauftragte für Nahost wird Nachfolger von William Clark als Sicherheitsberater Präsident Reagans. Clark wird neuer Innenminister der USA.

Überraschung in Wien: Der sowjetische Außenminister Gromyko hat in den Gesprächen mit Außenminister Genscher in Wien die von den Warschauer-Pakt-Außenministern auf ihrer Konferenz in Sofia geforderte Verschiebung der NATO-Nachrüstung in Westeuropa nicht einmal angesprochen, heißt es aus Teilnehmerkreisen.

IG Druck und Papier: Der scheidende Vorsitzende der Gewerkschaft, Mahlein, schließt politische Streiks gegen die Stationierung neuer Raketen nicht aus. Sein designierter Nachfolger Ferlemann erwartet eine „eminent politische Auseinandersetzung" um die 35-Stunden-Woche. (S. 6)

Sieg der ÖVP: In Niederösterreich hat die Volkspartei bei der Landtagswahl ihr bestes Resultat seit 1945 verzeichnet: 54,5 Prozent. Die Sozialistische Partei rutschte von 45,4 auf 41,4 Prozent ab.

Cohen-Orgad Finanzminister: Der israelische Ministerpräsident Schamir hat den zum rechten Flügel der Heruth-Partei gerechneten Fraktionschef Yigal Cohen-Orgad zum neuen Finanzminister berufen.

Heute: Bundesverfassungsgericht verhandelt über das Volkszählungsgesetz. – Chirac in Berlin. – In Ost-Berlin tagt der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) des Ostblocks.

ZITAT DES TAGES



„Jeder kann bei uns zu Wort kommen – niemand hat es nötig, zur Durchsetzung seiner Meinung Gesetze zu brechen, ‚zivilen Ungehorsam' zu praktizieren oder anderweitig ungesetzlichen Widerstand zu leisten."

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) zu den Aktionen der „Friedensbewegung" FOTO: WEREK

WIRTSCHAFT

Nobelpreis für Debreu: Der amerikanische Professor Gerard Debreu von der Universität in Berkeley ist für seine Neuformulierung der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden. Der 62jährige stammt aus Frankreich; er wurde erst 1975 Bürger der USA. (S. 11)

EG ermittelt: Die EG-Kartellbehörde ermittelt gegenwärtig bei Chemieunternehmen in mehreren europäischen Ländern wegen des Verdachts rechtswidriger Preisabsprachen beim Kunststoff Polypropylen.

Investitionsbelebung: Die Belebung der Investitionen in der Privatwirtschaft muß nach Ansicht der Bundesbank über die jetzt sichtbaren ersten Ansätze hinausgelangen, wenn sie dauerhaftes Wachstum sichern und das Angebot an Arbeitsplätzen vergrößern soll. (S. 11)

Börse: Zum Wochenbeginn setzte sich die freundliche Tendenz an den Aktienmärkten fort. Das galt auch für den Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 144,8 (143,5). Dollarmittelkurs 2,5967 (2,6233) Mark. Goldpreis pro Feinunze 395,0 (398,75) Dollar.

KULTUR

Neues Museum: In Berlin hat das „Bröhan-Museum" für Jugendstil und Art deco sowie mit einer Sammlung der Maler der Berliner Secession eröffnet. Direktor ist der Sammler selber: Professor Bröhan. (S. 21)

Picasso ab 1985: Das Pariser Picasso-Museum, das eigentlich zum zehnten Todestag des Künstlers im Frühjahr eingeweiht werden sollte, wird „in den ersten Wochen 1985" eröffnet, versichert Kulturminister Lang.

SPORT

Fußball: Der Trainer Branko Zebec hat beim Bundesligaklub Eintracht Frankfurt selbst um seine vorzeitige Entlassung gebeten. Ein Nachfolger für den Jugoslawen steht bisher noch nicht fest. (S. 9)

Motorsport: Der Gießener Bellof wird möglicherweise 1984 für das englische Toleman-Team in der Formel 1 starten. Die Toleman-Rennwagen sollen künftig mit BMW-Turbomotoren bestückt werden.

AUS ALLER WELT

Falsche Hunderter: Das Bundeskriminalamt warnt vor falschen Hundertmark-Scheinen; sie haben statt Wasserzeichen einen gelblichen Aufdruck, glatteres Papier und einen nur unscharf (weil aufgedruckt statt eingearbeitet) erkennbaren Sicherheitsfaden.

Flohmarkt: Der weltberühmte Pariser Flohmarkt wird zum Investitionsobjekt für Banken. Die Filiale einer großen Staatsbank hat sich dort eingekauft und will mit Parzellierung und anderen Regelungen der „Anarchie" auf dem „marché aux puces" zu Leibe rücken. (S. 22)

Wetter: Vom Westen her Eintrübung, nachfolgend Regen; bis 12 Grad. In den Alpen Schneefälle.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Sagt die SPD endgültig Nein? Böll warnt vor DKP-Einfluß

Spekulationen um Auftritt Brandts bei „Bonner Volksversammlung"

S. HEYDECK/P. PHILIPPS, Bonn

Im Vorfeld der für Ende dieser Woche geplanten großen „Friedensdemonstrationen" hat die Diskussion über den Einfluß kommunistischer Gruppen Auftrieb erhalten. Der Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll, der sich persönlich als Nachrüstungsgegner engagiert, bedauerte öffentlich den Einfluß der DKP und rief nichtkommunistische Organisationen dazu auf, sich energischer gegen die Mitwirkung dieser Kräfte zur Wehr zu setzen. Eine vom Koordinierungsausschuß der „Friedensbewegung" ausgesprochene Einladung an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, am 22. Oktober als Redner auf der „Bonner Volksversammlung" aufzutreten, nährte die Vermutung, daß sich die SPD schon jetzt für ein entschiedenes Nein zur möglichen Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen entschlossen habe.

Mitglieder des Koordinierungsausschusses brachten jedenfalls diese Einschätzung von einem vertraulichen Gespräch in der Bonner SPD-Zentrale mit. Auf sozialdemokratischer Seite hatten an der Unterredung Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, der Bundestagsabgeordnete Egon Bahr und zeitweise auch Brandt teilgenommen.

Im Mittelpunkt hatte dabei die Frage gestanden, ob und unter welchen Bedingungen Brandt als Redner auf der Großdemonstration der Friedensbewegung am Samstag in Bonn auftreten würde. Für die beteiligten Grünen hatten deren Vorstandsmitglieder Rainer Trampert und Lukas

SEITE 4:
Weitere Beiträge

Beckmann schriftlich von Brandt gefordert, ein „klares, uneingeschränktes Nein ohne jedes Ja ... persönlich gegen die Stationierung zum jetzigen Zeitpunkt auszusprechen". Darüber hinaus sollte er einen entsprechenden Leitantrag für den SPD-Sonderparteitag Mitte November schon jetzt herbeiführen.

Dies scheint inzwischen kein strittiger Punkt mehr zu sein. In dem „Ergebnisbericht" an den Koordinierungsausschuß kommt dessen Geschäftsführung zu dem Schluß, daß von seiten der SPD in der Unterredung am vergangenen Donnerstag zum Ausdruck gebracht worden sei: „Brandts Aufruf zur Teilnahme an den Kundgebungen am 22. 10. bedeutet inhaltlich den Aufruf zu einem ‚Nein ohne Ja' oder ‚Nein ohne Wenn und Aber' zur Stationierung." Verständigung sei auch darüber erzielt worden, daß eine Einladung „zuerst an die Person Willy Brandts" ergehe. Der SPD-Chef hat sich gestern abend entsprechend dieser Verabredung mit den übrigen SPD-Präsidiumsmitgliedern über seinen möglichen Auftritt als Redner beraten. Erst danach wollte er seine endgültige Entscheidung treffen.

Weiter heißt es in dem Neun-Punkte-Bericht an den Koordinierungsausschuß über „die inhaltliche Position, die von seiten der SPD in diesem Gespräch bezogen wurde":

- In Genf werde es auch kein Zwischenergebnis geben.
- NATO und Bundesregierung wollten stationieren.
- Mit dem Beginn der Nachrüstung änderten sich die Bedingungen mit der Folge, daß die INF- und wahrscheinlich auch die START-Verhandlungen unterbrochen würden.
- Von den USA seien keine „substantiellen neuen Vorschläge" zu erwarten, sondern nur „Propagandavorschläge mit dem Ziel, den Schwarzen Peter für das Scheitern" weiterzuschieben.

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Erkenntnisse

ENNO von LOEWENSTERN

Zu seiner Überraschung sieht sich der Bundesinnenminister in seiner Einschätzung der „Friedensbewegung" von einer Seite bestätigt, mit deren Indossament er gewiß nicht gerechnet hat. Heinrich Böll hat entdeckt, „daß die Kommunisten weit mehr Einfluß haben, als es ihrem Wähleranteil entspricht, der minimal ist". Das liege daran, daß sie eine Kaderausbildung hätten und etwas von Organisation verstünden, aber „deren Heuchelei oder Unglaubwürdigkeit ist für mich jeden Tag bewiesen, weil sie nicht die Friedensbewegung in der DDR unterstützen". Die nichtkommunistischen Organisationen sollten sich stärker zur Wehr setzen; sogar das Stichwort „nützliche Idioten" nahm Böll auf.

Trotz dieser Erfahrungen will Böll, so fügte er eilends hinzu, dennoch weiterdemonstrieren und blockieren; es ist ihm „zu wenig reflektiert", wenn gesagt wird, was Moskau nützt, schade uns. Dennoch, der Reflexionsprozeß geht bei Böll tiefer, als er es sich wohl selber eingesteht. Wenn er auf die sowjetische „Overkill-Kapazität" hinweist und sagt, er „fände es immer noch das beste, wenn alle ihre Raketen abzögen", dann gibt er Reagans Forderung nach einer „Null-Lösung" wieder, die von der Sowjetunion, von der DKP, aber auch von Nicht-DKP-Demonstranten wie Bastian als „Betrug" verworfen wird.

Hier liegt das Problem. Es ist wahrscheinlich nicht so wichtig, ob die DKP zahlenmäßig zu viel Einfluß hat, sondern es geht vor allem um den inhaltlichen Einfluß. Die Parolen der Demonstranten, ob sie selber die „Heuchler" ablehnen oder nicht, stammen aus dem östlichen Repertoire; sie haben praktisch alle „Vorschläge für die Widerstandswoche" der DKP getreulich übernommen und auch deren schrillen Plakatvorschlag „Pershing 2, Cruise Missiles NEIN!".

Und das „Nein ohne jedes Ja", das Brandt als demütigende Vorbedingung für die Erlaubnis gestellt wurde, bei der DKP-programmierten „Volksversammlung für den Frieden" auch mal mitreden zu dürfen, heißt natürlich, daß er ein Ja ohne mehr als ein formales Nein zur SS 20 zu sagen habe. Wenn er nun reflektierte, warum die DKP und deren östliche Drahtzieher das so wollen, könnte er den Demonstranten à la Böll einiges erklären. Aber die Organisatoren verstehen auch etwas von der Kunst, lästige Reflexionen zu unterbinden.

Gromyko forderte keinen Aufschub

Verzicht auf Nachrüstungs-Termin war bei den Gesprächen mit Genscher kein Thema

BERNT CONRAD, Bonn

Der sowjetische Außenminiser Andrej Gromyko hat während seiner zweitägigen Gespräche mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Wien nicht ein einziges Mal die Forderung nach einem Aufschub der westlichen Nachrüstung erhoben. Diese aus Teilnehmerkreisen bekanntgewordene Tatsache hat unter Experten Überraschung ausgelöst, weil das Verlangen nach einer Verschiebung der „Fristen für die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen" kurz zuvor von den Ostblock-Außenministern in Sofia als Bedingung für eine Fortsetzung der Genfer INF-Verhandlungen über das Jahresende hinaus bezeichnet worden war.

Gromyko, der unmittelbar von Sofia nach Wien gereist war, erläuterte im Gespräch mit Genscher zwar das Kommuniqué der Warschauer-Pakt-Tagung, erwähnte aber das Thema „Termin-Aufschub" mit keinem Wort. Noch auf dem Flug in die österreichische Hauptstadt hatte der Bundesaußenminister die auch von der Bonner SPD verlangte Hinauszögerung der Nachrüstung für das strategische Ziel der Ostblock-Partner gehalten. Offenbar handelt es sich dabei jedoch primär um eine Propaganda-These, die nach Ansicht des sowjetischen Außenministers in der politischen Diskussion mit Genscher nicht erörtert zu werden brauchte.

Der gleiche Abstand zwischen öffentlicher Propaganda und interner Argumentation zeigte sich, als Gro-

SEITE 8:
Moskaus Haltung ist restriktiv

myko Berichte aufgriff, wonach Moskau angeblich die Genfer Verhandlungen nach Beginn der westlichen Nachrüstung abbrechen wolle. Er meinte dazu – wie man in Wien hören konnte –, die sowjetische Führung stelle ernsthafte Erwägungen an, ob sie weiter verhandeln solle oder nicht. Dies sei keineswegs entschieden. Genschers dahingehende Mitteilung vor der Presse war demnach keine „Schlußfolgerung", sondern offensichtlich ein Zitat. Das sowjetische ZK-Mitglied Leonid Samjatin hatte wenige Tage vorher in Hamburg kategorisch erklärt, weiterverhandeln sei nur möglich, wenn der Westen auf die Dislozierung verzichte.

Auch die in der vergangenen Woche von dem sowjetischen KP-Organ „Prawda" vertretene These, die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik widerspräche Geist und Buchstaben der Bonner Ostverträge, ist von Gromyko in Wien nicht aufgegriffen worden. Vielmehr sagte das sowjetische Politbüro-Mitglied, der Moskauer Vertrag habe sich bewährt; auf seiner Basis müsse man weiter schreiten.

Dementsprechend war Gromyko anscheinend auch sofort bereit, mit seinem Bonner Partner ein ganzes Geflecht bilateraler Verabredungen zu treffen, die zum größten Teil über den voraussichtlichen Nachrüstungstermin hinaus reichen. Dabei legte der Sowjetaußenminister besonderen Wert darauf, daß auch die drei bisher an der Einbeziehung West-Berlins gescheiterten Abkommen über Rechtshilfe, Kulturaustausch und wissenschaftlich-technische Zu-

■ Fortsetzung Seite 10

McFarlane wird Reagans Berater für Sicherheit

TH. KIELINGER, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat sich für Robert C. McFarlane als neuen Sicherheitsberater entschieden. Eine offizielle Bekanntgabe dieser Ernennung wird für die nächsten Tage erwartet.

Die Veränderung an der Spitze des Nationalen Sicherheitsrats war nötig geworden, nachdem Präsident Reagan in der vergangenen Woche überraschend William P. Clark, den bisherigen Sicherheitsberater, als seinen neuen Innenminister ernannte. In den folgenden Tagen entspann sich ein heftiger Disput unter den Beraterkreisen des Weißen Hauses, ob McFarlane oder Jean Kirkpatrick, die amerikanische UNO-Botschafterin, den zentralen Posten erhalten solle, wo die Fäden der US-Außenpolitik geknüpft werden.

Präsident Reagan hat den Befürwortern einer Kandidatur Kirkpatricks, darunter vor allem CIA-Chef Casey und Verteidigungsminister Weinberger, zugesichert, daß der mit 46 Jahren noch junge McFarlane vollen Zugang zum Oval Office habe und daß an der bisherigen außenpolitischen Linie nichts geändert werde.

McFarlane wird nach Richard Allen und William Clark der dritte Sicherheitsberater der Reagan-Administration. Er diente bisher als Clarks Stellvertreter. In den vergangenen drei Monaten war er jedoch vor allem als US-Sonderbotschafter im Nahen Osten tätig. Bis 1979 Offizier bei den Marines, war McFarlane schon unter Präsident Richard Nixon als Berater in das Weiße Haus berufen worden.

Shamir will Cohen-Orgad als Finanzminister

AP/AFP, Tel Aviv

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir hat gestern den Fraktionschef und Wirtschaftsexperten seiner Cherud-Partei, Yigal Cohen-Orgad, als neuen Finanzminister vorgeschlagen. Der 46jährige Cohen-Orgad soll die Nachfolge des bisherigen Finanzministers Yoram Aridor antreten, der wegen der heftigen Kritik an seinen Plänen zur „Dollarisierung" der israelischen Währung zurückgetreten war. Cohen-Orgad gilt zugleich als entschiedener Verfechter der israelischen Siedlungspolitik und hatte auch gegen das zustandegekommene Friedensabkommen mit Ägypten gestimmt.

Die oppositionelle Arbeiterpartei hat ihren angekündigten Mißtrauensantrag gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Shamir gestern im Parlament eingebracht. Über den Antrag soll heute entschieden werden.

Wie die israelische Notenbank bekanntgab, wurden in der vergangenen Woche 130 Millionen Dollar von Privatpersonen in den israelischen Banken gekauft. Aus der Aktienbörse in Tel Aviv, die seit zehn Tagen geschlossen ist, hieß es, mit einer Wiedereröffnung im Laufe der Woche sei kaum zu rechnen. Inzwischen liegen in der Börse rund 100 000 Kauf- und Verkaufsorder über eine Gesamtsumme von 20 Milliarden Schekel (250 Millionen Dollar) vor. Israelische Makler erwarten mit Spannung die ersten Stunden nach einer Wiedereröffnung der Börse. Wenn die Tendenz zum Abstoßen der Aktien überwiegt, würde dies zu einem katastrophalen Börsenkrach führen.

Moskau: Belehrung für Genscher

Wie die sowjetischen Medien die Wiener Gespräche schildern / Polemik gegen Bundeswehr

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Die zweitägigen Gespräche zwischen den Außenministern Gromyko und Genscher in Wien sind von den offiziellen sowjetischen Medien so dargestellt worden, als habe es sich um eine Lehrveranstaltung gehandelt. Genscher ist danach von seinem Amtskollegen auf die „Verantwortung aufmerksam gemacht worden", die der Bundesregierung zufalle, wenn eine weitere Drehung der Rüstungsspirale verhindert werden solle.

Gromyko forderte Bonn außerdem dazu auf, die Vorschläge zur Verhinderung eines Atomkrieges zu unterstützen, die Moskau an die Vollversammlung der Vereinten Nationen gerichtet hat.

Was der deutsche Außenminister zu sagen hatte, verwandelte sich bei der Sowjetagentur Tass in eine bloße Solidarisierung mit den amerikanischen Verhandlungspositionen und deren Rechtfertigung, obwohl sie doch „bekanntlich" jedes Vorankommen in Genf blockierten. Solange die Stationierung nicht begonnen habe, sei eine Einigung in Genf noch möglich. Wie es danach weitergehen könnte, läßt der Bericht offen.

Immerhin hebt Tass hervor, beide Seiten hätten sich für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen. Einschränkend wurde jedoch hinzugefügt, die Zusammenarbeit hänge nach Ansicht Gromykos von der gegenseitigen Achtung der Interessen ab, „vor allem im Bereich der Sicherheit".

Die „Prawda" hatte sich zuvor über die Auswirkungen einer Stationierung weniger diplomatisch geäußert. „Jemand" aus dem Regierungslager in Bonn sei in „Biertischpolitik" verfallen, wie es in der Parteizeitung hieß. Sie verbreiteten die falsche Behauptung, daß nach einiger Zeit alles wieder ins Lot kommen werde. Damit solle die Kraft der Friedensverteidiger geschwächt werden.

Nicht weniger kraftvoll trug das Organ des sowjetischen Verteidigungsministeriums, der „Rote Stern", zur Meinungsbildung über die Bundesrepublik Deutschland bei. Fast eine halbe Seite verwandte die Armeezeitung darauf, die „Schleier der friedliebenden Phraseologie" westdeutscher Politiker zu zerreißen. Sie wendeten nicht nur Milliarden für die Rüstung auf; die Bundeswehr sei inzwischen zur „Hauptstoßkraft des aggressiven NATO-Bündnisses" in Europa geworden. Sie unterstützten auch „reaktionäre Regime" im Nahen Osten, in Südafrika und in der Karibik.

Das Blatt betont, unermüdlich wachse die „Militärmaschine des westdeutschen Imperialismus". Die Bundesregierung verhalte sich gegenüber den Vorschlägen sozialistischer Länder negativ, übersehe das Anwachsen des „Revanchismus" im Lande und folge Washington blindlings.

Starke Gewinne für die ÖVP in Niederösterreich

Landtagswahl liegt im Trend der Nationalratswahl

dpa, Wien

Bei Landtagswahlen im größten österreichischen Bundesland Niederösterreich hat die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP), die auf Bundesebene die Opposition bildet, erhebliche Gewinne erzielt und ihr Ziel einer absoluten Mehrheit erreicht. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfielen auf die ÖVP 54,5 Prozent der Stimmen (49,6 bei Wahlen 1979) und auf die einzige andere Landtagspartei, die Sozialisten (SPÖ), 41,4 (45,4).

Die ÖVP wird demzufolge 32 Abgeordnete in den neuen Landtag entsenden (bisher 29), und die SPÖ 24 (27). Insgesamt sechs Parteien oder Listen hatten in Niederösterreich kandidiert, einschließlich der auf Bundesebene mit der SPÖ eine Koalition bildende Freiheitliche Partei (FPÖ). Keine der übrigen vier Parteien konnte aber die in Niederösterreich geltende „Zwei-Prozent-Hürde" nehmen. Das Ergebnis war das beste, das die ÖVP seit 1945 in Niederösterreich erringen konnte – für die SPÖ war es das schlechteste seit 1954.

Knapp 1,2 Millionen Bürger waren wahlberechtigt. Die Beteiligung lag bei rund 84 Prozent. Im Wahlkampf hatten alle Parteien hauptsächlich wirtschafts- und arbeitspolitische Fragen angeschnitten.

Nur wenige Tage vor der Wahl hatte eine gegen den ÖVP-Landeshauptmann (Ministerpräsident) Siegfried Ludwig eingeleitete gerichtliche Voruntersuchung wegen Verdachts der Untreue in Zusammenhang mit einem Bauskandal und Parteispenden eine heftige Kontroverse ausgelöst. Die ÖVP stellte sich voll hinter Ludwig und bezichtigte die Justiz politischer Motive.

In ersten Stellungsnahmen bezeichneten ÖVP-Politiker ihren Sieg als Ergebnis der Landespolitik ihrer Partei. Aus den Reihen der SPÖ war von einem „Ludwig-Effekt" der Solidarisierung die Rede.

Die Wahl war die erste Landtagswahl seit den Nationalrats- (Bundesparlaments-) Wahlen im April, die das Ende einer 13jährigen SPÖ-Alleinregierung gebracht und zu Österreichs erster sozial-liberaler Koalition geführt hatten.

Jaruzelski verschärft seine Drohungen

„Der Feind hat die Waffen nicht niedergelegt" / Dialog mit Walesa abgelehnt

DW. Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat die neue „ideologische Offensive" der Partei damit begründet, daß „der Feind die Waffen nicht niedergelegt hat". Entgegen bisherigen Beteuerungen einer „Normalisierung" gab Jaruzelski zum Abschluß des 13. ZK-Plenums in Warschau zu erkennen, daß der Widerstand oppositioneller Kräfte, vor allem der Gewerkschaft „Solidarität", noch nicht gebrochen ist.

In seiner gestern in den polnischen Zeitungen veröffentlichten Abschlußrede ging Jaruzelski mit keinem Wort auf das Verhältnis zur katholischen Kirche ein, die in vielen Diskussionsbeiträgen scharf kritisiert, ja sogar zum „ideologischen Feind des Sozialismus Nummer eins" gestempelt worden war. Er erklärte lediglich, bei der angestrebten nationalen Verständigung gehe es nicht darum, klassenmäßige politische oder weltanschauliche Unterschiede zu vertuschen. Es gebe Polen, mit denen man sich nicht verständigen könne. So werde es keinen Pakt mit „Dienern des Imperialismus und Subversion" geben. Damit sind offensichtlich die Anhänger der „Solidarität", allen voran Lech Walesa, gemeint. Bereits im Vorfeld des Ideologie-Plenums hatte Jaruzelski die „Solidarität" als Produkt der amerikanischen Politik darzustellen versucht.

Nach den Worten des Generals bekämpft die Partei den „Nationalismus, Nihilismus, Kosmopolitismus, Revisionismus, Dogmatismus und jede Doktrin, die auf dem Weg zur sozialistischen Erneuerung ein Hindernis ist". Zumindest der letzte Hinweis ist eine direkte Anspielung auf die katholische Kirche. Unter „Kosmopolitismus" werden all jene Kräfte verstanden, die westliche Ideen fördern und die Zugehörigkeit Polens zum westlichen Kulturkreis betonen.

Mit auffallender Schärfe warnte Jaruzelski vor einem Rückfall in alte Fehler der Partei durch Funktionäre, die in den vergangenen drei Jahren nichts gelernt hätten. Auch neue Ansätze vom Wirtschaften in die eigene Tasche oder herrschaftlichem Lebensstil müßten im Keim erstickt werden, forderte der General. Vereinzelt höre man wieder von luxuriösen Empfängen auf öffentliche Kosten oder Jagden für Funktionäre an Tagen, an denen eigentlich gearbeitet werden müsse.

Seite 2: Jetzt kommt die Kirche dran

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Keine Antenne

Von Günter Zehm

Unsere Westantennen lohnen sich nicht mehr", meinte ein Rentner von drüben, der hier zu Besuch war. „Was kriegen wir denn in eurem Fernsehen zu sehen? Polternde Gewerkschaftsfunktionäre, die von Sozialabbau reden und mit Maßnahmen drohen, und wildbewegte Friedenskämpfer, die das Ende der Welt voraussagen und gegen die *Amis* agitieren. Gewerkschaftsfunktionäre und Friedenskämpfer, Friedenskämpfer und Gewerkschaftsfunktionäre, jeden Abend dasselbe, uns hängt das schon zum Halse heraus."

Der Mann übertrieb nur unwesentlich. In der Tat ist die Themenpalette in den Nachrichtensendungen unserer Fernsehanstalten (und nicht nur in den Nachrichtensendungen) während der letzten Wochen und Monate auf fast schon groteske Weise zusammengeschrumpft. Die Programmacher geben sich offenbar überhaupt keine Mühe mehr, in eigener Initiative interessante, mitteilungswerte Neuigkeiten aus aller Welt und vor allem aus dem eigenen Land aufzuspüren. Vielmehr scheint das Prinzip zu gelten: Wer lautstark anklopft, wird bedient. Und da es (nächst Herrn Genscher) in erster Linie Gewerkschaftsfunktionäre und Friedenskämpfer sind, die fordernd anklopfen, kriegen wir am Abend eben nur diese Herrschaften auf den Bildschirm.

Viele der „Ereignisse", die da mühsam ins Bild gesetzt werden, sind gar keine wirklichen Ereignisse, es sind „Fernseh-Ereignisse", speziell für den Bildschirm inszeniert, und der Eindruck, den sie vom Leben in der Bundesrepublik vermitteln, ist falsch und demagogisch verzerrt. Könnte der an Neuigkeiten interessierte Zeitgenosse nicht auf andere Medien ausweichen, wäre er ausschließlich auf die Fernseh-Nachrichten *angewiesen, er würde in erschreckender Weise desorientiert.*

Um aber auf den Rentner von drüben zurückzukommen: Für zahllose Menschen im anderen Teil Deutschlands sind ARD und ZDF tatsächlich die einzigen direkten Informationsmittel über die Bundesrepublik. Das Fernsehen hat dieser riesigen und gutwilligen Klientel gegenüber eine besondere Verpflichtung; allein schon ihretwegen sollte es sich endlich am Riemen reißen und eine scheuklappenfreie Vielfalt der Themen und Aspekte anstreben.

Hilfs-Hauptstadt Tripoli

Von Peter M. Ranke

Syrien schickt in Libanon seine Hilfstruppen an die Front: Drusen, Linksmilizen, Palästinenser. Im Schuf vor Beirut stehen mindestens zweitausend Palästinenser der Anti-Arafat-Gruppen an der Seite der Drusenmiliz. Andere Palästinenser verstärken die syrische Einschließung der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli. Sie sollen für die Syrer kämpfen.

Denn Syrien braucht Tripoli als zweite Hauptstadt, als Sitz der prosyrischen Opposition in Libanon und der PLO-Rebellen, solange es Beirut *nicht zurückgewinnen* kann. Allerdings haben in Tripoli die prosyrischen Linksmilizen und Kommunisten vorige Woche mit fünfundachtzig Toten bei harten Straßenkämpfen eine empfindliche Niederlage erlitten und sind abgezogen. Die sunnitischen und antisyrischen Moslembrüder der „*Moslimischen Vereinigung*" unter Scheich Shaaban beherrschen jetzt die Innenstadt. Aber die Syrer geben mit ihren zwölftausend Soldaten bei Tripoli nicht auf. Ihre Artillerie griff schon vorige Woche in die Kämpfe ein.

In dieser prekären Situation taucht wieder einmal Yassir Arafat wie ein unrasiertes Gespenst auf. Der PLO-Chef braucht für seinen restlichen Haufen von Kämpfern in zwei nordlibanesischen Lagern Bundesgenossen gegen die Syrer. Er biedert sich daher bei den antisyrischen Moslembrüdern von Tripoli an. Früher gehörte er einmal selbst zu dieser orthodoxen Organisation. Doch nicht einmal sie wollen und können ihm noch helfen.

Arafat hat in der PLO nichts mehr zu bestellen. Auch seine Wafa-Desinformations-Genossen sind zu den Syrern übergelaufen, *ebenso die Erzterroristen Habasch und Hawatmeh.* Sie bezichtigen Arafat der Korruption und fordern eine kollektive Führung. Arafat schreibt Hilferufe, er hat ein Asylangebot der Saudis in der Tasche. Aber niemand kann ihm mehr gegen die Syrer helfen, auch nicht seine alten Freunde Kreisky und Brandt. *Die Frage ist, ob der gerissene Fuchs* noch einmal dem Hexenkessel Libanon entrinnen kann.

Lesen und lesen lassen

Von Peter Dittmar

Studenten lesen nicht. Studenten fotokopieren", verkündet ein an unseren Universitäten gängiges Wort. Es soll die Leseunlust, wenn *nicht gar die Unfähigkeit der akademischen* Jugend charakterisieren, mit Büchern zu leben. Aber diese These ist falsch. Das belegt eine Untersuchung des Deutschen Bibliotheksinstitutes in Berlin.

Die Wissenschaftler stellten nämlich fest, daß – vornehm ausgedrückt – in der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr rund drei Millionen Bücher den Bibliotheken verlorengehen. Weniger vornehm heißt das, daß rund 1,5 Prozent der Bibliotheksbestände im Jahr geklaut werden. Damit leistet die Bundesrepublik dreimal soviel wie die Schweiz, jedoch nur ein Zehntel der mit 15 Prozent Buch-„Schwund" führenden Vereinigten Staaten.

Als überdurchschnittlich aktiv erweisen sich in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet zwei Fakultäten, deren Adepten ein besonderes Verhältnis zu Recht und Gerechtigkeit nachgesagt wird: die Juristen und die Theologen.

Bei ihnen werden aus den einschlägigen Bibliotheken rund drei Prozent der Bücher aus Gemein- in Privateigentum überführt.

Folgerichtig ist es auch eine juristische Seminarbibliothek, die die Ehre für sich in Anspruch nehmen kann, die erste elektronische Diebstahlsicherung für Bücher eingeführt zu haben. Dazu werden die einzelnen Bände mit einem Metallstreifen versehen, auf den eine Sonde am Ausgang – ähnlich den Metalldetektoren bei den Sicherheitskontrollen auf den Flughäfen – anspricht. Es ist eine Rechenaufgabe, wann sich diese Anlage durch größere Konstanz der Bestände amortisiert.

Pessimisten meinen allerdings, daß die vielbeklagte geringe Wissenszunahme bei den Studenten auf diesem Gebiet nicht festzustellen sei und die Sicherungsanlagen bald überlistet würden.

Nur eines kann man nach alledem nicht mehr länger bestreiten: Da die Studenten diese Bücher gewiß nicht mitgehen lassen, um sie außerhalb der Bibliothek zu fotokopieren, drängt sich der Verdacht auf, daß sie tatsächlich lesen.



Den Finger im Wind

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Jetzt kommt die Kirche dran

Von Carl Gustaf Ströhm

Wer die Ideologie und die Technik der Machtausübung in kommunistischen – besonders aber sowjetisch dominierten – *Staaten auch nur halbwegs kennt,* vermag sich über die scheinbar abrupte Wendung des polnischen KP-Regimes und seines Partei- und Staatschefs Jaruzelski gegen die katholische Kirche nicht zu wundern. Gewiß, da war der jüngste Papst-Besuch in Polen, der von Jaruzelski und den ihn tragenden Regimekreisen ausdrücklich gewünscht und als Mittel der Stabilisierung ins poli*tische Kalkül* eingesetzt worden war. Da war die zweite, auf Jaruzelskis Wunsch zustande gekommene nächtliche Begegnung des Papstes mit dem General in Krakau. Fast konnte es damals den Anschein haben, als würde in Polen nach dem Verbot der „Solidarität" nun eine inoffizielle Arbeitsteilung zwischen kommunistischem Regime und katholischer Kirche stattfinden.

Aber das kommunistische System kann wohl in gewissen Situationen und bis zu einem gewissen Grade die Existenz von Religionsgemeinschaften dulden, solange diese sich am Rande der Gesellschaft bewegen. Auf keinen Fall aber kann ein System marxistisch-leninistischer Prägung irgendeine *Organisation oder Körperschaft* hinnehmen, die faktisch an der Ausübung der Macht über die Menschen beteiligt sein will. Was Lenin in der Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Mautsky" vorzeichnete, präzisierte Stalin in seiner Broschüre „Zu den Fragen des Leninismus": Der Führer des Staates im System der Diktatur des Proletariats sei die kommunistische Partei. Diese Partei teile die Führung mit niemandem und könne sie auch folglich nicht mit anderen Parteien (oder Organisationen) teilen.

Gilt dieser Ausschließlichkeitsanspruch schon gegenüber anderen politischen Gruppen oder Gewerkschaften, so gilt er natürlich erst recht gegenüber der Kirche. *Damit erweist sich auch die Hoffnung* einiger katholischer Kreise innerhalb und außerhalb Polens als illusorisch, man könne gewissermaßen die Gewerkschaft „Solidarität" und ihren populären Vorsitzenden Lech Walesa einem „Kompromiß" mit dem Regime zum Opfer bringen, um dann selber ungeschoren zu bleiben. Im Sinne der berühmt-berüchtigten Salami-Taktik war klar, daß sich das Warschauer Regime, sobald es seine Position halbwegs konsolidiert hatte, der nächsten unkontrollierbaren Machtbastion zuwenden würde, wenn erst die unabhängige Gewerkschaft ausgeschaltet war.

Das alles hat nichts mit einer besonderen persönlichen Dämonie oder Hinterlist General Jaruzelskis und der polnischen Kommunisten zu tun. Ungewöhnlich – und eine Folge ihrer extremen Schwäche und Ratlosigkeit – war, daß sie in den vorhergehenden Phasen seit dem Sommer 1980 die Kontrolle über das Land verloren hatten. Nicht ungewöhnlich, sondern im Sinne des „*realen Sozialismus*" normal ist nun ihr Versuch, Polen wieder den gleichen Regeln zu unterwerfen, wie sie in den anderen Ländern des Ostblocks herrschen. Solange die Gewerkschaft „Solidarität" legal oder illegal ein die Massen bewegender Machtfaktor war, wäre es von Jaruzelski taktisch unklug gewesen, sich gleichzeitig auch noch mit der Kirche anzulegen. Im Rückblick kann man sogar vermuten, daß sich die Zustimmung des Regimes zum Papst-Besuch auf die nicht ganz unberechtigte Hoffnung gründete, die Mas*senwallfahrten nach* Tschenstochau würden die Menschen derart beschäftigen und beanspruchen, daß die „Solidarität" darüber ein wenig in den Hintergrund geriete. Wenn aber die Kirche – im Sinne des Regimes – ihre „Schuldigkeit" getan hatte, mußte auch sie an die Reihe kommen.

Denn mit dem Verbot und dem Verschwinden der „*Solidarität*" als Massenbewegung hatte ein für das Regime nicht ungefährlicher Prozeß eingesetzt: Alle nationalen Energien, die bisher in der Gewerkschaftsbewegung ihr Betätigungsfeld fanden, strömten jetzt wieder in die katholische Kirche ein, fanden dort ein neues Betätigungsfeld und neue Hoffnung. Demokraten und Liberale im Westen mochten sich an den Versprechungen Jaruzelskis und Rakowskis über einen „nationalen Dialog" festklammern. Inzwischen hat der General selbst gesagt: „Es gibt keine Verständigung mit dem Feind, *mit den Günstlingen des Imperialismus.*"

Das sind Formulierungen des Bürgerkrieges – das polnische „Alles oder nichts" auf der Grundlage des *Marxismus-Leninismus.* Auf dem jüngsten Ideologie-Plenum des polnischen ZK wurden die gelockerten Zügel wieder fest angezogen. Die Kirche wurde der Komplizenschaft mit staatsfeindlichen, antikommunistischen Elementen beschuldigt, ja der Katholizismus wurde als eine „wirkliche Gefahr für Polen" (Kultusminister Lopatka) bezeichnet. ZK-Sekretär Jozef Czyrek – einst als jovialer Außenminister der Verhandlungspartner westlicher Politiker und Werbemanager für polnische Besonderheiten – forderte nun die Rückkehr *zum wahren Marxismus*-Leninismus. So ändern sich die Zeiten und die Redensarten.

Von der Logik der imperialen sowjetischen Machtposition in Osteuropa *gesehen, kann es für Polen* keine Extrawürste geben, auch nicht, was die katholische Kirche betrifft. Warum sollten die polnischen Katholiken besser davonkommen als ihre litauischen, ukrainischen und tschechischen Glaubensbrüder?

Der Versuch allerdings, die verfahrene polnische Situation durch Rückgriff auf die Bürgerkriegs-Rhetorik und durch das Heraufbeschwören apokalyptischer und ideologischer Feindbilder zu lösen, muß über kurz oder lang scheitern und zu neuen Komplikationen führen. *Der Frontalangriff auf die Kirche* wird für Jaruzelski jede Form von nationaler Versöhnung schwieriger machen.



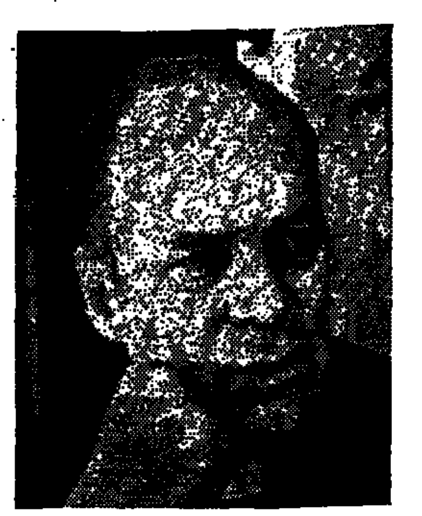
Einer nach dem anderen im Visier: Walesa, Glemp FOTO: AP

IM GESPRÄCH Erzbischof McGrath

Wessen Kirche?

Von Günter Friedländer

In einem in Costa Rica abgehaltenen interdisziplinären Seminar für Menschenrechte war ein Priester eine der zentralen Figuren: Marcos McGrath (59), Erzbischof von Panama. Der in Paris als Doktor der Theologie promovierte hochgewachsene Mann mit dem meist ernsten Gesicht ist im täglichen Leben stets zu einem Ausgleich bereit, aber nie zur Aufgabe seiner Grundsätze. Das erfuhr der allmächtige General Torrijos auf dem Höhepunkt seiner Macht: Der höfliche, zuvorkommende Erzbischof galt als der einzige Mann in Panama, der sich dem Willen des Generals nicht beugte.



Entschieden gegenüber starken Männern: Panamas McGrath FOTO: DIE WELT

Jetzt lernt es die „Kirche des Volkes", die Panamas Klerus zu unterwandern sucht. Sie gehört zu den Bewegungen, *die im Schatten der* Befreiungstheologie aufblühten und, so McGrath, „die marxistische Ideologie und den Klassenkampf in die Kirche tragen". Der Erzbischof bestreitet nicht, daß es in Zentralamerika große soziale Ungerechtigkeit gibt, gegen die die Kirche kämpfen muß. Aber es muß eine Kirche sein, die sich als göttlichen Ursprungs versteht und als Antwort auf das Wort *Gottes. McGrath akzeptiert nicht den* hochmütigen Anspruch der Rebellen einer vom Volk geschaffenen Kirche, weil es so etwas im Katholizismus nicht geben kann.

Er steht zum Papst, wenn er die Teilnahme der Priester an der Parteipolitik verbietet, es dabei aber für die Pflicht der Kirche hält, die Korruption der weltlichen Macht anzuklagen, wo sie sie entdeckt: Damit folge sie nur den zehn Geboten. Priester können vorübergehend und mit der Erlaubnis ihrer Vorgesetzten ihre geistlichen Pflichten unterbrechen, um an der Lösung einer großen nationalen Aufgabe mitzuwirken, aber nicht im Rahmen einer Partei. Ihm selbst ist die lange vernachlässigte Erziehung von Priestern wichtiger, die ihrer Berufung in den verschiedenen sozialen Schichten des Volkes dienen.

Vor vier Jahren überraschte McGrath eine Gruppe jüdischer Vertreter der karibischen Länder, die ihn mit einem Diplom in Anerkennung vorbildlicher Arbeit für die Menschenrechte ehrte, als er seine Dankesworte hebräisch mit dem jüdischen Glaubensbekenntnis begann. *Als stellvertretender Vorsitzender* der lateinamerikanischen Bischofskonferenz beeindruckte er seine Kollegen mit seinem Mangel an persönlichem Ehrgeiz. Die Panamaer erstaunt er immer wieder, wenn er mit klaren Worten zu politischen Problemen Stellung nimmt, ohne in den politischen Kampf einzugreifen. Politik, so meint er, sollte der positive Wettbewerb sein, die besten Pro*gramme für die Zukunft* eines Landes vorzuschlagen, so wie Kampf für die Menschenrechte mit der Verbesserung des Loses der Opfer sozialer Ungerechtigkeit beginnt. In vierzehn Jahren als Erzbischof Panamas hat er eigentlich nur schwere Zeiten erlebt. Aber das ist es, was so viele in ihm sehen: einen Mann für schwere Zeiten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DAVAR

Die israelische Arbeiterzeitung „Davar" befaßt sich mit der Gefängnisstrafe für den jüdisch-sowjetischen Dissidenten Josef Begun:

Man muß die Tatsache in Betracht ziehen, daß die Verschärfung des kalten Krieges den Respekt vor der Sowjetunion in der Weltmeinung ziemlich abgebaut hat. Versuche von Führern der zionistischen Weltorganisation, *Direktkontakte zum Kreml* zu bilden, scheinen zwecklos zu sein. Es bleibt kein Ausweg: Die internationale öffentliche Kampagne gegen die Unterdrückung der Menschenrechte gegen die Juden (sowie gegen andere Minderheiten) in der UdSSR muß *fortgesetzt* werden, auch wenn dies unter den gegenwärtigen Umständen auch kaum Erfolgsaussichten hat.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung schreibt zu den Beziehungen in den beiden deutschen Staaten:

Obwohl eine ernste Verschlechterung in den innerdeutschen Beziehungen wegen der Raketenfrage von Bonn bedauert würde, wäre sie in der Praxis schmerzlicher für Ost-Berlin. Deshalb haben sowohl Honecker als auch Kohl die Freundschaftshand in diesem Herbst weiter ausgestreckt. Und deshalb werden, sogar wenn die Raketen stationiert werden, wie es wahrscheinlich ist, beide deutsche Staaten ihr Bestes tun, damit es keine *„Eiszeit" in ihren Beziehungen gibt,* sondern nur einen vorübergehenden Frost.

DIE PRESSE

Zu dem Außenministertreffen meint die Wiener Zeitung:

Moskau wird vorerst nicht nachgeben, weil es den westlichen Regierungen gegenüber deren eigenen Friedensbewegungen nicht helfen will; Bonn wieder kann nicht die Optik entstehen lassen, daß diese Bewegungen mit ihrem Druck Erfolg haben könnten. Was dennoch in Wien *geschah, war ein kleines Stückchen* ost-westlichen Krisenmanagements. Beide Seiten denken langsam an die Zeit nach der Nachrüstung, machen sich bewußt, daß man auch nachher miteinander wird leben müssen. Allerdings: Das alles sind vorerst nur Andeutungen oder Vermutungen. Moskau wird noch fünf Wochen lang seine Pläne für das große Nachher hinter Drohungen verbergen.

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Saarbrücker Zeitung
Zur Carstens-Nachfolge meint das Blatt:

Allzulange wird Helmut Kohl nicht *mehr mit seinem Vorschlag dafür* warten können, wen die Union im kommenden Frühjahr als Kandidaten für die Nachfolge von Bundespräsident Karl Carstens aufstellen soll. Die Partei will Klarheit haben. Alles deutet darauf hin, daß sie diese Klarheit mit dem Namen des Berliner Regierenden Bürgermeisters bekommen wird. Richard von Weizsäcker ist der denkbar beste Kandidat. Ein *Mann, der dank Bildung* und Toleranz, politischer Erfahrung und Weltläufigkeit weit über die Reihen der Union hinaus Zustimmung findet. Aber gerade in der Qualifikation dieses Kandidaten liegt Kohls Dilemma. Wenn der CDU-Vorsitzende überhaupt noch Entscheidungsspielraum hat, dann muß er entscheiden, ob es der Union wichtiger sein soll, den hier wie dort besten Mann an der Spitze des Staates zu sehen oder ihn als einen Garanten für eine stabile politische Position der CDU in Berlin zu belassen.

Parkinsons Gesetz oder Was Britannia heiß macht

Eine Ehegeschichte erscheint wichtiger als Waffen oder Wirtschaft / Von Fritz Wirth

Die Briten haben ihre eigene Art von Krisen-Verständnis und Krisen-Bewältigung. Sie vermögen nationale Notstände, wie sie bei*spielsweise in den letzten zwei* Jahrzehnten durch Streiks und Pfundverfall ausgelöst wurden, mit bemerkenswerter Gelassenheit auszutarieren. Andererseits beherrschen sie wie kein anderes Volk die Kunst, Belangloses lustvoll zur Krise hochzustilisieren.

Die jüngste „Parkinson-Affäre" ist so ein Fall. Sie lieferte Stoff fürs Gemüt, für puritanische Heuchelei, für Mitleid und für Selbstgerechtigkeit. Abgesehen vom Falkland-Krieg und den letzten Unterhauswahlen hat es in Großbritannien seit mindestens fünf Jahren kein Ereignis mehr gegeben, das von der britischen Presse so minutiös, so ausführlich und so kommentarbeladen behandelt worden ist.

Dieses Land schafft sich seinen eigenen „heißen Herbst", indem es mit dem Blasebalg der Heuchelei und Entrüstung heiße Luft in zwar peinliche, aber kaum einmalige politische Privataffären bläst. Und so wird denn bereits von einem „Watergate der Frau Thatcher" gesprochen. *Journalisten mit größerem,* aber fragwürdigem Erinnerungsvermögen glaubten, in dieser Affäre die Konstellationen einer klassischen griechischen Tragödie zu entdecken. Vor allem aber habe das Verhalten Frau Thatchers in dieser Affäre bewiesen, daß sie eben nicht unfehlbar sei.

Das alles sind Stichworte aus dem falschen Zettelkasten. Die „Parkinson-Affäre" hat – was Frau Thatcher angeht – nur eines offenbart: Sie ist, trotz vergangener Beschwörungen viktorianischer Tugenden, nicht der Meinung, daß für Minister andere moralische Maßstäbe gelten als für normale Bürger. Das veranlaßte sie, als sie von der Affäre Parkinsons mit seiner Sekretärin erfuhr, zu der Feststel*lung, daß sich die Frage eines* Rücktritts nicht stelle. Als sie dann am Wochenende schließlich dennoch seinen Rücktritt akzeptierte, war das immer noch kein moralisches Urteil. Es war lediglich eine Frage politischer Zweckmäßigkeit.

Sie hat erkennen und einsehen müssen, daß diese Affäre von den Beteiligten und der Öffentlichkeit in einer Art behandelt wurde, die ein ungestörtes Arbeiten Parkinsons als Minister nicht mehr zuließ. Der Mann, der bei der letzten Wahl wie kaum ein anderer für die starke parlamentarische Position dieser Regierung verantwortlich war, ist nun zu einer Belastung für sie geworden. Das ist die Ironie dieser Affäre. Von Tragik im altgriechischen Sinne kann keine Rede sein, denn Parkinson hat sie selbst verschuldet.

Dennoch bleibt, auch unabhängig von der Parkinson-Affäre, die Frage: Gibt es einen Knick in der bisher so eindrucksvollen Erfolgskarriere dieser Frau, der seit dem letzten Wahlsieg vom 9. Juni plötz*lich die politische Fortüne abhanden gekommen* zu sein scheint?

Es ist unübersehbar, daß Frau Thatcher seit einigen Monaten in einem anderen politischen Klima regiert. Der Schutzschild des „Falkland-Faktors" ist nicht mehr vorhanden. Im Gegenteil: Die Falklands drohen wegen der starken finanziellen Bürde zu einer politischen Belastung bei den Bemühungen der Regierung zu werden, dem Bürger die Logik einer entbehrungsreichen Sparpolitik der öffentlichen Ausgaben nahezubringen.

Dazu gesellen sich Anlaufschwierigkeiten einer Regierung, bei der vor vier Monaten mit dem Außen-, Innen- und Finanzministerium drei Schlüsselpositionen neu besetzt worden sind. Da wird hinter den Kulissen seit zwei Monaten beispielsweise ein unerbittliches Etat-Duell zwischen Verteidigungsminister Haseltine und Schatzkanzler Lawson ausgetragen. Da ist ferner ein ungeschickter Gesundheitsminister am Werk, *der es zuließ, daß eine Personaleinsparung* von einem halben Prozent bei über einer Million Angestellten, die im Nationalen Gesundheitsdienst arbeiten, von der Öffentlichkeit als eine „Demontage des Wohlfahrtsstaates" verstanden werden konnte.

Andererseits *verdient festgehalten* zu werden, was in den Wirren des „Parkinson-Skandals" in Blackpool in den letzten Tagen nur zu leicht unterzugehen drohte: beispielsweise die bemerkenswerte Rassendebatte, in der sich die Partei mit überwältigender Mehrheit gegen einen kompletten Einwanderungsstopp und gegen die Repatriierung Farbiger aussprach. Diese Debatte belegte ebenso wie die Unterhausabstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe vor wenigen Monaten, daß diese Partei sich nicht im Griff des rechten Flügels befindet, wie ihre Kritiker argwöhnen. Und die in Blackpool von Frau Thatcher dem Kreml dargebotene Einladung zum Dialog zeigt, daß die sogenannte „Eiserne Lady" *flexibler ist als allgemein angenommen* wird. Abgegriffene Etiketts werden ihrer Politik nicht gerecht.

Pompidous „Bulldozer“, der Mann mit dem guten Stern

Er war Minister unter Präsident Pompidou, Ministerpräsident unter Giscard, dann löste er sich aus der Regierung, organisierte seine eigene Partei, wurde Bürgermeister von Paris: Jacques Chirac ist zum politischen Führer des bürgerlichen Frankreich geworden. In diesen Tagen ist er auf Einladung von Unionspolitikern zu Gast in der Bundesrepublik. Ein Porträt.

Von CAROLINE PIGOZZI

Es ist 13 Uhr an einem Donnerstag. Jacques Chirac, ein Paket unter dem Arm, das Kinn nach vorne geschoben, die Augen halb geschlossen, eine „Winston“ zwischen den Lippen, schwingt sich mit dem ihm eigenen Raubkatzen-Schritt in das kleine Privatflugzeug, das ihn zu einem Seminar der Abgeordneten seiner Partei, dem Rassemblement pour la République, bringen soll. „Ist das Ihre Rede“, frage ich und deute auf das Paket. Er lacht so schallend, daß man nicht einmal mehr seine Kindergrübchen am Kinn sieht. „Da kennen Sie mich aber schlecht, das ist unser Mittagessen.“

Wenige Minuten später beginnt er sein Frühstück mit Wollust zu verschlingen. Dieser Mann hat immer Hunger. Als er noch Premierminister war, aß er Schokolade während des l inisterrats, zur Wut von Giscard, dem Präsidenten. Mit demselben Appetit verschlingt er Kilometer, Wahlschlachten und „Kröten“ seiner politischen Gegner.

Wir landen. In ein paar Minuten hängen wir schon wieder in einer Auto-Kolonne, werden von der Menge hin und her geschubst, gehen im ohrenbetäubenden Krach eines auvergnatischen Blasorchesters unter. Der Bürgermeister von Paris landet schließlich in einem riesigen, zur Rotglut aufgeheizten Saal. „Chi-rac, Chirac“, tönt es aus Tausenden von Kehlen.

Nun ist er unter den Seinen, schiebt sich nach vorne, drückt Hände, geht von einer Gruppe zur anderen. Er gehört zu der Rasse Politiker, die den physischen Kontakt braucht und sich in den Rängen des Parlaments immer zu langweilen scheint. „Ich mache unseren Abgeordneten wenig zu schaffen“, sagt er in einer Anspielung auf seine eher bescheidene Rolle in der Nationalversammlung. Ganz offensichtlich fühlt er sich unter einfachen Leuten wohler als unter den Bourgeois. Snobismus und Mondänitäten sind ihm ein Greuel.

Was für ein Politiker ist Chirac? Düstere Meditationen stellt er nicht an. Ideologische Zweifel scheinen ihm nicht zu kommen. Seelische Abgründe fechten ihn nicht an. Er hat eine gesetzte Art zu sprechen, er atmet ruhig durch, seine Reden sind nicht besonders originell, aber was soll's? Sie werden ihm von seinen Mitarbeitern geschrieben und sind nicht dazu da, Träume zu wecken, sondern Stimmen zu machen und Herzen zu erobern. „Ich bin kein Ideologe, sondern ein Mann des Instinkts und des Handelns.“

Das hat er bewiesen, als er 1977 gegen Giscard das Rathaus von Paris eroberte und sechs Jahre später alle 20 Arrondissements der Hauptstadt hinter sich brachte – ein Vorgang ohne Beispiel. Sein ungewöhnliches Arbeitspensum und seine Energie ließen Pompidou einmal sagen, daß Chirac sein Bulldozer sei. Auf der anderen Seite ist er so schüchtern, daß er selten von sich oder seiner Familie, seiner Frau und den zwei Töchtern, spricht. Um so lieber erwähnt er Pompidou, den er heute noch „Monsieur Pompidou“ nennt und der einst in ihm den politischen Funken zündete, der ihn werden ließ, was er ist.

Unter Pompidou war Jacques Chirac Kabinettschef, Staatssekretär, Minister. Bis heute hat er ihm ein Sohn-Vater-Verhältnis bewahrt. Der einstige Präsident ersparte ihm, an seine eigene politische Zukunft zu denken. Als Pompidou am 2. April 1974 stirbt, bricht alles um Chirac zusammen. Er überträgt seine Loyalität auf Giscard, der ihn zu seinem Premierminister macht. Aber die politische Ehe zwischen zwei gleich ehrgeizigen Männern dauert nicht lange. Chirac nimmt seinen Abschied. Von diesem Tag im August 1976 datiert seine politische Großjährigkeit.

War es ein persönliches Kalkül? Wahrscheinlich nicht. Chirac hatte eine andere Auffassung vom Verhältnis zwischen Staat und Nation. Er wollte eine starke, eigenwillige, aktive Republik und verabscheute es, wie sein Konkurrent Giscard ständig von Inflation zu reden und mit Zahlen um sich zu werfen. Deshalb schuf er in der „Sammlungsbewegung für die Republik“ seine eigene politische Formation, um die Parlamentswahlen von 1978 zu gewinnen und vielleicht auch die Präsidentschaftswahlen von 1981.

Ein politischer Parcours ohne Fehltritt. Man könnte meinen, Chirac wäre nur eine ehrgeizige politische Bestie. In der Tat hat er etwas von einem ruhelosen Aktivisten an sich. Er schläft nur sechs Stunden pro Nacht, hat ununterbrochen einen Telefonhörer in der Hand, scheint nach immer neuen Herausforderungen Ausschau zu halten, und das alles mit einem offensichtlichen Vergnügen.

Aber es gibt auch den anderen Chirac, den warmherzigen, der immer für jedermann da ist, der gut zuhören kann und Loyalität gegen Loyalität setzt. Er hat eine Eigenschaft, die selten ist bei Politikern: Er ist auf die Minute pünktlich. Selbst seine politischen Gegner rühmen seine stete gute Laune. Manches an ihm grenzt nahezu an Naivität.

Dieser Mann von 50 Jahren, der noch kein graues Haar hat, muß im Augenblick eine schwere, vielleicht die schwerste Probe bestehen: die Zeit des politischen Immobilismus. Sein Temperament verführt ihn eher dazu, Etappen zu überspringen. Zwischen zwei politischen Marathons sucht er gerne einen Antiquar auf, fährt mit seinen langen Händen liebevoll über chinesischen Lack und japanische Bronze, betastet alles fachmännisch, weil ihm das Spaß macht. Ist er sinnlich? „Ich mag Gegenstände berühren“, gibt er zu. Ist er sentimental? „Der Mann haßt es, zwischen zwei Mitarbeitern zu entscheiden, weil er niemandem unrecht tun will“, erzählt uns einer seiner Adjutanten.

Wie soll man dieses „Image“ seiner wahren Natur der Öffentlichkeit vermitteln, ohne dem bekannten Bild von dem autoritären Politiker mit dem nach vorne gereckten Kinn zu schaden? Da ist ein Rest Schüchternheit in seinem Verlangen, jeden gleich zu duzen, in seiner Art, Journalistinnen, die ihn interviewen, ausgiebig auf beide Wangen zu küssen. Der Vorsitzende des RPR ist sicher zarter besaitet, als er sich nach außen gibt. Aber seine permanente „One man show“ in der Politik ist kein billiger Kniff, den er sich beigebracht hat. Chirac folgt einfach seinem Temperament und seinem guten Stern, der ihn bisher noch nie im Stich gelassen hat.



Unter dem Wappen von Paris: Bürgermeister Jacques Chirac FOTO: CAMERA PRESS



Bamberg: Ein Blick über den alten Kanal zur Bergstadt zeigt die Harmonie der architektonischen Stilarten über viele Jahrhunderte. FOTO: LIMMER

Zwischen Wein, Klöstern und Main

Hundert Kilometer liegen zwischen Bamberg und Würzburg. Eine Landschaft voll mit Kirchen, Schlössern und Klöstern. Godehard Schramm, 40, Mitbegründer des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ lebt als freier Schriftsteller in Nürnberg. Er sieht einen „geradezu versessenen Pluralismus“.

Von G. SCHRAMM

Voll ist das Land, prallvoll. Angefüllt ist es. Ist es nicht längst überfüllt? Wer fände darin noch Erfüllung?

So fragte ich mich immer wieder, als ich das Land durchfuhr. Lange Zeit schien es mir zuzuwachsen, auf melancholische Weise verlandend – wie ein Weiher, bis ich erkannte: Die rasche Überwindung von Entfernung hat etwas Täuschendes: Zwar sind die rund hundert Kilometer zwischen Würzburg und Bamberg schnell zurückzulegen, aber die tatsächliche Ausdehnung des Landes wird dadurch nicht berührt. Erst wer keinen Überblick mehr will, der gewinnt einen Einblick. Wohl hat es den Anschein, als stünden die Orte entlang des Mains und all die kleinen, oft niedlich anmutenden Städtchen Mainfrankens wie in einer Baumschule so nah beieinander – doch dann beginnen sie sich zu entfalten: in dem Augenblick, in dem ihnen der Betrachter Raum zur Entfaltung gibt – und dazu gehört das Räumliche der Geschichte ebenso wie das der Gegenwart.

Jeder einzelne wird in solchen Landschaften, die übervoll erscheinen mit Altem, die plötzliche Entdeckung machen, daß die Orte über ihr tatsächliches Aussehen hinaus noch auf eine zweite Weise gegenwärtig sind. Gegenwärtig als etwas Beständiges. Beständig, weil mit klaren Formen ausgestattet. Doch so, wie die verwaltungsmäßige Bezeichnung „Unterfranken“ und „Oberfranken“ abstrakt bleibt und sich nicht deckt mit dem tatsächlichen Erscheinungsbild dieser eben nicht klar begrenzten Landschaft, so entsteht ein Bild, mit dem ein Begriff endlich deutlich wird: Vielgestaltigkeit – oder Pluralismus. Dies eben zeichnet Fränkisches noch immer aus: in welchen Landschaftsbereich man sich auch wendet: geradezu versessener Pluralismus – eingesäumt von mancherlei Beschränktheit. Um dies alles zu fassen, bedarf es eines Maßes: das der eigenen Aufnahmefähigkeit.

Aufnehmen und auf sich wirken lassen, was barocke Baukunst in Würzburg vermochte: nicht nur Raum beherrschen (mit der Residenz), sondern Raum sinnvoll machen (für Tiepolos Fresken). Dann das Sinn-Verlieren von früherem Bauen: die Festung Marienberg – an ihrer Kantigkeit erst zeigt sich, wie anmutig Wein wächst, und gedeiht doch jeder Weinstock nicht ohne drillenden Zwang. Stillschweigend wirken die Bauformen weiter: klar, eindeutig – etwa die Brücke mit den Heiligen über dem Main. Erheben Festung und Brücke je einen Vorwurf gegen das Schmucklose von heutzutage? Man kann es nicht übersehen, und der wahrhaftige Blick unterschlägt es auch nicht: viel mehr Raum nehmen zwischen Würzburg und Kitzingen heute die Kasernen und Flugplätze ein – und nirgendwo wuchs da Schönheit mit. Man erträgt's, man nimmt's hin, wundert sich vielleicht, wieviel Raum da vertan werden muß; und es geschieht darin nichts anderes, als den Heimatschutz wach zu halten – das muß wohl der Preis sein. Wofür? Auch dafür, daß solche Ensembles gewahrt werden können wie Würzburg: Ich habe sie nicht gezählt, doch sind es noch heute immens viel Ordensklöster. Würzburg: Natürlich ist das auch Riemenschneider – so, wie Bamberg auch Veit Stoß ist.

Ach, denke ich manchmal, ist das Konto nicht längst überzogen, wenn wir immerzu nur vom Vergangenen reden ... Kam denn nichts Neues hinzu? Ich meine mit Neuem: was mindestens genauso gut, ebenso überzeugend ist. Und schon spüre ich, angesichts der sanften Landschaft, angesichts der überall gleichen Stadtränder, angesichts der von Ort zu Ort genau unterscheidbaren Ortskerne: Frag' so nicht! Laß das Gegenwärtige dahinziehen wie es zieht! Denn: geben nicht auch die Straßen, die Autobahnen einen Takt, einen wohl hektischen, aber nicht minder menschlichen Rhythmus? Ist in dieser Bewegung nicht etwas, das dem uralten Main entspricht: Gestalt haben und dabei immerzu im Fluß zu sein – also werden ... Und nur so, wenn man all die Verrichtungen des Heute-Tages gelten läßt, dann sieht man plötzlich die Sinnpunkte. Nein, ich meine jetzt nicht die Perlenschnüre der Orte, von denen jeder auf seine Weise das alte Thema variiert: aus einer Ansammlung von Häusern etwas Schönes, eine Gestalt zu machen. Es ist ja beinahe in jedem zu sehen, wie gut das gelang: ob Prichsenstadts Türmetor oder Volkachs Rathaus, ob Haßfurts Ritterkapelle oder Ochsenfurts Mauern, ob Maria im Weingarten mit Riemenschneiders Rosenkranz oder der Schwung der Mainschleife – ich könnte das fortführen und bewiese nichts anderes, als daß Franken auch etwas Unerschöpfliches für das neugierige Auge bietet.

Nicht zu leugnen aber ist eines: Von Würzburg bis Bamberg spannt sich über der Landschaft und damit in ihr, und manchmal überdeckt von all den Geschäften: die Ausdrucksform des Heiligen. Längst vergingen die Machtgesten der Fürstbischöfe, längst sind in den Residenzen keine Herrscher mehr, sondern nur noch Verwalter – aber das Heilige ist nicht verschwunden. Es ist mir manchmal, als gliche es der gotischen Steinplastik im Bamberger Dom, der „Synagoge“: wie durchschimmernd da der unbekannte Bildhauer das Gewand aus Stein über den Körper aus Stein legte, so daß der wirkliche Leib nicht verborgen bleibt. Dies sichtbar Unsichtbare – und die Fülle der Kirchen in Bamberg (ohne Enge, Beschränktheit, ja Neugierdelosigkeit offenbar nicht zu haben, und dennoch Refugium gewährend: Lebte sonst in Bamberg so ein eigensinniger Kopf wie Hans Wollschläger? Hätte es hier sonst einer wie E. T. A. Hoffmann ausgehalten?); also, dies Fundament des Vergangenen. Und darauf steht, man muß es nur wie eine Insel, vielleicht sogar wie einen Meteoriten verstehen: das Heilige von heute. Ich meine das Kloster der Benediktiner in Münsterschwarzach. Niedergerissen war es, ein Trümmerhaufen nach der Säkularisation – und ist wiedererstanden. Ein großes Gebäude mit weitem Areal; grau sind seine Steine, streng die Formen, beinahe schmucklos im Innern.

Das Weinland mit Rebstöcken an Flußhängen braucht aber offenbar auch den Wirbel der Weinfeste landauf, landab. Kurios auch: wie aus dem Siedlungsimpuls der Zisterzienser – immer in Sumpftälern – die herrliche Klosterkirche zu Ebrach im Steigerwald wurde, dazu die Nebengebäude: heute ist darin ein Gefängnis. Kulturlandschaft: Fleckenteppich-Landschaft. Hineingesprenkelt uralte jüdische Friedhöfe (etwa in Schwanfeld), hineingewirkt die Goldfäden von Schlössern (Pommersfelden z. B. oder Werneck); auch sie transformiert – zu Galerien und Sammlungen, Schatzhäusern. Merkwürdig: wie das über Jahrzehnte hinweg dem langen Gebrauch standhält, gebrauchsfähig bleibt – ich denke an das Aufleben der Krippenbaukunst in Bamberg: wie da ein alter Faden fortgesponnen wird. Schweinfurt ist die Stadt, die am wahrhaftigsten mit der Zeit ging. Noch immer ist der Main dort herrlich und anmutig und zugleich ist hier das Industrieleben nicht kaschiert, nicht mit falschem Fachwerkidyll verkleinert. Fabriken, US-Kasernen, Frachtschiffe, Rauch, das Atomkraftwerk von Grafenrheinfeld: Hier drückt sich unsere Zeit aus – sie lädt nur nicht so zum Besichtigen ein wie die Weinorte Dettelbach oder Randersacker; dafür ist hier das Tatsächliche zu sehen, das „vollendete“ Tatsachen schafft, die freilich nicht so vollendet sind wie jener Zusammenklang von Romanik, Gotik, Renaissance und Barock auf dem Bamberger Domplatz. Zu begreifen ist das alles als ein Katalog von Möglichkeiten.

Man könnte die Spanne zwischen Würzburg und Bamberg wie einen Bogen begreifen: von Bamberg mainabwärts wird es immer lieblicher, offener, manchmal sogar südlich heiter – und man könnte es mit „Oberfranken“ und „Unterfranken“ gleichsam unter den Hut eines Begriffes bringen; aber ist es nicht aufschlußreicher, wenn man von Ort zu Ort sieht, wie die Menschen auf die Vorgabe der Landschaft antworteten und jeweils etwas Individuelles zustande brachten? Schließlich überwiegt im äußeren Antlitz doch jeweils der Kern eines Ortes – und nicht die bauliche Geste der Abwendung des Einzelnen vom Ganzen: wenn er sein Einfamilienhaus zusammenhanglos an den Ortsrand stellt. Irgendwie übersieht man das – wie den dunklen Flecken in Marktbreits Geschichte: von hier aus wurde die Tauschware (nämlich die verkauften Soldaten) der Ansbacher Markgrafen verschifft. Es ist überhaupt merkwürdig, wieviel die Menschen übersehen, etwas als unsichtbar gewordenes Joch tragen: wie die Zonengrenze, die Ober- und Unterfranken im Norden vernagelt hat. Da nimmt es nicht wunder, daß sich Menschen mehr dem Menschen zuwenden – wie wäre sonst die starke Zunahme an Mundartliteratur gerade in diesem Landstrich während der letzten zehn Jahre zu verstehen? Dies muß man hören, sonst versteht man's nicht – so wie man die Türme, den Main, die Waldschraffur sehen muß: als Bild. Manches harmoniert noch immer miteinander.

‚Friedensdemonstrationen' im Spiegel der Presse

„Times": Sowjets manipulieren die Meinung

DW. **Bonn**

„The Times" (London) beschäftigt sich unter dem Titel „Friedenswoche" mit den Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland: ...Diese Woche dreht sich alles um die Willenskraft in den Regierungssitzen des Westens. Dies macht der unruhige Zustand Westdeutschlands deutlich. Die Sowjetunion manipuliert fortwährend die westdeutsche öffentliche Meinung, wenn auch nicht immer erfolgreich. Deshalb hat sich Genscher in der elften Stunde mit Gromyko zu Gesprächen eingeschlossen, nicht um eine Schwächung der alliierten Politik zu zeigen, sondern um seinen Anhängern zu zeigen, daß er sich bemüht.

Die Friedensbewegung in Westeuropa ist in mehr als einer Hinsicht einseitig. Sie fordert vom Westen einseitige Gesten, *während sie vorgibt*, daß der gleiche Druck der öffentlichen Meinung auf die Sowjetführer besteht. Alle jüngsten Beweise von den wirklichen Friedenskämpfern im Sowjetsystem – im Gegensatz zu den Pseudo-Friedensfreunden – zeigen, daß sie verzweifelt daran interessiert sind, daß der Westen aus einer Position der Stärke heraus verhandelt, die durch einseitige Gesten entscheidend untergraben werden würde. ...Die westdeutschen Peaceniks möchten gerne vergessen, daß zweimal in diesem Jahrhundert amerikanische Soldaten *nach* Europa kommen *mußten*, um die von deutscher Instabilität bedrohte westliche Zivilisation zu verteidigen. Jetzt sind *300000* amerikanische Soldaten in Europa stationiert, um zu dieser Stabilität beizutragen. Aber *man* sagt *ihnen, daß sie* eine *Bedrohung* des Friedens sind, wenn sie Waffen erwerben, um sich damit zu verteidigen. *Schwer wären die Folgen für das* gesamte Europa, wenn die öffentliche Meinung innerhalb der Vereinigten Staaten *in die Friedensdemon*strationen während dieser Woche zuviel hineinlesen würde.

„Le Quotidien de Paris": „Die UdSSR bemüht sich, die Position der Bundesregierung aufzuweichen, indem sie die Strategie von Zuckerbrot und Peitsche anwendet. Erstes Mittel: Der pazifistische Druck... Zweites Mittel: Die Erpressung mit der Ostpolitik... Die ganze Kunst der sowjetischen Diplomatie besteht darin, den Deutschen hinreichend angst zu machen, damit sie glauben, sie wären die ersten Opfer eines neuen kalten Krieges. Gleichzeitig gibt man ihnen zu verstehen, daß man sich mit einem bißchen guten Willen mit Moskau verständigen könnte."

„Nürnberger Zeitung": „Am Zwang zur Nachrüstung wird, sollte nicht in letzter Minute noch ein Wunder geschehen, kein Weg vorbeiführen, und das erst wird die Stunde der Wahrheit für die Friedensbewegung *sein... Das heißt: Sie muß zeigen, daß* sie mehr zu bieten hat als Aktionismus. Sie wird dabei nicht darum herumkommen, will sie glaubwürdig bleiben und auf Dauer Erfolg haben, ihre allzu naive Einschätzung der Sowjetunion zu revidieren."

„Neue Presse" (Hannover): „Im Bestreben, durch möglichst originelle und spontane Manifestationen für Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu sorgen, hat in den letzten Wochen eine beispiellose Entleerung des eigentlichen Inhalts" (des Begriffes Frieden) „stattgefunden. Da wird gelärmt und geschwiegen, marschiert und blockiert, gestritten und gebetet, gefeiert und gekämpft, gekickt und geworfen – und dies alles im Namen des Friedens. Es hat lange gedauert, bis die Ernsthaftigkeit und Betroffenheit überzeugend vermittelt werden konnte."

„Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (Essen): „Ein Stimmungswechsel erfaßt die Republik wie zuletzt vor 25 Jahren während der großen Kampagne, die das gesamte Lager, *Physiker und Theologen gegen* die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffenträgern zusammenführte.... *Damals wurde stationiert*, und die Empörung verrann. Das Ende der Welt, Europas oder doch der Bundesrepublik blieb aus. Statt dessen erfreute sich Europa in West und Ost einer beispiellosen Stabilität..."

Straßentheater und „politische Modenschau"

„Widerstandstag der Frauen" verlief ruhig

WERNER KAHL, **Bonn**

Unterschiedliche Resonanz fanden die Aufrufe der Frauen-Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland zum „Widerstandstag der Frauen" in der von der „Friedensbewegung" ausgerufenen Aktionswoche. „Mehrere hundert Menschen in zahlreichen Städten", so schätzte die Nachrichtenagentur Associated Press, hätten bis zum Mittag gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen protestiert.

Während die Veranstalter in Berlin mehrere tausend vorwiegend junge Mädchen zu einem Straßenfest auf dem Kurfürstendamm erwarteten, hatten sich gestern früh in Bonn vor dem Bundesverteidigungsministe*rium zu Beginn einer groß angekün*digten Demonstration nur etwa 40 Vertreterinnen der „Friedensbewegung" eingefunden. In Kinderwagen oder auf Fahrrädern transportierte der laut Veranstalterangaben später auf 200 Teilnehmerinnen angewachsene „Abrüstungszug" Raketen aus Plastik als „Phallus-Symbole männlicher Macht". Fotografen und Fernsehkameras bot sich ein Transparent in klammen Mädchenhänden als Blickfang: „Keine neuen Waffen, sondern neue Männer braucht das Land." Eine Petition an Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hatten die Organisatoren zuvor mit der Post auf die Hardthöhe, den Amtssitz des Ministers, gesandt. Nach einer „politischen Modenschau" auf dem Bonner Münsterplatz war für den Nachmittag ein Marsch zum Bundesfamilienministerium geplant.

Für den späten Nachmittag hatten Düsseldorfer Frauengruppen aufgerufen, das Hochhaus des Thyssenkonzerns in der nordrhein-westfäli*schen Landeshauptstadt zu „umzin*geln". Nach der Umzingelung sollten die Teilnehmer animiert werden, eine *Menschenkette zum* Berta-von-Suttner-Platz zu bilden.

In Baden-Württemberg veranstalteten Frauen *Straßentheater in Stutt*gart, Demonstrationen in Freiburg und Biberach. Im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierte Frauen wollten die Landesfrauenklinik besuchen. Friedlich verlief bis Redaktionsschluß auch die Blockade des Kasernengeländes in Münster, in dem das I. Korps der Bundeswehr untergebracht ist. Dort hatten sich ebenfalls nur etwa 100 Demonstranten am frühen Morgen versammelt, um das Tor jeweils für 15 Minuten zu blockieren.

Die Sprecherin der Gruppe „Anstiftung der Frauen zum Frieden", Eva Quistorp, äußerte in einer Pressekonferenz in Bonn die Erwartung, daß Abrüstungszüge der Frauen in Hamburg, Berlin, Bielefeld und anderen Orten ein Beispiel für weitere Kundgebungen der Frauen geben *würden. Zu den Sprecherinnen der* Bonner Frauen-Initiativen gehört auch Mechthild Jansen, Funktionärin der nach Berichten des Verfassungsschutzes von der DKP beeinflußten „Demokratischen Fraueniniative" sowie des Büros des „Komitees für Abrüstung und Zusammenarbeit" (KOFAZ) in der Bundeshauptstadt.

Zu der schwachen Resonanz des von den 18 Bonner Frauen-Initiativen organisierten „Abrüstungszuges" sagte die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Karin Hempel-Soos, in der Pressekonferenz, „alle Frauen" müßten aufgefordert werden, „unbedingt an den Demonstrationen teilzunehmen". Es mache sich bemerkbar, daß eine „ganz gewaltige Verunsicherungskampagne läuft", sagte die SPD-Funktionärin. Die nominell schwache Beteiligung an dem eigens für das weibliche Geschlecht organisierten „Frauen-Widerstandstag" wurde jedoch von einer anderen Sprecherin mit der „Alltags"-Inanspruchnahme der Frau begründet. Ihre Friedensaktivitäten dürften deshalb nicht an der Teilnehmerzahl gemessen werden. *Man* werde die Stärke der Frauen-Friedensbewegung, so die Sprecherin, erst dann erkennen können, wenn die Männer Hausfrauenarbeiten mit übernommen haben werden.

In der „Friedensbewegung" sind die Kommunisten fest verankert

Die verschiedenen Strömungen in der Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß

Von ROLF TOPHOVEN

Für die „Friedensbewegung" hat die „Stunde der Bewährung" geschlagen. Nach einer Serie vorbereitender Konferenzen in den zurückliegenden Wochen und Monaten soll nun die „Internationale Aktionswoche" vom 15. bis 22. Oktober mit Protestaktionen im gesamten Bundesgebiet ein vorläufiger Höhepunkt in der Kampagne gegen Nachrüstung und NATO-Doppelbeschluß werden. Welche Kräfte bestimmen die „Friedensbewegung"? Nach Er*kenntnissen der Staatsschutzorgane* lassen sich folgende Strömungen bestimmen:

- Traditionelle Friedensgruppen mit erklärt friedlichen Absichten, die „gewaltfreien Widerstand" befürworten.
- Militante Friedensgruppen, die die Anwendung von Gewalt nicht ausschließen.
- Autonome und antiimperialistische Gruppen, die Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer Ziele befürworten.
- Terroristische Gewalttäter.

Ziele und geplante Aktionsformen dieser vier Hauptrichtungen lassen die unterschiedlichen Ansätze des Protestes erkennen. Neben den sogenannten „traditionellen Friedensgruppen", den Grünen und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), haben sich in örtlichen und regionalen Bereichen auch die DKP und ihre Nebenorganisationen stark engagiert. Ziel der DKP ist es unter anderem, gemeinsam mit Gewerkschaftsmitgliedern und SPD-Anhängern zu einer „Aktionseinheit", auf der Grundlage enger Zusammenarbeit zu kommen. Hier*durch versprechen sich die orthodo*xen Kommunisten eine Vergrößerung der Aufmerksamkeit durch eine *breitere Öffentlichkeit. Die* Ablehnung von Gewalt wird weniger aus rechtsstaatlichen Gründen, vielmehr aus *taktischen Gründen für erforder*lich gehalten, um demokratische Organisationen nicht fernzuhalten.

Die **Deutsche Kommunistische Partei** (DKP): Sie hat etwa 41 500 Mitglieder mit hohem Mobilisierungsgrad. Die DKP *unterhält* enge Beziehungen zur „DDR" und von dort auch ihre finanziellen Mittel (1982 rund sechs Millionen Mark). Die DKP ist straff organisiert und geschult. Sie ist in der Lage, viele Veranstaltungen zu prägen. Ob dies von anderen geduldet wird, ist offen. Die DKP verfügt bundesweit über 300 Betriebsgruppen, 900 Ortsgruppen, 100 Hochschulgruppen. Sie ist über Nebenorganisationen in allen Koordinationsstellen für die kommende Aktionswoche vertreten.

Demokratische Fraueninitiative (DFI): 1975 mit Hilfe der DKP im „Internationalen Jahr der Frau" gegründet. Die DFI hat geplante Aktionen unter das Thema „Frauen gegen Raketen" gestellt. Sie organisiert Frauen-Friedenscamps und Veranstaltungen gegen die Nachrüstung. 100 Ortsgruppen mit rund 2000 Mitgliedern sind gebildet, und ein hoher Sympathisantenanteil steht bereit. Gewaltsame Aktionen dieser Gruppe

Zusammenarbeit mit den Grünen angestrebt

sind den Verfassungsschützern bisher nicht bekanntgeworden.

***Weltfriedensrat** (WFR): 1950* durch die KPdSU gegründet. Der WFR hat auf internationaler Ebene die Aktionen *der kommunistischen Masse*norganisationen zu koordinieren und zu lenken. Gegenwärtiges Hauptziel ist: „... Der Kampf gegen die Stationierung von Massenvernichtungswaffen in Europa" durch Propaganda und Agitation. *WFR-Repräsentanten wer*den an Veranstaltungen der Aktionswoche teilnehmen.

Deutsche Friedensunion (DFU): 1960 gegründet, arbeitete dieser Verband von Beginn an in den sogenannten Ostermärschen aktiv mit. Etwa ein Drittel der DFU-Mitglieder gehören der verbotenen KPD an. Die DFU umfaßt rund 2500 Mitglieder, die sich in örtlichen Friedensgruppen engagieren. Deutliche Bestrebungen um Zusammenarbeit auch mit Grünen und Sozialdemokraten als „demokratisches Bündnis aller Nachrüstungsgegner" sind festzustellen. Mit gewalttätigen Aktionen, so der Verfassungsschutz, seitens der DFU ist nicht zu rechnen.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ): Dieses Komitee wurde 1974 durch die DKP und andere kommunistische Organisationen gegründet. Es arbeitet eng mit anderen „Koordinationsstellen für den Herbst" zusammen. Die Gruppe gehört zu den Initiatoren des „Krefelder Appells".

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ): Nebenorganisation der DKP, wird von ihr gesteuert und finanziert. Bundesweit sind etwa 15 000 Mitglieder in etwa 800 Gruppen zusammengeschlossen. Schwerpunkt der SDAJ ist die Arbeit mit Jugendlichen. Gibt monatlich das Jugendmagazin „Elan" heraus.

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB): Nebenorganisation der DKP. 70 *Prozent* der MSB-Mitglieder gehören der DKP an. Schwerpunkt *ist die Studentenar*beit. Insgesamt zirka 6000 Personen. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes ist der MSB der stärkste und einflußreichste linksextremistische Studentenverband. Er wird als radikal eingeschätzt.

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK): 1974 mit Hilfe der DKP gegründet. Der DKP nabestehend, mit dem höchsten nichtkommunistischen Anteil. Die Gesellschaft war unter anderem an der Organisation der Demonstrationen in Bonn am 10. *Oktober 1981* und am *10. Juni 1982* beteiligt. Strebt exponierte Ziele innerhalb der Friedensbewegung an. Befürwortet „direkte gewaltfreie Aktionen". Betont das Prinzip der Gewaltfreiheit. Bundesweit sind etwa 7000 Mitglieder organisiert.

In der Vergangenheit sind einzelne Friedensgruppen in Erscheinung getreten, die die Durchführung des zweiten Teils des NATO-Doppelbeschlusses auch mit Hilfe von militanten, direkten, gewaltsamen Aktionen verhindern wollen, wenn andere Protestformen keinen ausreichenden Erfolg versprechen. Diese Gruppen nehmen Konfrontationen in Kauf. Wahrscheinlich ist ein Tätigwerden am Rande von Großveranstaltungen mit friedlichem Charakter als „Anheizer". Ihr Protestpotential ist jedoch vergleichsweise gering. Im wesentlichen handelt es sich um Personen und Organisationen, denen die

Direkte gewaltfreie Aktionen befürwortet

herkömmlichen gewaltfreien Aktionen nicht ausreichen. Hierbei sind vor allem die radikalen kommunistischen Kräfte einzuordnen, die keine Aktionsbündnisse mit demokratischen Organisationen suchen. Allerdings sind „Anschlußaktionen" denkbar. Folgende, überregional aktive Gruppierungen sind diesem Bereich zuzuordnen: **Der Kommunistische Bund Westdeutschlands** (KBW). Diese kommunistische Kaderorganisation, die in der Vergangenheit mehrfach aktiv an gewaltsamen Auseinandersetzungen beteiligt war, zählt zur Zeit eine Mitgliederstärke von 500.

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK): Etwa 300 militante Mitglieder mit größerem Sympathisantenkreis. Ziel ist die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates". Aus diesem Grund dürfte sie sich im Bereich der dogmatischen neuen Linken auch zur Nachrüstung engagieren. Mit unfriedlichen Aktionen dieses Personenkreises ist nach Aussage von Verfassungsschutzorganen während der Aktionswoche zu rechnen.

Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA): Zusammenschluß von verschiedenen militanten Gruppen, die auch im Koordinationsbüro Estermannstraße 179 mitarbeiten. Sie planen konkrete Aktionen gegen die Nachrüstung an einzelnen Objekten. Besonders hat sich die FöGA dabei auf Munitionslager und Friedenscamps spezialisiert. Bedingt durch die dezentrale Organisationsstruktur, können über konkrete Aktionen der FöGA seitens der Verfassungsschützer keine Aussagen gemacht werden. Die Gruppe muß aber entsprechend ihrer Publikationen als militant eingestuft werden.

Marxistische Gruppe (MG): Straff organisiert, diszipliniert, intensiv geschult und streng abgeschirmt. Bei bisherigen Veranstaltungen konnte die MG mehr als 8000 Personen mobilisieren. Ihre Beteiligung an den Frie*densaktionen gilt als sicher*, militante Aktionen können nicht ausgeschlossen werden.

Hinsichtlich der Anwendung von Gewalt verdienen die autonomen und antiimperialistischen Gruppen besondere Beachtung. Dabei handelt es sich um Zusammenschlüsse von Personen, die „den Kampf gegen das Schweinesystem" in der Bundesrepublik verfolgen. Sie arbeiten dabei eng mit Personen des terroristischen Umfeldes zusammen. Die Grenze zwischen Autonomen/Antiimperialisten und Unterstützern terroristischer Gewalttäter sind fließend. Zur Durchsetzung ihrer Ziele verstehen die Autonomen/Antiimperialisten Gewaltanwendung als effektives Mittel. Diese Formationen haben sich von Gruppen abgespalten, die Gewaltanwendung ablehnen.

Nach Erkenntnis des Bundesamtes für Verfassungsschutz haben in einigen norddeutschen Gruppen *inzwi*schen Personen aus dem terroristischen Umfeld Führungsfunktionen übernommen. Im *einzelnen* sind vor allem folgende als militant/gewalttätig einzustufende Gruppierungen bisher bekannt *geworden:*

Bundeskongreß autonomer Friedensgruppen (BaF): Der BaF faßt alle *antiimperialistischen, autonomen* und militanten Gruppen innerhalb der Friedensbewegung zusammen. *Er vertritt mehrheitlich* das „Konzept der begrenzten Regelverletzungen". Für das Aktionsprogramm im Herbst *konnte sich die* Göttinger Gruppe „Arbeitskreis gegen Atomenergie" durchsetzen mit einem „Plädoyer für eine Konfrontation im Herbst".

Komitee gegen Bombenzüge (*KgB*): Hierbei handelt es sich um eine Vereinigung von militanten, autonomen und antiimperialistischen Gruppen mit dem Ziel, Munitionstransporte der amerikanischen Streitkräfte nicht nur auf dem Schienen-, sondern auch auf dem Wasserweg zu stoppen. Zur Durchsetzung dieser Ziele wurde in Zusammenarbeit mit anderen militanten Gruppen eine Telefonkette bis nach Süddeutschland (München) aufgebaut. Das KgB verfolgt die Taktik: „Beobachten, begrüßen, blockieren!" Dabei sind folgende Aktionen gegen Munitionstransporte *nicht auszuschließen:*

- Sabotage an Schienenwegen
- Manövrierunfähigmachen von Munitionsschiffen (durch *Ketten* bzw. Seile)
- Anschläge mit Brandflaschen
- Brand- und Sprengstoffanschläge.

Für den Schienenverkehr sind Blockaden oder Barrikaden vorgesehen, vereinzelt sind aber auch Beschädigungen von Weichen, Signalanlagen und Oberleitungen nicht auszuschließen.

Arbeitskreis Wesermarsch: Diese Gruppe gibt eine Informationsschrift mit der Auswertung aller Munitionstransporte in der Bundesrepublik heraus. An der Erstellung dieser Broschüre und den anschließenden Beratungen haben erwiesenermaßen Personen aus dem terroristischen Umfeld mitgewirkt. Laut Verfassungsschutz befürwortet diese radikale Gruppe eindeutig die militante Gewaltanwendung.

Krieg dem Krieg (KdK): Hierbei handelt es sich um die militanteste Gruppe außerhalb des terroristischen Spektrums. Sie war 1981 an den Ausschreitungen anläßlich des Bundeswehr-Gelöbnisses in Bremen beteiligt. Die Formation unterhält enge Verbindungen zum Sympathisantenkreis und Umfeld der Rote Armee Fraktion. *Ideologisch* steht sie auf der Seite der dogmatischen Neuen Linken.

Hamburger Blockadeplenum: Im Hamburger Blockadeplenum arbeiten die militanten Kräfte aus allen *antiimperialistischen Gruppen Nord*deutschlands zusammen. Polizei und Verfassungsschutz Hamburg bewer*ten das Blockadeplenum als neue ter*roristische Gruppe, die unter Inkaufnahme von schweren Schäden auch *direkte Anschläge gegen Munitions*transporte plant. Mit gewaltsamen Aktionen dieser Gruppe ist zu rechnen.

Arbeitskreis gegen Atomenergie Göttingen: Diese Gruppe prägt besondere *Militanz*. Sie *will* unterschiedliche Proteströme – Atompolitik und Nachrüstung – vereinigen. Zwei von der Göttinger Gruppe herausgegebene Schriften kennzeichnen

Ermittlungsverfahren gegen den „Atomexpress"

die Einschätzung dieser Gruppe: „Plädoyer für eine Konfrontation im Herbst!" – „Plädoyer gegen die Gewaltfreiheit!" Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe hat gegen die Gruppe bzw. gegen ihr Publikationsorgan „Atomexpress" ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Mit militanten, gewaltsamen Aktionen dieser Göttinger Gruppe ist zu rechnen.

Antimilitaristische Gruppe Bonn (AMG): Militante Gruppe von Nachrüstungsgegnern, die in der Vergangenheit wiederholt als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind (Krefeld drei Festnahmen, Wuppertal sechs Festnahmen). Themenschwerpunkt dieser Gruppe sind die Munitionstransporte auf dem Rhein. Mit gewaltsamen Aktionen dieser Gruppe, insbesondere im Raum Bonn, muß gerechnet werden. Nach vorliegenden Erkenntnissen der Verfassungs*schützer umfaßt die Gruppe 30 bis 40* Personen, die sich zur Gewaltanwendung bekennen.

***Rote Armee Fraktion** (RAF):* Nach der Struktur der RAF ist eine Durchführung von Anschlägen gegen Mili*täreinrichtungen und Personen ohne* hohen Symbolcharakter unwahrscheinlich. Die RAF steht unter dem Zwang, Aktionen *zur* Aufrechterhaltung der Sympathisanten- und Unterstützerkreise durchzuführen. Sie hat in der Vergangenheit *niemals* Aktionen unternommen, wenn das öffentliche Interesse ohnehin in eine derarti*ge Richtung gelenkt wurde. Weiter*hin denkbare Aktionen werden daher nicht im Zusammenhang mit der Protestbewegung zu sehen sein.

RAF-Umfeld: Im Zusammenhang mit „Aktionen gegen Munitionstransporte" nehmen die Personen des RAF-Umfeldes eine dominierende Stellung ein. Hierbei spielt die „Ausweichstrategie" eine besondere Rolle, wonach stärkere Polizeikräfte an Symbolobjekten gebunden werden sollen, um an anderen Orten Erfolge zu erzielen.

Revolutionäre Zellen (RZ): Die RZ verfolgen die Strategie der „Anknüpfung", wonach jeweils aktuelle Anliegen genutzt werden. So wurden aus Anlaß des Besuches von US-Präsident Reagan am 10. Juni 1982 in der Bundesrepublik insgesamt zwölf Sprengstoffanschläge durch die RZ verübt. Eine „Anknüpfung" an die Aktionen zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung ist daher zu vermuten.

„Agrarrevolution" in der UdSSR gescheitert

AFP, Moskau

Die vor zehn Jahren eingeleitete „Agrarrevolution" im Nordwesten der Sowjetunion ist offensichtlich gescheitert. In einem Bericht des Politbüros wurde jetzt eingeräumt, daß bei der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in den Gebieten der „armen Erde" erhebliche Rückstände gegenüber der Planung aufgetreten seien.

Die intensive Nutzung der auf drei Millionen Quadratkilometer geschätzten Anbauflächen in Rußland, Weißrußland, den drei baltischen Republiken und im Nordwesten der Ukraine war 1974 mit einem 15-Jahres-Plan eingeleitet worden. Mit der Nutzung wollte die sowjetische Führung die Produktion der „reichen" Agrarregionen in Kasachstan und in der Ukraine ergänzen. Nach den sowjetischen Plänen hätte die „arme Erde" 1985 rund 34 Millionen Tonnen Getreide produzieren sollen. Diese Menge entspricht in etwa den sowjetischen Getreideeinfuhren. Zur Erreichung dieses Ziels sind bereits 50 Milliarden Rubel investiert worden. Das bedeutet, daß in den vergangenen Jahren 20 Prozent aller landwirtschaftlichen Investitionen in diese Regionen gegangen sind. Nach Angaben des Politbüros ist in den fraglichen Gebieten jedoch nur die Produktion von Fleisch und Milch gesteigert worden.

Gescheitert ist nach dem Eingeständnis des Politbüros jedoch die „Restrukturierung" der Regionen mit ihren 60 Millionen Einwohnern; die Bewohner der Dörfer sollten „ohne Zukunftsaussichten" in moderne Landzentren umgesiedelt werden.

Auch das Problem der Landflucht nach Moskau oder Leningrad ist nicht gelöst worden. Vor allem von den 130 000 jungen Leuten, die mit dem Versprechen hoher Löhne und guter Wohnungen auf die „arme Erde" gelockt worden waren, ist der größte Teil nicht geblieben.

Bonn lobt Schwedens Rolle in Europa

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat seinem schwedischen Amtskollegen Lennart Bodström für die „besonders konstruktive Rolle Schwedens bei der Anbahnung von Kompromissen zwischen West und Ost" auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen gedankt. Bei einem Abendessen für Bodström begrüßte er es auch, daß sich Schweden bereit erklärt habe, Gastgeber für die im Januar in Stockholm beginnende „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen" zu sein. Bonn stimme dem Vorschlag zu, die Konferenz durch die Außenminister eröffnen zu lassen.

Der schwedische Außenminister war gestern zu einem zweitägigen Besuch in Bonn eingetroffen. Bei einem ausführlichen Gespräch mit Genscher, das der Bundesaußenminister als „besonders nützlich und freundschaftlich" bezeichnete, standen aktuelle Fragen der Abrüstung im Mittelpunkt. Dabei betonte Genscher, die klare Position Bonns als Teil des Westens und der EG mache seine Außenpolitik ebenso berechenbar wie die langfristige Anlage der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion.

Potemkin auf der Buchmesse

u. u. Frankfurt

Die Russifizierung der Völker Estlands, Lettlands und Litauens und die gleichzeitigen Tarnversuche durch die sowjetische Regierung geschehen in verschiedenen Formen. Eine davon, die Verdrängung der nationalen Kulturen, konnte vom aufmerksamen Beobachter am sowjetischen Stand der 35. Frankfurter Buchmesse festgestellt werden.

Um den staatlich gelenkten Rückgang des Anteils der Publikationen in den nationalen Sprachen zu tarnen, bedienten sich die Sowjets auf der Messe der altbewährten russischen Methode potemkinscher Dörfer. Im sowjetischen Messekatalog „Bücher aus der UdSSR auf der internationalen Buchmesse in Frankfurt am Main" sind insgesamt 142 Bände von Verlagen aus den von den Sowjets besetzten Ländern Estland, Lettland und Litauen aufgeführt, die auf der Messe ausgestellt sein sollen. Tatsächlich waren am sowjetischen Stand nur 14 Bücher dieser Verlage zu finden. Von den im Katalog aufgeführten Bänden lettischer Verlage waren nur vier ausgestellt – drei Bildbände sowie die lettische Übersetzung eines unbekannten „DDR"-Schriftstellers. Kein einziges Buch eines lettischen Schriftstellers war zu finden, obwohl im offiziellen Katalog zahlreiche Werke lettischer Schriftsteller aufgeführt sind. Von der Vielzahl der im Katalog angegebenen Bücher in ukrainischer Sprache waren ebenfalls nur drei ausgestellt.

Auf die Frage an das Standpersonal des sowjetischen Gemeinschaftsstandes, wo nun die aufgeführten Bücher zu finden sind, gab es die Auskunft, diese Bücher befänden sich in Kartons und seien noch nicht ausgepackt. Erst auf intensive Nachfragen, wo diese Kartons stünden, gestand man, daß diese Bücher überhaupt nicht vorhanden seien.

Strauß: Mit Konkurrenz aus USA Schritt halten

Bonn sagt Mittel zum Bau des kleinen Airbus zu

PETER SCHMALZ, München

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß erläuterte gestern in München erstmals seine Überlegungen, die ihn bewogen haben, zu den Aufsichtsratsmandaten in der deutschen und der internationalen Airbus-Industrie auch in die Aufsichtsgremien der Lufthansa und des größten deutschen Luft- und Raumfahrtkonzerns MBB zu gehen: Er will den Bau des kleinen Airbus A 320 durchsetzen. Die Entscheidung für diese 150sitzige Maschine müsse jetzt fallen, wenn die Europäer mit der amerikanischen Konkurrenz mithalten wollen, erklärte Strauß zur Eröffnung der Jahrestagung der „Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt".

Strauß rechnet mit einer großen Beschaffungswelle der westlichen Fluggesellschaften in den nächsten Jahren und sieht darin die große Chance der europäischen Flugzeugbauer, sich nach dem Durchbruch auf dem Markt der Großraumflugzeuge mit dem Airbus A 300 und A 310 nun über das Jahr 2000 hinaus einen dauerhaften Anteil am Weltmarkt zu sichern. „Ich will durch meine Mitarbeit in den Aufsichtsräten dazu beitragen, daß die deutsche und europäische Luftfahrt durch noch mehr Abstimmung und noch engere Kooperation zu noch besserer Übereinstimmung kommt", erklärte der bayerische Regierungschef, der bereits auf zahlreichen Auslandreisen erfolgreich für den Airbus geworben hat.

Demnach wird Strauß im Aufsichtsrat der Lufthansa darauf einwirken, daß die Fluggesellschaft ihre Widerstände gegen den kleinen Airbus aufgibt. Bisher hat die Lufthansa im Gegensatz zu den europäischen Partnern einer vierstrahligen Langstrecken-Version den Vorzug gegeben.

Brieflich und schriftlich, so Strauß gestern, habe er Bundeskanzler Helmut Kohl beschworen, den kleinen A 320 durch Bürgschaften und Exporthilfen mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen, damit diese Maschine rechtzeitig zum Ende der 80er Jahre auf dem Weltmarkt angeboten werden kann. Würde man solange warten, bis genügend Bestellungen aufgegeben sind, dann wäre bereits 1986 – und Boeing würde den Markt beherrschen.

Das Drängen aus Bayern zeigte in Bonn schon Wirkung: Das Bundeskabinett hat einen einmaligen, bedingt rückzahlbaren Zuschuß zu den Entwicklungskosten beschlossen und seine Bereitschaft zu weiterer finanzieller Unterstützung erklärt. Der Airbus mit einer geschlossenen Palette im Angebot ist nach den Worten von Strauß die letzte große Chance der Europäer im weltweiten Luftfahrtgeschäft. „Wenn es gelingt", so Strauß gestern vor der Luft- und Raumfahrtgesellschaft, „über den Airbus weiterhin Aufwind zu haben, dann ist das mehr wert als manches milliardenschwere Beschäftigungsprogramm alter Art, das nur für kurzfristige Beschäftigung sorgte."

Trotz seiner grundsätzlichen Kritik an Subventionen, die den Empfänger leicht durch die Gewöhnung an die Finanzspritzen ermüden ließen, sprach sich Strauß für eine weitere staatliche Unterstützung der Luft- und Raumfahrt aus. Er regte jedoch an, künftige staatliche Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zeitlich relativ kurz zu befristen und automatisch auslaufend zu gestalten. Da Subventionen lang- und zählebig sind und Kriege wie Geldentwertungen überstehen, müßte in Zukunft dem Bewilligungsbescheid eigentlich gleichzeitig die Streichungsmitteilung beigelegt werden, fügte der Ministerpräsident scherzhaft hinzu. Sein Engagement für die Luftfahrt ist auch von starken bayerischen Interessen geprägt, da die Hälfte der deutschen Luft- und Raumfahrtkapazität im Freistaat liegt und hier vor allem um die Landeshauptstadt München konzentriert ist.

Die „Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt", der 3000 Mitglieder angehören, will Wissenschaft und Technik zur Erforschung und Nutzung des Luft- und Weltraumes fördern. DGLR-Vorsitzender ist Professor Gero Madelung, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von MBB. Zur Kongreßeröffnung wurden gestern der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Raimar Lüst, mit der Wernher-von-Braun-Auszeichnung und der erimitierte Professor Kurt Magnus mit dem Ludwig-Prandtl-Ring geehrt.

Stuttgart will den Beamten die Nebeneinkünfte schmälern

Rüge des Landesrechnungshofes brachte Stein ins Rollen / Düsseldorf als Vorreiter

Von XING-HU KUO

Der Landesrechnungshof brachte den Stein des Anstoßes ins Rollen: einige ärztliche Direktoren an pathologischen Instituten der Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen hätten aus „Nebentätigkeiten" in jenen staatlichen Einrichtungen „sehr hohe Einkünfte erzielt". Der Rechnungshof Baden-Württemberg, der am 6. September seine „Denkschrift" zum Landeshaushalt öffentlich vorlegte, nannte auch konkrete Zahlen. Die ohnehin hoch dotierten Mediziner hätten jährlich brutto „nebenbei" zwischen 900 000 und 1,4 Millionen DM verdient.

Als Folge der „unbefriedigenden Abgrenzung" zwischen den Dienstaufgaben und den Nebentätigkeiten dieser Beamten sei ein hoher Zuschußbedarf entstanden. Zur Deckung des hohen Personal- und Sachaufwandes mußte das Land diesen Instituten an den genannten Universitäten 1982 mehr als 11 Millionen DM an Zuschüssen zahlen, monierte der Rechnungshof.

Die Mitarbeiter des in Karlsruhe beheimateten Rechnungshofes deckten weiter auf, daß die Zahl der in Nebentätigkeit erledigten Untersuchungsaufträge jener hochbezahlten Mediziner die Summe der dienstlichen Tätigkeiten „zum Teil erheblich" übersteige. In manchen Fällen hätten die Beamten im Vergleich zu ihren Dienststunden das Doppelte oder gar Dreifache an „Nebentätigkeiten" geleistet.

Der Rechnungshof, so schlußfolgerte die Behörde in ihrer Denkschrift, halte deshalb „Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Einnahmen der pathologischen Institute für dringend". Die Nebentätigkeit sollte „auf Untersuchungen für stationäre und ambulante Privatpatienten" beschränkt werden. Alle anderen Tätigkeiten sollten als Dienstaufgaben erledigt werden. Der Appell des Rechnungshofes fand über alle Parteigrenzen hinweg eine schnelle, positive Resonanz.

Einstimmig beschlossen die Mitglieder des zuständigen Finanzausschusses Anfang Oktober, einem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen. Er sieht vor, daß künftig hochbezahlte Beamte und Angestellte im Staatsdienst (von Besoldungsstufe A 10 an) ihre Gesamteinnahmen aus Nebentätigkeiten und Überstunden „offenlegen" sollen. Die Landesregierung ihrerseits wurde aufgefordert, konkrete Vorschläge „bis zum 30. April 1984" dem Landtag zu unterbreiten, wie sie den Abbau dieser lukrativen Nebentätigkeiten fördern will.

Dadurch ist die Landesregierung in Zugzwang geraten, denn das Kabinett ist bisher eher zurückhaltend in dieser Frage. Da die Beamten ohnehin weniger verdienten als in der freien Wirtschaft, könnte eine Einschränkung der Nebentätigkeiten unter Umständen zu einer Abwanderung hochqualifizierter Kräfte in andere Bundesländer führen, in denen nicht so restriktiv in Sachen Nebeneinnahmen verfahren werde, erklärte die Regierung.

Landesbericht Baden-Württemberg

In der Tat gibt es noch keine bundeseinheitliche Regelung in dieser Frage. Vielmehr soll das Land Baden-Württemberg nach der Forderung des Landtags im Bundesrat eine entsprechende Initiative einreichen, um eine klare Regelung dieser heiklen Frage in allen Ländern zu erreichen. Da hier „Besitzstände" hochqualifizierter Kräfte auf dem Spiel stehen, dauert die Diskussion um dieses Thema nun schon mehr als zehn Jahre. Nur in wenigen Bundesländern wurde dieses Privileg bisher ernsthaft angetastet, wie eine WELT-Umfrage ergab.

Am weitesten ist in dieser Frage offensichtlich Nordrhein-Westfalen. Die Düsseldorfer Landesregierung hat bereits am 14. September 1982 auf Vorschlag von Innenminister Herbert Schnoor (SPD) eine Rechtsverordnung verabschiedet, die seit dem 1. Oktober des vergangenen Jahres in Kraft ist.

Sie sieht drastische Einschränkungen der bisher auch dort großzügig gehandhabten Nebentätigkeitspraxis vor. So wurde die Genehmigung für eine Nebentätigkeit nunmehr als „gebundene Erlaubnis" ausgestaltet. Konkret bedeutet dies, daß eine Erlaubnis „versagt werden muß, wenn anzunehmen ist, daß durch die Nebentätigkeiten dienstliche Interessen beeinträchtigt werden, und auf die der Beamte andererseits einen Anspruch hat, wenn dies nicht zutrifft".

Die Forderung des Stuttgarter Landtags nach einer Anzeigepflicht von Nebeneinnahmen ist ebenfalls Bestandteil der Düsseldorfer Regelung von 1982. Doch offenbar ist die Rechtsverordnung der Düsseldorfer Regierung noch zu durchlässig: in diesen Tagen macht ein neuer Entwurf die Runde durch die Fachressorts, die eine noch strengere Handhabung der Nebentätigkeiten vorsehen will, teilte die Staatskanzlei mit.

Hessen hat durch zwei Erlasse in diesem Jahr versucht, den Nebentätigkeiten Schranken einzubauen. Im Juli kam eine solche restriktive Regelung für Architekten und Bauingenieure, die neben Ärzten im Bereich der Nebeneinnahmen überall eine große Rolle spielen. Und vor etwa zwei Wochen machte ein neuer Erlaß die Runde, der demnächst im Gesetzblatt veröffentlicht wird. Darin wird die generelle Anweisung gegeben, bei der Erteilung von Genehmigungen bei Nebentätigkeiten noch „zurückhaltender" zu verfahren als bisher.

Das Land Berlin hat im Rahmen seines beschlossenen Arbeitsmarkt- und Strukturprogramms den Punkt aufgenommen, Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst so einzuschränken, daß 1000 neue Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden könnten. In Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz wurde versichert, es gebe solche „Überlegungen" oder „Pläne", man renne „offene Türen" ein, aber konkret ist bislang noch nichts beschlossen worden.

Und im kleinsten Bundesland Saarland hält man weitergehende Schritte für nicht erforderlich, da dort die Frage der Nebentätigkeiten ohnehin sehr restriktiv gehandhabt werde. Regierungssprecher Baum zur WELT: „Die meisten Mitarbeiter der Staatskanzlei dürfen beispielsweise überhaupt keine Nebentätigkeit ausüben, nicht einmal ehrenamtlich."

„Für Deutschland nicht einen Finger rühren"

dpa. Madrid

In einem Interview der spanischen Zeitung „La Vanguardia" hat der pensionierte französische General Pierre Gallois (72) die Ansicht vertreten, daß sich Frankreich bei einem Krieg mit der Sowjetunion nicht an einer Verteidigung Deutschlands beteiligen sollte. Auf die Frage „Was glauben Sie, sollte Frankreich im Falle eines russischen Angriffs bis zum Rhein tun?" antwortete Gallois, früher ein einflußreicher Stratege und einer der „Väter" der französischen Atom-Abschreckungsstreitkräfte („Force de Dissuasion"):

„Nicht einen Finger rühren. Stillhalten. Zeit verstreichen lassen, damit die Sowjets das deutsche Problem lösen können, während wir Frankreich schützen. Ich ziehe es vor, lieber die sowjetische Armee an den Grenzen Frankreichs zu haben als die Zerstörung Frankreichs zuzulassen."

Gallois, früher enger Mitarbeiter Charles de Gaulles, fuhr auf die Zwischenbemerkung, daß dies die NATO zerstören würde, fort: „Man müßte Deutschland den Sowjets überlassen. Es bliebe keine andere Wahl. Außerdem meine ich, daß die militärischen Konzepte der Allianz nicht auf dem neuesten Stand sind."

Gallois hatte schon vorher auf die Frage, ob er an die Möglichkeit eines sowjetischen Angriffs in Europa glaube, geantwortet: „Ich glaube ja. Ich bin sicher, daß er in den nächsten 20 Jahren irdendwie kommen wird, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. Sehen Sie, das Grundproblem ist Deutschland. Manchmal möchte ich einen Alptraum aussprechen, der mir im Kopf sitzt ..."

Der General beschrieb dann seine Vorstellung, daß sich Moskau und Bonn eines Tages auf eine Wiedervereinigung Deutschlands einigen könnten, unter der Bedingung, daß Deutschland die NATO verläßt, neutral bleibt, moskaufreundlich wird und mit der Sowjetunion eine enge technologische und wirtschaftliche Zusammenarbeit eingeht.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Belgrad: Sicherheit der Winterspiele gefährdet

Jugoslawien fürchtet Anschläge von Exilgruppen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die jugoslawische Regierung fürchtet um die Sicherheit bei den Olympischen Winterspielen 1984 in Sarajewo. Besorgnisse, es könnte zu Anschlägen gegen Flugzeuge und Flugplätze kommen, wurden gegenüber Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) zum Ausdruck gebracht, der in den zurückliegenden Tagen politische Gespräche in Belgrad geführt hat. In seiner Begleitung war der für Polizeiangelegenheiten zuständige Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium, Manfred Schreiber, der zugleich Sicherheitsbeauftragter des Deutschen Olympischen Komitees ist. Gesprächspartner Zimmermanns waren hauptsächlich Ministerpräsidentin Planinc und der jugoslawische Innenminister Dolanc. Übereinstimmend bezog sich die jugoslawische Regierung bei ihren Besorgnissen hinsichtlich der Sicherheit bei den Winterspielen auf Aktivitäten von Exilgruppen. Es gebe Belege dafür, daß solche Gruppen Waffen und Sprengstoff nach Jugoslawien hineinschmuggeln wollten. Der Wunsch der jugoslawischen Regierung, deshalb schon im Vorfeld auch auf deutschem Boden Exilkroaten zu überwachen, wurde von Bundesinnenminister Zimmermann mit dem Hinweis auf die bei uns geltende Rechtslage zurückgewiesen. Waffen- und Sprengstoffdelikte auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland würden im Rahmen der hier geltenden Rechtsordnung verfolgt. Außerdem seien die Sicherheitsbehörden in ihrem Vorgehen durch Gerichtsentscheidungen gebunden. Generell gelte jedoch, daß die deutschen Behörden, gleich aus welchem Land die Täter stammten, Verbrechen unnachsichtig verfolgten. Bonn wünsche keine Gewalttätigkeiten von oder zwischen ausländischen Gruppen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, erklärte Zimmermann.

Die Antwort der jugoslawischen Regierung, von ihr seien solche Gruppen noch nie unterstützt worden, stieß allerdings bei Zimmermann und seiner kleinen Delegation, zu der neben Schreiber nur noch der Sprecher des Ministeriums, Wighard Härdtl gehörte, auf deutliche Skepsis. Bei den Sicherheitsbehörden liegen zahlreiche Anhaltspunkte dafür vor, daß der jugoslawische Geheimdienst Personen mit dem Auftrag in die Bundesrepublik Deutschland schickt, hier lebende Exilkroaten zu ermorden. Auch der von Belgrad vertretene Standpunkt, bei den Aktivitäten von Exilgruppen handele es sich um Terrorismus und dieser müsse, gleich welchen Hintergrundes, weltweit und uneingeschränkt bekämpft werden, hat angesichts des Verhaltens der jugoslawischen Regierung in der Vergangenheit Fragezeichen aufgeworfen. Die Regierung in Belgrad war es nämlich, die vor wenigen Jahren die meistgesuchten deutschen Terroristen in ihrem Land entdeckte und sie trotz wiederholter Anträge der Bundesregierung flüchten ließ. Erst Bulgarien ermöglichte den deutschen Sicherheitsbehörden die Festnahmen der RAF-Mitglieder.

Spionageprozeß in Hamburg

Aktentasche mit Geheimkamera führte zur Festnahme

gko./ub. München/Hamburg

Vor dem 3. Strafsenat (Staatsschutzangelegenheiten, d. Red.) des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg wird heute der Prozeß gegen den 1922 geborenen Karl Heinz Miofsky eröffnet. Miofsky wird von der Generalbundesanwaltschaft der nachrichtendienstlichen Agententätigkeit (Paragraph 99 StGB) für den Geheimdienst der „DDR" beschuldigt.

Nach den vorliegenden Informationen soll Miofsky Ende Oktober 1982 an einem nachrichtendienstlichen Unternehmen in Süddeutschland beteiligt gewesen sein. Mit zwei Beauftragten des „Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) in Ost-Berlin soll er militärische und schutzwürdige Objekte der Kategorie 1 a (Objekte, die zur Aufrechterhaltung der Funktion eines Staatswesens dienen) fotografiert haben. Dabei gab es offensichtlich eine Panne: Sie verloren eine Aktentasche mit eingebauter Geheimkamera, die schließlich zur Identifizierung und Festnahme von Miofsky führte.

Außerdem besteht der Verdacht, daß der Angeklagte an das MfS Arbeitsplatzbeschreibungen von Verwaltungsstrukturen im Raum Hamburg, Kiel und Bremen geliefert hat. Des weiteren soll er von Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg Personenbeschreibungen gegeben haben. Darüber hinaus besteht der Verdacht, daß Miofsky zwischen 1978 und 1982 wochenlang zu verschiedenen Schulungslehrgängen des MfS in der „DDR" gewesen ist.

Die Dauer des Prozesses ist bisher auf mehrere Wochen festgesetzt.

Mahlein kritisiert auch den DGB

dpa. Nürnberg

Eine unzureichende Koordination in der Tarifpolitik hat der scheidende IG-Druck-Vorsitzende Leonhard Mahlein dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vorgeworfen. Auf dem 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag seiner Organisation in Nürnberg sagte Mahlein, bei den vergangenen Tarifrunden sei die gesamtgewerkschaftliche tarifliche Anlage falsch gewesen. Die kämpferischen Möglichkeiten seien nur teilweise und die tatsächlich vorhandene Kraft sei nur unzulänglich eingesetzt worden. Deshalb – so Mahlein – „kommen wir um eine verstärkte Koordination einfach nicht herum – und diese muß hin bis zum solidarischen Arbeitskampf ausgerichtet sein".

In der zu erwartenden Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche sieht der IG-Druck-Chef weit mehr als eine wirtschaftliche Machtfrage. Es gehe bei diesem Kampf ebenso um die Abwehr einer weiteren Einengung der gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten und damit auch um die Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Erfolg und Niederlage in dieser Frage hängen nach Mahleins Auffassung entscheidend davon ab, ob es gelinge, die Auseinandersetzung mit den Unternehmern „grundsätzlich zu politisieren".

In seinem Geschäftsbericht forderte der IG-Druck-Vorsitzende die Gewerkschaften ferner auf, bei der Durchsetzung ihrer Zielvorstellungen „wieder über die Möglichkeit politischer Widerstands-Maßnahmen" zu sprechen. Allein durch Kundgebungen oder Demonstrationen könnten die Gewerkschaften die Haltung dieser „restaurativen" Bundesregierung nicht durchbrechen. Die Gewerkschaften müßten ernsthaft prüfen, mit welchen Mitteln die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung zur politischen Wirklichkeit werden könne.

Der Bundesregierung warf der scheidende IG-Druck-Vorsitzende vor, „mit der Brechstange an die sozialen Rechte der arbeitenden Menschen" heranzugehen. An die Adresse des DGB meinte Mahlein in diesem Zusammenhang, die eher verhaltenen Proteste – vornehmlich in Presseverlautbarungen – erweckten nicht den Anschein, „daß der DGB und die Gewerkschaften handfesten Widerstand gegen die Politik der Regierung zu organisieren gedenken".

In Nicaragua schlug Kissinger Haß entgegen

Kommission sondierte / El Salvador eher problemlos

WERNER THOMAS, Miami

Die Reise der Kissinger-Kommission durch Mittelamerika war kurz: sechs Länder in sechs Tagen. Panamas Präsident Ricardo de la Espriella fragte sich, ob die Gruppe wohl ein realistisches Bild von den Problemen erhalte. Kissinger hatte vor der Reise zwar eingeräumt „daß wir keine Experten werden". Die Tour könne jedoch Eindrücke vermitteln und die Gelegenheit geben, alle wichtigen Politiker der Region kennenzulernen, meinte er.

Kommissionsmitglied Nicholas Brady, ein ehemaliger Senator des Bundesstaates New Jersey, glaubt, daß dies der nachhaltigste Eindruck war: „Wir sind in der Annahme nach Mittelamerika gereist, El Salvador sei das Hauptproblem. Alle Leute betrachten jedoch Nicaragua als das größte Problem." Alle Leute – außer den Männern in Managua.

Kissinger scheint ebenfalls von den Warnungen vor den sandinistischen Comandantes beeindruckt worden zu sein. Auf dem Flughafen in Guatemala City berichtete er, die Gesprächspartner in Panama, Costa Rica, El Salvador und Guatemala hätten ihre „tiefe Besorgnis" geäußert „über die Entwicklungen in Nicaragua". Die Regierungen dieser Länder würden „den großen politischen und subversiven Druck eines schwer bewaffneten Nicaragua mit den dort operierenden Geheimdiensten der Sowjets, der Kubaner und der DDR" fürchten.

In Managua signalisierte Junta-Chef Ortega einen weiteren Schritt der militärischen Eskalation. Nicaragua müsse sich neue Waffen „zur Verteidigung unserer Küste und unseres Luftraums" beschaffen. Diplomatische Beobachter glauben, daß die Sandinisten an moderne sowjetische Luftabwehr-Raketen und sowjetische MiG-Kampfjäger denken. Ortega warnte zudem das nicaraguanische Volk, sich auf eine Invasion honduranischer oder amerikanischer Truppen vorzubereiten. Die sandinistische Presse schießt sich immer heftiger auf die „Yanquis" ein, die täglich in Schlagzeilen verteufelt werden.

Als Henry Kissinger und seine Begleiter mit Ortega „stürmische" Gespräche führten, ließ die Regierung 50 000 Demonstranten durch die Straßen Managuas marschieren. Sie trugen Transparente, die verkündeten: „Reagan – Hurensohn." Sie skandierten im Sprechchor: „Kissinger raus."

Langhoren Motley, der Abteilungsleiter für Lateinamerika im State Department, bezeichnete seine Gespräche mit Ortega als „offen, freimütig und zivilisiert". Aber: „Sie brachten keinen Durchbruch." Die Sandinisten akzeptieren wohl die Friedensvorschläge der um eine Lösung des Mittelamerika-Konfliktes bemühten Contadora-Staaten (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela). Die Reagan-Regierung besteht jedoch auf einem Ende jeglicher Unterstützung für die salvadorianische Guerilla und fordert freie Wahlen. Wenn die Comandantes darauf nicht eingehen, soll die CIA weiter den Konterrevolutionären Brigaden helfen.

Im Vergleich zu Nicaragua war die Station El Salvador problemlos, obgleich Kissinger kritische Kommentare äußerte über die jüngste Mordwelle rechter Extremisten. Kissinger berichtete, er habe stets an die kritische Menschenrechtssituation erinnert und die Reaktionen darauf in Washington. „Ich sagte dem Präsidenten (Alvaro Magaña), daß die Amerikaner nicht gezwungen werden sollten, zwischen Sicherheitsinteressen und Menschenrechts-Erwägungen zu wählen."

In den anderen Ländern mußte sich die Kommission Klagen über die angeblich unzureichende Wirtschaftshilfe anhören. Panamas Präsident de la Espriella und sein costaricanischer Amtskollege Luis Alberto Monge führten die Krise Mittelamerikas auf wirtschaftliche und soziale Probleme zurück und verlangten mehr Geld als Waffen. Honduras wünscht beides. In den nächsten drei Jahren sollen die Amerikaner Waffen im Wert von 400 Millionen Dollar liefern und die Wirtschaft mit 500 Millionen Dollar unterstützen. Diese Vorstellungen übertreffen die Pläne Washingtons um das Zehnfache.

Ronald Reagan erwartet von dem Gremium Richtlinien für eine langfristige Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten. Der Kommission bleibt nicht viel Zeit: Der Bericht soll bereits am 10. Januar nächsten Jahres dem Präsidenten präsentiert werden. (SAD)

Bischöfe betonen in „DDR" Einheit mit dem Papst

KNA/DW. Berlin

Die Notwendigkeit der Einheit der Kirche in der „DDR" mit dem Papst haben die in der Berliner Bischofskonferenz (BBK) zusammengeschlossenen Bischöfe unterstrichen. In einem gemeinsamen Kanzelwort anläßlich des fünften Jahrestages der Papstwahl von Johannes Paul II., das in allen Kirchen Ost-Berlins und der „DDR" verlesen wurde, betonen die Bischöfe, die Verbundenheit der katholischen Kirche mit dem Papst sei keine Forderung menschlicher Solidarität, sondern eine wesentliche Konsequenz des Glaubens.

Hintergrund zu diesem Kanzelwort ist offenbar der immer wieder zu beobachtende Versuch des Staatssekretariats für Kirchenfragen in Ost-Berlin, unter Umgehung des Vatikans direkt mit den einzelnen Ordinariaten zu verhandeln, was auf eine Schwächung der Position Roms abzielt. Der Heilige Stuhl hat bislang jegliche kirchenrechtliche Korrektur abgelehnt. Teile mehrerer Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland liegen in Mitteldeutschland.

In dem Kanzelwort stellen die Oberhirten fest, die Einheit bewahre die Kirche in der „DDR" vor der Isolation und schließe sie in die große Gemeinschaft der Weltkirche ein. „Wir werden uns nie von ihm (dem Papst) trennen lassen", heißt es in der Botschaft. Der Nachfolger Petri sei mit dem Dienst betraut, „die Einheit aller Ortskirchen darzustellen", erklären die Bischöfe weiter. Die Kirche sei kein „zentralistischer Kirchenstaat, sondern eine lebendige Gemeinschaft, in der Bischöfe, Priester, Diakone und Gläubige die ihnen zukommende Verantwortung für das Ganze mittragen". Johannes Paul II. stehe seit fünf Jahren in der Verantwortung für die Gesamtkirche, und diese „krisenhaften Jahre" seien an ihm nicht spurlos vorübergegangen, wenn man an das Attentat vom 13. Mai 1981 erinnere.

Bereits früher haben die Berliner Bischofskonferenz und auch einzelne Bischöfe in der „DDR" wiederholt die enge Verbundenheit der Kirche in diesem Gebiet mit dem Papst unterstrichen. Auch der Papst hatte „die gelebte und praktizierte Einheit der Bischöfe einer Ortskirche mit dem Papst als dem Bischof von Rom" als eine „wesentliche Bedingung für die notwendige innere Freiheit und Selbstbestimmung jeder Ortskirche" herausgestellt.

Kaum Gemeinsames bei Südeuropas Sozialisten

Zu Gast bei Papandreou / Beratungen wenig erfolgreich

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Eigentlich hatte der griechische Regierungschef Andreas Papandreou das zweitägige inoffizielle Treffen der fünf sozialistischen Ministerpräsidenten Südeuropas, das gestern zu Ende ging, völlig anders geplant. Zwar sollten Bettino Craxi aus Italien, Pierre Mauroy aus Frankreich, Felipe Gonzalez aus Spanien und Mario Soares aus Portugal mit Papandreou über die Weltwirtschaftslage, über Mittelstreckenraketen und über Ost-West-Beziehungen beraten. Aber Papandreou hatte den Konferenztermin so angesetzt, daß er mit dem zweiten Jahrestag seines spektakulären Wahlsieges im Oktober 1981 zusammenfallen würde.

Bis zuletzt hatte Papandreou gehofft, zumindest einen seiner prominenten Gesinnungsgenossen zur Teilnahme an einer Großkundgebung zu gewinnen, die die Pasok-Sozialisten auf Athens Verfassungsplatz veranstalten wollen. Doch Papandreous Rechnung ging nicht auf. Wegen angeblich dringlicher Verpflichtungen zu Hause traten alle Teilnehmer bereits gestern die Heimreise an. Zurückgeblieben ist lediglich der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Lionel Jospin.

Kaum erfolgreicher ist Papandreous gezielter Versuch gewesen, im Laufe der zweitägigen Beratungen den Eindruck zu erwecken, daß Europas mediterrane Sozialisten ähnlich denken und handeln. Papandreou lobte zwar die „Identität von Ideen und die beeindruckende Annäherung von Auffassungen" in wichtigen aktuellen Fragen der Weltpolitik. Aber er mußte einräumen, daß ein gemeinsamer Kurs nicht ohne weiteres möglich sei, weil jedes Land eigene Verpflichtungen habe.

Wunschvorstellungen und Absichtserklärungen hat es wohl im Überschuß gegeben. Von einer „sozialistischen Antwort auf die Weltwirtschaftskrise" und von einer angeblich geplanten „sozialistischen Strategie" ist die Rede gewesen. Auch die Angriffe auf die verhaßte Rechte sind nicht zu kurz gekommen: „Die reaktionäre Rechte führt eine gigantische Gegenattacke gegen die Regierungen des demokratischen Sozialismus", stellte Papandreou fest. Die internationalen Vereinigungen wie OECD, Weltbank und Weltwährungsfonds seien konservative Einrichtungen, die die Entwicklung der sozialistischen Politik hemmten. Daher werde dringend ein gemeinsamer Kurs benötigt.

Diese Leerformeln zeigen jedoch auf, daß Konkretes nicht zustandegekommen ist, daß unter Südeuropas Spitzensozialisten die Gegensätze erheblich größer als die Gemeinsamkeiten sind. Die Ansichten der fünf Regierungschefs in außen- und sicherheitspolitischen Fragen waren kaum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Eine Abfuhr hat Papandreou mit seiner bekannten These über einen sechsmonatigen Aufschub für die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa erhalten. Craxi, der das Festhalten Italiens am NATO-Doppelbeschluß bekräftigte, meinte, daß ein solches Moratorium nur dann einen Sinn habe, wenn die Sowjetunion in Genf „Ansätze von Beweglichkeit" zeige. Dieser NATO-Position hat sich nicht nur der Portugiese Soares, sondern auch der Spanier Gonzalez angeschlossen.

Wie schwierig die Verständigung der angeblichen Gesinnungsgenossen ist, zeigte jedoch am deutlichsten die noch offene Frage des EG-Beitritts von Spanien und Portugal. Alle Teilnehmer stimmen dieser Erweiterung der Gemeinschaft zwar „im Prinzip" zu. Aber die drei Vollmitglieder Frankreich, Italien und Griechenland mit den Franzosen an der Spitze haben auf die „technischen Schwierigkeiten" verwiesen, in denen die Gemeinschaft zur Zeit steckt.

Papandreou, dessen Land in diesem Halbjahr die Präsidentschaft innehat, sprach von „Kopfschmerzen", die die fast aussichtslose Finanzlage der Gemeinschaft bereite. Deutlich wurde dies jetzt durch die vorläufige Suspendierung der Vorauszahlungen an die Bauern vor einigen Tagen. Es ist klar, daß sich Europas Sozialisten durch eine Aufnahme von zwei südeuropäischen Vollmitgliedern ihre Verhandlungsposition gegenüber dem reichen EG-Norden ausbauen wollen. Aber andererseits wollen sie ihre finanziellen Vorteile nicht aufs Spiel setzen. Kein Wunder, daß vor diesem Hintergrund Soares seiner Enttäuschung freien Lauf gab, weil Frankreich nicht gewillt sei, die „Beseitigung der Schwierigkeiten, die die Beitrittsverhandlungen festfahren ließen, zu beschleunigen". (SAD)

Handlos gründet im November eigene Partei

lz. München

Eher als geplant wird Franz Handlos, der wegen des Milliardenkredits an die „DDR" aus der CSU ausgetretene Bundestagsabgeordnete, seine Ankündigung wahrmachen und eine neue Partei gründen. Sie wird nach den Worten von Handlos auf konservativen und christlichen Grundsätzen beruhen, diese beiden Vokabeln aber nicht im Namen führen. Handlos wird seinen Mitstreitern, die sich am 26. November im Münchner Hilton zur Fusion verschiedener Gruppierungen treffen, voraussichtlich einen Parteinamen vorschlagen, der das Wort republikanisch enthält.

Am Programm der neuen Gruppierung, die erstmals bei den bayerischen Landtagswahlen 1986 antreten will, aber bereits jetzt eine bundesweite Organisation aufbaut, wird noch gearbeitet. Es soll, so Handlos, „eine Erneuerung des Staates in verschiedenen Bereichen" signalisieren und dabei nicht vor Forderungen zurückschrecken, die einzelnen Gruppen unangenehm sein könnten. Die Jugend soll eine allgemeine Dienstpflicht absolvieren, die Versicherungen sollen unter eine stärkere Aufsicht gestellt werden (Handlos unterstützt die Bürger seines Wahlkreises seit Jahren erfolgreich im Kampf gegen zahlungsunwillige Sekuranzen). Dem Zug der Zeit entsprechend wird auch eine „starke Umweltkomponente" (Handlos) eingebaut.

„Säuberung" in Jugoslawien

AP, Belgrad

Die jugoslawische Ministerpräsidentin Milka Planinc hat gestern eine Säuberung in der jugoslawischen Kommunistischen Partei angekündigt. Die Belgrader Zeitung „Vecernje Novosti" zitierte die Regierungschefin mit den Worten, für Jugoslawien gebe es in der derzeitigen Lage nur einen Ausweg: der Bund der Kommunisten Jugoslawiens müsse einig sein. Deshalb werde die Partei jetzt andere Kriterien anlegen, ganz gleich, wie viele dabei auf der Strecke blieben.

Solange die Front nicht fest sei, sondern unter Zersplitterung und mangelnder ideologischer Entschlossenheit leide, bestehe Gefahr. Der Bund der Kommunisten spiegle Widersprüche der Gesellschaft wider.

Zusammenarbeit mit Israel in der Wissenschaft

dpa, Jerusalem

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland steht in Israel „weltweit an zweiter Stelle nach den USA". Das erklärte der israelische Wissenschaftsminister Juval Neeman bei einer Feier „20 Jahre deutsch-israelische wissenschaftliche Zusammenarbeit" in Rehovot bei Tel Aviv. In dem modernen „Weizmann-Institut der Wissenschaften" erinnerte der Leiter der Abteilung Energie und Sicherheit, Günter Lehr vom Bonner Forschungsministerium, daran, daß für die wissenschaftliche Kooperation mit Israel von deutscher Seite bisher Mittel in Höhe von 120 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden seien.

Am Weizmann-Institut, das mit allen Ländern der westlichen Welt Kontakte unterhält, arbeiten ständig etwa 100 ausländische Wissenschaftler. Derzeit halten sich acht deutsche Wissenschaftler am Weizmann-Institut auf. Die im Schnitt einjährigen Aufenthalte der deutschen Wissenschaftler werden vom Minerva-Ausschuß finanziert.

Juristinnen fordern Entlastung der Frau

DW. Bonn

Der Deutsche Juristinnenbund hat sich auf seiner 25. Arbeitstagung in Berlin unter anderem mit der Rentenreform 1984, der Besteuerung von Halbfamilien und den Reformtendenzen des Bundesjustizministeriums zum Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht beschäftigt. Die Familienrichterin am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg, Lore Maria Peschel-Gutzeit, kam in ihrem Referat zu dem Ergebnis, daß die bislang geäußerten Vorstellungen des Bundesjustizministeriums fast ausschließlich Frauen belasten.

Für die Rentenreform 1984 fordert der Deutsche Juristinnenbund die gleichberechtigte Teilhabe an den während der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften einschließlich der als beitragsfrei anzurechnenden Zeiten von Kindererziehung ohne Garantie der eigenen höheren Rente.

Zur neuen Vorsitzenden des Deutschen Juristinnenbundes wurde die Hamburger Rechtsanwältin Renate Damm, zur zweiten Vorsitzenden die Richterin am Landgericht München, Gertrud Hoffmann, gewählt.

Frau Thatcher läßt den „Falken" Tebbit aufrücken

Kleine Kabinettsumbildung beendet Parkinson-Affäre

FRITZ WIRTH, London

Frau Thatcher hat den direkten politischen Schaden, den die „Parkinson-Affäre" verursacht hatte, mit einer kleinen Kabinettsumbildung repariert. Sie ernannte den bisherigen Arbeitsminister Norman Tebbit als Nachfolger Parkinsons zum neuen Handels- und Industrieminister. Das Arbeitsministerium wird vom bisherigen Verkehrsminister Tom King übernommen, dessen Nachfolger der bisherige Finanzsekretär im Schatzamt, Nicholas Ridley, wird.

Die Berufung Tebbits hat allgemein überrascht. Tebbit, ein ehemaliger Pilot bei „British Airways", war als Arbeitsminister eine Schlüsselfigur im Thatcher-Kabinett geworden. Er ist der Architekt der umstrittenen Gewerkschaftsreform, deren Ziel es ist, die Entscheidungsprozesse der Gewerkschaften stärker zu demokratisieren.

Es hat in Whitehall einiges Aufsehen erregt, daß Frau Thatcher ihren Arbeitsminister so kurz vor der Debatte dieser Reformgesetze im Unterhaus aus der Schußlinie abzieht. Tebbit ist ein sehr energischer und entschlossener Politiker. Er gehört zu den sogenannten „Falken" im Kabinett, er ist zugleich jedoch auch ein geschickter Taktiker, der in seiner zweijährigen Amtszeit als Arbeitsminister die bisher so aggressiven britischen Gewerkschaften in die Defensive gedrängt hat.

Gewerkschaftsreform soll fortgesetzt werden

In der britischen Gewerkschaftsbewegung ist die Abberufung Tebbits als Arbeitsminister begrüßt worden. Es hat nach zweijährigem Schweigen soeben der Dialog zwischen Regierung und Gewerkschaften begonnen, und die britischen Gewerkschaften halten den Tebbit-Nachfolger King für einen wesentlich leichteren und konzilianteren Gesprächspartner als es Tebbit gewesen wäre.

Für Tebbit ist die Berufung zum Industrieminister eine Beförderung. Er gehört schon seit den Oppositionstagen zu den loyalsten politischen Freunden Margaret Thatchers und besitzt seit einigen Jahren das volle Vertrauen der britischen Premierministerin. Auf dem letzten Parteitag in Blackpool war er der meistgefeierte Politiker nach Margaret Thatcher. Zusammen mit Verteidigungsminister Michael Heseltine gehört der 52jährige Tebbit zu den aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge Frau Thatchers.

Der neue Arbeitsminister King versicherte, daß er bis zum letzten Komma die von Tebbit eingeleitete Gewerkschaftsreform fortsetzen werde. King ist im Kabinett ein „Mädchen für alles" geworden. Es ist bereits das dritte Ministeramt, das ihm innerhalb des letzten Jahres angeboten worden ist.

Den Konservativen bleibt eine Nachwahl erspart

Die Kabinettsumbildung war durch den Rücktritt des bisherigen Industrieministers Norman Parkinson nötig geworden. Parkinson war in eine Affäre mit seiner Sekretärin verstrickt, die seine Position als Minister unhaltbar gemacht hatte. Er dementierte am Wochenende jedoch alle Gerüchte, daß er sich vollständig aus der Politik zurückziehen wolle. Er ist entschlossen, sein Unterhausmandat beizubehalten und erspart der konservativen Partei damit eine Nachwahl, die ihr zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da sie so tief in einer Krise steckt, nicht willkommen wäre.

Norman Tebbit, ein enger Freund Parkinsons, gestand gestern in einem Fernsehinterview ein, daß die gesamte Affäre der Regierung Schaden zugefügt hat. Parkinson sei von „Pygmäen" zu Fall gebracht worden. Im gleichen Interview kritisierte Tebbit auf erstaunliche Weise seinen Kabinettskollegen Norman Fowler wegen seines ungeschickten Verhaltens bei den Kürzungen im Etat des Gesundheitsdienstes, die in der britischen Öffentlichkeit erhebliche Besorgnis ausgelöst haben. Eine derartige öffentliche Kollegenschelte war unter konservativen Ministern bisher fremd. Sie belegt ganz offenbar die Spannungen und Konflikte, die zur Stunde das Kabinett beunruhigen.

Seite 2: Parkinsons Gesetz

„Raketen der Franzosen und Briten nicht bedingungslos anrechnen"

Moskau: quantitative Destabilisierung / Verwirrung in der Öffentlichkeit trifft nicht zu

Mit einer möglichen, aber nicht bedingungslosen Einbeziehung der französischen und britischen Raketen in die Abrüstunsgsgespräche der USA und der Sowjetunion setzt sich der französische Experte für atomare Bewaffnung und Rüstungsgleichgewicht in Europa, François de Rose, auseinander.

Von FRANÇOIS DE ROSE

Wenn es stimmt, daß Herr Andropow bei seinem Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl noch einmal seinen Vorschlag eingebracht hat, die sowjetischen SS-20-Raketen durch die strategischen Streitkräfte Frankreichs und Großbritanniens ausgleichen zu lassen, so muß man dem sowjetischen Führer die Gabe der Beharrlichkeit zugestehen. Gewiß, es geht um ein großes Spiel. Durch diesen Kunstgriff soll die Nichtaufstellung der amerikanischen Raketen erreicht werden, die allein in der Lage wären, eine Verbindung zwischen der Verteidigung Europas und dem strategischen System der Vereinigten Staaten herzustellen. Die Aufgabe einer gewissen Zahl von SS 20 wäre kein zu hoher Preis, um ein solches Ergebnis zu erzielen. Die erhöhte Verwundbarkeit unseres Kontinents gegenüber jeglichem Druck und allen Drohungen in Zeiten der Krise wäre eine der Folgen der Nichtaufstellung. Erinnern wir uns daran, daß Marschall Ustinow, der Verteidigungsminister der Sowjetunion, am 6. April erklärte: „Die Sowjetunion würde im Falle eines Angriffs amerikanischer Raketen von europäischem Boden aus direkt die USA attackieren." Dies würde Moskau natürlich nicht tun, wenn sein Gebiet nur von französischen oder britischen Raketen getroffen würde.

Im Kreml macht man sich sicher keine großen Illusionen über die Chancen eines Erfolges. Und wenn auch der Generalsekretär der französischen KP, Marchais, sich bei seinem Moskau-Besuch den sowjetischen Thesen angeschlossen hat, so ändert das kein Jota an der Haltung der französischen Regierung. Für die sowjetische Diplomatie aber könnte es sich auch und vielleicht sogar hauptsächlich darum handeln, Zweifel in der westlichen Öffentlichkeit aufkommen zu lassen und Zwietracht unter den Alliierten zu säen, indem man Frankreich und Großbritannien verantwortlich macht für ein Scheitern der Genfer Verhandlungen.

Wir müssen leider zugeben, daß das Ergebnis in dieser Hinsicht nicht gleich Null ist. Weite Teile der öffentlichen Meinung in den Ländern, die für die Aufstellung solcher Raketen vorgesehen sind, fragen sich, ob Moskau nicht einen legitimen Anspruch darauf hat, die atomaren Raketen-Streitkräfte der beiden europäischen Länder mitzuzählen, oder aber sie verstehen nicht recht, warum man sich so dagegen wehrt.

Dazu muß einmal gesagt werden, daß man dies nicht bedingungslos tut. Beide Regierungen haben seit langem wissen lassen, daß eine Anrechnung ihrer Systeme dann erwogen werden kann, wenn ihre Zahl im Verhältnis zu der der strategischen Kräfte der beiden Supermächte „bedeutend" geworden ist, wenn sie also in der Lage sind, das quantitative Gleichgewicht zu verändern, das zwischen den Supermächten besteht.

Man muß sich nämlich über eines im klaren sein: Die französischen und britischen Raketen sind strategische Waffen und keine Mittelstreckenwaffen wie die Pershing 2 oder die Marschflugkörper, deren Einsatz noch in der kontrollierten Phase der Eskalation erfolgen würde, oder wie die SS 20, welche auch die konventionellen Streitkräfte des Gegners bekämpfen können. Auf dem Niveau der strategischen Waffen aber liegt die Zahl der Raketen der beiden europäischen Ländern denen der Sowjetunion gegenüber in einem Verhältnis von 1 zu 25. Rechnet man die Zahl der Sprengköpfe, so liegt dieses Verhältnis nicht weit von 1 zu 100 entfernt. Die Behauptung, die 162 Raketen von Paris und London stellten eine Gefahr der quantitativen Destabilisierung dar, ist einfach lächerlich.

Ein solches Problem würde sich erst stellen, wenn die beiden Länder etwa am Ende dieses Jahrzehnts ihre Modernisierungsprogramme zu Ende geführt und Mehrfachsprengköpfe hergestellt haben, wobei alle Sprengköpfe zusammengenommen etwa 1000 betragen würden. Bis dahin aber dürften die beiden Großen die Zahl ihrer Sprengköpfe nicht erhöht oder besser noch reduziert haben.

Wenn die Bedingungen, die Paris und London vortragen notwendig sind, so können sie gleichwohl nicht die einzigen sein. Ein Abkommen über die Begrenzung der Waffen wäre erst annehmbar, wenn alle Waffen einbezogen würden, die Westeuropa bedrohen, also nicht nur die SS 20, sondern auch die Flugzeuge und die Kurzstreckenraketen mit Reichweiten von unter 1800 Kilometer, die bei den Verbündeten Moskaus aufgestellt sind und lebenswichtige Teile Westeuropas treffen können. Es gibt bei der Suche nach einer neuen Rüstungskontrolle keinerlei Grund dafür, nur die sowjetischen Kriterien für Reichweiten von Waffen, die ihr Territorium erreichen können, in Betracht zu ziehen und nicht auch die Sicherheit der Völker auf unserer Hälfte des Kontinents im Auge zu haben, also die Waffen mitzuzählen, die uns vernichten können.

Die Gefahren einer Destabilisierung schließlich sind nicht nur zahlenmäßiger Natur. Auf qualitativem Gebiet sehen wir uns einem doppelten Handikap gegenüber. Durch ihre Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten haben die Sowjets zwangsläufig einen technologischen Vorsprung vor Frankreich und Großbritannien erreicht.

Auf dem Gebiet der Mehrfachsprengköpfe haben sie uns beide um zehn Jahre abgehängt. Hinzu kommt, daß unsere gesamte Rüstungsplanung und unsere Waffensysteme sowie deren Einsatzmöglichkeiten der Öffentlichkeit zugänglich sind. Das erlaubte dem Kreml eine Propagandakampagne gegen unsere Neutronenbombe zu starten, noch ehe überhaupt über ihren Bau entschieden worden war, und die „Schlacht um die Euroraketen" vier Jahre vor deren Aufstellung zu entfesseln. Nichts dergleichen existiert natürlich auf der Gegenseite, wo wir von neuen Waffen höchstens dann erfahren, wenn sie schon operationell oder im Versuch sind. Es ist zwecklos, von der Sowjetunion die Aufgabe einer Geheimpolitik zu erhoffen, die ihr ganzes System in Frage stellen würde. Wenn aber eines Tages ein vertragliches System existiert, muß es für beide Seiten auch verbindliche Garantien gegen eine Destabilisierung geben.

Handwerk spricht von Lehrstellen-Rekord

AP, Bonn

Das Handwerk hat zum Stichtag 30. September 10,8 Prozent mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen als vor einem Jahr. Wie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) gestern in Bonn mitteilte, wird diese Steigerungsrate bis zum Jahresende zwar zurückgehen, doch werde bis dahin die Zahl der abgeschlossenen Verträge mit rund 247 000 um etwa 15 000 über der des Vorjahres liegen. Die bisherige Höchstzahl an Lehrverträgen war mit 243 000 im Jahre 1980 registriert worden.

ZDH-Präsident Paul Schnitker wies darauf hin, daß die Betriebe in diesem Jahr die Verträge eher an die Kammern gemeldet hatten als in den vergangenen Jahren, so daß in den drei noch ausstehenden Monaten nicht mehr so viele Verträge hinzukommen werden wie in den früheren Jahren.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hatte in der vergangenen Woche berichtet, in seinem Bereich sei die Zahl der Ausbildungsverträge zum 30. September um 24 300 oder acht Prozent auf 327 100 gesteigert worden. Trotz des größeren Angebots waren nach Angaben der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zu diesem Termin noch 50 000 Bewerber „unversorgt".

Keine Entscheidung zu Albrecht-Thesen

AP, Bonn

In einer mehr als fünfstündigen Sitzung, die schwerpunktmäßig der Wirtschaftspolitik galt, hat das CDU-Präsidium in Bonn noch keine Entscheidung über die parteiintern umstrittenen Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht getroffen. Parteisprecher Wolter von Tiesenhausen teilte anschließend mit, die Beratungen über die Wirtschaftspolitik seien noch nicht abgeschlossen. Sie würden bei späteren Sitzungen weitergeführt. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, habe zu einzelnen Themen „Hausaufgaben" an mehrere Präsidiumsmitglieder verteilt.

Wie zusätzlich aus Teilnehmerkreisen verlautete, pochte der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth mit Nachdruck auf steuer- und finanzpolitische Festlegungen der Partei.

Moskaus Haltung in Genf ist restriktiv, wenn es um die Verhandlungssubstanz geht

Beispiele der sowjetischen Taktik / Was es mit dem „Angebot" auf sich hat, Raketen oder Startrampen zu vernichten

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Ganz im Gegensatz zu ihren öffentlichen Erklärungen, die nach Überzeugung der meisten NATO-Diplomaten allein dazu berechnet sind, die gesellschaftliche Freiheit des Westens als psychologische Waffe auszunutzen, hat die Sowjetunion in Genf eine äußerst restriktive Haltung an den Tag gelegt, wenn es an die eigentliche Verhandlungssubstanz ging. Dies wurde in informierten Kreisen Brüssels an Hand von Beispielen aus der sowjetischen Verhandlungstaktik bei den Genfer Gesprächen über die Mittel- und Langstreckenwaffen belegt. Die Verhandlungsrunden werden getrennt geführt. Die Einzelheiten sickerten durch, obwohl die Verbündeten wegen der vereinbarten Vertraulichkeit der Gespräche um Verschwiegenheit bemüht sind. Beobachter waren der Meinung, es liege an der erstaunlichen Qualität der durchgesickerten Informationen, daß sie breiter als sonst erörtert würden.

Danach hat die sowjetische Verhandlungsdelegation bei den Gesprächen über die Mittelstreckenwaffen in zwei verschiedenen Phasen der Gespräche ihre Haltung dargelegt, wie Moskau vorgehen wolle, wenn im Rahmen eines Abkommens Raketen, wie es in einer Erklärung von Staats- und Parteichef Andropow hieß, „liquidiert" würden. Bekanntlich hatte Andropow die Bereitschaft signalisiert, Raketen zu „liquidieren", wenn die USA bereit wären, in einem Abkommen das Kernwaffenpotential Frankreichs und Großbritanniens mitzuzählen und ihrerseits darauf verzichteten, Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren.

Den Quellen zufolge erläuterte der sowjetische Verhandlungsführer in einer ersten Phase, Moskau würde dann bereit sein, Raketenstartrampen aus den Stellungen zu entfernen. Er sagte nicht mehr, so daß die amerikanischen Unterhändler zu dem Schluß kamen, hierin erschöpfe sich das sowjetische „Angebot".

Dem Vernehmen nach räumten die Sowjets in einer späteren Phase ein, sie seien nunmehr auch dazu bereit, eine bestimmte Anzahl von Raketen aus den Stellungen zu entfernen. Mehr hätten die Sowjets zur Sache *nicht erklärt*. Daraus gewannen die Amerikaner den Eindruck, die Sowjetunion betrachte Raketen oder Raketenstartrampen von dem Augenblick an als vernichtet, wenn sie aus ihren Stellungen entfernt seien. Ein in die Genfer Vorgänge Eingeweihter kommentierte das mit den Worten: „Nach dieser Logik wäre ein Pferd nicht mehr ein Pferd, wenn man es aus dem Stall herausführt."




Verhandeln in Genf: Paul Nitze (links) und Jurij Kwisinski
FOTOS: AP/POLY PRESS

Der amerikanische Eindruck sei verstärkt worden durch sowjetische Hinweise, an eine Einstellung der Raketenproduktion werde *nicht* gedacht. Kenner der Materie meinten, die Absurdität der sowjetischen Einlassungen, die von den Sowjets als echte „Bewegungen" verstanden werden wollten, liege für jeden Außenstehenden auf der Hand. Das *Verblüffende sei eben, daß es sich hier*bei um die reale Verhandlungsatmosphäre von Genf handele. Die Diskrepanz zwischen dem, was in Genf vor sich gehe und dem, was die Sowjetunion in der Weltöffentlichkeit darstelle, würde hieraus sichtbar. Moskau *habe seine Vorstellungen* über den „Abbau" von Waffen zu einem Zeitpunkt hinter den verschlossenen Türen von Genf präzisiert, als die Öffentlichkeit sich von dem Angebot Andropows beeindruckt gezeigt habe, Raketen „liquidieren" zu wollen.

Allerdings, so hieß es in Brüssel, hätten Kenner des sowjetischen Gebrauchs der russischen Sprache schon damals gewarnt, der Ausdruck könne zweideutig sein.

Im Grunde hatte die Erörterung dieses Komplexes in der Verhandlung vorerst akademischen Wert, denn die Sowjetunion bestand und besteht bis zum heutigen Tag auf dem Standpunkt, daß sie Atomwaffen besitzen dürfe, mit denen Nichtkernwaffenstaaten in Westeuropa bedroht werden können, umgekehrt aber diese Staaten auf ihrem Territorium keine Atomwaffen dulden dürften, mit denen sowjetisches Staatsgebiet bedroht wird. Um dieses Ziel zu erreichen, verlange Moskau die Anrechnung der französischen und britischen Atomwaffen.

Den Quellen zufolge geht Moskau bei den START-Verhandlungen über die Interkontinentalwaffen ähnlich vor. *Die sowjetische Delegation* habe dort als Verhandlungsgrundlage die Devise von der „gleichen Sicherheit" ausgegeben. Wie bei den Mittelstreckenverhandlungen verlange die Sowjetunion gegenüber den Vereinigten Staaten nach dieser Philosophie *Gleichheit in der Nuklearbewaffnung* mit den USA sowie allen anderen Staaten, in deren Besitz sich Atomwaffen befinden. Mit anderen Worten: Die Sowjetunion wünsche so viel Atomwaffen zu besitzen, wie alle anderen Staaten zusammengenommen. Damit würde den Vereinigten Staaten die Rolle einer Supermacht zweiter Klasse zugewiesen, die ihre Interessen auf den eigenen Kontinent beschränken solle. In der übrigen Welt dominiere die Sowjetunion.

Aus amerikanischen Quellen wurde bekannt, daß angesichts dieser sowjetischen Haltung mit keinem Abkommen über eine Begrenzung oder den Abbau der Interkontinentalwaffen zu rechnen sei. Ehe Moskau seine Haltung nicht fundamental ändere und bereit sei, sein Potential mit dem Amerikas zu vergleichen, werde es keine Einigung geben. Der US-Chefunterhändler bei den START-Verhandlungen, Edward Rowny, sagte dem Vernehmen nach vor wenigen Tagen vor Offizieren im obersten alliierten Hauptquartier SHAPE im belgischen Mons: „Wir werden uns auf nichts anderes einlassen."

Vor den Vereinten Nationen, so will es NATO-Beobachtern scheinen, ist die Sowjetunion ähnlich wie bei ihren Beeinflussungsversuchen der *europäischen Öffentlichkeit* zur Offensive übergegangen. Der sowjetische Delegationschef habe die westliche Verteidigungsstrategie der „flexiblen Reaktion" angegriffen, in dem er die „Ächtung des Nuklearkrieges" und das „Einfrieren der Atomrüstung" verlangt habe.

Der Vorstoß zielt nach Ansicht Brüsseler Beobachter insofern auf den Kern der Allianz-Strategie, als er die Rolle der Atomwaffen hervorhebt und außer Betracht läßt, daß die NATO feierlich auf den Ersteinsatz jeder Form von Waffen verzichtet habe. Allerdings gründe sich die westliche Abschreckung angesichts der konventionellen Unterlegenheit bewußt auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, die anzuwenden der Westen *sich vorbehalte, wenn er sich gegen* einen Angriff anders nicht mehr verteidigen könne. Der Wegfall dieser Strategie müsse den Zusammenbruch der NATO nach sich ziehen. Das sei das Ziel des sowjetischen Angriffs. (SAD)

Im Inselstaat Grenada gerät Castros Freund Bishop in Bedrängnis

Rätselhafter Machtkampf / Enge Zusammenarbeit mit Kuba und Sowjetunion

AP/AFP, St. George's

Der winzige Inselstaat Grenada in der südlichen Karibik, der seit Freitag durch einen Machtkampf von sich reden macht, ist in den vergangenen Jahren zu einer Art „Stachel im Fleisch der Vereinigten Staaten" geworden. Seit 1979 Maurice Bishop in einem Staatsstreich die Macht übernahm, hat die Regierung in St. George's einen ausgeprägten Linkskurs eingeschlagen. Nicht nur der Umstand, daß sich Bishop um sowjetische und kubanische Hilfe bemühte, hat ihm Kritik aus Washington eingetragen. Die USA haben auch den Vorwurf erhoben, daß auf Grenada Menschenrechte verletzt würden.

Die Krise brach dem Vernehmen nach bereits am vergangenen Mittwoch aus. Der als linksextrem geltende Finanzminister und stellvertretende Regierungschef Bernard Coard soll den Ministerpräsidenten vor die Wahl gestellt haben, entweder in eine Machtteilung einzuwilligen oder aber zurückzutreten. Bishop habe abgelehnt und sei darauf am Freitag unter *Hausarrest gestellt* worden. *Indu*strieminister Kendrick Radix, der darauf eine Sympathiekundgebung für Bishop organisiert hatte, wurde nach Angaben des amtlichen Rundfunks „Radio Free Grenada" am Sonntag mit einer Reihe weiterer Personen festgenommen.

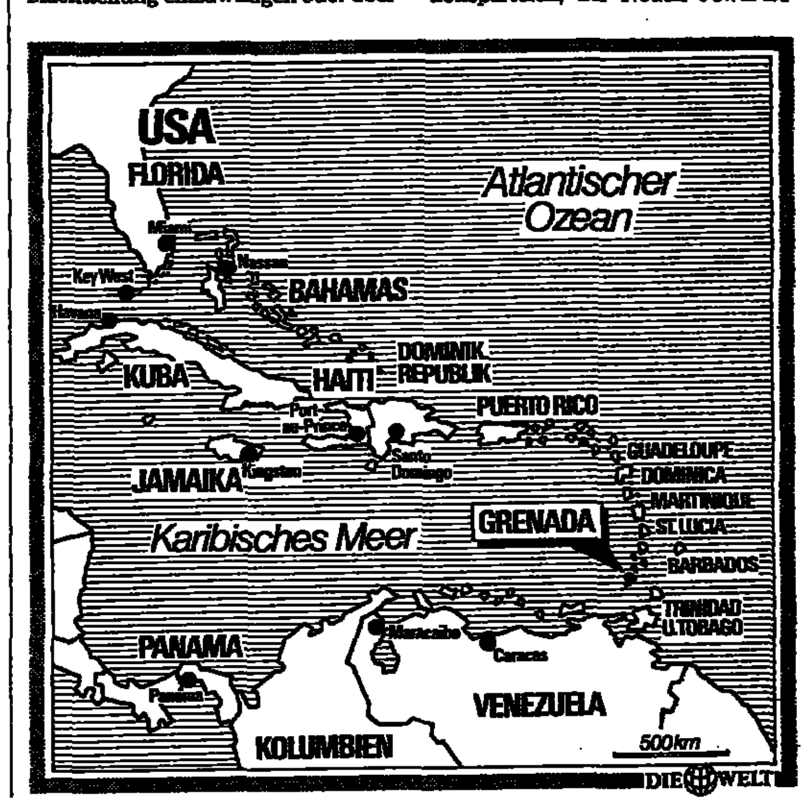
Die frühere britische Besitzung Grenada besteht aus drei Inseln in den Kleinen Antillen, ist rund 345 Quadratkilometer groß und hat etwa 120 000 Einwohner, von denen nur eine Minderheit weißer Hautfarbe, 52 Prozent Schwarze und 43 Prozent Mulatten sind. 1967 erhielt die Inselgruppe von der Kolonialmacht Großbritannien begrenzte Selbstverwaltung. 1974 wurde Grenada unabhängig und Eric Gairy der erste Ministerpräsident des jungen Staates. Sein autoritärer Regierungsstil führte zum Zusammenschluß von drei Oppositionsparteien, der Neuen Jewel-Bewegung, der Nationalpartei und der Vereinigten Volkspartei.

Zusammen mit anderen Oppositionspolitikern stürzte im März 1979 Bishop, ein Freund Fidel Castros, den Regierungschef. In den Wochen nach dem Staatsstreich kündigte er „baldige" Wahlen an, aber erst im Juni dieses Jahres wurde eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission eingesetzt und beauftragt, eine Verfassung als Grundlage für Wahlen auszuarbeiten. Der Verfassungsentwurf sollte 1985 vorgelegt werden.

Kuba hat mit rund 33 Millionen Dollar zum Bau eines neuen Flughafens auf Grenada beigetragen, der im März kommenden Jahres fertig sein soll und insgesamt 71 Millionen Dollar kostet. Rund 400 kubanische Techniker waren an den Bauarbeiten beteiligt. Die USA argwöhnen, daß die fast drei Kilometer lange Start- und Landebahn des Flughafens nicht nur für Großraumflugzeuge der Zivilluftfahrt, sondern auch für Militärmaschinen aus dem sowjetischen Block gedacht sei. Die Regierung Bishops nannte diesen Verdacht absurd und erklärte, der neue Flugplatz werde benötigt, um Fremdenverkehr und Außenhandel zu fördern, damit die Staatsschulden von zur Zeit mehr als 17 Millionen Dollar verringert werden könnten.

Kuba hat auch Lehrer, Zahnärzte und Ärzte nach Grenada entsandt. Die Sowjetunion eröffnete in St. George's eine Botschaft und verpflichtete sich vertraglich für die Dauer von fünf Jahren, jährlich 500 Tonnen Muskatnüsse abzunehmen. Die Vereinigten Staaten haben Grenada aus ihrem Hilfsprogramm für die Karibik ausgeschlossen, das den Zweck verfolgt, die Wirtschaft von karibischen Staaten zu stärken.

Im Juli dieses Jahres ist dem Obersten Gericht von Grenada ein Bericht vorgelegt worden, nach dem 78 politische Gefangene ohne Anklage in Haft gehalten wurden. Mindestens 20 andere politische Häftlinge, gegen die Anklage erhoben worden sei, warteten auf ihren Prozeß oder seien bereits abgeurteilt worden, hieß es.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71

NATIONALELF

Warten auf Schuster

sid, Bonn

Vor dem Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen die Türkei am 26. Oktober in Berlin dreht sich die Personal-Diskussion in der Fußball-Nationalmannschaft um Bernd Schuster. Kommt er, oder kommt er nicht? – so lautet die bange Frage für Bundestrainer Jupp Derwall. Die Nachricht, der Einsatz von Schuster sei wegen eines Muskelfaserrisses ausgeschlossen, hat Derwall dementiert: „Bernd hat lediglich einen Schmerz oberhalb der Kniekehle verspürt. Deshalb hat er sich auch beim 1:2 in Valladolid nach 28 Minuten auswechseln lassen." Doch Schuster selbst meinte, erst am Donnerstag könne eine Entscheidung fallen.

Am Mittwoch beim Europapokalspiel des FC Barcelona im holländischen Nijnwegen wird Schuster fehlen. Drei Tage später beim Schlagerspiel bei Real Madrid soll er wieder dabei sein. Derwall: „Wenn beide, also Schuster und auch Uli Stielike spielen, werde ich nach Madrid fliegen, um sie zu beobachten."

Der Bundestrainer rechnet nicht damit, daß es mit Barcelona Ärger wegen der Freigabe für Schuster geben wird. Am gleichen Tag muß der FC Barcelona das Supercup-Hinspiel beim Meister Athletico Bilbao bestreiten, doch Derwall sagt: „Vertraglich ist vereinbart, daß Schuster für alle Pflichtspiele der Nationalelf abgegeben werden muß."

Für das Spiel gegen die Türkei sind erst 20 000 Karten verkauft worden. Deshalb befürchtet der Bundestrainer: „Hoffentlich haben wir kein Auswärtsspiel. Wir brauchen die Unterstützung des Berliner Publikums."

Gestern hat Jupp Derwall sein vorläufiges Aufgebot bekanntgegeben, in das 17 Spieler aufgenommen wurden: Tor: Schumacher, Burdenski. Abwehr: Augenthaler, Briegel, Dremmler, K. H. Förster, Otten, Strack. Mittelfeld: Matthäus, Meier, Rolff, Schuster, Stielike. Angriff: Littbarski, Rummenigge, Völler, Waas.

DFB-Trainer Berti Vogts benannte für das U21-Spiel gegen die Türkei am 25. Oktober in Berlin folgendes Aufgebot: Tor: Vollborn, Zimmermann. Abwehr: Schäfer, Falkenmeyer, Quaisser, Storck, Schröder, Herget, Reinhardt. Mittelfeld und Angriff: Schön, Rahn, Brunner, Reichert, M. Rummenigge, Mathy, Kuntz.

MOTORSPORT / Deutsche Bilanz der Formel-1-Saison: Das Engagement hat sich ausgezahlt

Ein Sprecher von BMW: „Jede investierte Mark und alle Mühen haben sich für uns gelohnt"

KLAUS BLUME, Bonn

Gestern vormittag hat man erst einmal ganz herzlich gratuliert – per Telefon. Die Herren von BMW den Herren von Porsche und umgekehrt. Ein BMW-Sprecher: „Was Niki Lauda beim Großen Preis von Südafrika zeigte, war ein faszinierendes Stück Rennsport. Der Porsche-Motor lief und hielt wie der Teufel." Ein Porsche-Sprecher: „Das war eine ganz hervorragende Leistung von BMW. Sie haben alles gewonnen, was es zu gewinnen gab: den Weltmeistertitel und den letzten Lauf zur Weltmeisterschaft."

Seit 630 Tagen haben sich die Bayerischen Motoren-Werke (BMW) im Formel-1-Sport engagiert, am Samstag wurde Nelson Piquet mit einem BMW-Triebwerk Weltmeister. In Paris sagte der Brasilianer gestern: „Nicht ich habe gegen Alain Prost gewonnen, sondern BMW gegen Renault." Das Haus Porsche, weltweit im Motorsport tätig, hat in diesem Jahr ebenfalls die Formel 1 entdeckt. Der Turbo-Motor von Porsche ist eine Auftragsarbeit für das arabische Unternehmen Techniques d'Avant Garde (TAG). Niki Lauda fuhr in Kyalami mit diesem Triebwerk beim Formel-1-Finale bis auf den zweiten Platz vor, dann mußte er fünf Runden vor Schluß aussteigen, weil die gesamte Elektrik zusammengebrochen war. Der deutsche Motor im englischen McLaren-Wagen aber war standfest.

Ein BMW-Sprecher sagte gestern: „Unser Formel-1-Engagement hat sich – ohne jegliche Einschränkung – gelohnt. Jede investierte Mark, jede investierte Mühe hat sich ausgezahlt." Für die Formel 1 hatte man sich in München entschieden, um den Motorenbau plakativ herauszustellen, aber auch weil das sportliche Image einer Marke des Antretens des Beweises bedarf. Als BMW sich in der Formel 1 engagierte, war diese Branche jedoch in der Öffentlichkeit in Mißkredit geraten. Die Kräche der Funktionäre und Teamchefs erschütterten die gesamte Zunft. Da hat es freilich Gespräche auf der obersten Etage zwischen BMW und Renault und auch Fiat gegeben und anschließend einige ernste Hinweise an die Macher der Formel 1. Heute sagt ein BMW-Sprecher mit Recht: „Die Formel 1 ist kein Feld mehr für Skandale."

Als Partner von Brabham (Eigner: Bernie Ecclestone) hatte der Ingenieur Paul Rosche zu Beginn einen Turbo-Motor mit 540 PS entwickelt. Jetzt leistet das Aggregat 100 PS mehr und kurzeitig, wenn es zum Beispiel im Training um die Pole-Position beim Start geht, kann man auch mal 800 PS erreichen.

Das kleine weißblaue Firmen-Emblem auf dem Formel-1-Rennwagen von Brabham ist freilich nicht allzu plakativ für ein Weltmeister-Auto. 1984 werden die Bayern deshalb optisch präsenter in Erscheinung treten, schließlich sind sie jetzt die Nummer eins in der Formel 1.

BMW ist Partner von Brabham, gegenüber dem deutschen ATS-Team befindet man sich jedoch in der Verkaufssituation. Ähnlich wird es wohl auch sein, wenn BMW 1984 noch ein drittes Team mit Turbo-Motoren ausrüstet. Möglicherweise wird es die englische Marke Toleman sein, deren Autos derzeit mit Hart-Turbos bestückt sind. Und möglicherweise, so heißt es in der Branche, würde dann der Gießener Stefan Bellof als deutscher Grand-Prix-Fahrer in einem Toleman-Rennwagen sitzen.

Porsche engagiert sich erst seit vier Rennen in der Formel 1. Ein Porsche-Sprecher dazu: „Wir mußten erst einmal lernen, daß eine Gemeinschaftsarbeit viel Zeit braucht." So hatte man denn mit dem englischen McLaren-Team (Starfahrer: Niki Lauda) für 1983 nur technische Ziele vereinbart. Das Erreichen sportlicher Ziele ist für 1984 geplant, denn nun – so ein Porsche-Sprecher – „müssen wir erst einmal fleißig unsere Hausaufgaben erledigen". Das heißt, Start- und Ansprechverhalten des Turbos müssen optimiert werden. Außerdem ist es nötig, sich auf die neue Verbrauchsformel (220 Liter Treibstoff pro Rennen) umzustellen. Bisher brauchen die Sieger-Autos der Formel 1 zwischen 270 und 280 Liter Treibstoff pro Rennen. Bei Porsche ist man freilich erfahren genug auf diesem Gebiet, weil man in der Langstrecken-Weltmeisterschaft bereits eine Energieformel erfüllt. Ein Porsche-Sprecher: „In den technischen Bereichen ist das ungeheuer wichtig für uns."

Werblich läßt sich die Formel 1 für das Haus Porsche nicht ausschlachten, weil der Besitzer des Motors die arabische Firma TAG ist. Jene Firma beabsichtigt auch, den Porsche-Motor irgendwann einmal zu vertreiben.

Aber auch dann, wenn auf dem Motorblock statt „Porsche" nun „TAG" steht – das Triebwerk ist eine Arbeit aus Deutschland, und man wird in der Branche stets von einem Porsche-Turbo sprechen. Ein Porsche-Sprecher: „Selbst wenn wir damit nicht direkt in Verbindung gebracht werden können, steht damit unsere Reputation auf dem Spiel." Das zu wagen, Kyalami bewies es, hat sich bisher gelohnt.

STAND-PUNKT / Weise

Branko Zebec hat nun selber einen Schlußstrich gezogen, seit gestern ist der Jugoslawe nicht mehr Trainer des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Frankfurt. Es hat (zu) lange gedauert, bis sich Zebec zu diesem Entschluß durchgerungen hat. Doch nun endlich besteht Anlaß zur Hoffnung – nicht für Eintracht Frankfurt, sondern für den Trainer selbst. Für ihn sollte eine Zeit der Therapie beginnen, an deren Ende ein gesunder Mensch Branko Zebec steht.

Es braucht nicht immer darauf hingewiesen zu werden, welche hervorragende Fachkompetenz dieser Trainer besitzt. Kaum einer kann ihm das Wasser reichen. Wenn er nur nicht die Probleme mit dem Alkohol hätte. Zebec ist alkoholkrank, er ist ein kranker Mann, weil seine Bauchspeicheldrüse nicht mehr funktioniert. Menschen mit seiner Krankheit kann geholfen werden. Und solche Menschen sollten nicht arbeiten gehen, wie es Branko Zebec getan hat. Der Streß eines Bundesligatrainers mußte für ihn einfach Gift sein. In Hamburg und Dortmund war Branko Zebec wegen seiner Probleme nicht mehr tragbar, er mußte vorzeitig gehen. Jetzt hat er endlich einmal die Initiative ergriffen, hat eingesehen, daß er nicht mehr die Kraft eines gesunden Menschen besitzt, um erfolgreich arbeiten zu können. Deshalb war es ein weiser Entschluß. Nun sollte er sich dazu durchringen, seine Krankheit in aller Ruhe auszuheilen. Auf den gesunden Branko Zebec nämlich kann die Bundesliga nicht verzichten. U.D.

FUSSBALL / Frankfurt auf Trainersuche

Branko Zebec hat selbst um seine Entlassung gebeten

sid, Frankfurt

Branko Zebec ist beim Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt gescheitert. Nach dem zehnten Spieltag hat der 52 Jahre alte Jugoslawe bei 5:15 Punkten selbst um seine Entlassung gebeten. Vor fast genau einem Jahr hatte Zebec den Österreicher Helmut Senekowitsch nach nur sechs Spieltagen abgelöst und Frankfurt vor dem Abstieg bewahrt. In dieser Saison wurde damit der zweite Trainerwechsel perfekt, nachdem zuvor Rinus Michels beim 1. FC Köln gehen mußte. Insgesamt wurde damit die 123. vorzeitige Trainer-Entlassung vollzogen.

Branko Zebec kam mit seiner Entscheidung dem Verein zuvor, denn nach dem 1:4 in Bochum wurde die Ablösung durch den Verein bereits angekündigt. Zebec sagte: „Ich mache den Weg frei. Vielleicht hilft meinem Nachfolger der psychologische Effekt, den Verein doch noch vor dem Abstieg zu retten." Die Frage über seinen Nachfolger ist bei den Frankfurtern noch nicht geklärt. Präsident Klaus Gramlich meinte gestern: „Wir haben mit drei Trainern Kontakt, die alle drei unter Vertrag stehen." Obwohl noch mit keinem konkret verhandelt wurde, soll der neue Mann schon am Samstag gegen Mönchengladbach auf der Bank sitzen. Namen wollte der Präsident nicht nennen. Zu den Kandidaten zählen jedoch Heinz Höher, derzeit beim griechischen Meister Olympiakos Piräus tätig, und Kaiserslauterns Trainer Dietrich Weise. Interims-Trainer in Frankfurt wird der ehemalige A-Jugend-Trainer Klaus Mank, der den Nachwuchs der Frankfurter zu zwei deutschen Meisterschaften führte und im Besitz der B-Lizenz ist.

Finanziell werden die Frankfurter mit einem blauen Auge davonkommen. Zebec wird von dem Klub, der mit rund vier Millionen Mark verschuldet ist, keinen Pfennig Geld mehr nehmen. Er verzichtete freiwillig auf jegliche weitere Gehaltszahlungen, die ihm bis zum Sommer 1984 noch zugestanden hätten. Branko Zebec: „Was ich nicht verdient habe, nehme ich nicht."

Die Spieler atmeten auch auf, ihnen machte die Arbeit mit einem Trainer, der große Probleme mit dem Alkohol hat, zuletzt wenig Spaß. Mannschaftsführer Karl-Heinz Körbel: „Eine andere Möglichkeit hat es nicht gegeben, so konnte es nicht weitergehen." Der 28 Jahre alte Vorstopper selbst hatte beim 1:3 gegen Waldhof Mannheim den Autoritätsverlust des Trainers öffentlich demonstriert, indem er eigenmächtig einen Spieler einwechseln wollte.

SPORT-NACHRICHTEN

Karpow in Führung

Tilburg (dpa) – Beim internationalen Schachturnier in Tilburg (Holland) verteidigte der sowjetische Weltmeister Anatoli Karpow die Führung durch ein Remis gegen seinen Landsmann Boris Spasski. Robert Hübner (Porz) spielte gegen den sowjetischen Großmeister Polugajewski ebenfalls Remis und belegt gemeinsam mit dem Holländer Sosonko den zehnten Platz.

Herle lief Rekord

Chicago (sid) – Christoph Herle aus Fürth ist nun der schnellste deutsche Marathonläufer. In Chicago legte er die 42,195 km in der neuen deutschen Bestzeit von 2:12:14 Stunden zurück. Die alte Bestmarke hielt der Saarbrückener Werner Dörrenbächer mit 2:12:22 Stunden.

Knapper amerikanischer Sieg

Palm Beach (dpa) – Die amerikanischen Golfspieler gewannen in Palm Beach mit 14,5:13,5 Punkten den alle zwei Jahre ausgetragenen Erdteilkampf um den Ryder-Cup gegen Europa. Bester europäischer Spieler war Bernhard Langer (Anhausen).

Uerdingen holt Thomas

Krefeld (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Bayer Uerdingen verpflichtete den Engländer Wayne Thomas (25) vom Zweitliga-Klub Alemannia Aachen. Borussia Dortmund will für eine Ablösesumme von 1,3 Millionen Mark Frank Mill verpflichten.

Lohhof gewann eigenes Turnier

Lohhof (dpa) – Der SV Lohhof, deutscher Volleyball-Meister bei den Frauen, gewann sein eigenes internationales Turnier. An dem Turnier nahmen die Meister aus Polen, Jugoslawien, Schweden, der Schweiz und Deutschland sowie der Meisterschaftsdritte aus der Tschechoslowakei teil.

ZAHLEN

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 7. Spieltag: TuSEM Essen – TV Hüttenberg 21:14 (12:5).

1. Großwallstadt	7	6	1	0	138:115	13:1
2. Gummersbach	7	5	1	1	133:114	11:3
3. Schwabing	7	5	1	1	143:130	11:3
4. Göppingen	7	5	0	2	153:145	10:4
5. Hofweier	7	4	0	3	158:139	8:6
6. Essen	7	3	2	2	115:101	8:6
7. Kiel	7	4	0	3	126:117	8:6
8. Reinickendorf	7	3	1	3	134:130	7:7
9. Bergkamen	7	2	1	4	120:134	5:9
10. Dankersen	7	2	0	5	132:135	4:10
11. Hüttenberg	7	2	0	5	137:160	4:10
12. Nürnberg	7	2	0	5	113:140	4:10
13. Günzburg	7	1	1	5	150:170	3:11
14. Lemgo	7	1	0	6	121:141	2:12

EISHOCKEY

Bundesliga, 14. Spieltag: Düsseldorfer EG – Mannheimer ERC 0:6 (0:2, 0:2, 0:2), Schwenninger ERC – SC Rießersee 9:3 (4:2, 2:0, 3:1), ECD Iserlohn – Kölner EC 3:4 (1:0, 1:3, 1:1), ERC Freiburg – EV Landshut 3:2 (2:1, 0:1, 1:0), SB Rosenheim – ESV Kaufbeuren 6:2 (2:1, 3:1, 1:0).

1. Mannheim	14	10	2	2	71:40	22:6
2. Rosenheim	14	8	4	2	65:45	20:8
3. Köln	14	8	2	4	54:35	18:10
4. Freiburg	14	8	1	5	49:49	17:11
5. Landshut	14	7	2	5	59:44	16:12
6. Iserlohn	14	6	2	6	56:49	14:14
7. Schwenn.	14	5	2	7	50:47	12:16
8. Kaufbeuren	14	4	3	7	50:72	11:17
9. Düsseldorf	14	4	0	10	35:69	8:20
10. Rießersee	14	1	0	13	40:79	2:26

Kohl: Moskau soll Weg für Lösung ebnen

AP, Bonn

Nach den deutsch-sowjetischen Außenministergesprächen vom Wochenende hat Bundeskanzler Helmut Kohl seine Aufforderung an die Sowjetunion erneuert, bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen mit den USA endlich den Weg für Kompromisse freizugeben. Die Wiener Gespräche der Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Andrej Gromyko hätten einmal mehr deutlich gemacht, daß es allein die Sowjetunion sei, deren starre Haltung Ergebnisse in Genf bisher verhindert habe, ließ Kohl in Bonn durch Regierungssprecher Jürgen Sudhoff erklären.

Der Kanzler hoffe, daß Moskau sich nach der sehr eindringlichen und klaren Bekräftigung der westlichen Haltung durch Genscher über die Entschlossenheit des Bündnisses keine Illusionen mehr mache, sagte Sudhoff. Zudem unterstreiche Kohl die Bereitschaft des Westens, auch im Falle einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen die Verhandlungen weiterzuführen. Als bedeutsam bezeichnete es Kohl nach den Worten von Sudhoff, daß beide Seiten in Wien großes Interesse gezeigt haben, ihre bilateralen Beziehungen nicht auf das Raketenthema einzuengen, sondern *auf der Grundlage des Moskauer Vertrages* langfristig zu entwickeln.

Neuer Raketenkreuzer „Slava" verstärkt sowjetische Nordflotte

Offensivwaffe soll Seeverbindung zwischen USA und Europa im Kriegsfall stören

dpa/gko. Berlin

Die sowjetische Nordflotte auf der Halbinsel Kola ist wesentlich verstärkt worden. Wie deutsche Marineflieger bei der Luftüberwachung der zum NATO-Bereich gehörenden Seegebiete herausgefunden haben, ist ein neuartiger sowjetischer Raketenkreuzer zu den dort vorhandenen mit Raketen ausgerüsteten Über- und Unterwassereinheiten in der Nähe des NATO-Partners Norwegen gestoßen.

Die sowjetische Nordflotte ist nach der Pazifik-Flotte – die nach amerikanischen Angaben 765 Schiffe und 445 Marineflugzeuge zählt – mit 600 Schiffen und 405 Marineflugzeugen die zweitgrößte sowjetische Marinekonzentration.

Der neue sowjetische Kriegsschiffstyp mit der Bezeichnung „Slava" („Ruhm") ähnelt dem größten sowjetischen Schlachtkreuzertyp „Kirov", ist aber kleiner in den Abmessungen. Während die „Kirov" 255 Meter lang ist, mit einer Wasserverdrängung von 23 000 tons, ist die „Slava" 190 Meter lang, mit einer Wasserverdrängung von 13 000 tons.

Die „Slava" wird auch nicht wie die „Kirov" von einem Atomreaktor angetrieben, sondern verfügt über einen herkömmlichen Schiffsantrieb mit zuschaltbarer Gasturbine.

Dennoch steht die „Slava", was die Kampfkraft angeht, der „Kirov" nicht nach. Wie den Fotos deutscher Marineflieger zu entnehmen ist, sind bei der „Slava" auf dem Vorderdeck insgesamt 18 Raketenabschußbehälter montiert, hinzu komme noch eine artilleristische Bewaffnung.

Unmittelbar hinter dem Doppelschornstein befinden sich nochmals sechs Raketensilos, deren Raketen sowohl mit konventionellen als auch *mit nuklearen Sprengköpfen* bestückt werden können.

Die breitflächigen Antennenanlagen der „Slava" deuten auf eine großvolumige elektronische Ausstattung hin. Damit ist die Aufgabe dieses neuen Schiffstyps für die NATO-Marineexperten kein Geheimnis mehr. Die „Slava" soll im Konfliktfall zur Störung des Geleitzuverkehrs zwischen den USA und Europa eingesetzt werden. Es handelt sich nach Meinung der NATO also um eine reine Offensivwaffe.

Ein solches Schiff operiert nicht allein. Es wird, wie schon bei seinem Marsch aus dem Schwarzen Meer, durch das Mittelmeer, den Atlantik, um das Nordkap bis zu seinem Stützpunkt von Zerstörern und Fregatten begleitet, die ebenfalls mit Flugkörpern ausgestattet sind.

Ein solches Schiff operiert zumeist auch im Schutz eines eigenen Luftschirms. Zur Bekämpfung feindlicher U-Boote hat die „Slava" Hubschrauber an Bord, für die sich ein Hangar sowie eine Start- und Landefläche auf dem Achterdeck befinden.

Die Sowjetunion folgt mit dieser Kriegsschiffklasse offensichtlich *dem Prinzip, mit möglichst geringem* wirtschaftlichem Aufwand ein kampfstarkes Führungsschiff für eine Überwasser-Kampfgruppe zu bauen.

Auf Kiel gelegt wurde der neue Typ Ende der 70er Jahre in Nikolajew auf der Halbinsel Krim. Das Schiff gehört zu der sogenannten „Krasina"-Klasse. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen sollen von diesem Schiffstyp drei Stück gebaut werden. Die „Slava" ist vor einem Jahr in Dienst gestellt und bisher im Schwarzmeer erprobt worden.

Böll warnt vor dem Einfluß der DKP

● Fortsetzung von Seite 1.

Während der zweistündigen Sitzung des Koordinierungsausschusses am Sonntagabend hatten sich nach eingehender Diskussion von den 21 anwesenden Organisationen nur zwei gegen einen Rednerauftritt von Brandt am kommenden Samstag ausgesprochen, die katholische „Initiative Kirche von unten" und die Evangelischen Studentengemeinden (ESG). Aber auch andere Teilnehmer hatten Bedenken, daß Brandt als SPD-Vorsitzender und Friedensnobelpreisträger eine „überragende Medienwirkung" für sich erzielen und damit „alle anderen in den Schatten stellen" würde. Die deutliche Zustimmung wurde dann bei nur einer Enthaltung (ESG) durch den Beschluß erreicht, auch einen prominenten Grünen als Redner einzuladen. Über dessen Nominierung beriet gestern die Fraktionsspitze der Grünen.

Bemängelt wurde im Koordinierungsausschuß, daß Bundesgeschäftsführer Beckmann sich „ohne klare Position" geäußert hat.

Der Schriftsteller Böll sagte im Deutschlandfunk: „Es ist ganz offensichtlich für mich und beunruhigt mich auch, daß die Kommunisten weit mehr Einfluß haben als es ihrem *Wähleranteil entspricht*, der *minimal* ist. Das liegt eben daran, daß die 100 000 Mitglieder der DKP etwas von Organisation usw. verstehen, sie haben eine Kaderausbildung. Deren Heuchelei oder Unglaubwürdigkeit ist für mich jeden Tag bewiesen, weil sie nicht die Friedensbewegung in der DDR unterstützen."

Als „zu wenig reflektiert" nannte Böll allerdings das Argument, „was Moskau nützt, schadet uns". Seine Begründung: „Wir liegen mit der Sowjetunion, auf einem Kontinent. Wir haben einen Krieg gehabt mit der Sowjetunion und welchen!" Zugleich sprach Böll von einem besonderen Verhältnis der Deutschen zur Sowjetunion, „nicht zur Sowjetführung, der ich keinen Moment traue". Das heiße nicht, daß die Sowjets den Krieg wollten, „aber *ihre ganze Rüstung* ist ja wahnsinnig, genau wie die amerikanische." Und an anderer Stelle des Interviews sagte Böll, im übrigen würde die Sowjetunion, wenn sie alle ihre SS 20 abbaute, „nur sehr wenig von ihrer Overkill-Kapazität verlieren".

Wenn die Deutsche Kommunistische Partei der Ansicht sei, die nichtkommunistischen Mitwirkenden an den Friedensaktionen seien ihre „nützlichen Idioten", dann sei er, Böll, der Ansicht, daß dieser alte Spruch Lenins nicht mehr zutreffe.

Moskau bestätigt: Atomsprengköpfe in der „DDR"

AP, Hamburg

Moskau hat jetzt bestätigt, daß die sowjetischen Truppen in der „DDR" seit längerem mit Atomwaffen ausgerüstet sind. In einem am Montag vorab veröffentlichten Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Stern" erklärte Generaloberst Tscherwow, überall dort, wo außerhalb der UdSSR Divisionen der Sowjetischen Armee stationiert seien, verfügten *die entsprechenden* Raketeneinheiten über Atomwaffen mit einer Reichweite bis zu 100 Kilometern.

Für den Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen kündigte Tscherwow, der Leiter der Vertragsabteilung im sowjetischen Generalstab ist, die Aufstellung von neuen, „sehr guten" Kurzstreckenraketen in der „DDR" und zusätzlicher SS 20 im europäischen Teil der Sowjetunion an.

Die kurze Flugzeit der amerikanischen Pershing 2 werde Moskau außerdem dadurch ausgleichen, daß neue Raketen an Standorten aufgestellt würden, von denen aus sie das Gebiet der Vereinigten Staaten ebenfalls in zehn Minuten erreichen könnten. Als Standort dieser Waffen schloß Tscherwow Kuba ausdrücklich aus.

Straßburg: Akte Altun bleibt offen

AP, Straßburg

Die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg hat sich die Option auf eine Fortführung ihrer Untersuchungen im Fall des türkischen Asylbewerbers Kemal Altun offengehalten, der Ende August während einer Gerichtsverhandlung über seine drohende Ausweisung in Berlin Selbstmord begangen hat. Wie ein Sprecher der Kommission auf Anfrage mitteilte, hat die Kommission die Parteien in dem Verfahren – die Bundesregierung und die Hinterbliebenen Altuns – aufgefordert, ihre Ansichten über die Folgen des Selbstmords von Altun darzulegen, der sich selbst als Beschwerdeführer an die Institution gewandt hatte. Kemal Altun hatte sich am 30. August während der Verhandlung aus einem Fenster des Berliner Verwaltungsgerichts gestürzt.

Gromyko forderte keinen Aufschub

■ Fortsetzung von Seite 1

sammenarbeit in die Liste der bilateral zu behandelnden Themen aufgenommen wurden. Generell betonte er, die Langfristigkeit der deutsch-sowjetischen Beziehungen sei für die *Sowjetunion gerade auch im wirtschaftlichen* Bereich sehr wichtig.

Bemerkenswerterweise hat Gromyko die von der Sowjetunion massiv umworbene öffentliche Meinung in der Bundesrepublik und die im Mittelpunkt des Moskauer Interesses stehende Friedensbewegung an den zwei Gesprächstagen dem Vernehmen nach überhaupt nicht erwähnt.

In Genschers Argumentation waren zwei Dinge neu: Er spitzte die Stationierungsentscheidung Bonns, wie er es in dieser Art bisher nie getan hatte, auf die Bundestagsdebatte am 21. November zu. Falls bis zu diesem Zeitpunkt in Genf kein Verhandlungsergebnis erzielt werden sollte – hielt Genscher gegenüber Gromyko und in einer abschließenden Pressekonferenz fest –, werde die 1979 gefallene Nachrüstungsentscheidung bekräftigt werden. „Ab 22. November werden wir dann die Sta*tionierung beginnen lassen.*"

Neu war auch die konkrete Zusage des Bundesaußenministers, daß bei weiteren Verhandlungen nach dem Stationierungsbeginn im Falle einer Einigung mit Moskau „selbst schon stationierte Raketen im Westen sofort wieder beseitigt werden" könnten. Intern war die Bundesregierung davon immer ausgegangen. Als verbindliche Sprachregelung des Bündnisses ist diese Aussage aber erst vor kurzem festgelegt worden.

Teilnehmern fiel auf, daß der sowjetische Außenminister am ersten Gesprächstag in Wien bei seinen heftigen Angriffen gegen die Amerikaner und ihre Verhandlungspositionen in Genf so tat, als sei die Bundesrepublik Deutschland davon gar nicht betroffen, sondern eine Art neutraler Zuschauer wie Österreich. Gerade deshalb hielt es Genscher für notwendig, sich sehr entschieden mit *Washington zu solidarisieren und zu* betonen, daß sich jede Kritik der Sowjetunion an den amerikanischen INF-Vorschlägen auch gegen Bonn richte, „denn diese Vorschläge werden von uns voll mitgetragen".

Keine Klarheit brachten die Wiener Gespräche über eventuelle Möglichkeiten, die britischen und französischen atomaren Systeme später auf einer anderen Verhandlungsebene strategisch zu berücksichtigen. Hinweise Genschers auf dahin zielende Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand und des britischen Außenministers Howe in der UNO-Vollversammlung fanden bei Gromyko kein Echo.

Pretoria: Gegenschlag

Büro des Afrikanischen Nationalkongresses zerstört

rtr/dpa/AFP, Bonn

Eine Sondereinheit der südafrikanischen Armee hat gestern morgen gegen ein „Planungshauptquartier" des *„African National Congress"* (ANC) in der moçambiquanischen Hauptstadt Maputo einen „erfolgreichen Präventivschlag" geführt. Der seit 20 Jahren in Südafrika verbotene ANC hat die Überwindung der weißen Regierung in Pretoria zum Ziel. Wie das südafrikanische Verteidigungsministerium mitteilte, richtete sich der *Anschlag* gegen *das* Planungsbüro des ANC, von dem aus in der jüngsten Zeit eine Serie von Bombenanschlägen in Südafrika gegen Benzindepots vorbereitet worden seien. Außerdem habe man erfahren, daß der ANC gegenwärtig von Maputo aus weitere Aktionen in Südafrika plane.

Das in einem Penthouse gelegene Büro der schwarzen südafrikanischen Guerrillabewegung wurde durch mehrere Sprengsätze, die auf dem Dach des Gebäudes angebracht waren, zur Explosion gebracht. Nach Auskunft der moçambiquanischen Nachrichtenagentur Aim wurde das Gebäude erheblich beschädigt. Fünf Menschen seien schwer verletzt worden.

Bereits im Mai dieses Jahres hatte die südafrikanische Luftwaffe einen Angriff auf ein Wohnviertel von Maputo geflogen. Die Aktion wurde als Vergeltungsschlag für ein Attentat in Pretoria, bei dem 19 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt worden waren, bezeichnet. Auch gegen andere Nachbarländer Südafrikas hat die Armee des Landes ähnliche Angriffe unternommen.

Schülerinnen in Kabul getötet?

dpa, Islamabad

In der afghanischen Hauptstadt Kabul sind nach unbestätigten Berichten geflüchteter Widerstandskämpfer bei einer regierungsfeindlichen *Demonstration zehn Schulmädchen* von Sowjetsoldaten erschossen und ein Dutzend weitere zum Teil schwer verletzt worden. Wie die von afghanischen Flüchtlingen in Pakistan betriebene Nachrichtenagentur „Mujahid" berichtet, eröffneten sowjetische Sicherheitskräfte das Feuer auf mehrere hundert Frauen und Mädchen, die sich Anfang Oktober nach einem Demonstrationszug durch die Straßen Kabuls im Zarnigar-Park versammelt hatten. Die Demonstrantinnen hätten antisowjetische Spruchbänder mit sich geführt. Mehrere Frauen seien festgenommen worden und säßen jetzt im berüchtigten Pul'e-Gefängnis.

Zielvorgabe verfehlt

J. Sch. (Paris) – Der Preisauftrieb in Frankreich hat sich wieder verstärkt. Nach noch vorläufigen Angaben ist der amtliche Lebenshaltungskosten-Index im September um 0,7 bis 0,8 Prozent gestiegen nach 0,6 Prozent im August. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erreichte damit die Teuerung 7,5 bis 7,6 Prozent. Das ursprüngliche Ziel der Regierung, den Preisanstieg für 1983 auf acht Prozent zu begrenzen, ist jetzt nicht mehr zu realisieren. Selbst die inzwischen auf 8,5 Prozent revidierte Zielvorgabe dürfte überschritten werden, obwohl die meisten Preise reglementiert sind.

Aber Wirtschafts- und Finanzminister Delors gibt sich noch nicht geschlagen. Er hat inzwischen die Handelsspannen für die im September besonders stark gestiegenen Obst- und Gemüsepreise sowie eine Reihe von Dienstleistungstarifen von den Behörden herabsetzen lassen. Auch dürfen bis zum Jahresende die öffentlichen Tarife nicht mehr erhöht werden.

Derartige Index-Verschönerungen können aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das Inflationsklima in Frankreich immer noch wesentlich stärker ist als in den meisten anderen Industriestaaten.

Das Gefährliche an der Pariser Verfehlung besteht nun darin, daß jetzt auch das amtliche Ziel für 1984 von fünf Prozent Inflation nicht mehr glaubwürdig erscheint. Die Gewerkschaften werden sich deshalb bei den neuen Tarifverhandlungen wohl kaum auf die notwendige Reduzierung des Lohnanstiegs einlassen, und an den Devisenmärkten wird man bald wieder auf eine Franc-Abwertung spekulieren.

Reales Risiko

J. G. – Rundum in Europa, in Ost und West, sind praktisch alle großen Konkurrenten der deutschen Stahlindustrie nur noch Staatsbetriebe. Erdrücken sie mit ihrem Subventionswahnsinn endgültig die deutsche Produktion, dann geht es schnell auch der heimischen Auto- und Investitionsgüterindustrie ans Mark. Im leidigen Dauerthema „Stahlkrise" verweisen die deutschen Produzenten zu Recht auch auf dieses „reale Risiko". Es möge sich doch niemand einbilden, daß dann der Staatsproduzent im Ausland etwa neue Stahlqualitäten für neue Autotypen nicht zuerst und bevorzugt der (zum Teil auch schon staatlichen) Autoindustrie seines Heimatlandes gebe. Wer diese Auszehrung deutschen Industriepotentials weit über den Stahl hinaus vermeiden wolle, müsse politisch entscheiden: Verteidigung der deutschen Stahlkapazität in Höhe des Inlandsverbrauchs, traditionelle Import- und Exportströme inbegriffen. Das ist die zentrale Aufgabe einer endlich krisenlösenden Bonner Stahlpolitik. Definiert ist sie längst, praktiziert wird sie noch nicht.

BUNDESBANK / Noch sichern die Investitionen keinen nachhaltigen Aufschwung

Die Aussichten für mehr Wachstum haben sich jetzt deutlich verbessert

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Belebung der Investitionen in der Privatwirtschaft muß nach dem Urteil der Bundesbank über die jetzt sichtbaren ersten Ansätze hinausgelangen, wenn sie dauerhaftes Wachstum sichern und das Angebot an Arbeitskräften vergrößern soll. Dazu bedürfe es einer länger anhaltenden Verbesserung der Ertragsverhältnisse, die eine Vertrauensbasis schaffe und vor allem dazu beitrage, daß es für Kapitalgeber wieder lohnenswerter als bisher erscheine, sich mit Risikokapital an Unternehmen zu beteiligen.

Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen der Unternehmen, die mit 86,4 Mrd. DM in der ersten Jahreshälfte um 4,4 Prozent höher waren als in der gleichen Vorjahreszeit, sind zwar erstmals seit zwei Jahren wieder etwas mehr gestiegen als das nominale Bruttosozialprodukt (plus 3,4 Prozent); doch nehmen sie nach wie vor im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverwendung nur einen sehr bescheidenen Raum ein, der angesichts der Erfordernisse des Strukturwandels und der Wettbewerbspositionen an den in- und ausländischen Absatzmärkten völlig unzureichend sei, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht.

Zudem, so klagt die Bundesbank, gingen die Anlageinvestitionen kaum über den Verschleiß alter Anlagen hinaus. Nach Abzug der Abschreibungen haben die Unternehmen lediglich 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts in Sachanlagen investiert. Das ist, von einer kurzen Phase nach der ersten Ölkrise abgesehen, die niedrigste Quote, die je in der Bundesrepublik zu verzeichnen war. Im Durchschnitt der siebziger Jahre hatte sie noch bei vier Prozent und in den sechziger Jahren bei sechs Prozent gelegen. Für Vorratsinvestitionen haben die Unternehmen 7,7 Mrd. DM nach 7,9 Mrd. DM in der ersten Vorjahreshälfte ausgegeben.

In der Aufhellung des Investitionsklimas, so die Bundesbank, spiegelt sich einmal, daß manche Ersatzinvestitionen offenbar nicht weiter hinausgeschoben werden konnten, zum anderen aber auch die Besserung der Ertragslage. Die Bruttoeinkommen der Unternehmen dürften saisonbereinigt um etwa 13 Prozent zugenommen haben. Den wieder günstigeren Betriebsergebnissen müsse man jedoch die nach wie vor hohen außerordentlichen Verluste im Zusammenhang mit Insolvenzen im In- und Ausland gegenüberstellen, die auch in diesem Jahr noch eine erhebliche Rolle in den Ertragsrechnungen spielen dürften. Außerdem müsse die Ertragsverbesserung vor dem Hintergrund der starken Einbußen von 1980/81 gesehen werden, von denen sich die Unternehmen jetzt erst langsam erholten.

Eine so kurze Phase günstigerer Erträge reiche nicht aus, um die nachteiligen Folgen einer jahrelangen Auszehrung der Ertragskraft für das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks zu beheben. Mit der Ertragskraft der Wirtschaft stünde es also noch lange nicht zum besten, meint die Notenbank, nach deren Auffassung allerdings die Aussichten für ein weiteres Wirtschaftswachstum besser geworden sind.

Mit der deutlichen Erholung der laufenden Erträge gelang den Unternehmen eine Steigerung der Eigenfinanzierungsmittel um fast 20 Mrd. DM oder gut ein Viertel auf 93,5 Mrd. DM, was 99,4 Prozent der Investitionsausgaben entsprach, nach 81,4 Prozent in der gleichen Vorjahreszeit. Die Unternehmen waren daher weniger auf zusätzliche Fremdmittel angewiesen. Ihr Finanzierungsdefizit betrug im ersten Halbjahr nur eine halbe Milliarde Mark nach knapp 17 Mrd. DM in der gleichen Vorjahreszeit. Eine solche für die erste Phase einer wirtschaftlichen Erholung typische Verbesserung der Finanzierungsstruktur sei eine notwendige Voraussetzung für das Einleiten und Realisieren neuer Investitionsvorhaben.

Bei fortschreitender Realisierung eingeleiteter und noch zu erwartender Investitionen sei, so die Bundesbank, auch mit einer Zunahme des Kreditbedarfs zu rechnen. Deshalb hält es die Notenbank für wichtig, daß im Zuge der konjunkturellen Erholung der privaten Investitionen der Anteil des Staates an der Kreditnachfrage zurückgeht, um der wachsenden Kreditnachfrage der Unternehmen mehr Raum zu geben.

TÜRKEI

Bonner Hermesbürgschaft für geplantes Kernkraftwerk

HEINZ HECK, Bonn

Voraussichtlich noch in diesem Monat wird die türkische Regierung den Auftrag für den Bau und die Lieferung des ersten Kernkraftwerkes vergeben. An der internationalen Ausschreibung für den 1000-Megawatt-Druckwasserreaktor sind unter anderem zwei deutsche Unternehmen beteiligt: die Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU) mit einem Gesamtangebot und die deutsche BBC-Tochter für die Lieferung des nichtnuklearen Teils (Turbogruppe plus Leittechnik) in einem Konsortium mit der schwedischen Firma Asea. Darüber hinaus liegen Angebote aus Frankreich (Framatome), Kanada (AECC) und den USA (General Electric) vor.

Seit Jahren wird in der Türkei der Bau von Kernkraftwerken diskutiert. Bereits 1976 war ein erster Standort genehmigt worden: in Akkuyu zwischen Adana und Antalya an der südlichen Mittelmeerküste. Die schwedische Asea hatte schon 1979 ein erstes Angebot unterbreitet. Doch scheiterte die Realisierung dieses Milliardenvorhabens immer wieder an den Finanzierungsschwierigkeiten.

Als Ergebnis der von der türkischen Regierung eingeschlagenen Sanierungspolitik hat sich die Finanzlage in den letzten Jahren deutlich gebessert. Die Bundesregierung hat sich jetzt bereiterklärt, für dieses Projekt eine Ausfuhrkreditbürgschaft (Hermes) bis zu 1,4 Milliarden Mark zu bewilligen. Dabei ist jedoch zur Bedingung gemacht, daß die Restfinanzierung für das Projekt, das als schlüsselfertige Anlage nach heutigen Preisen etwa drei Milliarden Mark kosten wird, aus anderen Ländern kommt.

Die KWU ist zuversichtlich, daß Zulieferanten aus anderen europäischen Ländern weitere 900 und die Türkei selbst (vor allem Bauteil) weitere 700 Millionen Mark bereitstellen werden. Nach Angaben von KWU-Chef Klaus Barthelt liegt sein Angebot vom Preis her in der Spitzengruppe. Die deutsche BBC-Tochter hat für die Lieferung von Generatoren und Turbinen einen Hermes-Antrag in Höhe von 1,2 Milliarden Mark gestellt. Damit soll das Asea-Angebot für den nuklearen Teil ergänzt werden.

Der Bundesregierung ging es bei ihrer grundsätzlichen Einwilligung in eine Hermes-Bürgschaft dieser Höhe für die Türkei ausdrücklich um die Erhaltung deutscher Ingenieur-Kapazität in der Nuklearindustrie. Zur Begründung hat Barthelt jetzt vor deutschen Journalisten daran erinnert, daß aus der Bundesrepublik über die derzeit vergebenen Aufträge hinaus keine weiteren für den Bau von Kernkraftwerken zu erwarten seien.

Der Türkei-Auftrag soll also zur Aufrechterhaltung der Entwicklungs- und Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik beitragen, bis Anschlußaufträge hereinzuholen sind. Insofern ist offen, ob die Lieferung nur des nichtnuklearen Teils die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt.

Wenn Winzer weinen

Von JOACHIM NEANDER

Das Fernsehen zeigt deutsche Winzer schimpfend und jammernd bei der Weinlese, obwohl doch die Sonne scheint. Die Erzeugerpreise für den neuen Most sind bei den früh reifenden Rebsorten so tief in den Keller gepoltert, wie niemand es für möglich hielt – stellenweise nur 35 Pfennig pro Liter. In den Läden tauchen 0,7-Liter-Flaschen vom Jahrgang '82 für knapp über eine Mark auf.

Man muß dieses (wie es scheint) Schreckenspanorama dem Normalbürger freilich ein wenig erklären.

1. Es handelt sich um eine Katastrophe nur in einem relativ engen Teilbereich – bei den Betrieben, die ihren Wein nicht selbst ausbauen, keiner Genossenschaft oder Erzeugergemeinschaft angehören, ihre Ernte also gleich nach der Lese an den Mann bringen müssen.

2. Die Katastrophe, so schlimm sie für den einzelnen sein mag, ist im wesentlichen selbst verschuldet.

Seit langem predigen die Fachleute, daß pro Jahr nicht viel mehr als acht Millionen Hektoliter deutschen Weins in aller Welt abgesetzt werden können. Die Ernte 1982 betrug über 16 Millionen; die Ernte 1983 wird mit ungefähr 13 Millionen immer noch die zweitgrößte in der Geschichte sein. Da braucht man keinen Taschenrechner für die Erkenntnis, daß ab 1984 drei oder vier absolute Mißernten hintereinander nötig wären, um den Saldo wieder auf Null zu stellen.

Was sich jetzt vollzieht, ist nur die ganz natürliche Reaktion des Marktes auf ein marktwidriges Verhalten von Teilen des deutschen Weinbaus. Trotz des stagnierenden Absatzes und ungenügender Preise hat man Jahr für Jahr legal oder illegal die Anbaufläche ausgeweitet und die Hektarerträge – weithin auf Kosten der Qualität – in schwindelnde Höhen geschraubt.

Der Staat hat dem, teilweise durch Gerichtsurteile gezwungen, mehr oder weniger rat- und tatenlos zugesehen. Nicht ein einziger illegal gepflanzter Rebstock mußte bisher wieder ausgehackt werden. Die Deutschen rühmen sich, das beste Weingesetz der Welt zu haben, was natürlich nicht stimmt. Nun baden sie darin.

Was nun? Es ist sozialpolitisch sicher begründbar, daß in den besonders bedrohten Regionen der Staat zunächst Beihilfen für eine Vergrößerung des Faßraums zahlt und im übrigen die kleinen Winzer zum Eintritt in eine Genossenschaft überredet. (Inzwischen so erfolgreich übrigens, daß viele Genossenschaften Aufnahmestopp verhängt haben.) Aber langfristig ist dies nicht der richtige Weg. Nicht neue Fässer und neue Genossenschaften sind das Problem, sondern neue Kunden – und wenn die nicht zu gewinnen sind, eine radikale Einschränkung der Produktion.

Der Markt wird sich wieder beruhigen. In den genossenschaftsstarken Gebieten Baden und Württemberg, aber auch in Franken scheint man die Lage noch im Griff zu haben. In Rheinhessen und in der Pfalz wird es manchen Winzer geben, der in seiner Verzweiflung den 82er einfach auf die Straße kippt, um seine Fässer für den qualitativ deutlich besseren 83er freizubekommen. Viele werden ernüchtert im nächsten Jahr Flächen brach liegen lassen.

Am schwersten ist es für die Güter. Sie kriegen im Gegensatz zu den Genossenschaften in der Regel keine staatlichen Zuschüsse. Ihre Kostensituation ist durch den individuellen Ausbau ihrer Weine besonders ungünstig. Wie sollen sie ihren Kunden auch begreiflich machen, daß ein gut ausgebauter Riesling Kabinett (in dieser Stufe wird bei den Gütern in diesem Jahr das Gros der Ernte liegen) mit, sagen wir, acht Mark immer noch viel preiswerter ist als ein qualitativ vergleichbarer Chablis – wenn eben diese Kunden noch die Pfennigbeträge vom zusammengebrochenen Herbstmarkt im Ohr haben?

Die Spaltung des Marktes in Massenweine und wirkliche Qualitätsweine wird also noch deutlicher werden als bisher. Es ist gut, daß sich auf der Seite der Qualität in letzter Zeit zahlreiche private Initiativen Raum schaffen, die strengere Qualitätskontrollen, Beschränkung der Hektarerträge und gleichmäßige Beschickung des Marktes nicht mehr dem Staat und der Bürokratie überlassen wollen, sondern all dies selbst in die Hand zu nehmen versuchen.

Dem Verbraucher sei in dieser vielleicht schmerzhaften Zeit der „Häutung" für den deutschen Weinbau noch genauere Prüfung dessen empfohlen, was er kauft und trinkt.

AUF EIN WORT

„Das Sortiment im Lebensmittel-Einzelhandel darf nicht veröden, und man kann nicht auf dem Rücken der Verbraucher eine Polarisierung der Sortimente mit wenigen Billigartikeln und großen Markenartikeln gutheißen."

Helmut Fahrnschon, Geschäftsführer der CMA, Bonn FOTO: KONTAR

Deutsche bleiben am reisefreudigsten

cd. Frankfurt

Die Deutschen sind das bei weitem auslandsreisefreudigste Volk. Sie gaben im letzten Jahr mit 39,4 Mrd. DM ein Drittel mehr aus als die Amerikaner, die allerdings viel mehr im eigenen Land reisen können, zweieinhalbmal soviel wie die Briten und viermal soviel wie die Japaner. Vom deutschen Reisestrom profitierten, so die Bundesbank, vor allem Österreich (8 Mrd. DM) und Italien (7,5 Mrd. DM); es folgen die Schweiz (3,9 Mrd. DM) sowie Spanien und Frankreich (jeweils 3,3 Mrd. DM). Gleichzeitig ist die Bundesrepublik für Ausländer auch wichtiges Reisezielland. Sie nahm mit 13,4 Mrd. DM etwa ebensoviel ein wie Großbritannien und Österreich. Davor rangieren noch die USA, Italien, Spanien und Frankreich.

BETRIEBSWIRTSCHAFTER-TAG

Finanzierungslücke belastet die Wettbewerbsfähigkeit

PETER WEERTZ, Berlin

Der Betriebswirtschafter-Tag in Berlin, zu dem rund tausend Teilnehmer erwartet werden, wird vor allem zwei Themenkreise diskutieren: „Finanzierung und Wettbewerbsfähigkeit" sowie „Technologischer Wandel und Unternehmensführung". Die Unternehmensfinanzierung sei heute nicht nur durch die unterschiedliche Konjunktur und den technologischen Wandel belastet, sondern darüber hinaus ebenso durch die Verschuldungskrise in vielen Ländern der Welt, sagte Max Günther (Siemens), der Präsident der Schmalenbach-Gesellschaft – Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft ist. Besonders in der Exportfinanzierung kritisierte Günther die zum Teil gravierenden Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Subventionen der ausländischen Konkurrenten.

Im Wettbewerb spielen außerdem laut Günther mehr denn je neue Produkte und fortgeschrittene Technologien eine wesentliche Rolle. Zur Finanzierung dieses technologischen Wandels begrüßt er daher, daß sich in der Bundesrepublik das hilfreiche Finanzierungsinstrument des „Risikokapitals" ausgeweitet habe.

Für Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Bundesbank, sind die Ursachen für eine unbestreitbare Verschlechterung der Unternehmensfinanzierung vielfältig. In den Aktiengesellschaften sei jedoch der Anteil des Eigenkapitals seit 1950 von 55 Prozent auf jetzt ein Viertel gesunken, außerdem habe sich die Umsatzrendite im Durchschnitt seit 1965 halbiert. Freilich sei eine hohe Eigenkapitalquote kein Selbstzweck, auch keine Garantie für lebhafte Investitionstätigkeit, aber in schwierigen Konjunkturphasen ein Rückhalt für die Wettbewerbsfähigkei.

EG-MINISTERRAT

Mehrheit für härteren Kurs in der Handelspolitik

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Strukturprobleme der europäischen Wirtschaft belasten zunehmend die Beziehungen der EG zu dritten Staaten. Auch gestern standen im Luxemburger Ministerrat wieder handelspolitische Abwehrmaßnahmen und Kompensationsforderungen der EG im Mittelpunkt der Diskussionen. Entscheidungen wurden jedoch noch nicht getroffen.

Den breitesten Raum nahm erneut die Aussprache über die Entwicklung des Verhältnisses der Gemeinschaft zu Japan ein. Dabei wurde deutlich, daß die Mehrzahl der EG-Länder einem härteren Kurs in der Handelspolitik zuneigt. Trotz einer gewissen Öffnung des japanischen Marktes und den bekannten Selbstbeschränkungszusagen für eine Reihe von sensiblen Erzeugnissen hat sich – wie aus einem Bericht von EG-Vizepräsident Haferkamp hervorging – am Gesamtbild der unausgewogenen Handelsbeziehungen nichts geändert.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres stieg das EG-Defizit gegenüber Japan, bezogen auf den gleichen Vorjahreszeitraum, um acht Prozent. Es erreichte im August rund 6,7 Milliarden Dollar und wird bis zum Jahresende voraussichtlich die Elf-Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten.

Ein Meinungsaustausch über die künftige Behandlung der Stahleinfuhren aus Nicht-EG-Ländern ließ den Willen der Regierungen erkennen, 1984 die bisherigen Selbstbeschränkungs-„Arrangements" mit den wichtigsten 15 Lieferländern zu erneuern. Mehrere Mitgliedstaaten brachten jedoch den Wunsch nach einer Beschränkung der zulässigen Importe zum Ausdruck.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG ermittelt gegen Kunststoff-Kartell

Brüssel (rtr) – Die EG-Kartellbehörde ermittelt gegenwärtig bei Chemiefirmen in mehreren EG-Staaten wegen des Verdachts rechtswidriger Preisabsprachen bei dem Kunststoff Polypropylen. Ein Sprecher der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) erklärte auf Anfrage, daß Beamte der Behörde unangemeldete Besuche bei den Unternehmen zur Überprüfung der entsprechenden Akten vorgenommen hätten. Aus Kreisen der EG-Kommission verlautete ergänzend, daß Firmen aus nahezu allen zehn EG-Staaten, so auch die deutschen Unternehmen Hoechst, BASF und Chemische Werke Hüls, von dem Verdacht auf Bildung eines Preiskartells und den Durchsuchungen betroffen seien.

KfW-Kredite billiger

Frankfurt (cd.) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat den Zins für ihre Kredite aus dem Eigenmittelprogramm für kleine und mittlere Unternehmen von acht auf 7,5 Prozent gesenkt. Der neue Zins gilt für alle ab gestern gegebenen Neuzusagen. Unverändert bleiben der Auszahlungskurs von 95 Prozent und die Laufzeit von zehn Jahren einschließlich zweier Freijahre. Die KfW hat in diesem Jahr bis September 3,1 Milliarden Mark solcher Kredite zugesagt, 1,4 Milliarden Mark mehr als in der gleichen Vorjahreszeit.

Weniger Pleiten erwartet

Frankfurt (adh.) – Bei insgesamt sinkenden Pleitezahlen in der Baubranche erwartet die Auskunftei Bürgel ein starkes Ansteigen der Insolvenzen im Bauhandwerk um 20 Prozent auf rund 1100 Pleiten in diesem Jahr. Für die Bauindustrie veranschlagt die Auskunftei die Zahl der 1983 zu erwartenden Insolvenzen auf rund 1700, das wären sechs Prozent weniger als im vergangenen Jahr.

Weiter gute Börsengewinne

Frankfurt (VWD) – Eine Gewinnsteigerung um zehn Prozent erwartet die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Frankfurt, im kommenden Jahr bei den börsennotierten Unternehmen in der Bundesrepublik. Für das laufende Jahr werden zwischen zehn und 15 Prozent veranschlagt. Favorisiert bleiben nach Einschätzung der Bank auch 1984 die Standardwerte der Chemie- und Autoindustrie sowie die Spitzenwerte anderer Bereiche. Für das reale Bruttosozialprodukt werden ein Prozent Wachstum in diesem und zwei Prozent im kommenden Jahr vorausgesagt.

Welt-Konjunktur zieht an

1980 1981 1982 1983 1984

Wirtschaftswachstum (westliche Industrieländer) in %: +1,3 +1,2 −0,2 +2 +3

Welthandel reale Veränderung in %: +1 0 −2 +1 +4

Quelle: HWWA

Die Weltwirtschaft scheint sich allmählich wieder zu erholen. Vor allem in den USA haben sich Nachfrage und Produktion in den letzten Monaten spürbar belebt. Aber auch in Westeuropa gibt es Anzeichen für eine konjunkturelle Verbesserung. So rechnet das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung damit, daß die Wirtschaftsleistung der westlichen Industrieländer 1983 um insgesamt zwei Prozent zunehmen wird. Für 1984 ist sogar ein Plus von drei Prozent zu erwarten. QUELLE: GLOBUS

Pöhl als Hauptredner

Bonn (HH) – Das krisengeschüttelte internationale Finanzierungssystem, der wachsende Protektionismus und die Umweltpolitik sind Schwerpunktthemen des diesjährigen Kongresses, den der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) heute und morgen in Frankfurt veranstaltet. Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl ist der Hauptredner der öffentlichen Kongreßveranstaltung in der Paulskirche. Bei der Aktion „Bosse als Lehrer" gehen über zwei Dutzend Unternehmer in Frankfurter Schulen und diskutieren aktuelle Wirtschaftsprobleme mit den Schülern.

RENDITEVERGLEICH

Deutsche Aktien blieben bisher ohne Risikoprämie

HEINZ HECK, Bonn

Deutsche Aktionäre wurden in den letzten Jahren „bestraft", meint das der Industrie nahestehende Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) nach einem internationalen Renditevergleich. Denn die Nettorendite des Eigenkapitals industrieller Aktiengesellschaften habe im Durchschnitt der siebziger Jahre um einen Prozentpunkt und seither um durchschnittlich mehr als fünf Prozentpunkte unter der Rendite festverzinslicher öffentlicher Anleihen gelegen.

Die seit 1977 gegebene Möglichkeit der Steuergutschrift auf die ausgeschüttete Dividende habe die Aktionäre zwar – soweit sie die Gutschrift in Anspruch nehmen wollten oder konnten – besser gestellt, „die Situation aber nicht wesentlich verändert". Denn die Attraktivität der festverzinslichen Rentenpapiere habe sich seither kaum gemindert. Noch dazu seien die Kurse deutscher Industrieaktien in den siebziger Jahren um durchschnittlich 1,6 Prozent im Jahr gesunken.

In den USA und Japan hätten Aktien hingegen die erforderliche „Risikoprämie" erzielt. Denn die Eigenkapitalrendite habe dort im Jahresdurchschnitt um fünf und 3,8 Prozentpunkte über den Umlaufrenditen festverzinslicher öffentlicher Anleihen gelegen. Hinzu komme ein Substanzgewinn aufgrund steigender Aktienkurse in den beiden Ländern von 2,2 und 10,9 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Frankreich und Großbritannien schneiden zwar nicht ganz so gut ab, liegen aber besser als die Bundesrepublik. Denn die im Vergleich zu den festverzinslichen niedrigeren Eigenkapitalrenditen seien durch Aktiengewinne von jährlich 4,4 und 5,4 Prozent mehr als ausgeglichen worden.

WIRTSCHAFTS-NOBELPREIS / Amerikaner Gerard Debreu ausgezeichnet

Gleichgewichtstheorie neu formuliert

R. GATERMANN, Stockholm

Warum werden die Produzenten ihre Erzeugnisse los und warum bekommt der Verbraucher immer seinen Bedarf gedeckt? Auf diese Frage hat der gebürtige Franzose Professor Gerard Debreu, der seit 1975 amerikanischer Staatsbürger ist, bereits in den fünfziger Jahren eine Antwort gefunden, aber erst jetzt wurde sie für würdig befunden, um mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet zu werden.

In der Begründung der Schwedischen Akademie der Wissenschaften heißt es, der 62jährige Debreu erhalte die Auszeichnung für „die Einführung neuer analytischer Methoden in die volkswirtschaftliche Theorie und für eine rigorose Neuformulierung der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts der Märkte".

Dieser „jüngste" Nobelpreis wird erst seit 1969 verliehen. Er wurde ein Jahr zuvor aus Anlaß des 300jährigen Jubiläums der schwedischen Nationalbank zu „Alfred Nobels Gedächtnis" gestiftet und mit derselben Preissumme ausgestattet wie die übrigen fünf Preise; in diesem Jahr sind es umgerechnet rund 450 000 Mark.

In seinen ersten grundlegenden Forschungen zum Nachweis der Existenz von Gleichgewicht bringenden Preisen arbeitete der Mathematikprofessor, der heute an der Universität von Kalifornien lehrt, mit Kenneth Arrow zusammen, der bereits 1972 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Die beiden konstruierten ein mathematisches Modell der Marktwirtschaft, in dem verschiedene Unternehmungen ihre Produktion von Waren und Dienstleistungen und damit auch ihre Nachfrage nach Produktionsfaktoren so planten, daß ihr Gewinn maximiert wurde. Weil sie außerdem Prämissen über das Verhalten der Verbraucher aufstellten, konnten sie auch Nachfragezusammenhänge herleiten.

In seinem Buch „Theory of value", das sich durch die Allgemeingültigkeit der Darstellung auszeichnet, integriert Gerard Debreu in seine allgemeine Gleichgewichtstheorie zudem die Verteilungstheorie, die Kapitaltheorie und die Theorie des Verhaltens bei Unsicherheit.

In seinen weiteren Forschungen untersuchte Debreu auch die effiziente Ressourcenverteilung in der Marktwirtschaft und die Frage, ob es sich für einzelne lohnen kann, aus der Marktwirtschaft auszubrechen. Er verneinte dies in einer Wirtschaft mit vielen einzelnen Verbrauchern.

Die Schwedische Akademie bezeichnet den Verdienst des neuen Nobelpreisträgers mehr als indirekt. Er habe in der Wirtschaftstheorie jedoch eine Bedeutung erreicht, die mit der unserer größten zeitgenössischen Ökonomen vergleichbar ist.

GATT / Kontroverse Vorschläge im Agrar-Ausschuß

EG für Exportsubventionen

IRENE ZÜCKER, Genf

„Exportsubventionen im Landwirtschaftsbereich sollten grundsätzlich verboten werden", diese Meinung vertraten Amerikaner, Australier, Kanadier und Neuseeländer auf der dritten Sitzung des Gatt-Ausschusses für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten in Genf. Der Agrar-Ausschuß wurde auf der Gatt-Ministerkonferenz im November 1982 mit dem Ziel gegründet, für die großen Probleme der Landwirtschaftspolitik Lösungen zu finden. Zu den 48 Teilnehmerländern gehören alle westlichen Industrienationen, die wichtigsten Entwicklungsländer sowie die wenigen sozialistischen Staaten, die im Gatt vertreten sind.

Auf der zehntägigen Sitzung des Agrarausschusses standen zwei Themen im Vordergrund: die Exportsubventionen sowie die dabei angewandten Maßnahmen. Die jüngste Ermittlung des Gatt beweist, daß alle Länder ihre Landwirtschaft gegenüber dem Weltmarkt schützen. Deshalb will der Ausschuß die Anwendbarkeit wichtiger Gatt-Bestimmungen auf die Landwirtschaft prüfen.

Bei der Beratung der direkten und indirekten Exportsubventionen, kamen zwei neue Vorschläge auf den Tisch, welche der EG Sorge bereiten: erstens die Konsolidierung der Agrarsubventionen. Zweitens den Gatt-Artikel über Subventionen zu ändern. Danach würden künftig die Beschränkungen, die bei den Einfuhren bestehen, auch auf Ausfuhren ausgedehnt.

Die EG hält dagegen am bestehenden Gatt-Artikel 16 fest, der Ausfuhrerstattungen im Landwirtschaftsbereich zuläßt. Wogegen Länder wie Amerika, Kanada, Australien und Neuseeland Exportsubventionen grundsätzlich verbieten wollen. Dies hätte zur Folge, daß Staaten, die konkurrenzfähig produzieren können, wie Südamerika im Fleischbereich, Australier und Neuseeland im Milchsektor sowie USA und Kanada beim Getreide, ein Ausfuhrmonopol hätten und die EG (erstes Importland und zweitgrößter Exporteur) mit ihren hohen innergemeinschaftlichen Preisen nicht mehr auf den Weltmarkt exportieren könnte.

Trotzdem vertrat die USA in Genf den Standpunkt: Wer am konkurrenzfähigsten produziert, soll verkaufen. Da sie 50 Prozent ihrer Agrarproduktion exportieren, lohnt sich für die USA eine Exportsubvention nicht, sondern eher eine Produktionssubvention. Damit schaffen sie einen preisgünstigen Inlandmarkt und können billig exportieren. Für die EG hingegen, die nur rund 15 Prozent ihrer Produktion ausführt, wäre es zu kostspielig, die Produktion zu subventionieren.

Zur Zeit liegt es im Interesse der EG, eine Lösung für die Eindämmung ihrer eigenen Agrarsubventionen zu finden. Dies könnte heißen, nur noch unter gewissen Voraussetzungen zu subventionieren oder sich eventuell aus einigen Märkten zurückzuziehen. Doch ein generelles Verbot für Ausfuhrerstattungen ist für die EG nicht akzeptabel.

USA / Der überbewertete Dollar kostet jährlich 50 Milliarden – Kongreß-Hearing

Ohne Zinssenkung keine Abwertung

H.-A. SIEBERT, Washington

Beunruhigt über die zunehmenden in- und ausländischen Proteste, die sich gegen die offensichtlich nicht zu erschütternde Stärke des Dollars richten, hat der Kongreß in Washington neue Hearings durchgeführt. Bei der Erklärung des Phänomens war sich die Mehrzahl der Fachleute in diesem Punkt einig: Die amerikanische Währung ist deutlich überbewertet, schnelle Abhilfe kann nur die Reduzierung der US-Rekordhaushaltsdefizite schaffen, die über sinkende Realzinsen den Wechselkurs drücken würde.

Großen Eindruck gemacht hat der deutschstämmige Gouverneur des Federal Reserve Board, Henry C. Wallich, der in der Notenbank als währungspolitischer Spezialist gilt. Nach seiner Rechnung hat der Dollar seit dem vierten Quartal 1980 auch inflationsbereinigt 40 Prozent gewonnen, real liegt sein Wert heute um etwa 27 Prozent über März 1973, als in der westlichen Welt mit dem Floating begonnen wurde. Dies ist eine der Meßlatten, um die Überbewertung im Kaufkraftvergleich auszuloten.

Laut Wallich beeinflussen diese drei ökonomischen Faktoren die Parität einer Währung: Inflation, Zinsen und Renditen sowie Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse. Zweifellos zur ungewöhnlichen Dollarhärte beigetragen hat der scharfe Rückgang der amerikanischen Inflationsrate von 13 auf rund vier Prozent. Dadurch verbesserten sich die inflationären Erwartungen; in internationaler Sicht wurde der Dollar wieder eine verläßliche Anlagewährung.

Vergrößert wurde die Dollarnachfrage durch die Realzins-Differenz gegenüber anderen wichtigen Industrieländern, die sich von Oktober 1980 bis August 1983 von nahezu ein auf mehr als vier Prozent erhöhte. Das Resultat war eine Umschichtung bestehender Portefeuilles – anderen Valuten vorgezogen wurden jetzt Dollar-Investitionen, in die auch ein größerer Teil des globalen Sparaufkommens floß.

Auch Wallich ist überrascht, daß der Dollarkurs trotz der großen Defizite in der US-Leistungsbilanz nicht fällt. Sie werden für 1983 auf rund 30 und für 1984 sogar auf 40 Milliarden Dollar geschätzt. Nach seiner Ansicht ist die Dollarnachfrage aber so gewaltig, daß die negativen Effekte ausgeglichen werden. Erst wenn die Gründe für diese Nachfrage – Realzins-Differenz, politische Unsicherheit und Schuldenprobleme – beseitigt würden, kämen sie zum Tragen.

Ein Zeichen können laut Wallich die USA setzen, indem Kongreß und Administration das Haushaltsdefizit kräftig zurückschneiden. Das wirke sich erheblich auf die Realzinsen aus, niedrigere Sätze seien die Voraussetzung für eine Dollar-Abwertung. Reduziert werde die Dollarnachfrage auch dadurch, daß „ausreichende Mittel für die Finanzierung der Anpassungsprogramme in willigen Entwicklungsländern bereitgestellt werden".

Nach Kalkulationen des Federal Reserve Board kostet der überstarke Dollar die USA selbst etwa 50 Milliarden Dollar jährlich (nominal), und zwar in Form eines schrumpfenden Warenverkehrs. Ohne die verbilligten Importe würden die amerikanischen Verbraucherpreise um anderthalb Prozent stärker anziehen. Mitte 1983 war das US-Bruttosozialprodukt real um ein Prozent, die Beschäftigung um eine Million niedriger als bei einem „normal" bewerteten Dollar.

ITALIEN / Unterschiedliche Berechnungen von Arbeitgebern und Gewerkschaften

Indexierung der Löhne bleibt umstritten

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung hat sich gegenüber dem Spitzenverband der italienischen Industrie bereit erklärt, das Problem der Lohnindexierung am Jahresende wieder aufzugreifen, wenn das am 22. Januar dieses Jahres unter Mitwirkung des Arbeitsministeriums abgeschlossene Lohnkostenabkommen einer Revisionsprüfung unterzogen wird. Mit dem Abkommen verpflichteten sich die Arbeitnehmerorganisationen, eine Erhöhung der Lohnsteuer zu akzeptieren, wenn die Zunahme der realen Lohneinkommen über der vereinbarten Null-Linie liegen sollte.

Nach gewerkschaftlichen Berechnungen werden die Lohneinkommen in der italienischen Metallindustrie in diesem Jahr gegenüber 1982 um 13,2 Prozent zunehmen und damit die Inflationsrate um etwa 2 Punkte unterschreiten. Auf völlig andere Werte kommt der Spitzenverband der Industrie, demzufolge Löhne und Lohnkosten im Jahre 1983 das ins Auge gefaßte Inflationslimit von 13 Prozent um mindestens 8 und höchstens 12 Prozentpunkte übertreffen werden.

Treffen die Arbeitgeberberechnungen ein, müßte die Regierung demnach die Steuerschraube anziehen, um das Nullwachstum zu gewährleisten, wogegen im Falle der Richtigkeit der gewerkschaftlichen Zahlen ein Steuernachlaß gewährt werden müßte.

Die bevorstehende Prüfung des Januar-Abkommens will der Spitzenverband zum Anlaß nehmen, um das Problem der Entschärfung der gleitenden Lohnskala erneut zur Diskussion zu stellen. Ausgangspunkt sind Arbeitergeberberechnungen, wonach die Kosten für die im Laufe dieses Jahres abgeschlossenen dreijährigen Tarifabkommen in der Zeitspanne 1983/85 durchschnittlich um mindestens 2 Prozentpunkte höher ausfallen werden als die Abkommen selbst vorsehen.

Die Differenz ist den Bewegungen der Lohnskala zuzuschreiben, die quartalsweise Löhne und Gehälter den vorangegangenen Preisbewegungen anpaßt.

Die Regierung selbst ist in dieser Revisionsfrage noch gespalten. Während der christlich-demokratische Schatzminister Giovanni Goria vor kurzem erneut die Notwendigkeit betonte, aus den Bewegungen der Scala mobile wenigstens die von der Dollar-Aufwertung und den Erhöhungen der Mehrwertsteuer resultierenden Preissteigerungen herauszunehmen, ist der sozialistische Koalitionspartner nach wie vor nicht gewillt, eine Lösung ohne den Konsens der Gewerkschaften herbeizuführen.

Sowohl im Inland als auch im Ausland, zuletzt wieder von seiten des Internationalen Währungsfonds, ist man indessen überzeugt, daß sich die italienische Kosteninflation nur dann beruhigen wird, wenn es gelingt, Dampf aus der gleitenden Lohnskala abzulassen.

EXPORTKREDITE

OECD vor neuer Absprache

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Sämtliche an dem OECD-Agrément über Mindestsätze für staatlich garantierte Exportkredite beteiligten westlichen Industriestaaten mit Ausnahme von Kanada haben inzwischen den Revisionsvorschlägen des Konsensus-Gruppen-Vorsitzenden Wallen zugestimmt, die Ende letzter Woche in London zwischen den Vertretern der EG, den USA und Japan ausgehandelt worden waren. In Paris nimmt man an, daß die Kanadier ihre Vorbehalte zurückziehen, womit die neue Regelung rückwirkend zum 15. Oktober in Kraft treten würde.

Sie sieht eine Senkung der Mindestzinsen für Exportkredite an arme und mittlere Länder vor. Für Kredite von zwei bis fünf Jahren werden die Zinsen von zehn auf 9,5 beziehungsweise von 10,85 auf 10,35 Prozent ermäßigt, für Kredite von mehr als fünf Jahren von zehn auf 9,5 beziehungsweise von 11,35 auf 10,70 Prozent. Den sogenannten reichen Ländern müssen nach wie vor für die erste Kreditgruppe 12,15 und für die zweite 12,40 Prozent Mindestzinsen berechnet werden.

Die neue Zinsmatrix wird automatisch alle sechs Monate entsprechend der Entwicklung der Marktzinsen nach einer Gewichtung revidiert, die der Zusammensetzung der Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds (IWF) entspricht. Darüber hinaus sollen zwischen Mitte 1985 und Mitte 1986 die Mindestzinsen um 0,5 bis 0,6 Prozentpunkte angehoben werden.

Die Bundesrepublik ist von dem Agrément nicht direkt betroffen, da sie keine staatlichen Zinssubventionen für Exportkredite kennt. Die Frage, ob sich Länder, deren Zinsniveau unter den vereinbarten Mindestsätzen liegt, zu einer Heraufsetzung ihrer Exportkreditzinsen verpflichten müssen, ist noch nicht geklärt.

AUSSENHANDEL

Afrika-Geschäft ging zurück

dpa/VWD, Hamburg

Das deutsche Afrika-Geschäft ging im ersten Halbjahr 1983 zurück. Die Einfuhr aus Afrika fiel um 4,4 Prozent, die Ausfuhr dorthin um 23,1 Prozent. Nach Angaben des Afrika-Vereins, Hamburg, ging die Einfuhr gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 um 503 Millionen Mark auf 11,08 Milliarden Mark zurück, der Export um 2,87 Milliarden auf 9,56 Milliarden Mark. Bezogen auf das Gesamtjahr 1983 rechnet der Verein mit einem Handelsüberschuß zugunsten Afrikas von rund drei Milliarden Mark, nach 1,11 Milliarden Mark im Jahre 1982 und 582 Millionen Mark im Jahre 1981.

Bei den deutschen Einfuhren setzte sich die bereits 1982 begonnene Verlagerung der Rohölimporte weg von Algerien (minus 232 Millionen Mark) und hin zu Libyen (plus 227 Millionen Mark) fort. Die Rohöleinfuhr aus Nigeria blieb dagegen stabil. Ein konjunkturbedingter Rückgang der breit gestreuten Einfuhr aus Südafrika um 119 Millionen Mark sei – so der Verein – ebenfalls erwähnenswert. Zugenommen haben die Importe aus Tunesien, Marokko, Liberia und Zaire. Rückläufig war die Einfuhr aus Ägypten, Elfenbeinküste, Kamerun, Kenia, Kongo und Zimbabwe. Teilweise verlagerten sich die Importe hier auf andere Abnehmerländer (Frankreich, USA). Von den 57 statistisch erfaßten afrikanischen Ländern verzeichneten 37 Länder rückläufige Importe aus der Bundesrepublik. Den Grund hierfür sieht der Verein in der Finanzlage vieler afrikanischer Länder, ihren Handelsbilanzdefiziten, Auslandsschulden sowie Zins- und Tilgungsverpflichtungen. Der Rückgang der deutschen Ausfuhr entstand vorwiegend bei den wichtigsten Abnehmerländern deutscher Produkte in Afrika.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Johannes Scholz; **Bochum:** Petra Hofmann geb. Hoogland, Schneiderin; **Bonn:** Wolf GmbH, Alfter; **Coesfeld:** Nachl. d. Werner Karl Rothe, Gronau; Eckhard C. Eickhoff GmbH, Gronau; **Dortmund:** Fichtel Unternehmensberatungs GmbH; **Flensburg:** Erik Ravn KG; **Hamburg:** OMNIMAR Ges. f. Warenhandel u. Verwaltung mbH; KG i. HESA-Alu-Bauelemente Herbert Sander KG; **Itzehoe:** Nachl. d. Käthe Grubert geb. Hoppe; Wehner Technik GmbH, Kiebitzreihe; **Köln:** Nachl. d. Rudolf Roesner, Frechen-Bachem; **Neustadt/Wstr.:** Georg Strubel, Metzgermeister, Haßloch.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Vaihingen (Enz): Hans F. Arendt, Ing. Bietigheim, Inh. d. a. Hans F. Arendt, Maschinenfabrik, Sersheim b) FE-RO-TEX Hans F. Arendt, Wäschereibedarf, Sersheim.

Vergleich beantragt: Mühldorf a. Inn: Manfred Dreyer, Dipl.-Ing. Neuötting, Alleininh. d. Bauunternehmung St. Grundner.

NIXDORF / 82 000 neue Computerarbeitsplätze

Beachtliche Zuwachsraten

DANKWARD SEITZ, München

Eine lebhafte Nachfrage aus dem In- und Ausland vor allem von Geldinstituten registriert die Nixdorf Computer AG, Paderborn, nach Großobjekten. In zunehmendem Umfang würden den Unternehmen, wie Vorstandsmitglied Arno Bohn anläßlich der System '83 in München erklärte, die Ausstattung komplexer Filialnetze übertragen.

Als jüngstes Beispiel nannte er die Svenska Handelsbanken, Stockholm, die ihr landesweites Filialnetz mit Nixdorf-Geräten ausstatten wolle, was für den Paderborner Computer-Hersteller ein Auftragsvolumen von rund 50 Mill. DM bedeutet.

Im Bereich Computerkassen sei in diesen Tagen ein Rahmenvertrag über die Lieferung von 1100 Einheiten mit der Nanz-Lebensmittelgruppe, Stuttgart, unterzeichnet worden.

In einem Zeitraum von fünf Jahren wird Nixdorf alle 280 Filialen mit Scanner-Kassen ausrüsten. Den Auftragswert bezifferte Bohn mit mehr als 30 Mill. DM.

Insgesamt konnte Nixdorf, wie Bohn mitteilte, in den ersten drei Quartalen 1983 ein Auftragsplus von 25 Prozent und eine Umsatzsteigerung von 20 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit verzeichnen. Das für das Gesamtjahr gesteckte Umsatzziel von 2,7 bis 2,8 (2,3) Mrd. DM werde sicherlich erreicht. Die Ertragsentwicklung laufe gleichfalls positiv.

Über einen „erheblichen" Auftragsbestand verfüge man bei Mikrocomputern, deren Produktion erst im Mai 1983 angelaufen ist. Die Nachfrage übertreffe die Produktionskapazitäten. Konkrete Zahlen wollte Bohn allerdings nicht nennen. Produziert habe Nixdorf bisher im laufenden Jahr 82 000 neue Computer-Arbeitsplätze.

Investiert würden, so Bohn, 1983 mindestens wieder 280 Mill. DM. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im laufenden Jahr um 1000 auf nun über 17 000 Mitarbeiter.

Messe für Erfolg beim Verkaufen

adh. Frankfurt

Unter dem Motto „Mehr Mut zum Markt" steht der 11. Deutsche Marketing-Tag am 28. Oktober in Frankfurt. Dieses Thema, so betonte Wilhelm *Zundler für die Deutsche Marketing-*Vereinigung, sei vor dem Hintergrund eines wachsenden Verdrängungswettbewerbs gewählt worden, der neue Herausforderungen für die Unternehmen schaffe. Im Vordergrund stehe dabei ein verändertes Verhalten des Verbrauchers. „In Umbruchzeiten werden die ökonomischen Fensterplätze neu verteilt", erinnert Zundler. Dies verlange von den Unternehmen Initiative, mehr Zuversicht ins eigene Leistungspotential und mehr Mut zu „herzhaftem Wettbewerb".

Rund um den Marketing-Tag findet (vom 26. bis 29. Oktober) die „marketing-services '83" statt, die sich als „*Messe für erfolgreiches Verkaufen*" versteht und 320 Aussteller nach Frankfurt bringt, weit mehr als von den Veranstaltern erwartet. Die Aussteller stammen aus allen Bereichen des Marketings und wollen mit einem praxisorientierten Angebot alle Möglichkeiten aufzeigen, die für Marketing und Werbung zur Verfügung stehen.

SKF: Silberstreif für Cannstatt

nl. Stuttgart

Nach der Umstrukturierung des SKF-Werks Stuttgart-Bad Cannstatt, das Textilmaschinen-Komponenten und Automobil-Wasserpumpen-La*gerungseinheiten herstellt*, sieht Geschäftsführer Karl-Josef Neukirchen von der Auftragslage her wieder bessere Zeiten kommen. Das Cannstatter Werk der SKF Kugellagerfabriken GmbH, Schweinfurt, dessen Mitarbeiterzahl um gut 400 auf 1250 Mitarbeiter per Ende dieses Jahres geschrumpft sein wird, kommt in diesem Jahr auf einen Umsatz von 150 Mill. DM, davon entfallen allein 90 Mill. DM auf Komponenten für Textilmaschinen.

Für 1984 wird aufgrund steigender Auftragseingänge mit einer Umsatzzunahme gerechnet. Der Exportanteil in der Sparte der Textilmaschinen-Komponenten (eine weitere Fertigung *der SKF besteht in Singapur) liegt bei* 80 Prozent. Den Marktanteil in diesem Segment gibt SKF mit über 50 Prozent an. Der Anteil werde sich in den nächsten Jahren noch beträchtlich ausweiten, da immer mehr Spinnereimaschinenbauer die Komponentenfertigung aufgäben, um sich stärker auf die Spinntechnik zu konzentrieren.



Die WELT berichtet von der Anuga

Lebensmittelhandel – Italien – Großbritannien



Diskussion um schmales Sortiment

Im Lebensmittelhandel regiert der Rotstift. Es gibt kaum ein bundesweit operierendes Unternehmen dieser Branche, das vor der Anuga nicht von der notwendigen Sortimentsbereinigung gesprochen hat. Mit dem Hinweis auf das Diktat des Kunden, der jetzt mehr nach Preis kaufe, sollen pro Geschäft bis zu 2000 Artikel aus dem Angebot genommen werden. Auch wenn das Vorgehen vom Handel immer umschrieben wird, eines ist klar: Dadurch wird die Auswahl für den Konsumenten kleiner. Und die mittelständischen Produzenten der Ernährungsindustrie, die dem Handel nicht so günstige Konditionen einräumen können, werden als erste aus den Läden verschwinden.

Der Hauptverband des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels und die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) haben auf Grund von Marktuntersuchungen renommierter Forschungsinstitute nun erstmals klare Ergebnisse zum Verbraucherverhalten bei Lebensmitteln vorgelegt. Und die widerlegen eindeutig die Angaben des Handels. „Es ist eben nicht so, daß *der Konsument* nur auf den *Preis* schaut", erklärte die Motivforscherin Carmen Lakaschus anläßlich des Symposiums „Polarisierung der Märkte oder starke Mitte?" Auf Qualität der Ware setzten immer noch 81 Prozent der Verbraucher, nur 19 Prozent würden dem Preiskriterium den Vorzug einräumen.

Auch ziehe der Konsument eine breitere Auswahl des Angebots eindeutig einem billigeren Preis vor. „Abgesehen von den Einkaufsstätten, die ganz offen ihr stark reduziertes Sortiment zu Billigpreisen offerieren", so Frau Lakaschus, „möchte der Verbraucher im Lebensmittelhandel keine schmaleren Sortimente haben." Er identifiziere dies mit einer Schwäche des Unternehmens und würde mit einem Wechsel der Einkaufsstätte reagieren. Vor allem komme es ihm dabei auf ein breiteres Angebot im mittleren Preisbereich an.

Das optimale Sortiment im Lebensmitteleinzelhandel hat die A. C. Nielsen GmbH untersucht. Dabei, so erklärte ihr Geschäftsführer Harald Ruppe vor gut 300 Teilnehmern der Branche, habe sich gezeigt, daß eine Sortimentsreduzierung in neun von zehn Fällen deutliche Ertragsrückgänge brächte. „Ein attraktives Angebot im Mittelpreis-Bereich hat dagegen die Umsätze bis zu 30 Prozent klettern lassen." CMA-Geschäftsführer Helmut Fahrnschon konnte denn auch bei der Präsentation der umfangreichen Dokumentation mit Befriedigung feststellen, daß der Verbraucher eine „Verödung des Sortiments nicht hinnehmen wird".

HENNER LAVALL

Neue Aktivitäten gefordert

Die EG müsse endlich in die Lage versetzt werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen, betonte Italiens Außenhandelsminister Nicola Capria auf der Anuga. Dabei gelte es vor allem, die Gemeinsamkeiten mehr zu betonen als die Differenzen. Konkrete Schritte seien in der Strukturpolitik unumgänglich, die höchste Priorität habe dabei der Agrarmarkt.

Frei von jeden Differenzen sind nach Meinung des italienischen Ministers die Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik, die sowohl im Import als auch im Export Italiens Handelspartner Nummer eins ist. Dies schließt auch den Agrarbereich ein, obwohl gegenwärtig ein erhebliches Handelsbilanzdefizit für die italienische Seite besteht. Die Bundesrepublik importierte im ersten Halbjahr 1983 im Ernährungssektor Waren im Wert von 1,9 Mrd. DM aus Italien, wobei der Anteil von Obst, Zitrusfrüchten und frischem Gemüse 45 Prozent betrug. Gleichzeitig wurden jedoch deutsche Agrarprodukte im Werte von 2,7 Mrd. DM nach Italien geliefert, das allein 42 Prozent aller exportierten deutschen Molkereiprodukte aufnahm. Die Differenz in der Handelsbilanz ist in erster Linie die Folge ungünstiger Währungsparitäten für Italien.

Als besonderes Problem stellt sich auf der italienischen Seite gegenwärtig die Weinproduktion, denn das Land ist nach wie vor größter Weinanbieter der Welt. Die diesjährige Ernte dürfte mit 76 bis 77 Mill. Hektoliter noch größer als die Vorjahresernte von 72,5 Mill. Hektoliter ausfallen, so daß hier ernste Absatzschwierigkeiten zu erwarten sind.

In Köln stellen 380 italienische Lebensmittelhersteller aus. Mit der Ausstellungsfläche von rund 3800 Quadratmeter gehört der Gemeinschaftsstand zu den größten ausländischen Beteiligungen, was gleichzeitig unterstreicht, welche große Bedeutung dieser Messe zuerkannt wird.

H. HILDEBRANDT

Briten lehnen Fettsteuer ab

Der von der EG ins Auge gefaßten Öl- und Fettsteuer erteilte Michael Jopling, britischer Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung, eine eindeutige Absage. In Köln nannte er solche Pläne „eine unvernünftige Angelegenheit", da sie die Verbraucher belasten würde. Außerdem benachteilige sie die verarbeitende Industrie und verärgere eine Reihe von Drittländern. Die britische Regierung weise daher alle Vorschläge entschieden zurück. Gegen eine gemeinsame deutsch-britische Opposition wird sich nach seiner Meinung eine solche Steuer in Brüssel nicht durchsetzen lassen. Optimistisch äußerte sich der Minister über die Erfolgsaussichten der neuen britischen Lebensmittelexportoffensive, an der unter dem Motto „Food from Britain" auf der Anuga mehr als 80 Firmen beteiligt sind. Jopling sagte: „Wir Briten sind zwar dafür bekannt, immer ein bißchen spät zu kommen, aber schließlich sind wir doch da. Das gilt auch für die EG." (hdt.)

WEISHAUPT / Konsolidierung verschoben

Gutes Wachstum im Ausland

WERNER NEITZEL, Brüssel

Für die Raumheizung werden Öl und Gas auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Davon überzeugt ist Siegfried Weishaupt, geschäftsführender Gesellschafter der Max Weishaupt GmbH, Schwendi/Württ., des Marktführers auf dem Gebiet der Brennerherstellung. Aufgrund dieser Perspektive denke man, wie Weishaupt in Brüssel vor Journalisten betonte, im Augenblick nicht an eine Diversifikation des Programms.

Mit dem *Geschäftsverlauf* in 1983 ist Weishaupt zufrieden, der Umsatzzuwachs belaufe sich bisher auf 5 bis 6 Prozent. Dieses Wachstum hoffe er auch bis zum Jahresende durchhalten zu können. Besonders günstig im Trend lägen dabei die Auslandsaktivitäten vor allem in Frankreich, Italien und der Schweiz. Allein Brasilien bereite Sorgen. *Dort solle* aber „auf reduzierter Flamme" mit 90 Mitarbeitern die erreichte Position gehalten werden.

Um die Wachstumschancen voll nutzen zu können, hat Weishaupt die ursprünglich eingeplante Konsolidierungsphase zunächst einmal verschoben. Das Stammhaus investierte in *1982 wie im Vorjahr etwa 16 Mill. DM*, hinzu kommen 6 Mill. DM bei den Auslandstöchtern. Diese Volumina sollen in diesem und im nächsten Jahr nicht gekürzt werden. Schwerpunkte der Investitionen sind Rationalisierungsmaßnahmen sowie der Ausbau und die weitere Stärkung der Vertriebsorganisation und des Servicenetzes.

Infolge der ungünstigen Entwicklung im öffentlichen Bau und der Schwierigkeiten in Brasilien verringerte sich der konsolidierte Gruppenumsatz in 1982 leicht um 3,9 Prozent auf 221 Mill. DM. Das Stammhaus setzte 184 Mill. DM (minus 2,8 Prozent) um, wobei der Exportanteil wiederum bei etwa 36 Prozent lag. Seinen Marktanteil bei Ölbrennern (wertmäßig) gibt Weishaupt für die Bundesrepublik mit über 25 Prozent an, bei Gasbrennern liegen die Anteile noch höher. Zweistellig waren die Umsatzzuwachsraten in Belgien, Frankreich und in Dänemark. Gute Chancen rechnet sich Weishaupt für die USA und Kanada aus.

Da am Markt die Wärmedämm-Maßnahmen Wirkung zeigten, verspreche sich das Unternehmen ein wachsendes Geschäft auf dem Gebiet der Brenner mit kleinerer Leistung. Zur Ertragslage meinte Weishaupt, sie sei *nach wie vor zufriedenstellend*. Für 1983 rechnet er mit einer Verbesserung. Die Eigenkapitalquote liegt über 50 Prozent.

GIESSEREIEN / Produktion sinkt weiter

Hoffen auf Besserung

DANKWARD SEITZ, München

„Wenn die Automobilindustrie das gegenwärtige Niveau auch 1984 halten kann und die erwartete Trendbesserung im Maschinenbau wirklich eintritt, dann kann auch die deutsche Gießereiindustrie auf ein wieder etwas besseres Jahr hoffen." Für 1983 muß sich die Branche, nach Angaben des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Gießereiverbandes, Hans Adolf Esch, auf einen weiteren Produktionsrückgang von 4 bis 5 Prozent einstellen. Im vergangenen Jahr war die Produktion bereits um 5,4 *Prozent* auf 3,5 Mill. t zurückgegangen, wobei allerdings der Umsatz leicht um 2,2 Prozent auf 9,1 Mrd. DM gesteigert werden konnte.

Auch wenn Esch von einer Trendwende noch nicht sprechen will, so hat sich die Gießereikonjunktur in den letzten Wochen doch offensichtlich auf dem niedrigen Niveau deutlich stabilisiert. In den ersten acht Monaten 1983 nämlich lagen sowohl Produktion als auch Absatz um rund 10 Prozent unter den Vorjahreswerten. Nicht ganz so ausgeprägt gingen die Bestelleingänge mit minus 1,6 Prozent zurück. Und daß die Auftragsbestände in den letzten drei Monaten nicht mehr gesunken sind und per Ende August mit 3,2 Prozent leicht über dem Vorjahresniveau liegen, „kann als kleiner Lichtblick angesehen werden".

Diese Zahlen dürfen, so Esch, allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklung in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich verlaufen ist. Nimmt man nämlich die Druckrohre, die von einer lebhaften Nachfrage aus dem Ausland profitierten, was zu einem Auftragspush von nicht weniger als 36 Prozent führte, heraus, so verbleibt ein Absatzminus von 11,1 Prozent und ein um 5,5 Prozent geringerer Auftragseingang.

Warenpreise – Termine

Wegen einer technischen Störung wurden die Notierungen am New Yorker Rohstoff-Terminmarkt am Nachmittag unerhältlich. Nach den letzten verfügbaren Zwischenständen zeigt sich bei Gold, Silber und Kupfer ein einheitlicher Aufwärtstrend in allen Bereichen. Kaffee und Kakao tendieren bei kruzfristigen Sichten fester und mittelfristig etwas schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

	14. 10.	13. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	371,50	369,00
März	383,75	382,75
Mai	383,50	383,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	14. 10.	13. 10.
St. Lawrence 1 CW	240,05	237,50
Amber Durum	258,90	258,90
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	154,50	154,50
Dez.	158,40	157,80
März	164,50	163,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	135,00	135,50
Dez.	129,30	130,20
März	128,60	128,20
Hafer Chicago (c/bush)	14. 10.	13. 10.
Dez.	192,25	192,50
März	199,00	199,75
Mai	202,25	203,75
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	353,50	358,00
März	352,50	355,50
Mai	352,50	354,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	14. 10.	13. 10.
Okt.	139,70	139,00
Dez.	135,50	137,80
März	138,60	140,60

Genußmittel

	14. 10.	13. 10.
Kaffee New York (c/lb)		
Dez.	unerhältl.	142,90
März	unerhältl.	136,80
Mai	unerhältl.	133,50
Kakao New York ($/t)	14. 10.	13. 10.
Dez.	1980	2002
März	2010	2030
Terminkontr. Mai	2021	2051
Umsatz	–	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	10,65	10,55
März	11,34	11,02
Mai	11,70	11,50
Juli	11,97	11,85
Sept.	12,15	12,04
Umsatz	4 924	12 756
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	14. 10. 9,75	13. 10. 9,94
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	14. 10.	13. 10.
Nov.	1886–1890	1903–1904
Jan.	1874–1875	1886–1887
März	1777–1780	1781–1782
Umsatz	2573	3068
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1446–1448	1456–1457
März	1448–1449	1457–1459
Mai	1455–1457	1469–1470
Umsatz	3396	2580
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	176,25–177,00	176,25–176,50
März	183,05–183,10	182,25
Mai	188,20–188,25	187,10
Umsatz	3554	6354
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	14. 10.	13. 10.
schw. Sarawak spez.	267,50	270,00
weißer Sarawak	380,00	380,00
weißer Muntok	382,50	382,50

	14. 10.	13. 10.
Orangensaft New York (c/lb)		
Nov.	unerhältl.	124,70
Jan.	unerhältl.	119,50
März	unerhältl.	116,25
Mai	unerhältl.	116,00
Juli	unerhältl.	115,80
Umsatz	unerhältl.	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	14. 10.	13. 10.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,50	27,50
Sojaöl Chicago (c/lb) Okt.	32,10	31,10
Dez.	32,20	31,23
Jan.	32,30	31,35
März	32,28	31,28
Mai	31,82	30,82
Juli	31,05	30,25
Aug.	29,75	28,75
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	31,00	30,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	18,00
Choise white hog 4% fr. F.	14,50	14,875
Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	16,25	16,25
yellow max. 10% fr. F.	14,50	14,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	40,80	41,50
Dez.	40,75	40,80
Febr.	44,10	44,10
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	59,50	58,30
März	59,60	58,40
Mai	61,40	60,50

	14. 10.	13. 10.
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	886,00	865,50
Jan.	905,00	881,75
März	916,00	894,00
Mai	919,00	894,50
Juli	908,00	885,00
Aug.	979,00	857,00
Sept.	798,00	775,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	237,00	236,50
Dez.	241,50	241,20
Jan.	242,50	241,50
März	244,00	242,80
Mai	244,00	243,00
Juli	244,00	242,50
Aug.	232,00	233,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	14. 10.	13. 10.
Okt.	387,00	381,50
Dez.	394,00	389,00
März	406,50	402,50
Kokosöl New York (c/lb)	14. 10.	13. 10.
Westküste fob Werk	38,75	38,75
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	17. 10.	13. 10.
jegl. Herk. cif	1090,00	1090,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	625,00	625,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	687,50	690,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	214,00	211,00
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	905,00	895,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	325,00	322,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	14. 10.	13. 10.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	76,85	76,70
Dez.	78,25	78,05
März	79,00	79,00
Mai	79,55	79,50
Juli	74,80	74,75
Okt.	74,10	74,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	60,50	60,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	14. 10.	13. 10.
Dez.	417–424	419–427
Jan.	416–418	419–421
März	420–424	419–423
Umsatz:	41	–
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	14. 10.	13. 10.
Dez.	46,20	unerhältl.
März	48,70	unerhältl.
Mai	47,10	unerhältl.
Juli	47,40	unerhältl.
Umsatz:	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	14. 10.	13. 10.
Okt.	562,0–563,5	580,0–582,0
Dez.	566,0	565,5–566,0
März	587,0	583,0–584,0
Umsatz:	159	122
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	14. 10.	13. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	13. 10.	12. 10.
Okt.	13 550	13 575
Nov.	13 599	13 631
Kautschuk London (p/kg)	14. 10.	13. 10.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,00	78,00–79,50
Nov.	79,00–80,00	77,00–78,40
Dez.	79,00–81,00	78,00–79,00
Jan/März	80,40–80,50	79,50–79,60
Tendenz: stetig		

	14. 10.	13. 10.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco:	256,00–257,00	252,00–253,00
Okt.	261,00–262,00	256,00–257,00
Nov.	264,00–264,50	259,50–260,00
Nr. 2 RSS Okt.	254,00–255,00	250,00–251,00
Nr. 3 RSS Okt.	250,50–251,50	246,50–247,50
Nr. 4 RSS Okt.	244,00–245,00	240,00–241,00
Tendenz: stetig		
Jute London (£/lgt)	14. 10.	13. 10.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	17. 10.	14. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	109,93–110,12	111,13–111,53
drittfolg. Monat	112,88–113,06	114,47–114,67
Zink: Basis London		
laufend. Monat	225,53–225,72	225,02–225,41
drittfolg. Monat	231,00–231,20	230,71–230,91
Produz.-Preis	228,86	231,20
Feinzinn 99,9%	3689–3725	3644–3680

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	17. 10.	14. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	385,52–387,87	381,61–388,97
Blei in Kabeln	117,75–118,75	119,00–120,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher.

Messingnotierungen

	17. 10.	14. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	348–360	349–360
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	390–394	392–394
MS 63	395–399	396–400

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	14. 10.	12. 10.
(Ring./kg)	29,97	30,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	17. 10.	14. 10.
Leg. 225	438	438–440
Leg. 226	440	440–442
Leg. 231	470–473	470–475
Leg. 233	480–483	480–485

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	17. 10.	14. 10.
Platin (DM je g)	36,75	36,50
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 950	34 150
Rücknahmepr.	33 200	33 400
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 840	34 070
Rücknahmepr.	32 830	33 040
verarbeitet	35 510	35 760
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 510	33 880
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	882,60	894,40
Rücknahmepr.	851,70	863,10
verarbeitet	921,80	934,10

Internationale Edelmetalle

	17. 10.	14. 10.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	400,50	400,75
15.00	395,00	398,75
Zürich mittags	400,30–400,80	400,25–401,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 400	103 650
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	691,95	698,00
3 Monate	707,45	713,10
6 Monate	724,35	729,95
12 Monate	757,35	761,65
Platin (£-Feinunze) London	14. 10.	13. 10.
fr. Markt	269,65	268,10
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
1. Händlerpr.	99,00	95,45

New Yorker Preise	14. 10.	13. 10.
Gold H & H Ankauf	398,75	398,65
Silber H & H Ankauf	1034,00	1030,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–405,00	400,00–403,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	151,00–153,00	149,00–151,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	unerhältl.	1034,00
Nov.	unerhältl.	1040,80
Dez.	unerhältl.	1045,00
Jan.	unerhältl.	1058,80
März	unerhältl.	1071,00
Mai	unerhältl.	1083,50
Juli	unerhältl.	1113,00
Umsatz	unerhältl.	16 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	14. 10.	13. 10.
Okt.	65,80	64,85
Nov.	65,95	65,20
Dez.	66,55	65,75
Jan.	67,25	66,50
März	68,65	67,80
Mai	70,00	69,10
Juli	71,35	70,80
Umsatz	5 500	7 500

Londoner Metallbörse

	17. 10.	14. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	1060,0–1060,5	1062,0–1064,0
3 Monate	1088,0–1088,5	1088,5–1090,0
Blei (£/t) Kasse	281,00–281,50	283,50–284,00
3 Monate	288,50–289,00	291,50–292,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	973,00–973,50	972,00–972,50
3 Monate	997,00–997,50	993,50–994,00
abends Kasse	–	–
3 Monate	–	–
(Kupfer-Standard) Kasse	951,00–952,00	945,00–947,00
3 Monate	974,50–975,00	–
Zink (£/t) Kasse	576,50–577,00	572,00–573,00
3 Monate	590,50–591,00	586,00–586,50
Zinn (£/t) Kasse	8525–8535	8560–8570
3 Monate	–	–
Quecksilber ($/Fl.)	–	–
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	79–82	79–82

Bundesanleihen

		17. 10.	14. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,6G
5½ Bund 78 I	1/84	99,85	99,85
6 dgl. 64 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 78 I	2/84	100,5	100,5
7 dgl. 77	3/84	100,25G	100,25
7½ dgl. 78 II	4/84	100,55	100,5
5 dgl. 78	5/84	99,4	99,4
6 dgl. 78 III	9/84	99,45	99,4
8½ dgl. 75	9/84	101,3	101,35
5 dgl. 78 IV	12/84	99,35	99,3
5¾ dgl. 79	1/85	98,25	98,2
8½ dgl. 79 I	3/85	101,7	101,75
7 dgl. 79	4/85	99,9bG	99,85bG
7¼ dgl. 79 II	6/85	100	99,9bG
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,95	100,85
8 dgl. 78 IV	10/85	101,3	101,3
5½ dgl. 78 II	3/86	95,7	95,5bG
5¾ dgl. 78	5/86	95,25	95,2
7¼ dgl. 76 I	12/86	98,9	98,9
6½ dgl. 79	1/87	96,2	96G
7¼ dgl. 78 II	1/87	98,3G	98,3
6¾ dgl. 77	4/87	96,35	96,35
6½ dgl. 77	7/87	95,15	95,15
6 dgl. 77	10/87	94	93,9
6 dgl. 78 I	1/88	93,2	93,15
6½ dgl. 78 I	9/88	94,3	94G
6½ dgl. 78 II	12/88	93,75	93,75
6¾ dgl. 79	1/89	94,6G	94,6G
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,4G	96,4
10 dgl. 81	4/89	108,1	108,1G
7½ dgl. 79 I	6/89	97,4G	97,4
8 dgl. 79 I	7/89	99,8	99,65
8 dgl. 79 II	8/89	99,85	99,65
7½ dgl. 79 II	9/89	97,15	97,15G
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,3	98,3
7¾ dgl. 80 I	1/90	98	97,9
10 dgl. 80	4/90	108,65	108,6
5¾ dgl. 78	5/90	90,7	90,65G
8½ dgl. 80 I	7/90	100,25	100,25
8½ dgl. 80 II	11/90	100G	99,9G
7¾ dgl. 82	11/90	97,5	97,25
9 dgl. 81	2/91	103,7	103,65
10½ dgl. 81	7/91	110,75	110,65
10¾ dgl. 81	9/91	113,8	113,7
10 dgl. 81 II	12/91	109,75	109,6
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,25bG	108,1
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,4	108,25
6 dgl. 78 II	3/93	89,75	89,9
9,5 dgl. 82	4/92	106,95bG	106,8
9 dgl. 82	5/92	104,15G	104
8¾ dgl. 82	6/92	101,15	100,85
9 dgl. 82	8/92	104,15	104
8¾ dgl. 82	9/92	102,8	102,85
7¾ dgl. 82	12/92	96,5	96,2
7½ dgl. 83	1/93	94,95	94,9
7½ dgl. 83 II	3/93	94,8bG	94,55
7¾ dgl. 83 III	5/93	95,85	95,65
8¼ dgl. 83	6/93	99,7	99,45
8 dgl. 83	7/93	98,1bG	97,9
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,7	99,45
8¼ dgl. 83 III	10/93	99,8	99,7
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,5	101,5
8 dgl. 80 S.2	2/85	101	101
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,3G	101,3G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,55	102,45
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,9	101,85
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,3	101,25
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,75	100,65
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,05	100,05
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,5	101,4
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102G	102
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,6	102,6
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,95	103,9
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,4	104,35
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,35	103,35G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,6	104,55
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,8	105,8
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,35	107,35
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,5	106,5
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,4	105,35
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,1	104,16
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,16	106,1
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,4	105,3
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,05	103,9
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,7	104,55
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,7	104G
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,45	103,35bG
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,7	102,5
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,2	101,1
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,3	104,2
9 dgl. 82 S.30	9/87	102,8	102,75
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,2	102,1
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,7	100,65
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,1	100,05
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	99,25	99,15
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,25	98,2
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	97,3	97,05
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	95,4	95,3
7 dgl. 83 S.38	5/88	96,15	96,05
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,9bG	96,9G
7½ dgl. 83 S.40	6/88	97,9	97,85G
8 dgl. 83 S.41	9/88	99,85	99,6

Bundesbahn

		17. 10.	14. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
10 Bdbahn 73 II	11/83	–	100G
7½ dgl. 72	2/84	100,3	100,3
8 dgl. 72	8/84	101,45	101,05
8¼ dgl. 76	9/84	101,05	101,4
6 dgl. 78 III	11/84	99,45	99,4
6½ dgl. 79	2/85	99,45	99,4
8½ dgl. 73	2/85	101,35	101,35
7 dgl. 77	2/87	97,45	97,3
6 dgl. 77	9/87	93,95	93,80

		17. 10.	14. 10.
F 6 dgl. 78 II	7/88	92,5	92,45
6½ dgl. 77	5/89	93,15	93,1
8 dgl. 79 I	7/89	99,6bG	99,6
8 dgl. 78 I	2/90	90,35	90,25
8 dgl. 80 II	7/90	99,15G	99
9 dgl. 81	3/91	103,9	103,85
10½ dgl. 81	9/91	112,1	112,1
10¾ dgl. 81	11/1	111,05	111,05
8 dgl. 80 I	2/92	98,25	98,15
10 dgl. 82	2/92	109,75	109,75G
9½ dgl. 82	7/92	107,05	107
8 dgl. 82	11/92	98,25	98,05
7¾ dgl. 83	1/93	96,7	96,65

Bundespost

		17. 10.	14. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
8 Bdpost 72 II	12/83	100,25	100,25G
6½ dgl. 68	5/88	98,3G	98,3
8 dgl. 72 I	8/87	100	100G
10 dgl. 81	3/89	107,85	107,85
10¼ dgl. 81	6/89	109,1G	109,1
8 dgl. 80	3/90	99	99
7¾ dgl. 80	9/90	98,1	98,1
8¾ dgl. 80	12/90	102,55	102,55
10½ dgl. 81	10/91	112,35G	112,35
9¾ dgl. 82	2/92	108,15G	108,15G
8¾ dgl. 82	6/92	102,75	102,6
8½ dgl. 82	10/92	101,1	101,1
7¾ dgl. 83	2/93	96,4G	96,25
8¼ dgl. 83	9/93	101,45	101,25

Länder – Städte

		17. 10.	14. 10.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	96	95,6
8¼ dgl. 82	92	99,8	99,6G
M 7 Bayern 66	86	99,5G	99,5G
6½ dgl. 67	87	100,25	100,25G
6 dgl. 68	85	98,5G	98,5G
7 dgl. 72	84	100,4	100,4
7½ dgl. 76	84	100,4	100,4
6 dgl. 78	88	93G	93,2
8¾ dgl. 80	90	102,25G	102,25G
8¾ dgl. 82	90	102,25	102,2G
7½ dgl. 83	93	95,25G	95,25G
B 8½ Berlin 70	85	101,5	101,5
8 dgl. 72	85	100,5	100,5
7½ dgl. 76	84	100,35G	100,35
7 dgl. 77	85	99,8	99,5
6½ dgl. 78	88	95G	95G
8¾ dgl. 80	89	102,9	102,75G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,5G	100,25
8 dgl. 72	87	100,75G	100,75G
7½ dgl. 83	93	94,5G	94,75G
H 8½ Hamburg 70	85	101,4G	101,4G
6¼ dgl. 77	92	94,5G	94,75G
8 dgl. 80	92	98,7G	98,4G
9¾ dgl. 82	92	107,7	107,4G
7½ dgl. 83	92	94,2G	94,25
F 8 Hessen 71	86	100,25	100,1
6¼ dgl. 78	89	93,5	93,3
Hn 6 Nieders. 69	84	99,8G	99,8G
8½ dgl. 70	85	101,8G	101,8G
7½ dgl. 72	87	99,25	99,25G
8 dgl. 72	87	100,4	100,4G
7½ dgl. 79	87	98,3G	98,3
7¾ dgl. 82	92	98G	98
8 dgl. 83	93	97,5G	97,5
D 7½ NRW 71	83	100,1bG	100,1bG
7½ dgl. 83	93	94,5G	94,4
7¾ dgl. 83	93	96G	95,9G
8½ dgl. 83	93	101	100,75
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,1G	99,1G
8 dgl. 71	86	100,5	100,25
F 8½ Saar 70	85	101,5T	101G
7 dgl. 72	87	98G	98G
6 dgl. 78	88	92,8	92,7
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,5G	99,5G
6 dgl. 64 II	84	99,5G	99,2G
7¼ dgl. 72	87	99G	99G
8½ dgl. 73	85	101,25G	101,25
D 7 Essen 72	85	100,1bG	100,1bG
M 6 München 64	84	99,35G	99,35G
S 7½ Stuttgart 71	86	100G	100G
7¾ dgl. 72	87	100,25G	100,25G
8 dgl. 83	93	98,25	98,25

Bankschuldverschreib.

	17. 10.	14. 10.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
5½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99	99
F 7½ Bakola Pf 104	99,9G	99,9G
9 dgl. Pf 106	102,45G	102,45G
10 dgl. Pf 108	107,25G	107,25G
7 dgl. KS 132	94,6G	94,6G
8 dgl. KS 155	98,45G	98,45G
9 dgl. KS 169	102,4G	102,4G

Renten leicht erholt

Die Entwicklung der Geldmenge in den USA und der am US-Bondmarkt am Wochenende stattgefundene Kursanstieg schlugen sofort auf die Tendenz am deutschen Rentenmarkt durch, wenn auch nicht ganz im erhofften Ausmaß. Immerhin zeichneten sich aber bei den öffentlichen Anleihen mit längeren Laufzeiten Kursgewinne von 0,25 bis 0,30 Prozentpunkten ab. Kurzläufer konnten sich nur geringfügig verbessern. Ähnlich war die Entwicklung bei den DM-Auslandsanleihen. Am Pfandbriefmarkt schlug sich die hoffnungsvollere Stimmung in den Kursen erst teilweise nieder. Insgesamt war aber auch hier die Tendenz freundlicher.

	17. 10.	14. 10.
M 5½ Bayer.Hdbk. Pf 14	89TG	89TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,25bG	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	129G	129G
6 dgl. Pf 34	77G	76G
6 dgl. KO Pf 50	99,5G	99,5G
6½ dgl. Pf 10	81,5G	81G
8 dgl. KS 1	98,5G	98,5G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	96G	96G
6 dgl. IS 16	94,75G	94,75G
6 dgl. IS 17	93,75G	93,75G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8¼ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,25G	99,25G
9½ dgl. Pf 105	101,6G	101,6G
10 dgl. KS 307	101,75G	101,75G
9½ dgl. IS 726	102,25bG	102,25G
M 5 Bayer. Vereinsbk. Pf 11	118G	118G
5½ dgl. Pf 28	76G	76G
6 dgl. Pf 4	89G	89G
6½ dgl. Pf 3	85,5G	85,5G
6½ dgl. Pf 12	85G	85G
7 dgl. Pf 20	95G	95G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	104,5G	104,5G
7 dgl. Pf 31	98,25G	98,25
6 dgl. Pf 34	85,5bG	85,5bG
6½ dgl. Pf 37	96bG	96bG
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	85G	85G
7½ dgl. Pf 87	90,3G	90,3G
6 dgl. KS 29	78,75G	78,75G
7 dgl. KS 30	96,9G	96,9G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	114G	114G
5 dgl. Pf 54	114,5bG	114,5bG
6 dgl. Pf 109	78G	78G
6½ dgl. Pf 123	85G	85G
6½ dgl. Pf 141	85G	85G
7 dgl. Pf 143	90G	90G
8½ dgl. Pf 191	100,5G	100,5G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	–Zbg.
9 dgl. KO 215	101,5bG	101,5bG
8½ dgl. KO 218	102,5G	102,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	114G	114G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
8 dgl. Pf 84	99,95G	99,95G
9 dgl. KS 139	102,2G	102,2G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,8G	100,8G
9 dgl. Pf 239	102,6G	102,6G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	107,75G	107,75G
7 dgl. KS 35	98,4G	98,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	99,9G	99,9G
6 dgl. IS 71	99,3G	99,3G
6¼ dgl. IS 73	95,8G	95,8G
6¾ dgl. IS 80	99,9G	99,9
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	82G
6 dgl. KO 45	77G	77G
7 dgl. KO 97	100,2G	100,2G
7½ dgl. KO 185	95,7G	95,7G
9 dgl. KO 129	102T	102T
10 dgl. KO 125	101,6	101,6G
Hn 5 Dt. Hyp. Hann. 48	100G	100G
6 dgl. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,35G	99,35G
10 dgl. KS 134	103,25G	103,25G
8¾ dgl. KS 140	102G	102G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	77G	78G
6¾ dgl. KS 258	98,55G	98,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 62	71G	71G
5½ dgl. Pf 59	78	78G
6 dgl. Pf 162	78G	78G
B 9 Dt.Pf.Wi. Bd. 482	103,5G	103,5G
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 46	100,5G	101,45G
5½ dgl. Pf 62	88,8G	88,9G
8½ dgl. Pf 65	97,75G	98,6G
6¼ dgl. Pf 60	94,15G	94,15G
6¾ dgl. Pf 74	97,55G	97,55G
6¾ dgl. Pf 76	95,75	95,75

	17. 10.	14. 10.
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3	93,1
6 dgl. Pf 42	99,8G	99,8G
8½ dgl. Pf 47	101,8G	101,8G
F 5 Frk. Hypobk. Pf 68	89G	88T
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
8 dgl. Pf 130	90,5G	90,5T
6½ dgl. Pf 133	86T	86T
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	116G	116G
6 dgl. 14	89,25G	89,25G
6 dgl. 47	77	77
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 60	93,2	93,2
8 dgl. Pf 73	100,45G	100,45G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 8 Hyp.l.Hbg. Pf 96	80,75	80,75G
6½ dgl. Pf 80	89,25	89,25
8 dgl. Pf. 248	100,8	100,9
9 dgl. KO 125	100,85	100,85
8 dgl. KO 175	100,5	100,5
9 dgl. KO 259	102,25	102,25
9¼ dgl. KO 262	102,4G	102,4G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	112G	112G
5 dgl. Pf 12	91G	91G
7 dgl. Pf 25	93,25G	93,25G
10 dgl. Pf 40	102,6G	102,6G
8 dgl. KO 30	99,5G	99,5G
9¾ dgl. K 84	101,75G	101,75G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	86G	86G
7 dgl. Pf 12	90,75G	90,75G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
5½ dgl. KO 4	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100,8G	100,8G
8½ dgl. KO 81	99G	99,5G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101G	101G
6 dgl. Pf 28	88G	88G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	–	–
8¼ dgl. KS 8	100,5G	100,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	83G	83G
7 dgl. Pf 97	89,5G	89,5G
10 dgl. Pf 32	101G	101G
10 dgl. Pf 33	102,9G	102,9G
6½ dgl. KS 78	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84G	84G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100	100
6½ dgl. Pf 42	98,5G	98,5G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101G	101G
9 dgl. KO 53	102,25G	102,25G
7½ dgl. IS 6	98,6G	98,6G
10 dgl. IS 37	102,5G	102,5bB
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108T	108T
6 dgl. Pf 58	83,75G	83,75G
6 dgl. Pf 85	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	122G	122G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	92bG	92G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9¾ dgl. KO 58	102,25G	102,25G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	68G	68G
7 dgl. Pf 125	96,25G	96,25G
7 dgl. Pf 128	89G	89G
6 dgl. Pf 177	104G	104G
9 dgl. Pf 167	100,75G	100,75G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	99,75G	99,75G
8½ dgl. KS 110	100,25G	100,25G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	81,2G	82,4G
5½ dgl. Pf 43	80,5G	82,25G
6 dgl. Pf 56	76G	76,6G
7 dgl. Pf 61	84,25G	85,75G
8 dgl. Pf 70	99,25G	100G
9 dgl. Pf 68	101,45G	102,55G

	17. 10.	14. 10.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,9G	99,9G
M 6 Südboden Pf 41	89G	89G
5½ dgl. Pf 57	78bG	78G
6½ dgl. Pf 143	93,5G	93,5bG
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95,5G
7 dgl. KS 48	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	99G	99G
8 dgl. KS 133	98G	98G
8½ dgl. KS 132	101,5G	101,5G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104G	104G
M 5 Vereinsbk. Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	99,25G	99,25G
D 8 Westl.B Pf 360	100,6G	100,6G
6½ dgl. Pf 403	96,15G	96,15G
9½ dgl. Pf 1007	105,6G	105,6G
8 dgl. Pf 1015	98,55G	98,55G
7 dgl. KO 556	99,3G	99,3G
6½ dgl. KS 420	94,5G	94,5G
9¼ dgl. KO 1301	104,55G	104,55G
8½ dgl. KS 1278	101,25G	101,25G
8 dgl. IS 1512	99,8G	99,8G
9¼ dgl. IS 1520	102,25G	102,25G
6½ dgl. IS 679	93,5G	93,5G
7½ dgl. IS 1503	100,55G	100,55G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98G	98G
6 dgl. Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¾ Westf.Hypo. Pf 550	101,1G	101,1G
9 dgl. Pf 584	103,4G	103,4G
9¾ dgl. KS 284	103,3G	103,3G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	76G	76G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	87,65G	87,65G
7 dgl. Pf 5	100,05G	100,05G

Sonderinstitute

	17. 10.	14. 10.
D 6 DSLB Pf 28	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79,5G	79,5G
7 dgl. Pf 63	88,5G	88,5G
5½ dgl. Pf 99	92G	92G
8 dgl. Pf 104	97G	97G
8 dgl. Pf 165	99,25G	99,25G
5½ dgl. RS 45	97,75G	97,75G
8 dgl. RS 73	95,75G	95,75G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	95G	95G
9½ dgl. RS 172	104G	104G
9 dgl. RS 186	104bG	104bG
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KFW 70	-Zbg	100,4
8 dgl. 70	101	101
8 dgl. 76	100,1	100,2
7¼ dgl. 79	97,9	97,9bG
10 Kredit 81	108,6	108,6G
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,9	100,8
F 6 Lastl.Rentbk. RS 13	100G	100G
6 dgl. RS 14	99,8G	99,8G
6 dgl. RS 15	95,75	95,75G
6 dgl. RS 16	95,5G	95,5
6 dgl. RS 19	96,75G	96,75G
6 dgl. RS 20	99,25G	99,25G
6 dgl. RS 21	98,75G	98,75G
6 dgl. RS 26	99G	99G
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	95G	95G
7 dgl. 94	95G	95G
7 dgl. 99	99,6G	99,6
8 dgl. 101	99,25G	99,25G
7½ dgl. 102	96,5G	96,5G
9½ dgl. 126	104G	104G
D 7¾ LAG TS 76	100,4	100,4
8 dgl. TS 76	101	100,9G
6½ dgl. TS 77	95,3G	95,3G
5½ dgl. 78	92,2G	92,1
7 dgl. 79	97,1	97,1

Industrieanleihen

	17. 10.	14. 10.
F 8 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	93,4	93,4
5 BASF 59	98,5G	98,5G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G

	17. 10.	14. 10.
F 8 Chem. Hüls 71	100T	100bG
7¾ Cont. Gum. 71	99,5T	99,5T
6 Dt. Texaco 64	99,2bG	99,25T
6 Gelsenb. 64	99,5T	99,5T
5¾ HEW 62	96,75T	98T
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7¾ dgl. 71	100G	100G
4½ Harpen 59	182G	182G
6 Hoechst 64	99,75T	99,75T
6 Hoesch 64	99T	99T
7½ dgl. 71	99G	99T
7¼ Karstadt 71	99,4	99G
7½ Kaufhof 71	99G	99G
7¾ dgl. 71	99,6	99,5bG
7½ dgl. 76	98,75	98,5G
7½ Klöckner W. 71	98,75T	98,75T
8 dgl. 72	99,4	99,25T
6 Krupp 64	99,5G	99,5G
6 Linde 64	99G	99G
5 Mannesmann 59	98,16	98,10
6 Mosel 63	99,5bG	99,5G
6 NWK 61	98G	98
6 dgl. 62	95	95T
6 ObDon. Krwk. 64	93T	93T
5½ Öst.BayK. 58	–	100G
D 6 Rat.Vdb. Stk. 68	99,5G	99,5G
F 5½ Rh.Braw. 58	99,25G	99,25G
6 dgl. 63	94,5T	94,5T
6 dgl. 65	94,5G	94,5G
5½ RWE 59	98,6G	98,6G
6 dgl. 63	95,25G	95,6
6 dgl. 65	94,5	94,5
7¾ dgl. 71	99,9	99,85
7 dgl. 72	98G	98G
6 Rh.-M.-Don. 62	96,75G	96,5T
6½ dgl. 68	–Zbg.	–Zbg.
8 Schleswag 71	100	100
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	99,35	99,25G
8 dgl. 72	100T	99,95T
7¼ dgl. 77	99,75T	99,75T
5 Veba 59	98G	96G
8 VEW 71	100,1	100,1T
6¾ dgl. 77	95,1T	95,1T
7 VW 72	97,75G	97,6

Wandelanleihen

	17. 10.	14. 10.
F 4¼ AKZO 69	86G	86G
3½ All Nippon 78	94,25	94G
3½ Asahi Opt. 78	123	120G
4¾ Canon Inc. 77	382T	380T
3½ Cas. Comp. 78	266G	268
5¾ Daiei Inc. 80	121,5	121,5G
4½ Fujitsu Lim. 78	610G	620G
5 dgl. 79	407G	415G
5¼ Hoogovens 69	88G	88G
3½ Izumiya Co 78	100,5G	100,25
3½ Jusco Co. 78	98,5G	98
4 Kansai El. 79	100,25	100,25
6 Komatsu 76	151,5T	145T
6 Konishiroku Pho. 81	120G	120G
5¾ dgl. 82	117	117T
3½ Korakuen 78	95	94T
7½ Kraft Inc. 70	112G	112G
3½ Marudai F 78	96	97
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	207G	211G
4 dgl. 79	160G	162G
6¼ Mitsub. Ch. 76	205T	205T
6,75 Mitsub. H 81	145,1	141
6 dgl. 81	112,5	111bG
6 Nichii Co Ltd 80	120G	120G
7 Nippon Sh. Gl. 82	158T	158T
3¾ Nippon Sh. 78	149,5	150G
3½ Nissan Mot. 78	94	94G
4 Nisshin Steel 78	142G	142G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	–
3½ Olympus 78	240G	240G
3¾ Omron Tat 79	322G	320T
4¾ Orient Fin 79	215G	209G
3½ Ricoh Comp. 78	180G	175G
6¼ Rothm. Int. 72	95,5G	95,5
3¾ SankyoElec. 78	111	110,5G
3½ Sanyo Elec. 78	173G	167
3¾ Seiyu Stores 78	95,75G	95,75G
6¼ Sekisui 76	142G	142G
3½ Stanley 78	132G	130G
6 Taiyo Yuden 82	124T	122T
5 Texaco Int. 66	95,8	95,85
3½ Tok. Elec. 78	380G	373G
4¾ Tok. Sanyo 77	280T	280T
4 Tokyu Land 79	108G	107G
3½ Trio Kenw. 78	110,5	110G
6½ Uny Ltd. 79	153T	159G

Optionsscheine

	17. 10.	14. 10.
F 11 BASF Over Zee 82	47	45,2
7¾ Bayer Fin. 79	44,8	43,4
10½ Bayer Fin. 82	61,5	57,4
7½ BHF Bk. Int. 83	94	93,2
6¾ Ciba-Geigy 75	104,5	104,5
3½ Commerzbk. 78	48	47,5
7 Combk. Int. Lux. 83	75	74,5
4½ Dt. Bk. Comp. 77	128,8	128,5
3½ Dt. Bk. Int. 83	87,5	84,7
8¾ Degussa 83	137	135,5
4 Dresdner Bk. Inc 83	55,8	55
10 Hoechst 75	271	259
6¾ dgl. 79	56,8	56,7
8 Hoechst 83	75	72
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1555	1500bG
5¾ Jusco 83	2500bG	2433
Mitsui 82	335	330bB
7¾ Siemens 83	160,7bG	157,5
5½ Wella F 73	314	308

Optionsanleihen

	17. 10.	14. 10.
F 8½ BASF 74 m O	139	138
8½ BASF 74 oO	100,5	100
M 3½ Stumpf 88 mO	156,3G	156,3G
M 3½ Stumpf oO	81B	80bB

Währungsanleihen

	17. 10.	14. 10.
F 8 Brasilien 72	96T	95,5T
6¾ Kopenhagen 72	95	95
6½ Norwegen 79	98,25	98,25

Optionsanleihen

	17. 10.	14. 10.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	108,6	108,6G
7½ dgl. 83 oO	79,5	79G
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	108,7G	108,7G
F 3½ dgl. 78 oO DM	87,2	87,5G
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	127G	127
4½ dgl. 77 oO $	84	84,5
3¾ Dt. Bk. 83 mO	107bG	106,75
3¾ dgl. 83 oO	81,8	81,5
7½ Jap. Synth 82	157	154T
7½ dgl. 82 oO	99G	99G
5¾ Jusco 82 mO	132G	131,75
5¾ dgl. 83 oO	91,75G	91,75
F 6½ Wella F. 73 mO DM	128G	126G
6½ dgl. 73 oO DM	97G	97G

Optionsscheine

	17. 10.	14. 10.
F 8½ BASF 74	60,9	58,7
Stumpf 78	83,5	81B

Wandelanleihen

	17. 10.	14. 10.
F 5 Bayer 69	104,1	104,1
H 8 Beiersdorf 82	165G	165
F 4½ Commerzbk. 78	99,55	99,55
D 9 Gerresh. 74	339T	336
6½ KSB 83	123	123

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	17. 10.	14. 10.
F 6 AKZO 84	99G	99G
6½ dgl. 86	97/7,75	97/7,75
7¾ Arbed 83	98,75G	98,75G
7½ dgl. 85	93G	93G
9 dgl. 87	98T	98T
F 6¾ Ardal 89	93,5/4,5	93,5/4,5
10 dgl. 88	104,25G	104,25G
8 Austr. 87	102,5G	102,5G
8¼ dgl. 87	103G	103G
F 7½ BEC 83	99,95G	99,95G
5 CFDB 84	99,4/9,9	99,4/9,9
6½ Estel 84	97G	97G
6¼ dgl. 85	96,75G	96,75G
8¾ dgl. 87	97,5G	97,5G
6¼ Euratom 91	92/93,25	92/93,25
F 6¾ Eurofima 87	-Zbg.	-Zbg.
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	91T	91T
6½ Lufthansa 86	98,25G	98,25G
6 Montanunion 90	92,5/3,5	92,5/3,5
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
7½ Schweden 89	97,5/8,5	97,5/8,5
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6½ dgl. 85	99G	89G
7½ dgl. 87	98/9,5	98/9,5
7¾ dgl. 90	98/9,5	98/9,5
9 dgl. 88	102G	102G
8½ dgl. 88	101,5	101,5
7¾ dgl. 88	100,5	100,5
9½ dgl. 89	104,5G	104,5G
8 dgl. 90	98,8/9,6	98,8/9,6
11 dgl. 91	112G	112G

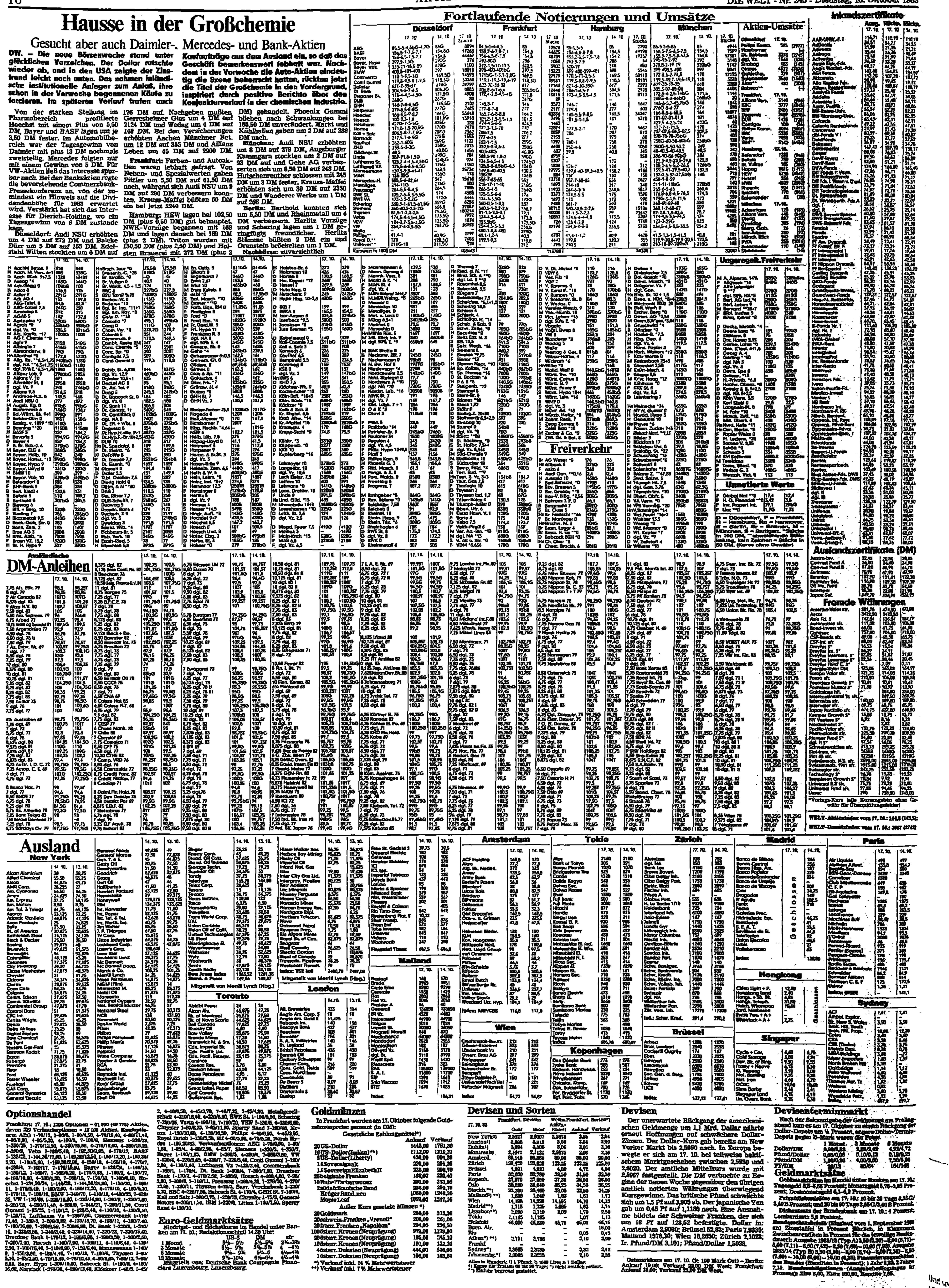
Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	17. 10.	14. 10.
F L'Air Liquide	155G	150G
D Alco	69,5	68,9
F Alcan	99,9	99,9
F Alcoa	116G	116
F Alg. Bk. Nedrl.	330	330
F All Nippon Air	3,5G	3,5G
F Amax	65,1bG	65,4
F Am. Cyanamid	148	144
D American Expr.	180	182
D Am Motors	22,5	23
F Am. T & T	170,5	168,5
F Amro Bank	56	55,8
M Anglo Am. Gold	299,2	299
F Anglo Am.ra O.	–	–
F Arbed	65,9	65,5
F Asahi Chem.	4,05	4,1
M All Richfield	121,4	124,4
H Atlas Copco	356	366
M Avon	65,9	66
F Bell Canada	22,6G	21,8
F Banco Central	22,1	22
F Banco de Bilbao	20,80G	21
F Banco de Santander	18,5bG	18,7bB
F Banco de Vizcaya	27	27
F Banco Hisp. Americ.	18T	18G
D Beatrice Foods	79TG	79,5TG
D Bell Canada	62G	63
F Black & Decker	65	65
F Boeing	105	106
M Bougainville Copper	5,65	5,7
F Bowater	7,9	7,65
D BP	16,8	16,9bB
M Broken Hill	28,3	28,5
F Bull	12,6T	12,5T
F Cdn. Pacific	104,5	106,5
F Canon	14,9	14,2
F Casio Comp.	16,3	16,5
F Caterpillar	114,5	114,8
D Ch. Manhattan	123G	125,5G
F Chrysler	81,6	82,4
M Comorp	90,6	91
F City Investing	93G	92G
F Coca-Cola	140,1	141,5bB
D Colgate	61,5G	62T
F Cons. Gold F.	20,2	20,8
D Cont. Group	125TG	127T
F Control Data	134	134bB
M CRA	12,6	12,65
M CSR	8,7	8,8
F Dart & Kraft	182	182
M De Beers Cons.	21,5	21,5
F Deere Comp.	103,5	99
F Dome Steamr	67	67,9
M Digital Equipm.	256,9	260,5
M Disney Prod.	165,3	162,9
M Dome Petroleum	10,7	10,95
D Dow Chemical	95,5	95,5
D Dresser	56	57
D DuPont	136	139,5
M East Drief. Gold	80,1	83B
D East Air Lines	15,5	16,1
F Eastman Kodak	188	187,5
F Elf Aquitaine	56,9	57,5
F Emhart	145G	145G
D Ericsson	145TG	142T
D Esmark	218G	215G
D Exxon	100	99,5
D Fiat St	4,8	4,8
D dgl. Vz.	3,45G	3,45
F Fieldcrest	–	–
D Fisons	27,5T	29TG
M Fluor	47,1	48G
D Ford	178	179,5
F Foseco Minsep	56	56
F Fujitsu	14,5	14,85
F General Electric	139,3	140
F General Mining	62	60,5
D General Motors	201	200
D Gen. Shopping	730G	730G
M Getty Oil	183	190,5
D Gevaert	–	119T
F Goodyear	80,5	80,5
H Grace	120	125T
D GKN	6,25G	6,25G
F Gulf	121	116,8
F Highveld Stl. St.	11,25	11,5
F Hitachi	990	990
M Holiday Inns	138	140,5
F Homestake	77	79,5
M Hongk. & Shanghai Bank	2,25B	2,25
D Hoogovens	31	31,2
F IBM	344	350,8
F ICI	21,5	22,3
M Impala Plat. Hold.	32,3	32,5
M Imperial Oil	80,1	81,6
F Inco	42	42
F Int. T & T	112,5	112
D Istituto Fin.	7,35G	7,35G
F Italcementi	72,5	74,5
F Izumiya	8,3G	8,3G
F Japan Line	1,85G	1,85G
D Jusco	8,7G	8,7G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	1,95	1,9T
M Kloof Gold Min.	112G	112,5
F Komatsu	5,4G	5,4
D KLM	142G	142
F Kubota	3,2G	3G
D Lafarge	83G	82G
D Litton Ind.	167G	168G
F Lone Star	70G	71
D LTV	41,5	42,5
M M.I.M. Hold.	17,4	17,5
F Maguet Marell	–	–
D Marubeni	3,16	3,16
F Marudai Food	6,8T	6,8T

	17. 10.	14. 10.
D Matsushita El	18,5G	18,5
M McDonald's	173	173,5bG
M Merril Lynch	90	91,8
F McDonnell D	142,5	143,5
D Minnesota M	220bG	223G
D Minolta Camera	7G	7G
F Mitsubishi Chem.	3,05	3,05
F Mitsubishi El.	5	5
F Mitsui Bk.	4,2G	4,2G
F Mitsui & Co	4G	4G
F Mitsui Engin.	1,85bB	1,85T
F Mitsui O. S. K	1,8G	1,9G
F Mitsui El.	8,9	9
H Mobil Oil	81	80,8
F Monsanto	293G	293G
F Montedison	0,31	0,32
F Moraitt	34T	34T
M Nat. Semicond	148,7	149,5
D Nat. Westminster	21G	21G
F Nestlé	4980	4965
D Nikko Sec.	4,5B	4,5G
F Nippon El.	14,9	15
F Nippon Kokan	1,75	1,75
F Nippon Shinpan	7,6G	7,6G
F Nippon Yusen	2,8G	2,8G
F Nissan Motor	7,5	7,5
F Nisshin Steel	1,7T	1,7T
F Nissho - Iwai	3,5T	3,5T
F Norsk Hydro	169,3bG	169,1bG
F Norton Simon	–	–
H Occ. Petroleum	65	65
D Océ v. d. Grint	197G	197
F Olivetti Vz.	5,2	5,2bG
F Olympus Optical	13,2G	13,2G
H v. Ommeren	29,1	29,1
F Onwon Tateisi	18G	18G
F Pakhoed	52,1	52,8
M PanAm	19,7	19,55
M Pepsi	90,5	91,4
F Pernod-Ricard	285G	290G
F Peugeot	66	66
F Philip Morris	181	178
H Philips	41	42,9
D Phoenix Ass.	12,8	12,16
F Pirelli	2,5	2,55
M Polaroid	89,3	80,5
M Prime Computer	44,8	44,7
F Procter & G	154	150
D Ramada Inns	27G	27
M Ranger Oil	27,3	27,4
F Rank Org.	6,85	6,6T
F Ricoh	10,2	10,5
F Rio Tinto MA St.	21,9	21,5
H Robeco	294,5	296
F Rockwell	80	77G
H Rolinco	275	275
F Rorento	–	173
F Rothmans Int.	4,3T	4,3T
H Royal Dutch	119,7	120
M Rustenburg Plat. Hold.	27,3	27,4
F Sanko Steamship	2,65T	2,65
F Sanden Corp.	6,7G	6,7G
M Santos	17,1	17,55
F Sanyo Elec	5,45	5,4
F Sanwa Bk.	5,2G	5,2G
M SASOL	10G	9,95
F Schlumberger	142	143
F Schw. Alum.	962	940
F Schw. Bankverein	314	317
M Sears, Roebuck	102,9	102,5
F Seiyu Stores	7G	–
F Sekisui Prefab.	6,6G	6,6G
F Selected Risk	39G	39G
H Shell T & T	23	22,8
D Singer	66,5	66,1
F Snia Viscosa	1,82	1,83
D Solvay	–	162
D Sony Corp	40,5	39,8
D Sperry Corp	117	117,3G
F Squibb	136G	135,5
F Stanley Elec.	8T	8T
F Steyr-Daimler-P.	20,7	20,7
F Sumitomo Heavy	2,25G	2,25
D Sumitomo Metal	1,7G	1,25G
F Sumitomo Shoji	5,9	5,9
D Sun	115G	115G
M Sunshine Mining	35,7	36B
F Swissair	1065G	1070bB
F Taisei Kens	2,4G	2,4G
M Tandy	100	101,7
F Tenneco	109,5	–
D Texaco	95	94,5
D Thomson-CSF	57bG	57,5
D Thorn Emi	21TB	21TB
D Tokyo Pac	296G	296G
F Tokyo Sanyo El.	6	6
F Trio Kenwood	7,4G	7,4G
F TRW Inc.	195	194G
D Toray	4,6G	4,7G
D Toshiba	4,15G	4,15G
D UAL	77G	78,5G
H Unilever	210,5	211
F Union Carbide	172G	173G
D Uniroyal	44	44,5bG
F United Techn.	175	173
F US Steel	77,5	72,2
M Vaal Reefs Expl.	280,2	283,9
D Vml-Stork	75,5bG	–
D Volvo A	140G	142
D dgl. Nam B	136G	134
F Warner Commun.	60,1	58,9
F Warner Lambert	80,9	80
F Wells Fargo	98,5	98,5
M Western Deep L.	133	138,5
M Western Mining	8,8	9
F West.-Utrecht H	94,1	94,9
D Xerox Corp.	124	124,5





Hausse in der Großchemie

Gesucht aber auch Daimler-, Mercedes- und Bank-Aktien

DW. – Die neue Börsenwoche stand unter glücklichen Vorzeichen. Der Dollar rutschte wieder ab, und in den USA zeigte der Zinstrend leicht nach unten. Das nahmen inländische institutionelle Anleger zum Anlaß, ihre schon in der Vorwoche begonnenen Käufe zu forcieren. Im späteren Verlauf trafen auch Kaufaufträge aus dem Ausland ein, so daß das Geschäft bemerkenswert lebhaft war. Nachdem in der Vorwoche die Auto-Aktien eindeutig die Szene beherrscht hatten, rückten jetzt die Titel der Großchemie in den Vordergrund, inspiriert durch positive Berichte über den Konjunkturverlauf in der chemischen Industrie.

Von der starken Stellung im Pharmabereich profitierte Hoechst mit einem Plus von 5,50 DM, Bayer und BASF lagen um je 3,50 DM fester. Im Automobilbereich war der Tagesgewinn von Daimler mit plus 13 DM nochmals zweistellig. Mercedes folgten nur mit einem Gewinn von 5 DM. Für VW-Aktien ließ das Interesse spürbar nach. Bei den Bankaktien regte die bevorstehende Commerzbank-Pressekonferenz an, von der zumindest ein Hinweis auf die Dividendenhöhe für 1983 erwartet wird. Verstärkt hat sich das Interesse für Dierich-Holding, wo ein Tagesgewinn von 6 DM zustande kam.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 4 DM auf 272 DM und Balcke Dürr um 5 DM auf 155 DM. Edelstahl Witten stockten um 6 DM auf 176 DM auf. Nachgeben mußten Gerresheimer Glas um 4 DM auf 2124 DM und Wedag um 4 DM auf 148 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 12 DM auf 355 DM und Allianz Leben um 45 DM auf 2900 DM.

Frankfurt: Farben- und Autoaktien waren lebhaft gefragt. Von Neben- und Spezialwerten gaben Pittler um 5,50 DM auf 61,50 DM nach, während sich Audi NSU um 9 DM auf 290 DM verbessern konnten. Krauss-Maffei büßten 60 DM ein bei jetzt 2240 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 102,50 DM (plus 0,50 DM) gut behauptet. NWK-Vorzüge begannen mit 168 DM und lagen danach bei 169 DM (plus 2 DM). Triton wurden mit 130,50 DM (plus 2,50 DM) und Holsten Brauerei mit 272 DM (plus 2 DM) gehandelt. Phoenix Gummi blieben nach Schwankungen bei 165,50 DM unverändert. Markt und Kühlhallen gaben um 2 DM auf 288 DM nach.

München: Audi NSU erhöhten um 8 DM auf 279 DM, Augsburger Kammgarn stockten um 2 DM auf 93 DM auf und Gehe AG verbesserten sich um 8,50 DM auf 248 DM. Hutschenreuther schlossen mit 245 DM um 3 DM fester. Krauss-Maffei erhöhten sich um 30 DM auf 2350 DM und Wanderer Werke um 1 DM auf 266 DM.

Berlin: Berthold konnten sich um 5,50 DM und Rheinmetall um 4 DM verbessern. Herlitz Vorzüge und Schering lagen um 1 DM geringfügig freundlicher. Herlitz Stämme büßten 2 DM ein und Orenstein bröckelten um 1 DM.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 17. 10.: 1208 Optionen = 61 500 (48 775) Aktien, davon 239 Verkaufsoptionen = 12 100 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-70/17, 1-88/6, 1-90/4,50, 4-70/19,40, 4-80/11,40, 4-90/8,80, 4-95/5,30, 4-100/5, 7-100/6, Siemens 1-320/39, 1-350/25, 1-370/12,50, 4-390/25,80, 4-370/18,40, 4-380/15,20, 4-390/9, Veba 1-180/5,40, 1-182,50/3,95, 4-170/17, BASF 1-135/25, 1-144,30/17,80, 1-149,30/12,50, 1-150/12,20, 1-159,30/5,70, 1-160/5,60, 1-160,30/2,80, 4-150/18, 4-160/10, 4-170/7, 4-180/4, 7-160/17, 7-170/10,60, Bayer 1-136/34, 1-148/15, 1-150/12, 1-160/7, 1-168/5,20, 1-170/3,65, 1-180/2, 4-150/17, 4-160/10,60, 4-180/4,50, 7-160/15, 7-170/10, 7-180/8,10, Hoechst 1-134,50/34, 1-140/28, 1-144,50/24,80, 1-150/20, 1-160/11, 1-170/5,40, 1-180/2,60, 4-160/17,20, 4-170/10, 4-180/5,10, 7-170/15, 7-180/10, BMW 1-340/70, 1-410/16, 4-430/25, 7-430/35, VW 1-170/68, 1-220/19,80, 1-230/14,90, 1-240/9, 1-250/7,60, 4-220/28, 4-250/11,40, 4-260/8, 7-240/21, 7-280/11,60, Conti Gummi 1-85/25, 1-110/12, 1-120/5,40, 4-110/16, 4-120/9,10, 7-120/12, Lufthansa Vz 4-130/7,90, Commerzbank 1-170/11,40, 1-180/8, 1-200/2,20, 4-170/18,70, 4-180/11, 4-190/7,40, 7-180/16,60, 7-190/9,50, 7-200/6,80, Dt. Bank 1-320/8, 1-310/10, 1-330/5,38, 1-340/3,40, 4-330/14,40, 7-320/23, 7-330/15,40, Dresdner Bank 1-170/12, 1-180/6,80, 1-190/3,50, 1-200/2,60, 7-200/5,40, Hoesch 1-100/7,90, 4-100/11, 4-110/6,40, 4-120/2,50, 7-100/16,40, 7-110/8,80, 7-120/6,40, Mannesmann 1-140/8, 1-150/3,90, 4-160/4,40, 7-140/18, 7-160/8, Thyssen 1-80/5,10, 1-85/3,50, 4-70/15,45, 4-75/12,45, 4-80/8,05, 7-80/12, 7-85/8,55, Bayr. Hypo 1-300/10,60, Babcock St. 1-180/6, 4-180/16,60, Karstadt 1-270/30, 4-280/13,40, Klöckner 1-40/5, 1-45/2, 4-40/6,50, 4-45/3,70, 7-40/7,35, 7-45/4,90, Metallgesellschaft 4-210/18,40, 4-220/8,90, RWE St. 1-180/5,50, Schering 7-350/35, Varta 4-190/10, 7-180/20, VEW 1-130/5, 4-130/6,60, Chrysler 1-80/8,55, 7-85/11,95, Sperry Rand 7-100/48, Xerox 1-120/10,80, 4-120/16,50, Philips 4-40/6,95, 4-45/3,95, Royal Dutch 1-130/5,50, Elf 4-60/5,90, 4-70/5,25, Norsk Hydro 1-105,20/83. Verkaufsoptionen: AEG 1-75/0,90, 1-80/1,80, 1-85/4, 4-80/2,95, 4-85/7, Siemens 1-350/3, 4-350/7, Bayer 1-140/1,85, BMW 1-390/5, 4-380/4, 7-350/3,50, VW 1-230/4, 4-230/3,45, 4-230/7, 7-220/5,40, Conti Gummi 1-120/2,80, 4-110/1,40, Lufthansa Vz 7-120/3,40, Commerzbank 1-160/1, 1-170/4, Dt. Bank 1-300/4, 7-300/7,50, Dresdner Bank 1-170/2, 4-170/2,50, 7-160/9, Hoesch 4-100,4,80, 7-95/3,60, 7-100/6, 7-110/11, Preussag 1-260/4,20, 1-270/10, 4-270/12,95, 7-260/11, Thyssen 4-75/3, Bayr. Vereinsbank 1-320/5,20, BBC 4-220/7,50, Babcock St. 4-170/4, GHH St. 7-140/4, Kali und Salz 1-200/3,75, 1-220/15, Chrysler 1-75/3, General Motors 4-300/11,50, IBM 1-320/6, Litton 1-170/7,50, Sperry Rand 4-120/10.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅜– 9½	5⅜–5⅝	3⅜–3⅝
3 Monate	9½– 9⅝	5⅝–5⅞	4 –4⅛
6 Monate	9⅝– 9¾	5⅞–6	4⅛–4⅜
12 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6¼	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1761,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1113,00	1319,31
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	604,20
1 £ Sovereign alt	239,00	295,26
1 £ Sovereign Elizabeth II	235,00	290,70
20 belgische Franken	186,00	239,40
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	236,00	290,70
Krüger Rand, neu	1060,00	1248,30
Maple Leaf	1059,00	1247,16
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	250,00	312,36
20 schweiz. Franken „Vreneli"	208,00	261,06
20 franz. Franken „Napoléon"	204,00	256,50
100 österr. Kronen (Neuprägung)	979,00	1179,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	444,00	546,06
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

17. 10. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,5927	2,6007	2,5875	2,55	2,64
London¹)	3,898	3,912	3,88	3,84	3,99
Dublin¹)	3,094	3,108	3,06	3,01	3,16
Montreal³)	2,1041	2,1131	2,0875	2,06	2,15
Amsterd.	89,145	89,365	89,00	88,00	90,00
Zürich	123,420	123,630	123,25	122,25	125,00
Brüssel	4,901	4,921	4,80	4,72	4,94
Paris	32,630	32,780	32,50	31,50	33,50
Kopenh.	27,570	27,690	27,35	26,50	28,50
Oslo	35,530	35,640	35,25	34,50	36,25
Stockh.**)	33,300	33,460	33,05	32,50	34,25
Mailand²) **)	1,639	1,649	1,63	1,61	1,71
Wien	14,198	14,238	14,195	14,10	14,32
Madrid**)	1,715	1,725	1,695	1,62	1,74
Lissabon**)	2,090	2,110	2,09	1,70	2,50
Tokio	1,1165	1,1195	–	1,07	1,13
Helsinki	46,030	46,230	45,75	45,00	46,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,43
Athen*) **)	2,751	2,788	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3665	2,3785	–	2,32	2,42
Johannesbg.*)	2,3085	2,3215	–	2,10	2,35

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der unerwartete Rückgang der amerikanischen Geldmenge um 1,1 Mrd. Dollar nährte erneut Hoffnungen auf schwächere Dollar-Zinsen. Der Dollar-Kurs gab bereits am New Yorker Markt bis 2,5950 nach. In Europa bewegte er sich am 17. 10. bei teilweise hektischem Marktgeschehen zwischen 2,5930 und 2,6020. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,5967 festgestellt. Die DM verbuchte zu Beginn der neuen Woche gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen überwiegend Kursgewinne. Das britische Pfund schwächte sich um 1,5 Pf auf 3,905 ab. Der japanische Yen gab um 0,45 Pf auf 1,1180 nach. Eine Ausnahme bildete der Schweizer Franken, der sich um 18 Pf auf 123,52 befestigte. Dollar in: Amsterdam 2,9080; Brüssel 52,83; Paris 7,9335; Mailand 1578,30; Wien 18,2650; Zürich 2,1023; Ir. Pfund/DM 3,101; Pfund/Dollar 1,5038.

Ostmarkkurs am 17. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Nach der Bekanntgabe der Geldmenge am Freitagabend kam es am 17. Oktober zu einem Rückgang der Dollar-Depots um ¼ Prozent, engere Dollar-Termin-Depots gegen D-Mark waren die Folge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,96/0,86	2,52/2,42	4,82/4,72
Pfund/Dollar	0,03/0,06	0,10/0,13	0,18/0,23
Pfund/DM	1,90/0,50	4,00/2,60	7,30/5,90
FF/DM	29/13	80/64	164/148

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17. 10.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,1–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 17. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,66) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.



Management by FRITZ®
Management by FRITZ
Management by FRITZ
TA

Probleme mit zwei Strukturen auf einer kleinen Insel

Von E. ANTONAROS

Die Wiedervereinigung Zyperns ist nicht nur aus politischen Gründen ein Muß. Unsere Insel ist einfach zu klein, um zwei voneinander völlig unabhängig operierende Wirtschaftsstrukturen vertragen zu können." Dieses von Staatspräsident Spyros Kyprianou immer wieder benutzte Argument hat neuerdings brennende Aktualität gewonnen. Denn auch das Wirtschaftsparadies Zypern, das ganz gewiß nach wie vor eine Art von wirtschaftlicher Oase inmitten von fast bankrotten Staaten im östlichen Mittelmeerraum ist, beginnt langsam die Weltwirtschaftskrise zu spüren.

Zugegeben: Was sich in den letzten neun Jahren, also seit der De-facto-Teilung der Insel im Sommer 1974, auf Zypern ereignet hat, ist zweifellos ein kleines Wirtschaftswunder. Obwohl durch die Besetzung des nördlichen Inselteils durch die türkischen Truppen knapp 70 Prozent der gesamten Inselressourcen, darunter die größten Zitrusfrüchte-Plantagen, die wichtigsten Bergwerke und die Touristenstädte Famagusta und Kyrenia, verlorengegangen sind, haben die Inselgriechen gezeigt, daß sie tüchtige Geschäftsleute sind. Nur fünf Jahre nach dem Desaster von 1974 hatten sie im wirtschaftlich eher uninteressanten Süden den Stand aus der Zeit vor der türkischen Invasion erreicht.

Am beeindruckendsten ist der Erfolg im touristischen Bereich: In den ersten acht Monaten von 1983 reisten 394 399 Ausländer nach Zypern. Für 1983 wird mit Touristik-Einnahmen in der Höhe von umgerechnet knapp 730 Millionen Mark gerechnet, alle Hotelbetten in den neuen Ferienorten Limassol, Paphos und Ayia Nappa sind belegt gewesen, 19 000 Inselgriechen sind direkt oder indirekt in der Fremdenverkehrsindustrie beschäftigt.

Aber der Fremdenverkehr ist nicht der einzige Erfolg. Die Zyprioten konnten bisher als unfruchtbar geltende Gebiete im Inselsüden in ertragsreiche Apfelsinen-Plantagen umwandeln. Trotz von der Europäischen Gemeinschaft aufgestellter Importbarrieren konnten zahlreiche Klein- und mittlere Betriebe der Textil- und Bekleidungsbranche mit ihren erstklassigen Exportprodukten Fuß in Westeuropas schwierigen Märkten fassen.

Schließlich profitierte die Insel vom Bürgerkrieg im Libanon. Zu Tausenden flüchteten reiche Libanesen und andere Araber nach Zypern, zahlreiche Firmen verlegten ihren Sitz nach Nikosia.

Von 1974 bis 1981 wurde der gezielte Versuch unternommen, Zyperns angeschlagene Wirtschaft mit Hilfe von „Notstandsplänen" zu stabilisieren, weil die Besetzung von 37 Prozent des Inselterritoriums durch die Türken die Wirtschaft völlig aus dem Gleichgewicht gebracht hatte. Die Staatskassen waren leer, enorme Devisenbeträgen waren in türkische Hände geraten, jeder dritte Inselgrieche war über Nacht arbeitslos geworden, knapp 150 000 Flüchtlinge, ein Drittel der Gesamtbevölkerung, mußten in den ersten Jahren in Zeltstädten und Notunterkünften leben.

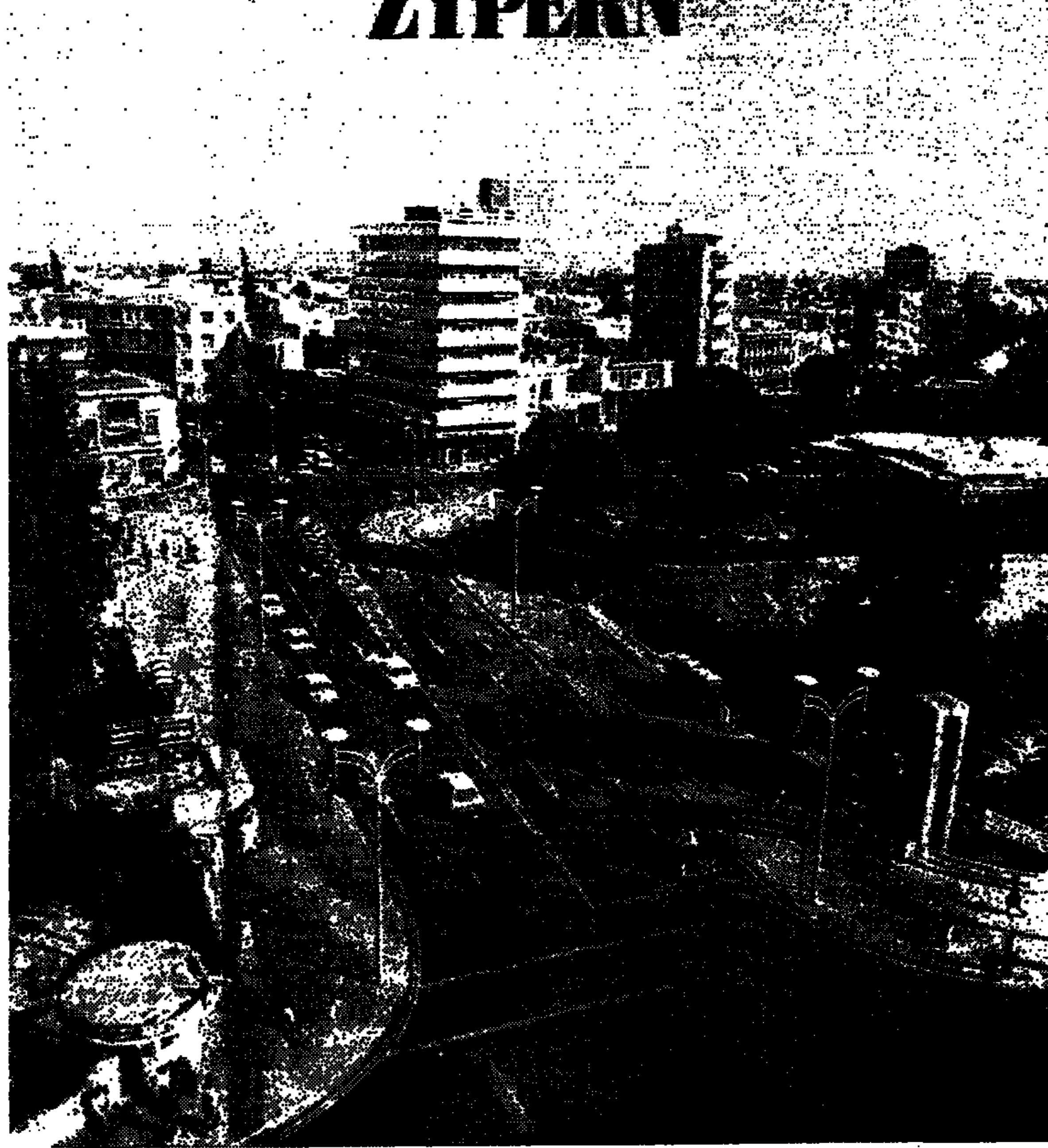
1982 waren die Wirtschaftsplaner soweit, daß sie einen normalen mittelfristigen Entwicklungsfünfjahresplan für die Periode 1982 bis 1986 ausarbeiten konnten. Vorangegangen waren drei besonders kritische Jahre, 1979 bis 1981, die die damalige Regierung zu einer rigorosen Sparpolitik gezwungen hatten. Weil die Inflation in die Höhe zu schnellen drohte, wurden die Gehälter praktisch eingefroren, ein Exportförderungsprogramm, kombiniert mit der Schaffung von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, wurde eingeleitet. Diese Maßnahmen zeigten bald beachtenswerte Erfolge: Die Jahresinflation sank von 13,5 Prozent in 1980 auf 10,8 Prozent in 1981 und knapp 6,5 Prozent im letzten Jahr, ebenfalls zurückgegangen ist das Handelsdefizit.

Anfang Oktober brachte die zyprische Handelskammer ihre Sorge über die inzwischen schon wieder leicht rückläufigen Exporte, die zunehmende Arbeitslosigkeit und die nicht unbeträchtliche Auslandsverschuldung zum Ausdruck. Daraufhin bezeichnete das Finanzministerium die allgemeine Wirtschaftslage als „nicht schlecht".

Weil die zyprischen Textilprodukte wegen der ständig wachsenden Arbeitskosten für den westeuropäischen Markt immer teurer werden und verschiedene Abnehmer bereits fernöstliche Lieferanten vorziehen, ist der Nahe Osten zum wichtigsten Kunden der zyprischen Industrie geworden. Fast die Hälfte der gesamten Exporteinnahmen kommen aus dem arabischen Raum.

Diese Abhängigkeit birgt allerdings Gefahren in sich. Vor allem kleinere Unternehmen können zusammenbrechen, wenn ein arabisches Land, wie es unlängst mit Libyen der Fall gewesen ist, seine Devisenüberweisungen aus welchen Gründen auch immer verzögert.

Verunsichert fühlen sich schließlich vor allem einige westliche potentielle Investoren wegen des großen Einflusses der prokommunistischen Akel-Partei in der zyprischen Politik. Doch seit der Gründung der Republik Zypern vor 23 Jahren haben sich die Inselkommunisten äußerst zurückhaltend verhalten und fast nie die Regierung unter Druck gesetzt, nicht einmal wegen Lohnforderungen. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Akel-Führung diese Haltung in absehbarer Zeit ändern könnte.



Blick auf Nikosia intra muros. Rechts das Rathaus FOTO: DIE WELT

UNO-Beschluß nur für taube Ohren?

Auch im zehnten Jahr der Teilung ist eine Lösung des Zypern-Problems weit entfernt. Selbst kleine Schritte zu einem besseren Miteinander werden nicht unternommen. Immer noch ist das Schicksal von etwa 2000 Personen ungeklärt, die in die Hände der türkischen Truppen gerieten. Immer noch ist Famagusta eine Geisterstadt. Und in Nikosia steht ein völlig intakter Flugplatz ungenutzt im Niemandsland.

Obwohl die Vereinten Nationen in seltener Einmütigkeit die Türkei zum Abzug ihrer Truppen aufforderten, ist das Interesse der Welt an der Insel gering. Und die Regierung in Nikosia weiß, daß sie daran nicht ganz unschuldig ist. Sie hatte die Wahl, die Flüchtlinge aus dem Norden in Lagern vegetieren zu lassen, als dauernde Anklage und Pressionsinstrument auf das Gewissen der Welt, oder sie zu integrieren. Sie hat sich zur Humanität entschieden.

Keiner weiß, wo nun der Schlüssel für eine Lösung des Problems liegt, ob in Ankara, Athen, Washington oder Nikosia. Sicherlich hat aber das Problem zwei wesentliche Momente:

Da ist einmal das Unterlegenheitsgefühl der türkischen Zyprioten gegenüber den griechischen. Ein Syndrom, für das die griechischen Zyprioten Mitverantwortung tragen und das nur sie selbst abbauen können und müssen.

Und da ist die strategische Seite, vor allem die Bedeutung der Türkei für die Allianz, die die USA hindert, Druck auf Ankara auszuüben. Aber, muß die Allianz sich fragen lassen, darf die Stabilität in der Region mit der Zerrissenheit eines Volkes erkauft werden?.

Europa kann in beiden Momenten seine Hilfe anbieten. Es kann Unterstützung offerieren für Objekte, die beide Seiten zusammenführen, und tut dies schon in Nikosia. Ho.

INTERVIEW MIT DEM ZYPRIOTISCHEN PRÄSIDENTEN, SPYROS KYPRIANOU

Teilung heißt Konflikt für die ganze Region

DIE WELT: Herr Präsident, fast zehn Jahre sind seit der Invasion und Besetzung Ihrer Insel verstrichen. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage? Gibt es positive Anzeichen für eine Lösung des Problems?

Kyprianou: Zunächst einmal möchte ich betonen, daß die annähernd zehnjährige Besetzung Zyperns um so unfaßbarer erscheint, als die internationale Völkergemeinschaft bislang nicht in der Lage war, etwas dagegen zu tun. Vor allem aber ist es ihr nicht gelungen, die Türkei von ihrer Teilungsphilosophie abzubringen, dem größten Hindernis auf dem Wege zu einer friedlichen Beilegung des Zypern-Problems.

Wenn wir auch nicht gerade überschäumen vor Zuversicht, so erkennen wir doch zur Zeit angesichts der kürzlich von der UNO-Generalversammlung gefaßten Resolution eine Wiederbelebung des Interesses an der Zypern-Frage und eine zunehmende internationale Unterstützung.

Und das ist sehr wichtig. Nicht nur die Resolution ist außerordentlich positiv, die stärkste übrigens, die jemals von den Vereinten Nationen gefaßt wurde, sondern auch die Zahl der Stimmen zu unseren Gunsten sowie die Anteilnahme während der Debatte vor der Generalversammlung. Bilaterale Kontakte mit verschiedenen Regierungen haben ebenfalls bewiesen, daß die Zypern-Frage im Blickpunkt steht.

Wie Sie wissen, haben die langjährigen interkommunalen Gespräche kein Ergebnis gezeitigt trotz des ständigen Entgegenkommens und guten Willens von seiten der zypriotischen Regierung. Wir begrüßen daher die Absicht des UNO-Generalsekretärs, sich persönlich des Problems im Hinblick auf etwaige Fortschritte bei den Verhandlungen anzunehmen. Das ist der gegenwärtige Stand der Dinge.

DIE WELT: Sie sagten erst kürzlich, man könnte einer Lösung schon wesentlich näher sein, wenn die USA ihr diplomatisches Gewicht voll ins Spiel gebracht hätten. Allerdings kommen Sie den Vereinigten Staaten auch nicht gerade sehr entgegen. So bieten Sie ihnen z. B. keine Militärbasen an.

Kyprianou: Wir sind im Prinzip gegen Militärbasen jeglicher Art. Es war der Eindruck entstanden, die USA hätten um solche Basen ersucht. Allerdings wurde dieses Anliegen in Wirklichkeit nie an uns herangetragen.

DIE WELT: Das Hauptinteresse Washingtons gilt der globalen Sicherheit der USA. Und in diesem Kontext wäre es möglich, daß die Türkei für Washington wichtiger ist als Zypern. Glauben Sie nicht, daß die EG – und hier ganz besonders Deutschland – eine aktivere Rolle in Ihrem Sinne spielen könnte?

Kyprianou: Selbstverständlich. Ich meine nämlich, daß die Vereinigten Staaten in der Lage sind, die Türkei in unserem Sinne zu beeinflussen. Ich glaube auch, daß ein friedliches Zypern im Interesse Washingtons liegt. Und wenn wir einen dauerhaften Frieden auf Zypern erreichen wollen, so kann dieser sich nur auf eine dauerhafte Lösung der Zypern-Frage, jedoch nicht auf eine Teilung der Insel gründen.

Denn Teilung heißt Konflikt. Das gilt durchaus nicht nur für Zypern, sondern für die gesamte Region. Sollte eine neue Zypern-Krise entflammen, so würde diese nicht nur auf Zypern begrenzt bleiben, sondern mit Sicherheit auch Griechenland und die Türkei hereinziehen. Und dies könnte gar nicht im Interesse der USA liegen.

Bevor ich nun auf Ihre Frage nach dem Engagement der EG eingehe, möchte ich noch etwas zur Rolle der USA sagen: Die von der Türkei benutzten Waffen waren Lieferungen aus den USA. Diese waren der Türkei in ihrer Eigenschaft als Mitglied der NATO überlassen worden. Aber diese Waffen – Flugzeuge, Panzer, Kugeln usw. – wurden gegen Zypern eingesetzt. Das ist nicht nur eine Verletzung internationalen, sondern auch amerikanischen Rechts!

Wie Sie wohl wissen, sagte ich bereits in einem anderen Interview, daß der amerikanische Steuerzahler die Besetzung Zyperns unterstützt. Somit stellt sich hier nicht nur die Frage nach dem amerikanischen Interesse, sondern auch nach der Verantwortung Washingtons für Zypern. Und Washington muß alles tun, um die Besetzung Zyperns zu beenden.

DIE WELT: Doch die Reaktion sowohl im Hinblick auf die Verantwortung Washingtons als auch auf die Verletzung amerikanischen Rechts durch die Türkei war während der letzten zehn Jahre innerhalb der US-Regierung eher schwach.

Kyprianou: Das stimmt. Wenn Sie sich erinnern, wurde ein Embargo gegen die Türkei erhoben. Die ganze Zeit aber versicherte die Regierung in Washington der Türkei, dieses Embargo würde wieder aufgehoben. Ich will mich hierzu nicht weiter auslassen, möchte aber noch einmal unterstreichen, daß ein vollkommen unabhängiges und friedliches Zypern im Interesse der USA, Griechenlands, der Türkei sowie aller Länder in der Region liegt. Dieses Ziel kann aber nur ohne türkische Truppen auf zypriotischem Boden erreicht werden.

Jetzt zu Europa: Natürlich kann die EG helfen, ganz speziell aber die Bundesrepublik Deutschland auf Grund ihrer engen Beziehungen zur Türkei. Außerdem muß doch die EG Interesse für uns aufbringen, da Zypern mit der Gemeinschaft assoziiert ist. Wir streben die Zollunion und eine komplette Eingliederung an. Auch hoffen wir, bald in Verhandlungen hierüber eintreten zu können.



Spyros Kyprianou, Präsident Zyperns FOTO: DIE WELT

DIE WELT: In Ihrem Land gibt es verschiedene Auffassungen zur Lösung des Zypern-Problems. Unter dem Strich jedoch scheint mir, daß jeder Politiker in Ihrem Land in der Sache mit Ihnen übereinstimmt. Ist das so?

Kyprianou: Das ist richtig. In der Kernfrage besteht Übereinstimmung. Es gibt lediglich unterschiedliche Auffassungen in Detailfragen und unter Umständen im Hinblick auf die anzuwendende Taktik.

Nun lassen Sie uns zu den Zugeständnissen kommen, die von unserer Seite gemacht wurden. Der verstorbene Präsident Makarios unterbreitete 1977 Vorschläge, die wirklich sehr weit gingen. Die Quasi-Akzeptanz einer Föderation auf zypriotischem Boden war eine ganz große Konzession. Sie wäre in der Vergangenheit schlicht undenkbar gewesen und wurde stets von den britischen Institutionen und Experten während der Kolonialzeit ausgeschlossen. Wir gingen sogar soweit, eine geographische Karte vorzulegen in der Annahme, es gäbe einen Verantwortlichen auf der türkischen Seite, was jedoch nicht der Fall war.

Es stellt sich jetzt die Frage: Was wollen wir überhaupt? Wir haben die Idee einer Föderation angenommen und möchten über dieses Konzept verhandeln. Doch wenn die Türken auch weiterhin nicht von ihrem Teilungsgedanken abweichen, ist das natürlich eine andere Sache.

Entscheidend ist nicht, was wir tun können, da auf unserer Seite bereits alles Erdenkliche unternommen wurde. Unerläßlich ist vielmehr, daß die Türkei ihre Einstellung zur Zypern-Frage radikal ändert. Und wenn ich von der türkischen Einstellung sprechen, dann meine ich die türkische Regierung in Ankara. Denn Denktash mag noch so auftrumpfen, im Endeffekt entscheidet doch die Türkei.

Und das ist bedauerlich. Ich meine nämlich, wenn die türkischen Truppen nicht hier wären, würde die Mehrheit der türkischen Zyprioten der Politik Ankaras nicht zustimmen. Da die türkischen Zyprioten z. Z. aber nicht frei sind, können sie auch nicht aussprechen, was sie wollen. Doch ich bin sicher, auch sie wissen, daß ihr Wohlergehen und ihr Wohlstand in der Einheit des Landes und seines Volkes liegt.

DIE WELT: Was halten Sie denn von der Volksbefragung, die Denktash durchführen möchte?

Kyprianou: Ich bin nicht sicher, daß er dieses Referendum auch durchsetzen wird. Andererseits aber bin ich überzeugt, daß dies nur unsere Gespräche weiter erschweren würde.

Helfen würde ihm ein solches Referendum allerdings kaum. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß die Mehrzahl der Völker der Erde eine weitere Teilung hinnehmen würde, die doch zwangsläufig weiteren Konfliktstoff bedeutet.

DIE WELT: Könnten Sie sich vorstellen, daß anläßlich einer Volksbefragung die Majorität der türkischen Zyprioten sagen könnte: Wir wollen von unseren griechischen Landsleuten nicht getrennt werden?

Kyprianou: Leider werden diese Menschen nicht die Chance haben, sich in diesem Sinne zu äußern. Gäbe es keine türkischen Truppen auf der Insel, wäre das eine ganz andere Geschichte. Wenn man von einem Referendum und Selbstbestimmung spricht, kann man damit nicht die Selbstbestimmung zweier getrennter Völkergemeinden meinen. Das gibt es nun einmal nicht. Wenn ein solches Konzept auf der ganzen Welt angewandt würde, wäre meiner Ansicht nach heute praktisch jedes Land gespalten, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika. Das gilt ganz besonders da, wo ethnische Kriterien im Spiel sind.

DIE WELT: Erstaunlich ist die Friedfertigkeit der zypriotischen Jugend. Sie haben hier große britische Militärbasen sowie türkische Besatzungstruppen. Und doch ist die Jugend so unaggressiv. Wie lange wird sie dies Ihrer Meinung nach noch bleiben?

Kyprianou: Das ist schwer zu sagen. Glauben Sie aber bitte nicht, unsere Jugend sei politisch desinteressiert. Im Gegenteil, die jungen Leute sind brennend an Politik interessiert. Aber sie sehen, daß wir unsere Ziele nur mit friedlichen Mitteln verfolgen können, damit wir schließlich das erreichen, was uns allen zusteht.

Die Lage auf Zypern ist in der Tat provokant: Die Leute sehen jenseits der Demarkationslinie ihre Häuser, die sie nicht betreten können. Ihre Dörfer liegen zum Teil nur einen Steinwurf von ihnen entfernt. Dennoch erlaubt man ihnen nicht, hinüberzugehen. Das übersteigt das Fassungsvermögen eines jeden Menschen.

Doch haben wir immer noch Hoffnung und den festen Glauben an eine friedliche Lösung. Und wir sind gewillt, unsere ganze Kraft hierfür einzusetzen.

Die Fragen für die WELT stellte H.-H. Holzamer

PAPHOS

Die Stadt des Paulus und des Makarios

Es ist gar nicht so lange her, da galt Paphos als ein verträumtes Städtchen im Südwesten Zyperns, weit weg von den üblichen Touristenpfaden. Als die Geburtsstadt von Erzbischof Makarios war es damals ein Ort, den die Zyprioten – auch wegen seiner Naturschönheiten – für sich behalten wollten.

Inzwischen hat der Tourismus auch diesen Teil Zyperns entdeckt. Trotzdem hat Paphos kaum etwas von seiner natürlichen Schönheit eingebüßt. Keine Betonburgen, keine gegen die Sonne emportreibenden Wolkenkratzer sind in der Stadt des Apostels Paulus und der Liebesgöttin Aphrodite anzutreffen. Kein Hotel, kein Wohnhaus darf mehr als drei Stockwerke haben.

Auch unten am Hafen, den die Einheimischen „Saranda Kolones" (40 Säulen) nennen, sind die Fischtavernen so geblieben, wie sie schon vor *zwanzig Jahren waren. Griechischer* Bauernsalat, Schafskäse, Oliven, Tintenfische, Rotbarben, Krabben und Langusten gibt es zu vernünftigen Preisen.

Aber Paphos hat erheblich mehr als Gaumenfreuden und Sonnenschein anzubieten. Hier sollen der *Apostel Paulus und der heilige* Barnabas im Jahr 45 n. Chr. den römischen Gouverneur Sergius Paulus zum Christentum bekehrt haben. Heute noch ist im Vorhof der Stadtkathedrale die sogenannte Paulus-Säule aus Marmor zu sehen, wo der Gouverneur den Apostel vor seiner Bekehrung geißeln ließ. Auf dem Weg nach Limassol, gleich nach einer phantastischen Kurve, ist die Petra Tou Romiou anzutreffen, ein weißer Fels, wo Aphrodite „aus dem Schaum geboren wurde".

Mitten in der Stadt, unweit von der Paulus-Säule, gibt es in einem Haus aus dem späten dritten Jahrhundert einige der am besten erhaltenen Mosaiken im gesamten Mittelmeerraum, mit phantastischen Jagd- und Trinkszenen. Paphos ist ganz gewiß eine Reise wert.

E. A.

ZYPERN
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

KEIN SPAZIERGANG DURCH NIKOSIA

Mitten durch diese Stadt geht der schlimme Schnitt der Teilung

„Wir müssen Brücken bauen, keine abreißen", hatte Nikosias Bürgermeister Lellos Demitriades gesagt. Und wie recht er hatte, sah ich, als ich in der Nähe der Markthalle der alten Stadt an die Demarkationslinie kam. Schon die Straßen vorher waren leer, aus wenigen Häusern kam Musik, griechisch, traurig und blechern. Die Pentadaktylos-Straße endete unvermittelt an einem über die Straße gemauerten Unterstand, der mit senkrechten blauen und weißen Streifen bemalt war. Hier endete die Straße, als hätte man ihr die fünf Finger (so die deutsche Übersetzung) abgehackt.

Alt-Nikosia, die Stadt hinter den Mauern mit ihren elf venezianischen Toren, ist rund wie eine Torte. Und mitten hindurch geht der Schnitt der Teilung. Eine Wunde, die nicht vernarbt. Als wäre es erst ein paar Tage und nicht schon neun Jahre her, künden leere Fenster, verkohlte Balken, Einschußspuren, *Stacheldraht* und blechtonnenbewehrte Unterstände von dem Anschlag auf diese einst so lebensfrohe Stadt des Südens.

Die alte Geschäftsstraße ist nun öd und stumm

„Apo pou iste? Pou pate?" Woher kommen Sie, wohin wollen Sie? Zwei junge Soldaten stoppten meinen Weg zu ihrem Unterstand. Die andere Seite sehen, war meine Antwort. „They shoot you", kam ihre Erwiderung auf englisch, weil sie den Fremden erkannten. Sie werden auf dich schießen. Mit „Sie" waren die Türken gemeint.

Auch aus dem Unterstand, in den die Soldaten mich dann ließen, war nur wenig zu sehen. Unkrautbewachsene Straßenränder, ein halb heruntergerissenes Rollo, weiter weg, hinter der Hermesstraße, auf einem Dach eine türkische Fahne. Die Hermesstraße, einst die Hauptgeschäftsstraße der Stadt und jetzt im mittleren Teil der Stadt Grenzlinie, war öd und stumm, tot.

„Nikosia ist eine sterbende Stadt", hatte der Bürgermeister gesagt. Er *meinte die Altstadt, vor ihren Toren,* im nicht besetzten Teil hat sich ein neues Zentrum herausgebildet, ein neues Herz, das pulsiert, mit neuen Stadtteilen, in denen Zigtausende Flüchtlinge ein Heim gefunden haben.

Doch jetzt hat die Stadtverwaltung erkannt, daß es ein Fehler war, die halbierte Altstadt zu vernachlässigen. Das Famagusta-Tor, obwohl hart an der Demarkationslinie liegend, wurde zu einem kulturellen Zentrum. Und Demitriades bemüht sich um Kontakte zur anderen Seite, um an kommunaler Gemeinsamkeit zu retten, was zu retten ist.

„Ich habe zweieinhalb Jahre gebraucht, um die Zusammenarbeit des Bürgermeisters auf der anderen Seite zu gewinnen", hatte mir Demitriades in seinem Amtszimmer an der Stadtmauer im D'Avila-Tor erzählt. „Das größte Hindernis war, daß sie glauben, wir seien klüger als sie und würden sie austricksen."

Heute hat der OB sogar eine Telefonleitung zu seinem Kollegen von der anderen Seite, Mustafa Akinci. Sie geht nicht von Schreibtisch zu Schreibtisch, aber zu einer Stelle im türkisch-zypriotischen Teil, die der türkische Zypriot in wenigen Minuten erreichen kann. Und es gibt ein gemeinsames Vorhaben, eine Kläranlage für die ganze Stadt, mit EG-Mitteln finanziert. Von der Gesamtsumme von 11 Mio. Dollar sollen 7 der anderen Seite zugute kommen. Dieses gemeinsame Vorhaben läuft nach „besonderen Verfahren", hat aber Mißtrauen abbauen können. Schon denkt man an andere gemeinsame Vorhaben, wie Trinkwasserversorgung und ein städtisches Planungskonzept.

Andere Probleme bleiben ungelöst. Die Freigabe der Hermesstraße blieb ebenso ein Wunschtraum wie die des Flughafens. Er liegt im von der UNO kontrollierten Niemandsland außerhalb der Stadt. „Das ist außerhalb meiner Reichweite", war zu dieser Frage die Antwort des Bürgermeisters gewesen, „aber ich hätte die Maschinerie." Demitriades meinte Kontakte und das nötige Geschick.

Aber in wessen Reichweite, fragte ich mich auf dem weiteren Weg durch die Stadt. Die interkommunalen Gespräche, das heißt zwischen der griechisch und der türkisch sprechenden Gemeinschaft, ruhen seit Monaten. Der „Interlocuteur" auf der Regierungsseite, Mavromadis, hatte mir bestätigt, daß er über keinerlei Kontakt mehr verfüge. Die UNO, deren Markierungen ich an der Trennungslinie vor der Paphos-Straße *sah, hatte wohl auch keine Möglichkeiten.*

Die UNO ist da, um Schlimmeres zu verhindern. Wer würde die Türken aufhalten, wenn sie weiter vorrückten, wurde ich mehr als einmal gefragt. Es ist unvergessen, daß sich die Besetzung, auch in Nikosia, in mehreren Schüben vollzog. Gab es eine Absprache zwischen Ankara und Washington über das Ausmaß der Besetzung? „Our friends have gone too far", wird Henry Kissinger zitiert, angesprochen auf die Besetzung von Famagusta. Da sind sie „zu weit gegangen". Und die Besetzung des ganzen Nordteils der Insel und der Hauptstadt – war das erlaubt?

Parallelen zu Berlin drängen sich auf

Der Fußmarsch an der Demarkationslinie von Nikosia riß Fragen auf, *auf die es keine* Antworten *gab. Die* Erschütterung ging tief. Es waren Empfindungen, ähnlich denen, die aus Berlin noch in die Seele eingegraben sind; trotz der völlig anderen politischen Bedingungen.

An der Maroniten-Kirche in der Fevieros-Straße erreichte ich das Ende der Grenzlinie der Altstadt. Sie stand wie ein Fels zwischen Unterständen und Verhauen. Aus dem Nahen Osten waren die Maroniten vor den Ottomanen geflohen, suchten auf der Insel Zuflucht für sich und ihren Glauben. Und mußten nun wieder fliehen. Ihr zentrales Siedlungsgebiet liegt im Norden.

Der Marsch hatte einige Stunden gedauert. Bei einer Veranstaltung griechischer Künstler im Amphitheater Nikosias wollte ich mich ausruhen. Sie sangen Lieder aus ihrer kleinasiatischen Heimat, Kindeskinder von Flüchtlingen auch sie. Die Zyprioten kannten alle Texte, sangen mit, wohl um nicht zu heulen.

H.-H. HOLZAMER

Auf einen Blick

Das Angebot an Hotelbetten beläuft sich gegenwärtig auf 21 848 (Stand 31. 6. 83) in durch die Fremdenverkehrszentrale genehmigten Hotelbetrieben (Hotels und Hotelapartments). Zusätzliche Hotels mit einer Kapazität von 6078 Betten befinden sich zur Zeit im Bau. Die Errichtung weiterer Hotels wird von der Zentrale jedoch nicht ermutigt, damit die Insel ihren Charakter behält.

Die touristischen Ankünfte insgesamt stiegen während der ersten sechs Monate d. J. von 213 746 auf 223 840. Das ist ein Zuwachs von 4,7%. Im selben Zeitraum erhöhten sich die Ankünfte aus Deutschland um 7,7%, d. h. von 15 748 auf 16 924.

1982 kamen 53,3% aller Deutschen als Pauschalreisende. 46,7% reisten individuell.

Das Gesamteinkommen des zypriotischen Fremdenverkehrs betrug im letzten Jahr ca. 690 Millionen DM. Davon entfielen ca. 46 Millionen DM auf deutsche Touristen.

Zypern ist nach wie vor ein Land des Qualitätstourismus. Das belegen u. a. die folgenden Zahlen: 28,8% der deutschen Zypern-Reisenden verfügen über ein jährliches Netto-Haushaltseinkommen von 75 000 DM und mehr.

Der Tourist aus der Bundesrepublik (Durchschnittsalter 30–44 Jahre) gab im Schnitt 1500 DM während seines Aufenthaltes aus.

Pauschalreisen nach Zypern werden zur Zeit von 30 deutschen Reiseveranstaltern angeboten (u. a. Airtours, Touropa, NUR). ADAC-Reise-GmbH., München, Hetzel Reisen, Stuttgart, Marakis Reisen, Berlin, Transcolonia, Köln, sowie Unger Flugreise GmbH., Berlin, haben *Zypern in der Wintersaison 1983/84 erstmalig* im Programm.

Trotz weltweit gestiegener Preise sind Reiseangebote nach Zypern immer noch sehr günstig. Nachstehend zwei Beispiele:

Ein zweiwöchiger Aufenthalt mit Halbpension während der Wintersaison (1. November bis 31. März) kostet zur Zeit
ca. 1700 DM im 5-Sterne-Hotel u.
ca. 1400 DM im 3-Sterne-Hotel.

Auch die Nebenkosten sind für den Urlauber mehr als erschwinglich. So gibt man z. B. für ein gutes Essen in einer Taverne im allgemeinen 12 DM aus und mietet ein Auto zu 40 DM pro Tag.

HOTELS, die wir empfehlen:

Ayia Napa
Grecian Bay; Florida Beach Hotel; Nissi Beach; Nissi Park Hotel

Larnaca und Umgebung
Four Lanterns; Beau Rivage Hotel; Marlandy Hotel; Ioanna Hotel; Sveltos Beach Hotel Apartments

Limassol
Amathus Beach Hotel; Apollonia Beach Hotel

Paphos
Paphos Beach Hotel, Anabelle Beach Hotel; Cynthiana Beach Hotel; Paphiana Hotel; Demetra Hotel Apartments; Mirofory Hotel Apartments

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Streifen des Todes

„Von Lübeck bis Hof zieht sich der Streifen des Todes"; WELT vom 29. September

Sehr geehrte Redaktion,

es ist tröstlich, daß wenigstens Sie immer einmal wieder darauf hinweisen, wie schlimm die Tatsache der Grenzbefestigung mitten in Deutschland ist – und wie unnormal nicht nur die Grenze, sondern in der Mitte der europäischen Kultur auch die Art der Befestigung ist. Das sollte auch wieder ins Bewußtsein gehoben werden, wenn jetzt die Todesautomaten zum Teil abgebaut werden, eine vor diesem tristen Hintergrund immerhin erfreuliche Nachricht und Tatsache. Aber was kommt mit dieser Grenzbefestigung zum Ausdruck? Man muß es sich immer wieder klarmachen, daß hier eine Welt nicht nur räumlich, sondern auch ideologisch geteilt ist. Hier geht es um die Freiheit der Menschen, die sie bis dicht an den Rand des Chaos treibt, indem sie ihren eigenen Staat als ihr Gemeinwesen denunzieren und der Zerstörung preisgeben. Dort geht es um die Gleichheit der Menschen, die sie bis dicht an den Rand der Existenz bringt, indem der eigene Staat sie kollektiviert und ihnen keinen genügenden Freiheitsraum bietet. – Hier immer noch die Möglichkeit der vielfältigen Lebensgestaltung, in der sich über das Notwendige hinaus auch Kultur bilden kann. Dort, wie man in den Tagesnachrichten liest, die mühselige Bewältigung des Lebensnotwendigen. – An der längst zur Front erklärten Grenze zwischen beiden Welten der „Streifen des Todes", an dem das „Gesicht" dieser beiden Staaten deutliche Züge hat und in Schießbefehl und Schußwaffengebrauch auch zeigt. In der westlichen Welt sind die territorialen Grenzen als staatliche Trennungslinien niedrig geworden. Fast bemerkt man sie nicht, wenn man sie „überschreitet". Zur östlichen Welt und damit in das andere politische System dagegen werden Staatsgrenzen gegen kleinste Verletzungen unnachgiebig verteidigt. Sie sind scharfkantig und genau fixiert und entsprechen in ihrer scharfsinnigen Ausgestaltung den politischen Programmen. So sind sie landschaftlich und nachbarschaftlich von einschneidender Trennwirkung und unterstreichen als fast unüberwindbare Sperrmauern eben doch und gerade deswegen das die Völker Verbindende, das dahinter lebhaft und gegen alle politische und ideologische Unnachgiebigkeit gedeiht, denn wir sind trotz aller gewillkürten politischen Grenzen Deutsche und bleiben es trotz der Teilung und verschiedener politischer Schicksale, die zwar das Tagesgeschehen beeinflussen können, nicht aber das gemeinsame Kulturgut auslöschen. Dazu gibt es zu tiefe Wurzeln, aus denen wir leben. Wie bei alten benachbarten Bauernhöfen weisen Einzelne nur für die Zeit ihrer Bestimmung den Weg der Entwicklung. Über das aktuelle Geschehen hinaus bleiben sich die handelnden Charaktere dennoch treu, weil sie, wie schon Hegel sagte, Söhne dieser Erde sind, die sie prägt. Sieht man es in diesem Sinne, dann ist das Abmontieren des Todesautomaten ein Schritt in die Gemeinsamkeit, in der die einen von ihrer Gebietsversessenheit etwas abgeben und die anderen hoffentlich auf ihre Gebietsvergessenheit aufmerksam werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinz Steincke,
Michelbach / Bilz

Friedens-Debakel

Sehr geehrte Damen und Herren,

von allen Seiten wird der sogenannte „Heiße Herbst" heraufbeschworen. Vielfach wohl auf Grund fehlender Informationen. Informationen, die vor allem in den Schulen vermittelt werden könnten und sollen, aber meist nur lückenhaft einseitig oder gar nicht vermittelt werden. Warum auch?

Die Kultusministerkonferenz ist unfähig, sich auf ein bundeseinheitliches Konzept zu einigen, da die SPD-regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen und Hamburg mit einem von pädagogischen Optimismus übervollen Papier jeglichen Kompromiß im Wege stehen. Das Papier stellt einen kaum verhohlenen Versuch dar, sich über die Verteidigungswürdigkeit und -notwendigkeit der Bundesrepublik Deutschland und die dafür erforderliche Bereitschaft des einzelnen zum Wehrdienst auszuschweigen.

Es geht darum, den Schüler darüber aufzuklären, daß er nicht die Wahl hat zwischen Wehr- und Ersatzdienst, sondern daß das Recht auf Verweigerung ein individuelles Grundrecht darstellt und es erst durch alle diejenigen, die ihren Wehrdienst ableisten, gewährleistet und geschützt werden kann.

Klaus Michael Rogner,
Schüler, Stellv. Landessprecher der Schüler-Union Bayern,
Regensburg

Wort des Tages

„Unsere größte Aufgabe ist es, wieder Vertrauen in unsere geistige Erbschaft zu gewinnen. Religiöser Glaube an die moralische Natur und an die moralischen Möglichkeiten des Menschen ist und muß für jede Art der Gesellschaft wirksam sein, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft."

John Foster Dulles, amerik. Diplomat (1888–1959)

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

In doppelter Funktion hat **Andreas Meyer-Landrut** am vergangenen Wochenende Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher** bei dessen Wiener Gesprächen mit Sowjetaußenminister **Andrej Gromyko** assistiert: Teils noch als deutscher Botschafter in Moskau, teils schon als künftiger Staatssekretär des Bonner Auswärtigen Amtes. Der scharfzüngige Balte, der am 1. November den in den Ruhestand tretenden Staatssekretär **Berndt von Staden** ablöst, muß in der sowjetischen Hauptstadt noch einige Abschiedsbesuche absolvieren. In der kommenden Woche will er sich dann in Bonn auf die Amtsübernahme vorbereiten.

PRÄSIDIALAMT

Bundespräsident **Karl Carstens** wandert wieder. Am kommenden Samstag geht die Wanderstrecke durch den Teutoburger Wald. Ausgangspunkt ist kurz nach neun Uhr morgens die Burg Ravenseck. Der Bundespräsident und seine Frau **Veronica** folgen wie üblich mit beachtlichem Troß dem Hermannsweg bis zum Wirtshaus Bergfrieden. Schlußpunkt der Wanderung ist die Stadt Bielefeld.

AUSZEICHNUNGEN

Marianne Strauß, Vorsitzende des Kuratoriums „Hilfe für Mutter und Kind", einer bayerischen Landesstiftung, nahm gestern im Prinz-Carl-Palais in München für die Stiftung einen Scheck in Höhe von 20 000 DM entgegen. Der Betrag wurde bei einer Jubiläumsfeier der Münchner Anlageberatung Dr. Jung gesammelt, die ihr 25jähriges Bestehen feierte. Die Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind" möchte junge Frauen vor Abtreibungen bewahren und kümmert sich unkonventionell um finanzielle und andere Probleme.

*

Die Münchner WELT-Berichterstatterin **Rose-Marie Borngässer** gehört mit zu den Preisträgern des vom Münchner Presseclub vergebenen „Herwig-Weber-Preis". Am 10. November wird Frau Borngässer für ihre Berichterstattung über München mit 1000 DM ausgezeichnet. Der Herwig-Weber-Preis erinnert an den früheren Münchner FAZ-Korrespondenten und Vorsitzenden des Presseclubs und wird seit 1971 für hervorragende journalistische Arbeiten über München in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen vergeben. Den Ersten Preis in Höhe von 5000 DM erhält Josef Rovan, Paris, für einen Artikel in GEO.

*

Der Göttinger Schriftsteller **Guntram Vesper** erhält das Literatur-Stipendium 1984 der Märkischen Kulturkonferenz. Die Auszeichnung ist mit 25 000 DM dotiert und wird am 4. Dezember in Altena, Westfalen, überreicht. Vesper schrieb unter anderem „Fahrplan" und „Kriegerdenkmal ganz hinten".

Ein Theaterstück der Sagan als Fernseh-Film

Tristesse auf russisch

Ich habe zweifellos etwas hoch gegriffen, wenn ich annahm, daß ich allein mein Stück in Szene setzen könnte", gestand Françoise Sagan 1964 nach der mißglückten Premiere ihres vierten Theaterstücks „Bonheur, impair et passé" (deutscher Titel „Russisches Roulette" oder „Russisches Dreieck"), in dem sie erstmals selbst Regie geführt hatte. Zwar lockten so illustre Darsteller wie Juliette Gréco, Daniel Gélin und Jean Louis Trintignant ein erlauchtes Publikum ins Pariser Theater „Edouard VII.", aber die Resonanz blieb matt und die Kritiker reagierten – freundlich ausgedrückt – spröde.

Russisches Dreieck – ZDF, 19.30 Uhr

„Ein süßes Spiel mit der Verzweiflung" nannte das „kleine Ungeheuer" – so bezeichnete François Mauriac einst die 18jährige, die mit ihrem Roman „Bonjour tristesse" zu Weltruhm gelangt war – diese kolportagehafte Kostümgeschichte, vor deren historischer Kulisse das Lebensgefühl von Menschen der Gegenwart beschrieben wird.

Auf einem Landsitz im Rußland des ausgehenden 19. Jahrhunderts hat sich Graf Igor einen exzentrischen Zeitvertreib zugelegt: Weil er seine Frau Angora vor Jahren bei einem erotischen Fauxpas überraschte, tötet er seitdem jeden Mann, von dem er vermutet, daß er ihr nachstellt, im Duell. Nebenbei hat der eifersüchtige Aristokrat mittlerweile seinen halben Besitz verspielt. Da schneit der lebensmüde Prinz Vladimir ins Haus, der bekennt (lügt), in die Gräfin verliebt zu sein. Doch Igor verspürt mit einemmal keine Lust mehr, den prinzlichen Rivalen aus der Welt zu schaffen. Statt dessen verspielt er auch den Rest seines Vermögens, der verträumte Vladimir entpuppt sich als zynischer Don Juan, während die Gräfinmutter und ihr versoffener zweiter Sohn in burlesken Rollen durch die Geschichte purzeln.

Die Figuren der Sagan'schen Farce spielen mit ihrem Leben, ohne es einzusetzen – ein russisches Roulette mit Platzpatronen. Regisseur Roger Vadim hat dieses Stückchen voller Scheintiefsinn 1977 für das französische Fernsehen verfilmt – der Name Sagan ist, scheint's, auch für Trivial-Tristesse noch immer gut genug. hel.

KRITIK

Wenn Kommissar Lenz nachdenkt

Im Begleittext zur **Tatort-Folge „Roulette mit sechs Kugeln"** (ARD) heißt es: „Nur langsam entwirren Lenz und Brettschneider das Gespinst aus Lügen und falschen Anschuldigungen". Wie wahr, wie wahr! Doch etwas forscher draufgeguckt, dann entpuppen sich die angeblichen Entwirrungen als kleine Handgriffe, die eigentliche Lösung spielt sich im geübten Kommissar-Hirn des Herrn Lenz ab. Da wogen die Intuitionen, da knistern die Vermutungen, da knüpfen die beamteten Ganglienknoten die Indizien zu Beweisketten, da siebt ein kluger Bayernschädel das Wichtige aus dem Unwichtigen heraus, fürwahr, ein faszinierendes Spiel – nur, leider sieht man es nicht, man hat nur Anlaß, es sich hinterher, wenn der Abspann über den Schirm läuft, vorzustellen.

So an die zwanzig meist gute Darsteller sind unter Leitung des Regisseurs Lutz Büscher am Werk, und man muß ihnen Eifer und Fairneß zubilligen bei dem Bemühen, dem Trivialen zu geben, was des Trivialen ist: Sie ließen gewissermaßen den Krimi im Dorf.

Der Endabnehmer der Kriminalversorgung freilich blieb unbefriedigt. Es geht nicht an, daß alles Nachdenken beim Kommissar bleibt, etwas muß er auch dem Zuschauer überlassen. Denn Krimi hat nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Leute schlenkern sich die Porsches um die Ohren, oder sie spielen ein raffiniertes Puzzlespiel (zum Mitdenken). Eins von beiden möchte schon sein.

VALENTIN POLCUCH

Afghanistan zu später Stunde

Schade, daß die Sendung **„Afghanistan – Vier Jahre Krieg und Widerstand"** im ZDF zu so später Stunde über die Bildschirme lief. Heinz Metlitzky's Bestandsaufnahme über den vergessenen Krieg am Hindukusch war derart abgerundet und ausgewogen, daß man ihr eine bessere Sendezeit gewünscht hätte. Metlitzky betrieb in seinem Film keine Glorifizierung des Widerstands. Sachlich beleuchtete er die politischen Hintergründe der Vorgänge in Afghanistan und es gelang ihm, die wichtigsten politischen Führer des Widerstands vor die Kamera zu holen und ihnen bisher nicht Gehörtes zu entlocken. Mit Hekmatyar als Repräsentant der afghanischen Fundamentalisten und Gilani als Vertreter der gemäßigten Widerstandsgruppen wurde der Austausch von Meinungen via Bildschirm zu einer erregenden Angelegenheit.

Der Film befriedigte jedoch nicht nur die Ansprüche der politisch Interessierten, sondern vermittelte auch Bilder, Informationen und Eindrücke aus dem Alltag der Mudjahedin; er beschrieb die Haltung Pakistans gegenüber dem Nachbarland sowie seinen Flüchtlingen und Exil-Organisationen, die Not der Menschen innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen von Afghanistan. Möglicherweise vermag der Film sogar etwas von der westlichen Gleichgültigkeit gegenüber dem schrecklichen Schicksal eines von den Sowjets überfallenen Landes abzubauen.

WALTER H. RUEB



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Hitparade im ZDF
11.00 Umschau
11.25 Kinder, Kinder
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Ein Berg, ein Dorf, eine Stadt
Bilder und Geschichten aus Savoyen
Film von Hans Emmerling
17.00 Denkste?!
Was eß ich, wenn ich satt bin? Wer es böse mit Friederike meint, nennt sie fette Frieda. Warum sie so genannt wird, ist nicht zu übersehen: Frieda ist dick!
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Geschichte der Luftfahrt
21.00 Report
Themen: Arbeiter auf Schleichwegen – Bremerhaven und die Blokkade / IG Metall probt die Macht – Wo bleibt die Basis? / Kinderarbeit in Deutschland / Schilda '83 – Wenn der Rat der Stadt den Rat der Bürger mißachtet
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
J. R.s Plan
22.30 Tagesthemen
23.00 Picasso-Skulpturen
Picasso in Berlin, eine Ausstellung seiner Skulpturen in der Nationalgalerie: Das ist ein Ereignis, das sich in der Fülle der hier ausgestellten Exponate nie wieder ereignen wird. Werner Spies, der beste Kenner des plastischen Werkes von Picasso, hat die „Unmöglichkeit" zustandegebracht, die Picasso-Erben zu überzeugen, die Plastiken aus ihrem Besitz nach Berlin zu entleihen, aus dem noch unfertigen „Musée des Picasso" aus Barcelona kommen ebenfalls 45 Exponate.
23.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Zum Beispiel: Recklinghausen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ukalic, der kleine Eskimo
Kanadischer Zeichentrickfilm
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: die Südwestdeutschen Barocksolisten
Leitung: Prof. Helmut Erb
17.50 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner, Helga Feddersen u. a.
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Russisches Dreieck
Franz. Spielfilm, 1977
Mit Danielle Darrieux und Ludmila Mikael
Regie: Roger Vadim
21.00 heute-journal
21.20 Agrarmarkt in Europa
Die EG vor der Zahlungsunfähigkeit
Eine Wirtschaftsreportage von Jochen Schweizer
Die Europäische Gemeinschaft erstickt in Agrarüberschüssen. Sieben Millionen Tonnen Weizen, 800 000 Tonnen Butter, über eine Million Tonnen Milchpulver, 270 000 Tonnen Rindfleisch liegen in den europäischen Lagerhäusern auf Halde. In fünf Jahren haben sich die Kosten für die gemeinsame Agrarpolitik fast verdoppelt.
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Anou Banou – Töchter der Utopie (Originalfassung – modernes Hebräisch – mit dt. Untertiteln)
23.30 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Millionenstadt im Meer
Die Insel der Vögel
21.00 Weltreise (2)
Senderelhe in 22 Folgen
Sechs Konkurrenten unterwegs
Moderation: Werner Böhm alias Gottlieb Wendehals
21.45 Neue Akzente für die Bonner Kultur
Studiogespräch mit Hans-Jochen Freiherr von Uslar-Gleichen
22.15 Thema des Monats
Anschließend
Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Mit Weltenbummlern unterwegs (2)
Als die Sahara noch grün war
19.00 Die sieben Weltwunder des Altertums (2)
Der Artemis-Tempel von Ephesos
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Miteinander reden ... (4)
21.00 Nahaufnahme
21.45 Juristenstammtisch
22.30 Das schwarze Kabinett
Das Netz
US-Spielfilm, 1947
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco (9)
18.55 Paddington
19.00 Tier-Report
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Tagesschau
20.15 Der liebe Augustin tanzt wieder
21.00 Drei aktuell
21.15 Melanie von der Straaten

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik (18)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Forum Südwest: Furtwangen – Eine Stadt im Konkurs?
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Mark(t) und Pfennig
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Truffaut-Reihe:
Die amerikanische Nacht
Franz.-italien. Spielfilm, 1972
23.05 Avanti! Avanti!

BAYERN

18.15 Luzie, der Schrecken der Straße (2)
18.45 Rundschau
19.00 Gespräche mit Christen
19.30 Rock aus dem Alabama
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.30 Detektiv Rockford: Anruf genügt
22.35 Im Gespräche
22.35 Rundschau

Meint der Patriarch

jae – Wenn einer einen Preis bekommt, pflegt er sich öffentlich dafür zu bedanken. Ist es ein so wichtiger wie der Friedenspreis des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, so wird daraus gewöhnlich eine Manifestation von nicht zu überhörender Bedeutung. So war es auch im Fall Manès Sperbers, der ihn am Sonntag empfing, aber leider durch Krankheit verhindert war, die ehrenvolle Urkunde entgegenzunehmen und die gewichtigen Worte, die er für die Feier niedergeschrieben hatte, den in der Paulskirche versammelten deutschen Notabeln vorzutragen.

Ein guter Pariser Freund, Alfred Grosser, sprang für ihn ein, um so freudiger und selbstverständlicher, als er selbst schon auf dem gleichen Podium als Preisempfänger gestanden hatte; er verlas die Rede Sperbers, ohne eine Silbe zu verändern, doch unterließ er natürlich nicht, gleich zu Anfang darauf hinzuweisen, daß er Alfred Grosser sei und daß dem Pronomen „ich", das er im folgenden oft verwenden werde, eine andere Person als die seine zugrunde liege.

Zu Beginn seines bzw. Sperbers Textes machte er von der Möglichkeit der Distanzierung wenig Gebrauch, doch weiter zum Schluß hin, bei den härteren Äußerungen Sperbers über die erpresserischen Pseudo-Ideologen des Friedens in der Bundesrepublik, schob er immer häufiger ein „sagt Sperber" ein. Man fühlte sich unwillkürlich an den Klosterbruder in Lessings „Nathan der Weise" erinnert, der mit einem schelmischen „meint der Patriarch" dem von ihm Berichteten eine gewisse Relativierung verleiht.

Wer genau so denkt wie Sperber, wird in diesen Augenblicken gewünscht haben, die Ärzte hätten dem herzkranken Preisträger doch die Reise nach Frankfurt erlaubt und wir hätten seine Ermahnungen mit seinem alttestamentarischen Ernst und von seiner plötzlichen wie von Erz tönenden Stimme anhören dürfen. Vielleicht hätten dann noch mehr unter den Anwesenden die Hände zum Beifall gerührt.

Streifzug durch die rheinischen Boulevardbühnen

Schattiges Schaumgebäck

Wann immer auf der Düsseldorfer Steinstraße, in der Nähe der Berliner Allee, in den Abendstunden ein Menschenpulk versammelt ist: Er deutet darauf hin, daß die „Komödie" gerade Pause hat. Das kleine Theater kann seinen 376 Besuchern kein Foyer bieten, das groß genug für alle wäre. Seit 1968 leitet das Ehepaar Ingrid Braut und Alfons Höckmann die Geschicke der „Komödie" mit beständig wachsendem Erfolg; 91 Prozent beträgt die Platzausnutzung (damit liegt sie, nach den Kammerspielen und dem Opernhaus mit 93 bzw. 93,1 an dritter Stelle der Bühnen in der Landeshauptstadt). Selbst aus Essen und Dortmund reisen Besucher regelmäßig an, um theatralisches Schaumgebäck im Abonnement zu konsumieren.

Von ursprünglich neun Stücken pro Spielzeit ist man – aus Gründen der Ökonomie – inzwischen auf vier zurückgegangen. Derzeit lockt Paul Hubschmid in Peter Ustinovs „Abgehört" in das durch und durch rote Theater (was sich allerdings nur auf die Ausstattung bezieht). Der Star macht zwar nicht das Stück, versichert Haus-Dramaturg Horst Heinze – aber sein Name auf dem Theaterzettel zieht allemal. Mit Ustinovs Stück hat sich die „Komödie" ein für ihre Verhältnisse eher schwergewichtiges Drama ausgesucht; in der Regel pflegt man dort Unterhaltung der leichtesten – und bisweilen auch seichteren – Art.

Weniger im Schatten des Doms, wie der Name vermuten läßt, als vielmehr in dem des Opernhauses spielt sich in Köln die Boulevard-Szene ab. „Das „Theater am Dom", das einst wirklich in dessen Nähe lag, besitzt seit knapp 20 Jahren in der „Schweizer Ladenstadt" – einem Geschäftskomplex, den ein Schweizer Baukonsortium 1964 errichtet hat – ein großzügiges Domizil. Das geräumige Foyer dient gleichzeitig als Galerie; die Garderobe erinnert mit ihren Ausmaßen eher an ein mittelgroßes Stadttheater. Die Räumlichkeiten entbehren also einer gewissen Intimität, die man mit dem Begriff „Boulevard-Theater" unweigerlich in Zusammenhang bringt; das hat jedoch den unschätzbaren Vorteil, daß man den Pausensekt nicht mit krampfhaft angewinkeltem Ellbogen bis zum letzten Schluck in Brustnähe halten muß. Seit 1976 liegt die Leitung des Theaters mit Inge Durek und Barbara Heinersdorff fest in weiblichen Händen. Die Damen können zufrieden sein: Nach Angaben von Frau Durek liegt die Platzausnutzung bei 98 Prozent – einer Traumzahl, die kaum ein Theater in der Bundesrepublik erzielt.

Von den vier Stücken, die pro Spielzeit zu sehen sind, soll möglichst eines eine Uraufführung bzw. deutsche Erstaufführung sein. Mit „Mirabelle", das die Saison 1983/84 eröffnete, wurde dieser Forderung bereits Tribut gezollt. Der Franzose Claude Magnier (er starb im Juni dieses Jahres) hat die Geschichte von dem hoffnungslos romantisch-sentimentalen Mädchen geschrieben, das ein langverheiratetes Ehepaar wieder zusammenbringt. Oder vielleicht doch nicht? Den Schluß läßt der Boulevard-Routinier geschickt offen. Auf jeden Fall schrumpft hier wie auch bei Ustinovs „Abgehört", denn so ist's beim Boulevard nun mal Sitte, die gutbürgerliche Katastrophe einer ausgeleierten Ehe auf die Dimensionen eines flott erzählten Witzes mit funkelnder Pointe.

Der einzige wahre „Flop", an den Frau Durek sich erinnert, war Alan Ayckbourns „Treppauf – Treppab". Sie räumt ein, dies habe wohl an der Inszenierung gelegen. Mit ihr hatte Horst Johanning vom Bonner „Contra-Kreis-Theater" keine Probleme. Dabei kam ihm die kreisrunde Arenabühne des Theaters zustatten, das die Phantasie der Reigisseure beflügeln muß. Rund 160 Zuschauer faßt der Raum, und in der ersten Reihe ist man schon mit beiden Füßen im Geschehn drin: Die Stühle stehen nämlich auf der Spielfläche, und es passiert immer wieder, daß man die Beine unter den Stuhl zieht, weil ein Mime bedrohlich nahe vorbeiläuft.

Johanning ist nicht nur Regisseur des aktuellen Stückes, sondern teilt sich auch mit der Schauspielerin Katinka Hoffmann Geschäftsführung und künstlerische Leitung. Mit nur 79 Prozent Platzausnutzung für das Jahr 1982 bildet das „Contra-Kreis-Theater" das Schlußlicht in der Besucherstatistik. Sollte den Bonner Theaterbesuchern der experimentelle Werkstatt-Charakter des Hauses für einen Ausgeh-Abend nicht fein genug sein? An den Stücken, die von der Lokalpresse durchweg wohlwollend behandelt werden, kann es offensichtlich nicht liegen. Denn die Autoren, Stücke und Schauspielernamen sind hier genauso zugkräftig wie in Düsseldorf oder Köln. Für eine der nächsten Premieren haben sich immerhin Sonja Ziemann und Charles Regnier angesagt!

RAINER NOLDEN

Platte: Klavierstücke von Gurdjieff / Hartmann

Wer die Zeit dehnt . . .

Den Namen Georges Iwanowitsch Gurdjieff (1872–1949) sucht man in russischen, aber auch in westlichen Lexika vergebens – sein Freund Thomas de Hartmann (1886–1956), der seine improvisierten Kompositionen und Aufzeichnungen aus östlichen Klangregionen in geläufige Notation übertrug, wurde schon eher bekannt mit seiner Musik zum „Gelben Klang" Kandinskys und Beiträgen im „Blauen Reiter". Beide gehörten sie zur Petersburger Symbolisten-und Futuristenszene, die in ihren kreativen Höhenflügen und weit vorausschießenden künstlerischen Entdeckungen erst jetzt im Begriff ist, entdeckt zu werden (u. a. bei den diesjährigen Berliner Festwochen).

„Weit voraus" sind Gurdjieff und de Hartmann auch mit diesen hier von Herbert Henck entdeckten und ursprünglich bei Radio Bremen eingespielten, anschließend bei WERGO (Spectrum SM 1035/36) gepreßten gemeinschaftlichen Klavierkompositionen, nämlich in der Vorausnahme eines Prinzips, das als Entdeckung der jüngsten Jahrzehnte gilt: der Meditation, der Reduktion der Musik auf sparsamste Ausdrucksbewegungen, der Dehnung der Zeit. Bei Schostakowitsch gibt es in den Präludien und Fugen der 50er Jahre ähnliches (übrigens auch schon früher bei dem Futuristen Arthur Lourié), und die Wurzel solcher musikalischen Statik liegt offenbar nicht bei Satie, sondern hatte in Rußland, wie man hier nun hört, eigene Vorformen.

Melodisch erinnert einiges in diesen Klavierstücken von Gurdjieff und de Hartmann an Mussorgski, anderes an Skrjabin, und es ist gar nicht einmal avantgardistisches Bemühen, das hier zugrunde liegt, sondern die Grenze erweist sich als fließend zum Charakterstück à la Tschaikowsky oder Rebikow. Die Sprache dieser Meditation erwuchs nicht zuletzt aus der Sprache des Salons. Eine andere wichtige Quelle waren daneben die Tonsysteme der zentralasiatischen Kulturen, für die sich die russische Musik immer offen zeigte.

Diese Klavierstücke wurden zu ihrer Zeit nie publiziert – ihre Kenntnis verdankt man den Bemühungen der Witwe Thomas de Hartmanns im amerikanischen Exil. Dies gilt auch für die sonst nirgends zu findenden biographischen Informationen im Plattentext.

DETLEF GOJOWY

Ein vergessener Deutscher – London zeigt Leben und Werk von Königin Victorias Prinzgemahl

Zeitalter der Schiffe und Schnörkel

Wer Albert heißt und das beweisen kann, darf eine Nacht lang umsonst schlafen in dem Londoner Hotel, das Coburg heißt nach Alberts Familie. Gewiß, zuvor muß er ein voll bezahltes Wochenende dort verbracht haben, samt Besuch der großen Ausstellung über Alberts Leben und Taten – aber das spricht nur für jenen gesunden Geschäftssinn, den Königin Victorias Prinzgemahl Albert (1819–1861) besaß – eine von Alberts vielen guten Eigenschaften, und viele von ihnen wurden einem großen britischen Kreis recht spät bekannt, nämlich jetzt: Mit der erwähnten Ausstellung im „Royal College of Art" (es verdankt Albert seine Entstehung), gleich neben dem Konzerthaus Albert Hall (von Albert geplant und nach seinem Tod gebaut) und gegenüber dem üppigen und rührend fürchterlichen Denkmal, das Victoria ihrem verstorbenen Mann im Hyde Park errichten ließ.

Diese Ausstellung kommt insofern aus heiterem Himmel, als es weit und breit keinen Jahrestag, kein Jubiläumsdatum gibt. Zwar hat der jetzt amtierende Prinzgemahl vor Jahren geäußert, es wäre hübsch, wenn Albert und sein Wirken einmal in einer Ausstellung dargestellt würden – aber auch das ist noch keine rechte Begründung: Tüchtige Deutsche sind in Britannien stets nur mit Maßen beliebt. Albert war ein außerordentlich tüchtiger Deutscher, sehr geliebt von seiner Frau, nicht aber, im Leben wie im Tode, von der mehr oder minder maßgebenden Gesellschaft. Ohnehin sind Ausländer von allen Sorten in britischen Augen den Briten nicht ebenbürtig – und wenn da einer dem Thron nahesteht und sich mit Reformen mausig macht, hat er wenig Aussicht auf liebevolles Gedenken. Zwar sagte Disraeli dem verstorbenen Prinzgemahl nach, er habe „England einundzwanzig Jahre lang mit einer Weisheit und Energie regiert, wie sie keiner unserer Könige jemals gezeigt hat" – doch sehr populär war dieses Zitat nie.

Nun aber, betreut vom „Observer" und von der Midland Bank, tut sich eine stattliche und mit liebevoller Raffinesse angelegte Ausstellung auf, die das Leben des Prinzgemahl verfolgt von seiner Geburt auf Schloß Rosenau bis zu seinem Tod in Windsor – mit Hunderten von Ausstellungsstücken, mit Leihgaben aus den Beständen des britischen Königshauses, aus Coburger Museen und aus vielen anderen Schatzkammern. Albert der Gatte, der Sekretär Ihrer Majestät, der Feldmarschall, der Politiker: Albert, fordernder Patron, der Techniker, der Künstler, der Baumeister – Albert, Motor der internationalen Industrie-Ausstellung im Kristallpalast anno 1851, Albert der Gründer von Schulen und Museen, der Gestalter und Umgestalter königlicher Paläste, Albert endlich, wie er nach seinem Tode weiterwirkte.



Hat das britische Imperium mit Weisheit und Energie mitregiert: Prinz Albert von Sachsen-Coburg-Gotha, mit seiner Gemahlin, Königin Victoria, auf einer zeitgenössischen Darstellung FOTO: DIE WELT

Es hat sich dies mit Zeichnungen und Gemälden, mit Büchern, Uniformen und Modellen und mit allen möglichen Viktoriana zur exzellenten Huldigung an einen vielseitigen Mann ausgewachsen, zu einer so langwierigen Verneigung, daß einige Besucher versucht waren, zu mäkeln und schwache Stellen zu suchen. Die späte und höchst farbige Daseinsbilanz eines Prinzgemahls ist für das Auge einiger Briten allzu reichlich ausgefallen. Gern wird dabei übersehen, daß man zwar Albert sagt, damit aber doch alles meint, was die Leistung des viktorianischen Zeitalters ausmacht. Der Prinzgemahl war ein rastloser Anreger. Viel von dem, was vorgezeigt wird aus Alberts Zeiten, zählt als Errungenschaft der Briten, und dies mit beträchtlicher Spannweite: von besonders wohlgelungenen Schweinen bis zu nicht minder wohl gelungenen Schiffen, Porzellanen, Dampfmaschinen, Gemälden – und auch Königskindern.

Das führt dazu, daß in der Ausstellung viele Daseinsexempel kokett verspielt präsentiert werden, dermaßen verteufelt anmutig, daß Albert und seine Zeit vorübergehend zum etwas bizarren Kunstgegenstand erstarren, und das macht Lebenszeugnisse ein klein wenig unglaubwürdig. Diese Schau ist zur etwas überspitzten Leistung jenes modernen Museumsstils geraten, der mit verhältnismäßig toten Gegenständen um jeden Preis Lebendigkeit, Lebensnähe erzeugen möchte. Diese Anstrengung, so ehrenwert sie ist, kann in der Nähe von Perfektion ins Unglaubwürdige führen. Am Schluß des Rundgangs ruft es von den Wänden „Albert lebt!" und der Besucher begegnet einem abstrakten Königspaar von Henry Moore: eine schöne Arbeit, ein scheinbar beziehungsreicher und doch unverständlicher Schnörkel – soll er daran erinnern, daß unsere Tage nicht mehr die viktorianischen sind?

Immerhin, der Dargestellte, selbst Ausstellungen sehr zugetan, hätte wahrscheinlich an dieser Dokumentation seines Daseins Vergnügen gehabt – und allenfalls gerügt, daß die königliche Gemahlin, Zentrum seines Daseins, darin verhältnismäßig wenig vorkommt. Übrigens endet der Rundgang, sehr passend viktorianisch, in einem Laden, darin alle möglichen nachgemachten Viktoriana feilgehalten werden, vieles reizvoll, einiges fürchterlich, dazu die einschlägige Literatur. Wer aber diesen Laden betreten hat, kann nicht mehr in die Ausstellungen zurückkehren. Durch einen Hinterausgang entlassen und hat Mühe, sich zurechtzufinden. Das wäre, die Weltausstellung von 1851 beweist es, unter Prinz Albert nicht passiert.

CHRISTIAN FERBER

Berlin: Sammlung Bröhan als eigenes Museum

Art deco in der Kaserne

Skepsis und Glücksgefühle halten sich angesichts der jüngsten Berliner Museumseröffnung die Waage. Im vergangenen Jahr hatte das Land Berlin die Sammlung von Professor Karl H. Bröhan (fiktiver Schätzpreis: 30 Millionen DM), die bis dahin in einer privaten Dahlemer Villa gezeigt wurde, als Geschenk erhalten. Im ehemaligen Domizil des Bauhaus-Archivs, einer Charlottenburger Infanteriekaserne vom Ende des letzten Jahrhunderts, wurde ihr jetzt für 1,6 Millionen Mark ein eigenes Haus eingerichtet (Jahresetat: eine halbe Million Mark). Es ist jedoch kein echtes „Landesmuseum". Träger bleibt die „Stiftung privaten Rechts – Stiftung Bröhan". Im Stiftungsrat bilden Familie und Freunde des Sammlers nur eine Minorität. Direktor des Museums, und als solcher auch großzügig bezahlt, ist jedoch Professor Bröhan selbst. Ein geradezu besessener Sammler, wie allein schon die Eröffnungsausstellung wieder zeigt; denn ein Drittel der 1800 Stücke sind als Leihgaben zu den geschenkten Objekten hinzugekommen.

Bröhans Sammelinteressen haben drei Schwerpunkte. Da sind einmal die Maler der Berliner Secession. Mag der Landschafter Karl Hagemeister auch überbewertet sein – allein schon die erstklassigen Akte, Porträts und Landschaften von Willy Jaeckel, erst recht die zahlreichen hochwertigen Bilder Hans Baluscheks, des Malers der einfachen Berliner Leute, lohnen einen Besuch.

Den zweiten Schwerpunkt bilden die französischen Möbel des Jugendstils und der Art deco, in reicher Fülle vorzügliche Arbeiten des überragenden Ebenisten Emile Jacques Ruhlmann, von Guimard und Pierre Chareau. Das Hauptgebiet sind Porzellane, Gläser und Keramiken der Art nouveau und Art deco, zwischen „sinnlich-phantastischem Geschmack des Fin de siècle und des rational-seriellen Formwillens der Industriekultur". Diese Abteilung besitzt bereits europäischen Rang.

An Chic kann es mit dem Bröhan-Museum so leicht kein anderes Berliner Institut aufnehmen. Kaum zu glauben, wie es den Architekten Kampmann und Weström gelungen ist, einen Palazzo nobelster Eleganz mit Salons, Suiten und Enfiladen zu zaubern, in dem selbst noch die Messingtürgriffe und Stukkaturen den Ausstellungsstücken den gepflegten stilverwandten Rahmen geben. Man muß sich allerdings fragen, ob die Sammlung nicht vernünftigerweise in Berlinische Galerie, Kunstgewerbemuseum und Nationalgalerie hätte integriert werden können, die sich auf dieselben Gebiete spezialisiert haben. Aber eine solche Lösung war nicht im Sinne des Sammlers, der unbedingt die Zusammengehörigkeit seiner Kollektion bewahrt wissen wollte.

Andererseits kann man Bröhan nur wünschen, daß er jenen Stimmen, die jetzt geradezu aggressiv nach einer „Objektivierung" und sozusagen wissenschaftlichen Vervollständigung seines Museums rufen, nur mildes Gehör schenkt. Auch in staatlicher Obhut muß die private Sammlung, wenn sie nun partout zum offiziellen Museum ernannt wurde, als solche noch erkennbar bleiben. Es wäre eine Zumutung, wenn jetzt der Museumsdirektor Bröhan in reicher Zahl Objekte erwerben sollte, die Geschmack und Interesse des Sammlers Bröhan gar nicht entsprächen. Zu zahlen hätte nämlich weiterhin der letztere: Der „Ankaufsetat" des neuen Museums erlaubt bestenfalls die Erwerbung einer Vase pro Jahr.

PETER HANS GÖPFERT



Aus der Sammlung Bröhan: „Der Kuß" (Bronze) von Jean Lambert-Rucki FOTO: BINDER/THIELE

Donaueschinger Musiktage: Spreu und Weizen

Flötentöne beigebracht

Vielleicht lag's am recht attraktiven diesjährigen Programm, vielleicht ist aber auch wirklich eine Trendwende in Sicht – jedenfalls scheint das Publikumsinteresse an den Donaueschinger Musiktagen wieder zuzunehmen.

Sämtliche Vorstellungen waren ausgezeichnet besucht, wenn sie nicht, wie die Konzerte mit Werken von Karlheinz Stockhausen sowie von Cristóbal Halffter und Hubertus Kirchgäßner, trotz mehrmaliger Vorführung sogar ausverkauft waren. Dabei waren ausgerechnet diese beiden Stücke trotz der zugkräftigen Komponistennamen keineswegs die überzeugendsten. Halffters und Kirchgäßners akustisch-optische Elektronik-Spielerei erwies sich denn doch als allzu belanglos.

Der erfolgsgewohnte Karlheinz Stockhausen mußte sogar Buhrufe hinnehmen. Zu wenig machte sich bei „Kathinkas Gesang als Luzifers Requiem", dem neuesten Teil seines gigantischen Projektes „Licht", der brillante Komponist Stockhausen bemerkbar, um so mehr dafür der schrullige Pseudo-Theologe. In einem spärlich erleuchteten Raum zelebrierten sechs grotesk geschminkte und martialisch gewandete Schlagzeuger (ausgezeichnet: das Kolberg Percussion Ensemble) zusammen mit der exzellenten Flötistin Kathinka Pasveer ein mystisches Begräbnis-Ritual. Das magische Klappern, Raspeln und Pfeifen der Schlagzeuger, die hypnotischen Flötentöne und die gespenstischen Beleuchtungseffekte entfalten ihre suggestive Wirkung allerdings nur für den, der sich auf Stockhausens absonderliche Gedankengebäude einläßt.

Als in jeder Beziehung das Gegenteil zum Stockhausen-Opus erwies sich Klaus Hubers „Erniedrigt – Geknechtet – Verlassen – Verachtet." Huber engagiert sich ganz und gar unmißverständlich für die unterprivilegierten, von Folter und Hunger bedrohten Menschen in Südamerika, seine Texte stammen von dem mittelamerikanischen Schriftsteller Ernesto Cardenal.

Aber des Komponisten Plädoyer verfällt nicht in plumpen Agit-prop-Stil, auch nicht in die wohlfeile Adaption exotischer Volksmusiktypen. Mit Hilfe eines riesigen Klang-Apparates (Solisten, Chor, Orchester, Elektronik), mit Hilfe von aufschreienden Klangblöcken und collagenartig einbezogenen Alltagsgeräuschen gelang ihm eine der bewegendsten politischen Stellungnahmen der neueren Musik.

Die wie alljährlich uraufgeführten Auftragswerke des Südwestfunks – der Baden-Badener Sender ist Mitveranstalter der Donaueschinger Musiktage – hatten es nach Hubers vielbeklatschtem Werk naturgemäß schwer. Respekt (und Wiederaufführung) verdienen immerhin Hans-Jürgen von Boses „Sappho-Gesänge", und Joachim Krebsens „Traumkraut". Die übrigen Stücke dürften allerdings ihre Zukunft bereits hinter sich haben. Besonders gilt das für den „Chlebnicov" von Robert HP Platz, das sich trotz orchestralen Gewusels bereits nach wenigen Minuten totgelaufen hatte, und nicht minder für Manuel Hidalgo, der mit „Harto" das wohl abschreckendste Beispiel beisteuerte: lähmend und langweilig die endlos ausgedehnten Effekte, die sich auf nichts beziehen und folglich keinen Sinn ergeben; zerrissene Einzelereignisse ohne Zusammenhang.

Es ist wirklich erstaunlich, wie wenig musikalische Substanz sich mit einem so großen Orchesterapparat erzeugen läßt. Da hätte es sicher auch nichts mehr genutzt, wenn das recht ungenau agierende Sinfonie-Orchester des Südwestfunks unter Kazimierz Kord mit mehr Engagement und Präzision zur Sache gegangen wäre.

STEPHAN HOFFMANN

KULTURNOTIZEN

Zur Bücherverbrennung zeigt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels bis zum 12. November eine Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche.

Die Ausstellung „Ferdinand Hodler" im Kunsthaus Zürich wird wegen großen Publikumsinteresses bis zum 6. November verlängert.

Dem israelischen Maler Reuven Rubin ist neun Jahre nach seinem Tod ein Museum in seinem früheren Wohnhaus in Tel Aviv eingerichtet worden.

Das vierte Jazz-Festival von Paris findet vom 25. Oktober bis zum 1. November statt. Rund 20 internationale Formationen treten auf.

JOURNAL

Juristische Debatte um den „Sprayer von Zürich"

dpa, Karlsruhe

Das juristische Hin und Her um den „Sprayer von Zürich" und die Frage „Ist Kunst Sachbeschädigung?" geht weiter. Der Karlsruher Bundesgerichtshof (BGH) hat jetzt in der Auslieferungssache des 43jährigen Schweizer Künstlers Harald Nägeli das Verfahren ohne eine eigene Sachentscheidung an das schleswig-holsteinische Oberlandesgericht in Schleswig zurückgegeben. Dieses Gericht hatte Karlsruhe die Frage vorgelegt, ob das Besprühen von Hauswänden den Tatbestand der Sachbeschädigung erfülle. Unter Hinweis auf die Rechtsprechung des BGH wurde dies von den Karlsruher Richtern bejaht. Eine derartige Vorlage an den BGH in Auslieferungssachen sei jedoch nur zur Klärung einer Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zulässig. Diese Voraussetzung sei im behandelten Fall aber nicht gegeben.

Picasso-Museum wird erst 1985 eröffnet

AFP, Paris

Das Pariser Picasso-Museum, das schon im April dieses Jahres, zum zehnten Todestag des Künstlers, hätte eingeweiht werden sollen, wird nun, nach Darlegung des französischen Kulturministers Jack Lang, Anfang 1985 eröffnet. Das historische Hotel de Sales im Pariser Stadtviertel Marais, das die Picasso-Sammlung aufnehmen soll, wird derzeit noch restauriert. Insgesamt kostet das Museum 58 Millionen Franc (rund 20 Millionen Mark). Wegen der Saumseligkeit bei den Arbeiten hat bereits ein australischer Mäzen seine Stiftung zurückgezogen. Auch die Künstlerwitwe Jacqueline Picasso hat kürzlich angedroht, ihre Schenkungszusagen rückgängig zu machen.

Amateurtheater im Aufwind

dpa, Kehl

Die Zahl der Laientheater im Bund Deutscher Amateurtheater hat sich seit 1980 um ein Drittel auf rund 700 erhöht. Der Trend zu Bühnengründungen hält an. Dies zeigte sich bei den zweiten Internationalen Theatertagen, die jetzt in Kehl stattfinden. An dem Theaterfestival der Bundesvereinigung, das als neue Zweijahres-Veranstaltungsreihe 1981 gegründet wurde, beteiligten sich dieses Jahr zehn Amateurbühnen aus der Bundesrepublik, Frankreich und Österreich.

Ausstellung und Katalog der Hobrecker-Sammlung

DW. Frankfurt

„Alte Kinder- und Jugendbücher" zeigt die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main in einer Ausstellung bis zum 29. Oktober. Es handelt sich dabei um das Kernstück der Sammlung Hobrecker. Diese 450 Titel blieben im Besitz von Karl Hobrecker, als er seine rund 12 000 Bände umfassende Kinderbuchsammlung 1933 in die Reichsjugendbücherei einbrachte. 1979 konnte die Stadt Frankfurt diese wichtige Auswahl von seinen Erben erwerben. Seitdem steht sie als Dauerleihgabe im Institut für Jugendbuchforschung. Anläßlich des zwanzigjährigen Bestehens dieses Institutes findet jetzt die Ausstellung statt. Zugleich kann damit der Bestandskatalog „Die Frankfurter Hobrecker-Sammlung" (Verlag R. Haecke, Pinneberg, 120 S., 386 Abb., 42 Mark) vorgelegt werden, der jeden Band mit genauer Bibliographie, einem knappen Kommentar und dem Foto der Titelseite vorstellt.

Werkausgabe von René Schickele

DW. Köln

Nachträglich zum 100. Geburtstag des im Elsaß geborenen Schriftstellers René Schickele (vgl. WELT v. 4. Aug.) legt der Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, eine Werkausgabe vor: „Romane und Erzählungen in zwei Bänden". Sie löst die vergriffene, freilich erheblich umfassendere, von Hermann Kesten besorgte Gesamtausgabe aus dem Jahr 1959 ab. Die Auswahl reicht von dem frühen Roman „Meine Freundin Lo" (1911) bis zum Roman „Die Flaschenpost" (1937), klammert aber das umfangreiche Hauptwerk, die Trilogie „Das Erbe am Rhein", aus. Die Edition, mit einer Einführung von Wolfdietrich Rasch, umfaßt 956 Seiten und kostet 78 Mark.

Drei neue Schulen für Opernsänger

AFP, Paris

Drei neue Ausbildungszentren für Opernsänger werden bis Ende des Jahres in Frankreich gegründet. Die neuen Einrichtungen in Straßburg, Marseille und Nizza werden jeweils eigene Ausbildungsbereiche haben. An der Straßburger Rheinoper werden vom 6. November an junge Sänger eine Abschlußschulung erfahren, die zuvor ihr Studium an einem Konservatorium abgeschlossen haben. In den beiden Institutionen, die in Marseille und Nizza entstehen, werden junge Berufssänger jeweils speziell für den Chor oder die Solistenkarriere zusätzlich ausgebildet.

Debatten unter einem grünen Dach

dpa, Canberra

Wo in der australischen Bundeshauptstadt Canberra heute die Parlamentsabgeordneten debattieren, wurden um die Jahrhundertwende noch Schafe auf die Weide getrieben. Bald soll den Politikern das Gras über den Köpfen wachsen – ein neues, geräumigeres, einladenderes Parlamentsgebäude als das derzeitige entsteht jetzt auf einem Hügel hinter dem alten. Auf seinem Dach wird Gras gesät werden. Der umweltorientierten Zeit Rechnung tragend, soll sich das Gebäude den Konturen des Hügels, „Capital Hill“ geheißen, möglichst genau anpassen.

Ein Monumentalbau war von vorneherein nicht erwünscht. Nicht Staatsmacht, sondern Demokratie sei architektonisch zu symbolisieren, verlangten die Auftraggeber – Parlament und Regierung. Danach richteten sich die Architekten, Romaldo Gingola, Italiener, Ehrmann B. Mitchell, Amerikaner, und Richard G. Thorp, Australier, deren gemeinsamer Entwurf in einem vor vier Jahren veranstalteten internationalen Wettbewerb alle nahezu 1000 Konkurrenten aus 28 Ländern aus dem Felde schlug.

Ihr Baukonzept besteht aus zwei bumerangförmigen, symmetrisch angeordneten Flügeln unter grasbewachsenem *Dach, mit Glaswänden* riesigen Ausmaßes, um das Regieren im wahren Sinne des Wortes transparent zu machen. Der Umzug vom bisherigen, 1927 vom damaligen Herzog von York, dem späteren König Georg VI., eröffneten Parlamentsgebäude ist für 1988 geplant, wenn Australien das 200jährige Jubiläum seiner Besiedlung durch Weiße begeht. Touristen zieht das Zwei-Bumerang-Parlament – der östliche Bumerang für das Abgeordnetenhaus, der westliche für den Senat – schon heute an, auch wenn außer Kränen, Erdausschachtungen und Stahlträgern noch nicht viel zu sehen ist.

Der künftige Bau wird jedoch bereits als Tischmodell, auf Dias und mit einem Farbfilm im neben der Baustelle errichteten Informationspavillon vorgestellt. Kein anderes Parlament der Welt dürfte sich seiner Umwelt so sehr anpassen und sich ihr so unterordnen. Der Bau, der umgerechnet rund eine halbe Milliarde Mark verschlingen wird, bietet nicht nur 125 Abgeordneten und 64 Senatoren Platz, sondern trägt auch etwaigem parlamentarischen Zuwachs Rechnung. Tagungsräume für die Parlamentarier, Ausstellungssäle, eine Festhalle, aber auch ein Restaurant und ein Theater sind vorgesehen.

Auf dem Flohmarkt von Paris wollen Banker für Ordnung sorgen

JOACHIM LEIBEL, Paris

Der weltberühmte Pariser Flohmarkt, Paradies für Antiquitätenhändler, Lumpensammler, Hehler und Touristen, soll „zivilisiert“ werden. Die Filiale einer großen französischen Staatsbank hat sich auf dem größten Trödelgelände der Welt eingekauft und will der „Anarchie“ zu Leibe rücken. Freunde des Flohmarktes *befürchten nun, daß aus* dem „Paradies“ ein steriler Supermarkt wird.

Seit rund einem Jahrhundert wird auf dem Gelände der ehemaligen Stadtbefestigungen im Norden von Paris gefeilscht, verschoben, verkauft und verhökert. Von rostigen Nägeln über gestohlene Armbanduhren bis zu echten Biedermeiermöbeln findet man auf dem „marché aux puces“ alles. Mehr als eine Million Besucher streifen jährlich durchs Gelände, mehr als 20 Millionen Mark werden umgesetzt. Das allerdings ist nur die offizielle Zahl – jene Waren, die auch in den Büchern auftauchen. Der wahre Umsatz liegt nach Meinung von Fachleuten beim Zehnfachen.

Man kann reich werden

Mehr als 3000 Händler bieten auf dem 30 Hektar großen Gelände ihre Schätze – häufig von undurchsichti*ger Herkunft – an. Obwohl der Floh*markt nur an drei Tagen der Woche geöffnet ist – Samstag, Sonntag und Montag –, kann ein Händler nach Eingeständnis von Eingeweihten sehr schnell reich werden.

Genau besehen gibt es eigentlich gleich acht verschiedene Flohmärkte. Meist handelt es sich um ein ehemaliges Fabrikgelände oder um eine alte Lagerhalle, die von den Besitzern quadratmeterweise an fliegende Händler vermietet werden. Bestes Beispiel dafür ist ein ehemaliger Antiquitätensammler, der vor ein paar Jahren eine in Trümmern liegende Autogarage kaufte. Alain Serpette teilte die Garage in zahllose kleine „Boxen“ auf und vermietete sie. Heute sind in diesem „marché Serpette“ 120 Verkäufer untergebracht. Alain Serpette hat nun seinen Flohmarkt für vier Millionen Mark an eine Filiale der Staatsbank Suez verkauft und sich nach Australien abgesetzt.

Den Bewohnern des Pariser Vororts Saint Ouen ist der Flohmarkt schon seit Jahren ein Dorn im Auge. Ungeheure Massen von Abfall müssen an den drei Markttagen beseitigt werden, der Drogenhandel blüht, der schwarze Markt ebenfalls, Taschendiebe machen fette Beute, und immer wieder enttarnt die Polizei Hinterhof-Boutiquen als Hehlernester.

Der kommunistisch beherrschte Gemeinderat verabschiedete deshalb *einen Bebauungsplan, der vorwie*gend Sozialwohnungen vorsah und wollte den Flohmarkt von Bulldozern niederreißen lassen. Doch die Händler bildeten ein Verteidigungskomitee und alarmierten Flohmarktfreunde in aller Welt. Tausende von Protestbriefen trafen in Paris ein – der Plan wurde fallengelassen. Diesmal nun droht Gefahr nicht von seiten der Behörden, sondern vom neuen Besitzer eines Teils der Grundstücke, auf denen gehandelt und gefeilscht wird. Die Suez-Gruppe hat nämlich nicht nur den „marché Serpette“ gekauft, sondern noch einen zweiten, der noch größer ist.

Ganz ohne Anarchie?

Ihre Pläne behandelten die neuen Besitzer bisher äußerst diskret. Sie ließen wissen, daß das Eldorado für fliegende Händler und Sammler skurriler Mitbringsel keinesfalls zu einem futuristischen Einkaufszentrum „umfunktioniert“ werden soll. Doch Neuerungspläne existieren – und die lassen Flohmarktfans die Haare zu Berge stehen. Bei aller Zurückhaltung ließen die Bankiers nämlich durchblicken, daß der „Anarchie“ ein Ende gesetzt werden müsse. Ohne „Anarchie“ aber würde aus dem weltberühmten Flohmarkt ein ganz ordinärer Wochenmarkt – zum Leidwesen der Pariser und der Touri*sten.*



Flohmarkt – Fans fürchten um Originalität und Atmosphäre auf dem Pariser „Marché auxpuces“ FOTO: PEYER

Crew ließ DC-8 an die Kette legen

BODO RADKE, Brüssel

Unmittelbar nach seiner Landung auf dem Brüsseler Flugplatz Zaventem ist ein Verkehrsflugzeug vom Typ DC-8 der Air Zaire durch Gerichtsbeschluß „an die Kette gelegt“ worden. Den Antrag stellten die drei Cockpit-Besatzungsmitglieder, die die Maschine von Kinshasa in die belgische Hauptstadt geflogen hatten. Nach Angaben von Flugkapitän Serge Caudron und seinen Kollegen – alle drei haben die französische Staatsbürgerschaft – hat das fliegende Personal von Air Zaire seit 15 Monaten keine Gehälter mehr ausgezahlt bekommen.

Die zentralafrikanische Republik Zaire ist aus der ehemaligen Kolonie Belgisch-Kongo hervorgegangen. Wegen der starken wirtschaftlichen Interessen, die Belgien dort noch hat, bemüht sich die belgische Regierung um einen behutsamen Umgang mit dem Zaire-Staatschef Mobutu und dessen Regierung. Brüssel befürchtet nun eine neuerliche Störung der Beziehungen. Zaire-Botschafter Bomboko drohte bereits damit, daß die nächste in Kinshasa landende Maschine der belgischen „Sabena“ ebenfalls festgehalten werden würde.

„Petite Fleur“ – schöner Name für dunkle Geschäfte?

Organisation vermittelt für viel Geld Kinder aus Südamerika zur Adoption / Deutsche Behörde will ihr das Handwerk legen

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

Seit mehr als einem Jahr erscheinen in deutschen Tageszeitungen Anzeigen mit dem Text: „Kinderlos“? Schreiben Sie an „Petite Fleur“. Es folgt eine Adresse auf Malta. Der Mann, der mit „kleinen Blumen“ zu handeln scheint, vermittelt Kinder gegen Geld. Zur Zeit wird der Schweizer Staatsangehörige Fritz Tochtermann, Jahrgang 1926, zuletzt wohnhaft in Zürich, zur Aufenthaltsermittlung bundesweit gesucht. 1979 wurde er erstmals erkennungsdienstlich erfaßt. Wer an die Briefkastenadresse in Malta schreibt, bekommt keine Antwort mehr, unter seiner *Zürcher Rufnummer* meldet sich eine Frau Tochtermann, die versichert, ihr Ehemann sei lange verstorben.

Rolf P. Bach, Leiter der Zentralen Adoptionsstelle in Hamburg, konnte sich nach einer fingierten Anfrage seiner Dienststelle fernmündlich mit einem Vertreter von „Petite Fleur“ unterhalten. Bach: „Er sprach Schwyzer Dialekt, verhielt sich sehr naßforsch. Er war nicht bereit eine deutsche Telefonnummer oder Adresse zu geben, bot aber einen Rückruf an, weil – so wörtlich – eine große Fuhre Kinder vor der Tür stünde, und er auf der Fahrt nach Norddeutschland sei, um die interessierten Eltern zu kontakten. Er erklärte dann, daß er auch nicht bereit sei, mir weitere fernmündliche Auskünfte zu erteilen, bevor er 500 Mark ausgehändigt bekommen hätte. Es verdichtet sich unsere Vermutung, daß ich mit Tochtermann selber gesprochen habe.“

Adoptionsexperte Bach erklärte, er habe mit Erschrecken zur Kenntnis genommen, daß in der Bundesrepublik Deutschland auf Profitbasis arbeitende, organisierte Menschenhändler unbehelligt herumreisen können, um ihre „Ware“ anzupreisen. Tochtermann alias „Petite Fleur“, bietet Kleinkinder aus Süd- und Mittelamerika an, vorwiegend aus Bolivien und Kolumbien. „Durchweg hellhäutige Kinder, spanischer Typus“, heißt es in seinen Angebotsschreiben. Neben den Kosten von 6000 bis 7000 Mark, verlangt die Organisation den Abschluß einer Ausbildungsversicherung bei einer Schweizer Bank für das zu adoptierende Kind. Das erhält im Alter von 20 Jahren bei einer monatlichen Prämie von 90 Mark 20 000 Franken.

„Petite Fleur“ bietet als Alternative zur eventuell risikoträchtigen Adoption auch die Legitimation an. Hier, so Rolf P. Bach, zeichne sich möglicherweise eine Querverbindung zu einer anderen Gruppe aus Meersburg ab, die von „Monsignore“ Heinrich Kotulla und Rainer René Graf Adelmann vertreten werde. Bach: „Sie versuchen die strengen Adoptionsbestimmungen in Westdeutschland zu unterlaufen, indem sie die Vermittlung von Babys anbieten, die angeblich von deutschen Staatsangehörigen im Ausland gezeugt wurden.“

Der engagierte Adoptionsfachmann befindet sich selber in einer schwierigen Situation, weil er den Paaren, die sich mit ihrem ganzen Herzen ein Kind wünschen, nur Kinder bieten kann, die behindert sind oder bereits das achte Lebensjahr überschritten haben. „Ansonsten kommen auf ein Baby sieben Elternwünsche.“

Sorgen bereitet der Staatlichen Adoptionsstelle, daß kleine Kinder ohne Visum nach Westdeutschland einreisen können. Alles, was die „Eltern“ in Händen haben, ist ein Adoptionsvertrag, im Herkunftsland geschlossen. Bach: „Die Schwierigkeiten beginnen mit der Einschulung oder wenn Kindergeld beansprucht wird. Dann kommen die kleinen „Illegalen“ ans Tageslicht, dann werden sie personenstandrechtlich erfaßt und sind existent.“ Kummer bereitet den Behörden auch die Abbruchquote der Adoptionen. 0,5 Prozent deutscher Kinder und 2,7 Prozent der im Ausland adoptierten, werden „zurückgegeben“.

Viele Ehepaare, die sich von „Petite Fleur“ und Konsorten nach Einzahlung von hohen Summen betrogen fühlen, weil sie vergeblich auf ein Kind gewartet haben, rufen bei Rolf P. Bach an, wollen aber anonym bleiben. „Weil ich ihnen kein Baby verschaffen kann, werden sie weiter auf illegalem Wege versuchen, ein Kind zu bekommen.“

Dem Menschenhandel müsse so schnell wie möglich ein Riegel vorgeschoben werden, fordert Bach: „Es muß eine Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Bundesrepublik mit den Herkunftsländern der Kinder geben, in die die adoptionsbereiten Ehepaare und die Kindeseltern oder ihre meist ledigen Mütter einbezogen werden. Bis dahin bleibt uns nur, den Menschenhändlern bei uns das Handwerk zu legen.“ Im übrigen hat Bach inzwischen Anhaltspunkte dafür, daß der Kinderhandel in Deutschland mit Süd- und Mittelamerika aufgrund „Alter Kameradschaften“ aus der NS-Zeit floriere.

WETTER: Erneut unbeständig

Wetterlage: Die Fronten eines Tiefs südlich von Island greifen mit dem zugehörigen Regengebiet zunächst auf den Südwesten, später auf ganz Deutschland über.

Vorhersage für Dienstag:

Gesamte Bundesrepublik: Im Nordosten anfangs aufgelockerte, später zunehmende Bewölkung, aber noch überwiegend trocken. In den anderen Gebieten von Westen her Eintrübung und nachfolgend Regen, der am Nachmittag vor allem im Südwesten länger andauert. Tageshöchsttemperaturen um 12 Grad Celsius. Nullgradgrenze in den Alpen in 2000 Meter. Tiefstwerte in der Nacht zu Mittwoch 7 bis 10 Grad. Im Süden schwacher bis mäßiger, nach Norden hin frischer Wind um Südwest.



Weitere Aussichten:

Im Norden Übergang zu wechselnder Bewölkung und einzelne Schauer. Sonst bedeckt und regnerisch, kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	25°
Bonn	12°	Kopenh.	10°
Dresden	12°	Las Palmas	30°
Essen	10°	London	13°
Frankfurt	10°	Madrid	17°
Hamburg	12°	Mailand	10°
List/Sylt	10°	Mallorca	20°
München	6°	Moskau	13°
Stuttgart	10°	Nizza	23°
Algier	19°	Oslo	10°
Amsterdam	12°	Paris	13°
Athen	21°	Prag	10°
Barcelona	21°	Rom	19°
Brüssel	10°	Stockholm	10°
Budapest	18°	Tel Aviv	28°
Bukarest	19°	Tunis	26°
Helsinki	9°	Wien	9°
Istanbul	20°	Zürich	8°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.51 Uhr, Untergang: 17.22 Uhr, Mondaufgang: 17.03 Uhr, Untergang: 3.38 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Das FBI bläst zur Jagd auf die „Hacker“

Bundesweite Aktion gegen amerikanische Jugendliche, die per Heimcomputer selbst in geheime Datenbanken „einbrechen“

RALF-PETER LAUCK, Alexandria

Eine generalstabsmäßig geplante Aktion, plötzlich und unerwartet, startete das amerikanische FBI in diesen Tagen in Kinderzimmern im ganzen Land. Die Großrazzia richtete sich gegen ein relativ neues Vergehen: Computermißbrauch. Probleme dürften nach der landesweiten Aktion der Bundespolizei nun allerdings die Anklagebehörden und Gerichte mit dem zusammengetragenen Material haben. Noch gibt es nämlich zumindest kein bundeseinheitliches Gesetz, das den Einbruch per Computer in andere Datenbanken oder Computersysteme unter Strafe stellt.

Entsprechend wurden zwar bei den Durchsuchungen Berge von Material sichergestellt, es gab jedoch keine Verhaftungen, zumal die meisten der in Verdacht geratenen Computerexperten noch Teenager sind. Die Fahnder gehen jedoch davon aus, daß die paar Dutzend junger Leute bereits Schäden von mehreren hunderttausend Dollar durch die Manipulationen fremder Systeme verursachten.

Bislang gaben die Behörden noch keinen umfassenden Überblick über den Kreis der Geschädigten. In den letzten Wochen wurden aber vor allem drei Zentren angezapft, die Schlagzeilen machten. Schon vor einiger Zeit wurde bekannt, daß Jugendliche sich per Heimcomputer Zugang zu den geheimen Nuklearlabors von Los Alamos (US Bundesstaat Neu-Mexiko) verschafft hatten. Betroffen waren aber auch das renomierte Massachusetts Institute of Technology in Boston und die McClellan Air Force Base nahe Sacramento im US-Bundesstaat Kalifornien.

Bei den Durchsuchungen, in vielen Fällen tatsächlich in den Zimmern der Jugendlichen unter den Augen der überraschten Eltern, wurden außer Programmen und Computerteilen vor allem Telefontechnik beschlagnahmt. Zu den beliebtesten Beschäftigungen – und hier erfüllen die sonst kaum strafrechtlich relevanten Spielereien den Tatbestand des Betruges – gehört es nämlich, sich der in den USA weitverbreiteten telefonischen Serviceleistungen gebührenfrei zu bedienen.

Bekannt wurden die Razzien im ganzen Land vor allem deshalb, weil die Computer-Spieler, in den USA „Hacker“ genannt, untereinander schon regelrecht organisiert sind. So gibt es ein loses Verbundsystem, mit dem die Heimcomputer-Besitzer Informationen austauschen. Über dieses „Electronic Bulletin Board“ machte der Besuch der FBI-Agenten blitzschnell die Runde.

Nach den Worten von James E. Mull, FBI-Sprecher in Alexandria (US-Bundesstaat Virginia), war die Aktion ausgelöst worden von einer Gruppe junger Leute, die sich selbst die „414er“, nach der Vorwahl ihres Distriktes in Milwaukee, nennen. Ihnen war es gelungen, die Sperren der GTE Telnet Corporation in Vienna (US-Bundesstaat Virginia) auszutricksen. Die Telnet betreut ein Netz von mehr als 1200 kommerziellen Computersystemen. Darüber hatten die Jugendlichen unter anderem Einblick in die Unterlagen des Sloan-Kettering Cancer Center in Manhattan bekommen.

Morgens, krurz nach acht Uhr, hatten zwei Polizisten und zwei Angestellte einer Telefonfirma auch bei Sharon Stadjas in Detroit geklingelt. Die Männer seien durch das ganze Haus gelaufen, hätten unter alle Betten geschaut, Matratzen umgedreht und schließlich die gesamte Computer-Ausrüstung ihres Sohnes eingepackt. Auf die Fragen der verstörten Mutter, so erzählte die der „New York Times“, hätten sie erklärt: „Ihr Sohn hat die Computer des Verteidigungsministeriums ‚geentert‘, Eintragungen geändert und Botschaften hinterlassen.“ Eric Stadjas ist 14 Jahre alt und besucht die neunte Klasse.

Erpresser fordert 1,8 Millionen von der Bahn

dpa, Karlsruhe

Mit der Drohung, Züge zum Entgleisen zu bringen, versucht ein unbekannter Täter von der Bundesbahndirektion Karlsruhe 1,8 Millionen Mark zu erpressen. Der Erpressungsfall wurde gestern in Karlsruhe bekanntgegeben, nachdem man zwei Wochen striktes Stillschweigen bewahrt hatte. Zugleich wurde die Bevölkerung um Mithilfe bei der Fahndung aufgerufen.

Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, verursachte der Erpresser bereits am 30. September auf der eingleisigen Bahnstrecke zwischen Appenweier und Oberkirch (Ortenaukreis) einen Eisenbahnunfall, indem er ein gestohlenes Baustellenfahrzeug auf dem Gleiskörper abstellte. Als ein Schienenbus gegen das Hindernis prallte, wurden der Zugführer und ein Fahrgast leicht verletzt. Es entstand ein Sachschaden von mindestens 30 000 Mark.

In einem noch am Unfalltag bei der Bahndirektion Karlsruhe eingegangenen ersten Erpresserschreiben hieß es: „Dies war die erste Warnung.“ In dem mit den Initialen „O. S.“ unterzeichneten Brief sei auch die zunächst nicht bezifferte Geldforderung erhoben worden. Ihre Höhe sowie die Modalitäten der Geldübergabe legte der Täter dann in zwei weiteren Schreiben fest, die bei der Bahndirektion am 5. Oktober eingingen. Die Übergabe – das Geld sollte auf der Strecke Karlsruhe–Offenburg abgeworfen werden – kam nicht zustande, da das verabredete Leuchtkugel-Signal ausblieb.

Eisbrecher lief heiß

AFP, Moskau

Die Lage der rund 50 im Nordosten der Sowjetunion vom Packeis eingeschlossenen Schiffe (siehe WELT vom 15. 10.) hat sich weiter verschlechtert. Wie die „Prawda“ gestern meldete, halten neue Schichten von Eis die Schiffe ohne Trinkwasser und Lebensmittel an Bord weiter gefangen. Der atomgetriebene Eisbrecher „Leonid Breschnew“ habe mit technischen Schwierigkeiten zu kämpfen, da er durch die ununterbrochenen Einsätze der letzten Tage überlastet sei.

Anfänger-Tempo

AP, München

Autofahrer, die ihren Führerschein noch kein ganzes Jahr besitzen, müssen in mehreren europäischen Ländern das Tempo drosseln. Der ADAC wies gestern darauf hin, daß Neulinge in Frankreich und Portugal, wo Höchstgeschwindigkeiten auf den Autobahnen von 130 Stundenkilometern beziehungsweise 120 Stundenkilometern erlaubt sind, nicht schneller als 90 fahren dürfen.

Mit 17 Monaten entführt

dpa, Lucca

In Italien ist ein 17 Monate altes Mädchen entführt worden. Vier Gangster drangen in der Nacht zum Montag in das Haus des Industriellen Niccolo Citti in der Nähe von Lucca in der Toskana ein und raubten seine Enkeltochter Elena Citti Luisi. Erpresserischer Menschenraub mit hohen Lösegeldforderungen steht in Italien praktisch an der Tagesordnung. Nie zuvor wurde jedoch ein so kleines Kind verschleppt.

Warnung vor Blüten

dpa, Wiesbaden

Vor falschen Hundert-Mark-Scheinen, die seit einigen Monaten in der Bundesrepublik Deutschland im Umlauf sind, hat das Bundeskriminalamt (BKA) gewarnt. Bei den „Blüten“ sei im Gegensatz zu den echten Banknoten „das auf dem bildfreien Teil befindliche Kopf-Wasserzeichen durch einen gelblichen Aufdruck auf der Rückseite vorgetäuscht und nur schwach erkennbar“. Der bei echten Scheinen im Papier eingebettete Sicherheitsfaden sei ebenfalls nur vorgetäuscht. Das Papier fühle sich „auffallend glatt“ an.

ZU GUTER LETZT

„Talleyrand diente Bonaparte und integrierte auch gegen ihn.“ Aus „Wirtschafts-Echo“